



**REVOLUTION UND/ODER  
MODERNISIERUNG IN RUSSLAND**  
Chancen – Grenzen – Irrwege

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN  
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 1998

**REVOLUTION UND/ODER  
MODERNISIERUNG IN RUSSLAND**  
Chancen – Grenzen – Irrwege

ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN  
GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE 1998

# OSTEUROPA IN TRADITION UND WANDEL

Im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V.  
und der Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V.  
herausgegeben von  
Ernstgert Kalbe, Wolfgang Geier und Holger Politt

Heft 5

ISBN 3-932725-79-4

© ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG SACHSEN e. V. 1998  
Sternwartenstr. 31  
D-04103 Leipzig

und

GESELLSCHAFT FÜR KULTURSOZIOLOGIE e. V.  
c/o Doz. Dr. Wolfgang Geier  
Hermelinplatz 9, Haus 7  
D-04329 Leipzig

Redaktion und Satz: Olaf Kirchner  
Korrektur: Ursula Albert

Titelillustration von Barbara Henniger. Entnommen aus Wochenpost. Berlin (1990)2. S. 17.

Herstellung: GNN Verlag Sachsen/Berlin GmbH  
Badeweg 1, D-04435 Schkeuditz

## **Inhalt**

1	Vorwort .....	5
2	Ernstgert Kalbe: Nochmals zur Modernisierungsproblematik in Osteuropa .....	7
3	Olaf Kirchner: Rußland in der globalen Systemtransformation: Gibt es einen »Sonderweg«? .....	37
4	Sonja Striegnitz: »Revolution verkehrt«. Über die Stellung der Narodniki-Parteien zum Agrarkurs der zaristischen Regierung nach 1906 .....	75
5	Horst Schützler: Die Russische Revolution von 1917 in der Historiographie Rußlands .....	95
6	Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa .....	129
7	Zu den Autoren dieses Heftes .....	143
8	Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa 1999 .....	145
9	Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen zu Osteuropa-Themen .....	147
10	Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie zu Osteuropa-Themen .....	149



## **Vorwort**

Wie angekündigt, beschäftigt sich das fünfte Heft der Reihe »Osteuropa in Tradition und Wandel« mit Aspekten der osteuropäischen und insbesondere der russischen Revolutionsgeschichte, die im Zusammenhang mit dem 80. Jahrestag der Russischen Revolution von 1917 diskutiert wurden.

Im Nachgang zu diesem das 20. Jahrhundert weithin prägenden Ereignis stellt Ernstgert Kalbe nochmals Überlegungen zu Voraussetzungen, Chancen und Konsequenzen der Oktoberrevolution an, die angesichts des gescheiterten Versuchs einer alternativen sozialistischen Gesellschaft in die Debatte um sozialistische Revolution oder nachholende Modernisierung in Osteuropa eingreifen. Ohne besserwisserische Distanz zu der Russischen Revolution von 1917 stellt sich die Frage nach Chancen, Grenzen und Irrwegen nicht nur für die Oktoberrevolution, sondern auch für vergangene wie gegenwärtige Modernisierungsversuche in Rußland.

Die vieldiskutierte Frage, ob ein russischer Sonderweg in der bisherigen geschichtlichen Entwicklung auch im gegenwärtigen Prozeß der Systemtransformation zu einem marktwirtschaftlich-pluralistischen Kapitalismus in Rußland gilt, beleuchtet Olaf Kirchner unter politologischen und soziologischen Gesichtspunkten.

Einer wesentlichen Seite der Bedingungen für die Russische Revolution, der Agrarfrage und Agrarpolitik am Anfang des 20. Jahrhunderts, und der differenzierten Haltung der Narodniki dazu geht Sonja Striegnitz quellenkundig nach.

Schließlich legt Horst Schützler einen gegenüber vorangegangenen Beiträgen um neueste Veröffentlichungen erweiterten Bericht über die Reflektionen der heutigen Historiographie Rußlands zur Revolution vor, der Interpretationstrends verdeutlicht.

In Fortsetzung bisheriger Gepflogenheit berichtet Olaf Kirchner über die Kolloquia des »Leipziger Gesprächskreises Osteuropa«, die von Januar 1997 bis Juni 1998 stattfanden.

Mit Heft 5 setzt »Osteuropa in Tradition und Wandel« sein Erscheinen unter veränderter inderdisziplinärer Herausgeberschaft fort. An die Stelle des ausgeschiedenen langjährigen Vorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manfred Neuhaus, dem wir für seine aktive Förderung danken, tritt

neben den weiterhin verantwortlichen Ost- und Südosteuropa-Historiker Ernstgert Kalbe und den über vergleichende osteuropäische Kulturgeschichte arbeitenden Unterzeichner der philosophisch-geisteswissenschaftlich orientierte Ostmitteleuropa-Spezialist Holger Politt, dem wir Erfolg in guter Kooperation wünschen. Die redaktionelle Arbeit liegt wie auch bisher in der Hand von Olaf Kirchner.

Wolfgang Geier

ERNSTGERT KALBE

## **Nochmals zur Modernisierungsproblematik in Osteuropa\***

Die Implosion des osteuropäischen Realsozialismus, eine vorrangig selbstverschuldete gravierende Niederlage, die sozialistische Ideale durch ihre Deformation, ja Entartung in der gesellschaftlichen Praxis nachhaltig beschädigt hat, bezeichnet das Scheitern eines alternativen Gesellschaftsversuchs, der letztlich zugleich auch durch ungünstige innere Entwicklungsbedingungen und globale Kräfteverhältnisse mitverursacht wurde. Das verlangt sowohl ernsthafte Ursachenforschung für das Scheitern dieses Sozialismusmodells als auch wissenschaftliche Analyse der gegenwärtig gegebenen Gesellschaftsstrukturen, ehe erneut alternative Gesellschaftsvorstellungen möglich werden. Eile ist dabei von Schaden, vorschnelle Antworten zum Wesensinhalt des »demokratischen Sozialismus« erscheinen ebenso fragwürdig wie wohlfeile Fixierung auf modernisierungstheoretisches Modelldenken, das verbreitet an die Stelle formations- und revolutionstheoretischen Denkens getreten ist, da letzteres dem herrschenden Zeitgeist a priori suspekt erscheint.

Freilich war marxistische Formations- und Revolutionstheorie zum Zwecke realsozialistischer Selbstlegitimation häufig in einem Maße zum automatistischen Gesetzesfetichismus zurechtgestutzt, der die differenzierte Wahrnehmung und Analyse der gesellschaftlichen Realitäten verhinderte. Das bedeutet indessen nicht umgekehrt, daß die seit den sechziger Jahren hervortretende Modernisierungstheorie, die nach der »International Encyclopaedia of Social Sciences« »den Vorgang des sozialen Wandels« beinhaltet, »durch den weniger entwickelte Gesellschaften die allgemeinen Merkmale entwickelter Gesellschaften annehmen«,<sup>1</sup> über eine zweifelsfreie

---

\* Überarbeitete und erweiterte Fassung eines Beitrags des Verfassers »Chancen und Grenzen realsozialistischer Modernisierung in Osteuropa«. In: Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Leipzig 1998. S. 23ff.

1 Siehe Stichwort Modernization. In: International Encyclopaedia of Social Sciences. Bd. 10. New York 1968. S. 386.



Methodologie und Methode aktueller Gesellschaftstheorie und Gesellschaftsanalyse verfügte.

Modernisierungsforschung, die in den USA als Entwicklungsländerforschung begann, entwickelte sich danach zur soziologisch-politologischen Sozial- und Evolutionstheorie und schließlich zur historisch-komparativen Modernisierungsforschung, auch und gerade in Konfrontation zum historischen Materialismus und dessen Vernachlässigung einer empirischen Soziologie. Die historische Modernisierungsforschung, die in den siebziger Jahren unter Berufung auf Max Weber besonders in der deutschen Bundesrepublik hervortrat, prägte die Modernisierungskonzeption als Weiterentwicklung der Industriegesellschaftslehre oder auch als alternatives Konzept zur Industriegesellschaft aus, wobei während der Existenz des Realsozialismus im Rückgriff auf den sogenannten »atlantischen Revolutionszyklus« stets auch konvergenztheoretische Überlegungen eine Rolle spielten, die die sozialistische Revolution als »nachholende Revolution« in die Industriegesellschaft einordneten.<sup>2</sup>

Die Modernisierungskonzeption unterstellt wie die Formationstheorie fortschrittsbezogene gesellschaftliche Entwicklung, evolutionäre oder revolutionäre Entwicklung zu einer zivilgesellschaftlichen »Moderne«, ohne eine explizite Aussage über den Charakter der gesellschaftlichen Verhältnisse zu treffen: soziale und ökonomische Strukturen, politisches System und Machtverhältnisse, Produktionsweise und Mechanismen der Kapitalverwertung. Sie impliziert jedoch technisch-zivilisatorische Fortschrittskriterien einer bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft. Kennzeichen der Moderne seien zivilgesellschaftliche Merkmale: Dominanz des Privateigentums, globalisierte Marktwirtschaft, pluralistische Vertretungsdemokratie, bürgerliche Rechts- und Sozialstaatlichkeit, wissenschaftlich-technische Innovation und Revolution, Informations- und Kommunikationstechnologie, Dienstleistungsgesellschaft.

---

2 Siehe Peter Flora: *Modernisierungsforschung. Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung*. Opladen 1974. – Mario Rainer Lepsius: *Soziologische Theoreme über die Sozialstruktur der »Moderne« und die »Modernisierung«*. In: Reinhart Kosselck (Hrsg.): *Studien zum Beginn der modernen Welt*. Stuttgart 1977. – Hans-Ulrich Wehler: *Modernisierungstheorie und Geschichte*. Göttingen 1975. – Walter Bühl: *Evolution und Revolution. Kritik der symmetrischen Soziologie*. München 1970. – Wolfgang Zapf: *Modernisierung und Modernisierungstheorien*. In: Wolfgang Zapf (Hrsg.): *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Frankfurt am Main, New York 1991. S. 23ff. – Dietrich Geyer: *Die russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven*. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968.

Im heute dominanten Sprachgebrauch steht »Modernisierung« quasi für Entwicklung von der industriellen und bürgerlichen Revolution hin zur bürgerlichen Industrie- und Zivilgesellschaft; das aktuelle Stadium der »Moderne« für heutige postindustrielle und Informationsgesellschaft. Beide Begriffe sind gleichsam Synonyme für das bürgerlich-pluralistische, marktwirtschaftlich-kapitalistische Gesellschaftssystem in entwickelten Ländern Europas, Amerikas und Asiens, dem die Welt vermeintlich global als Finalzustand der Geschichte zustrebt.

Jürgen Kocka meint im Zusammenhang mit einer angestrebten Bürger- und Zivilgesellschaft vorsichtig: »Der auf seine Entstehung in der Aufklärung verweisende Begriff der ›bürgerlichen Gesellschaft‹ (Bürgergesellschaft, civil society) meint einen Entwurf, ein fortschrittliches, bis heute unvollendetes Projekt: einer Gesellschaft mündiger, gleichberechtigter und freier Bürger und Bürgerinnen, die auf marktwirtschaftlicher Grundlage, als Privatpersonen, Familienmitglieder und in der Öffentlichkeit, unter dem Schutz rechts- und verfassungsstaatlicher Institutionen, zunehmend demokratisch, gebildet und vernünftig zusammenleben und ihr Zusammenleben ohne Gewalt, ohne obrigkeitstaatliche Gängelei und überflüssige Herrschaft und Ungleichheit, selbständig organisieren [...] Die gesellschaftliche Wirklichkeit der letzten zwei Jahrzehnte war von diesem Entwurf meist weit entfernt. In den Diktaturen des 20. Jahrhunderts ging die Idee der Bürgergesellschaft beinahe zur Gänze verloren. Auch heute ist sie noch unerfüllt und durch neue Krisen bedrängt.«<sup>3</sup>

Bezüglich des Platzes sozialistischer Zielvorstellungen und politischer Bewegungen im Ringen um (zivil-)gesellschaftlichen Fortschritt konstatiert Joachim Bischoff, daß die Arbeiterbewegung »mit ihren Kämpfen um politische und soziale Rechte viel zur Verwirklichung dieser Utopie einer Zivilgesellschaft beigetragen« habe. »Sie hat aber zugleich mit der Durchsetzung einer ›Diktatur über die Bedürfnisse‹ in den sozialistischen Ländern die eigene Konzeptionslosigkeit im Hinblick auf eine prinzipielle Kritik an dieser Utopie von der Bürgergesellschaft demonstriert.«<sup>4</sup>

Gerade im Hinblick auf die auch nach der Implosion des Realsozialismus offensichtlichen globalen Weltkrisen urteilt der englische marxistische Historiker Eric Hobsbawm noch schärfer: »Der Zusammenbruch des einen

---

3 Jürgen Kocka: Arbeiterbewegung in der Bürgergesellschaft. In: Arbeiterbewegung im Vergleich. Geschichte und Gesellschaft. Göttingen 20(1994)4. S. 495.

4 Joachim Bischoff: Restauration oder Modernisierung? Entwicklungstendenzen des globalen Kapitalismus. Hamburg 1995. S. 121.

Teils der Welt enthüllte die Malaise des anderen. Als die achtziger Jahre in die neunziger übergingen, wurde deutlich, daß die Weltkrise nicht nur überall zur ökonomischen Krise, sondern auch zur allgemeinen politischen geraten war.«<sup>5</sup>

Aus solchen Gründen nicht zufällig stellt Joachim Bischoff seine Überlegungen zu gegenwärtigen kapitalistischen Entwicklungstendenzen unter die provokante Frage »Restauration oder Modernisierung«?

Der Modernisierungsbegriff bedarf also nicht nur der generellen Inhaltsbestimmung, vielmehr auch einer auf den jeweiligen Untersuchungsgegenstand bezogenen speziellen Definition, so wenn man von osteuropäischer oder auch sozialistischer Modernisierung spricht.

Auf die implodierte »zweite Welt«, auf den sogenannten Real- aber auch Postsozialismus ist der allgemeine Begriff »Moderne« als Zustandsbeschreibung bzw. »Modernisierung« als Charakteristik der gegenwärtigen gesellschaftlichen Transformationsprozesse nicht einfach übertragbar, schon weil die Ergebnisse dieser Transformation – wohin und wozu – noch weitgehend offen sind. Sofern der Modernisierungsbegriff auf die gegenwärtigen Umwälzungen in Osteuropa angewandt wird, ist er als Aufforderung zur Nachahmung westlicher marktwirtschaftlicher, zivilgesellschaftlicher, pluralistisch-demokratischer Modelle an zivilisatorisch demgegenüber rückständige Gesellschaften, z. B. Osteuropas, gemeint, nicht als Ermunterung für die Suche nach eigenständigen, an die sozialen, ökonomischen und kulturellen traditionellen Gegebenheiten anknüpfenden Wegen gesellschaftlicher Innovation.

Was in Osteuropa zur Zeit realiter vor sich geht, ist kapitalistische Restauration mit nur geringen inneren sozialökonomischen und sozialstrukturellen Voraussetzungen, entweder gradualistisch abgefedert (im günstigsten Falle) oder schocktherapeutisch übergestülpt, vielfach in Gestalt einer neuen ursprünglichen Kapitalakkumulation in staatlich-mafiosen Strukturen. Abgesehen davon kann die Bevölkerungsmehrheit diese »Transformationsprozesse« wegen vielfältiger sozialer und kultureller Devastierungen weder als evolutionäre Modernisierung noch als soziale Revolution empfinden, geschweige denn gar als »friedliche«, »singende«, »samtene« oder was dergleichen euphorische Epitheta mehr sind.

Peter von Oertzen, der sich in »Neues Deutschland« kritisch mit dem »Kommentar zur Programmatik der PDS« von André und Michael Brie

---

5 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1995. S. 24.

auseinandergesetzt hat, schreibt: Der Kommentar sei »der Versuch, mit einer neuartigen Theorie der ›Moderne‹ die an Marx orientierte materialistische Kritik der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zu ersetzen [...] Die Dynamik der ›Moderne‹ entfaltet sich in einem komplexen Prozeß, in dem sich Ökonomie, gesellschaftliche Strukturen, politische und rechtliche Institutionen und kulturelle Entwicklung miteinander verknüpfen; und in diesem Prozeß war und ist der sich allmählich entfaltende Akkumulations- und Verwertungsprozeß des Kapitals eine entscheidende Triebkraft.«<sup>6</sup>

Indem Modernisierung also letztendlich Durchsetzung bürgerlich-kapitalistischer Gesellschaftsstrukturen, einschließlich entsprechender Produktions- und Herrschaftsverhältnisse beinhaltet, die marktwirtschaftliche Ökonomie, politisch-pluralistische Vertretungsdemokratie und bürgerlich verfaßte Rechtsstaatlichkeit (Zivilgesellschaft) einschließt, abstrahiert sie weitgehend von den konkreten historischen Bedingungen in den verschiedenen Weltregionen.

Sie abstrahiert einmal von der Existenz kapitalistischer Entwicklungsdiktaturen in Asien und Südamerika samt ihrer spezifischen und wenig reputierlichen Evolution zum Kapitalismus; sie abstrahiert von politischen Hegemonial- (und neokolonialen) Bindungen und ungleichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen kapitalistischen Zentren und peripheren Entwicklungsländern; sie abstrahiert schließlich vom gescheiterten osteuropäischen Versuch, unter nur wenig entwickelten oder sogar fehlenden sozialökonomischen und sozialkulturellen Voraussetzungen aus vorkapitalistischen in postkapitalistische Verhältnisse zu springen.

Dieses häufig makrotheoretische Herangehen von Modernisierungskonzeption an gesellschaftliche Entwicklungswege, das sie übrigens mit einer vereinfachten Formationsauffassung gemeinsam hat, vernachlässigt vielfach konkrete sozialökonomische Ausgangsbedingungen, sozialkulturelle Gegebenheiten und historische Traditionen unterschiedlicher Regionen, beispielsweise Osteuropas, was mangelnden Realitätsbezug und deterministische Geschichtsbetrachtung einschließt.

Gegen dergestalt mögliche finalistische Gesellschaftsinterpretation ist die Kritik Peter von Oertzens an der Moderne-Auffassung André Bries gerichtet, wonach »der Begriff Kapitalismus auf die Herrschaftsverhältnisse

---

6 Peter von Oertzen: Zu wünschen: Hinwendung »vorwärts zu Marx«. In: »Neues Deutschland«, Berlin vom 17. Januar 1997. S. 6. – Siehe André Brie/Michael Brie [u. a.]: Kommentar zur Programmatik der PDS. Berlin 1997.

der gegenwärtigen Gesellschaft zielt, [...] der der Moderne auf die besondere Bewegungsweise dieser Gesellschaft«. <sup>7</sup>

## I

Unter den vorgenannten Gesichtspunkten ist der Modernisierungsbegriff auf die osteuropäische Gesellschaftsentwicklung in der Vergangenheit, erst recht auf die realsozialistischen Umwälzungen in Osteuropa, aber auch auf die postsozialistischen Transformationen in dieser Region nur schwerlich, nur unter dem Vorbehalt seines Gebrauchs als methodisch-heuristischen Arbeitsbegriff, als terminus technicus für gesellschaftliche Entwicklungsprozesse mit unbestimmtem Fortschrittsbezug anwendbar.

Wenn man von »osteuropäischer Modernisierung« spricht, impliziert das zunächst nur technisch-industrielle und zivilisatorisch-institutionelle Entwicklungen, die an Maßstäben des demgegenüber fortgeschrittenen kapitalistischen Westens gemessen werden. Insofern folgten die russischen Westler des 19. Jahrhunderts einer bürgerlichen Modernisierungslogik.

Wenn man von »sozialistischer Modernisierung« spricht, beinhaltet das vorrangig selbständige Inhalte und Wege technisch-industrieller und zivilisatorisch-institutioneller Entwicklungen, die an historisch tradierten eigenen Maßstäben und am Anspruch alternativer progressiver Entwicklung und individuellen Menschenrechten zu messen wären. Insofern folgten die russischen Slawophilen einer alternativen Entwicklungslogik.

Bei genauerer Betrachtung der »realsozialistischen Modernisierung« des 20. Jahrhunderts in Osteuropa wird jedoch offenkundig, daß damit eine quasi »nachholende Lösung« von ursprünglichen Aufgaben und Inhalten der bürgerlich-kapitalistischen Umwälzung auf revolutionärem oder evolutionärem Wege betrieben wurde, jedoch unter anderen Herrschafts- wie Eigentumsverhältnissen und mit einem etatistischen Instrumentarium von oben: Sowjetsystem und Parteidiktatur, Staatseigentum und bürokratischer Dirigismus.

Da gesellschaftliche Umwälzungen wie Verstaatlichungen und Industrialisierung, Bildungs- und Kulturrevolution, selbst Agrarreform, Bodennationalisierung und Genossenschaftswirtschaft keine genuin sozialistischen Zielstellungen, eher Voraussetzungen als Inhalte der sozialistischen Umwäl-

---

7 André Brie/Michael Brie [u. a.]: Kommentar zur Programmatik der PDS. Berlin 1997. S. 27.

zung sind, verweist das jeweils vorangestellte Epitheton »sozialistisch« mehr auf die politische Form als auf den sozialen Inhalt solcher gravierenden Umwälzungen, die zweifelsfrei partielle gesellschaftliche Modernisierung bewirkten.

So orientierten sich die sozialistischen Revolutionen in Osteuropa weniger an Marxens Ziel, alle gesellschaftlichen Verhältnisse umzustürzen, in denen der Mensch ein verächtliches, geknechtetes und unterdrücktes Wesen ist, und eine Gesellschaft zu errichten, in der »an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen [...] eine Assoziation« tritt, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«<sup>8</sup>; sie folgten vielmehr der Logik einer »nachholenden Revolution«, die mit dem etatistischen Instrumentarium einer Entwicklungsdiktatur, mittels des Primats der Politik, sozialökonomische und sozialkulturelle Prozesse nachvollzog, die die Bourgeoisie vom 17. bis 19. Jahrhundert mit ihren spezifischen Mitteln, mittels des Primats der Ökonomie, auf dem Wege der ursprünglichen Kapitalakkumulation vollzogen hatte.

Das führte schließlich zu einer Politik des »Einholens« oder gar des »Überholens« der kapitalistischen Gesellschaft, die sich nolens volens mit deren Maßstäben verglich.

Die »sozialistische Industrialisierung« erfolgte beispielsweise mit dem Produktions- und Techniktyp des 19. und frühen 20. Jahrhunderts: Dampfmaschine, Mechanisierung und Elektrifizierung. Bekannt ist Lenins Wertschätzung für den Taylorismus, Fordismus und die Organisation des preußischen Staatskapitalismus. Die sozialistische Industrialisierung brachte keinen neuen Produktionstyp hervor, sondern beschritt den Weg der Nachahmung. Die wissenschaftlich-technische Revolution ging vom Kapitalismus, nicht vom Sozialismus aus.

Die »sozialistische Kulturrevolution« bedeutete, wenn man von ihrem ideologischen Aspekt absieht, die Überwindung des Analphabetentums, allgemeine Volksbildung und Heranbildung einer eigenen Intelligenz auf anderen Wegen als sie die Bourgeoisie zwei Jahrhunderte früher beschritten hatte.

Eine sozialpolitische Erneuerung der Gesellschaft erfolgte bedingt, insofern sich eine sozialstrukturelle Differenzierung durch die Schaffung einer bürokratischen Oberschicht, einer breiten Intelligenz als Staatsangestellte,

---

8 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 4. S. 482.

einer Arbeiterklasse in Staatsbetrieben und einer homogenisierten und ortsgebundenen Bauernschaft in Kollektivwirtschaften vollzog, jedoch nicht im Sinne einer sozialstrukturell begründeten Interessendifferenzierung und demokratischen Interessenartikulation; insofern war die beschworene Führungsrolle der Arbeiterklasse, die deren sozialpolitische Integrationskraft und sozialkulturelle Hegemoniefähigkeit in der Gesellschaft verlangt hätte, eine Fiktion, die durch die Allmacht des bürokratischen Partei- und Staatsapparates »substituiert« wurde. Diese bürokratische Oberschicht, die durch ihre verblüffend feudal-hierarchischen Strukturen und Subordinationsverhältnisse auffällt, war der eigentliche Träger etatistischer Bürokratisierung und zentralistischer Machtausübung im Auftrage einer diktatorischen Herrschaftsoligarchie.

Gewiß trug eine derartige sozialistische Modernisierung einerseits zur Formierung und Konstituierung vernationaler Gemeinschaften und Völker zu Nationen bei, die zunehmend ihre nationalen Identitätsansprüche artikulierten, entgegen der einseitigen Annahme einer fortschreitenden Annäherung von Nationen; andererseits legte dieser Prozeß die Wurzeln für die nach der Implosion des Realsozialismus ausbrechenden nationalen Konflikte, die unter Bedingungen etatistischer Willkürherrschaft gewaltsam unter der Decke gehalten wurden.

Für den sozialistischen Modernisierungsfall gilt, was für sozialökonomisch und sozialkulturell zurückgebliebene Gesellschaften im Aufbruch wohl generell typisch ist: die überragende Rolle von wirklichen oder vermeintlichen Integrationsfiguren, was in Machtpositionen allzu leicht zum Personenkult und zu subjektivistischer Herrschaft mutiert. Das gilt für Stalin, Mao und Tito ebenso wie für Perón, Nasser, Sukarno oder Suharto.

Ein im vorgenannt eingeschränktem Sinne »sozialistischer Modernisierungstyp« mußte nicht a priori chancenlos sein, wenn es gelänge, die nach Lenin in letzter Instanz entscheidende höhere Arbeitsproduktivität einer sozialistisch gedachten Produktionsweise in historisch überschaubaren Fristen über den Kapitalismus zu erreichen sowie eine politische Organisationsform der Gesellschaft zu begründen, in der die Sowjets (bzw. die Nationalräte in den Volksdemokratien) tatsächlich »Herrschaft durch das Volk« bedeuteten hätten, nicht vermeintlich »für das Volk«, d. h. Machtverhältnisse, unter denen »Diktatur des Proletariats« im Sinne von Marx realiter demokratische Volksmacht verkörpert hätte, anstelle von Diktatur des zentralistischen Partei- und Staatsapparates, was Subjektivismus, Willkür, ja Terror einschloß.

Ohne in naive Illusionen über die Rolle der Gewalt in der Revolutionsgeschichte zu verfallen, bleibt doch die Kultivierung des »roten Terrors« gegen den »weißen Terror« und die »Konterrevolution« in der russischen Revolution festzustellen, der allmählich zur Stalinschen Terrorherrschaft eskalierte.

So scheiterte ersteres, die höhere Arbeitsproduktivität, an der sozialökonomischen Rückständigkeit des isolierten Sowjetrußlands, das langfristig an kriegskommunistischer Staatswirtschaft festhielt, auch als Interessendiversifikation und Interessenartikulation in der Gesellschaft unabdingbar wurden, was nur kurzzeitig eine »Neue Ökonomische Politik« erzwang. Das lag ganz auf der Linie der sozialdemokratischen Kritik von der Unreife Rußlands für den Sozialismus, die in unterschiedlicher Akzentuierung von Plechanov bis Kautsky und von Bauer bis Adler geübt wurde.<sup>9</sup>

Übrigens war Lenin selbst sich dessen bewußt, daß die inneren Bedingungen für eine erfolgreiche sozialistische Umwälzung in Rußland nicht gegeben waren. Auf dem VII. Parteitag der RKP(B) im März 1918 bezeugt Lenin: »Wenn man den welthistorischen Maßstab anlegt, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß der Endsieg unserer Revolution eine hoffnungslose Sache wäre, wenn sie allein bliebe, wenn es in den anderen Ländern keine revolutionäre Bewegung gäbe. Wenn wir, die bolschewistische Partei, das ganze Werk allein in unsere Hände genommen haben, so haben wir das in der Überzeugung getan, daß die Revolution in allen Ländern heranreift [...]«<sup>10</sup> Wenig später, und gewiß in diesem Bewußtsein, vollzieht Lenin in »Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht« den Schritt von der Selbstverwaltungskonzeption nach dem Vorbild der Pariser Kommune in »Staat und Revolution« zu einer zentralistischen Organisation der Gewalt, zum zentralisierten Sowjetstaat als Form der »proletarischen Dik-

---

9 Siehe aus ostdeutscher Sicht Harald Koth: Karl Kautskys Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus. In: Leipziger Hefte (Studienreihe der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte e. V.). Leipzig (1993)2. S. 3ff. – Horst Klein: Otto Bauers Gesellschaftsideen für eine bessere Welt. In: Ebenda. (1994)2. S. 9ff. – Michael Franzke: Das Linkssozialismus-Konzept Max Adlers. In: Einspruch. Leipziger Hefte 1. Zeitschrift der Leipziger Gesellschaft für Politik und Zeitgeschichte. Leipzig 1991. S. 64ff. – Horst Klein: Austromarxistische Reflexionen zur russischen Oktoberrevolution 1917. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 114ff.

10 W. I. Lenin: Referat über Krieg und Frieden (Siebenter Parteitag der KPR(B), 6.–8. März 1918). In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 27. S. 81.



tatur«, zu »strengster Disziplin« und Unterordnung unter die »unbeschränkten Vollmachten« einzelner Personen, von Diktatoren.<sup>11</sup>

Letzteres, die Entwicklung eines sowjetischen Demokratismus, scheiterte an der geringen politischen Kultur der russischen revolutionären Bewegung, auch der sozialistischen Arbeiterbewegung, ganz auf der Linie der Befürchtungen Friedrich Engels' über die schlimmen Folgen der Machtübernahme einer für die anstehenden Aufgaben unreifen Bewegung. Im Hinblick auf die Möglichkeiten Thomas Müntzers während des Bauernkriegs bemerkte er, es sei »das Schlimmste, was dem Führer einer extremen Partei widerfahren kann, wenn er gezwungen wird, in einer Epoche die Regierung zu übernehmen, wo die Bewegung noch nicht reif ist für die Herrschaft der Klasse, die er vertritt, und für die Durchführung der Maßregeln, die die Herrschaft dieser Klasse erfordert. Was er tun *kann*, hängt nicht von seinem Willen ab, sondern von der Höhe, auf die der Gegensatz der verschiedenen Klassen getrieben ist, und von dem Entwicklungsgrad der materiellen Existenzbedingungen [...] Was er tun *soll*, was seine eigne Partei von ihm verlangt, hängt wieder nicht von ihm ab, aber auch nicht von dem Entwicklungsgrad des Klassenkampfes und seiner Bedingungen; er ist gebunden an seine bisherigen Doktrinen und Forderungen, [...] Er findet sich so notwendigerweise in einem unlösbaren Dilemma: Was er tun *kann*, widerspricht seinem ganzen bisherigen Auftreten, seinen Prinzipien und den unmittelbaren Interessen seiner Partei; und was er tun *soll*, ist nicht durchzuführen.«<sup>12</sup>

Bekannt ist die weitsichtige und frühzeitige Kritik Rosa Luxemburgs am mangelnden Demokratismus der russischen Oktoberrevolution, die Lenin und Trotzki vorwarf, nicht nur die Beschränkungen der bürgerlichen Demokratie, sondern jegliche Demokratie abzuschaffen: »Der Grundfehler der Lenin-Trotzkischen Theorie ist eben der, daß sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. »Diktatur *oder* Demokratie« heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky [...] Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, das heißt nur: Wir unterschieden stets den sozialen Kern von der politischen Form der *bürgerlichen* Demokratie, wir enthüllten stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen

---

11 Siehe W. I. Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht. In: Ebenda. S. 254ff. und 263ff.

12 Friedrich Engels: Der deutsche Bauernkrieg. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 7. S. 400f.

Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialem Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, anstelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen. Sozialistische Demokratie beginnt aber nicht erst im gelobten Land, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats [...] Aber diese Diktatur muß das Werk der *Klasse* und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h., sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen.«<sup>13</sup>

Wenngleich strittig bleiben muß, ob angesichts der Kriegskrise, Intervention und Bürgerkrieg eine maßvolle »demokratische Diktatur« – eine *interdictio in adiecto* – möglich gewesen wäre, bleibt unstrittig, daß demokratische Normen nicht einmal innerhalb der revolutionären Bewegung galten. Auch darauf hat Rosa Luxemburg ahnungsvoll warnend hingewiesen: »Lenin und Trotzki haben anstelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in dem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Po-

---

13 Rosa Luxemburg: Zur russischen Revolution. In: Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke. Bd. 4: August 1914 bis Januar 1919. Berlin 1974. S. 363.

litiker, d. h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft [...] Ja noch weiter: Solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geislerschießungen etc. Das ist ein übermächtiges, objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.«<sup>14</sup>

Schließlich verurteilt Rosa Luxemburg den gefährlichen Versuch der Bolschewiki, aus der Not eine Tugend zu machen, und »ihre von diesen fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik nunmehr theoretisch in allen Stücken [zu] fixieren und dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen [zu] wollen«. Damit erwiesen sie dem internationalen Sozialismus »einen schlechten Dienst, wenn sie in seine Rüstkammer als neue Erkenntnisse all die von Not und Zwang in Rußland eingegebenen Schiefheiten eintragen wollen, die letzten Endes nur Ausstrahlungen des Bankerotts des internationalen Sozialismus in diesem Weltkriege waren«. <sup>15</sup> Eben darin bestand sowohl der generelle Fehler marxistischer Historiographie als auch der eigene Fehler, die Oktoberrevolution als Modellerfahrung des internationalen Sozialismus zu betrachten. <sup>16</sup>

Ihre positive internationalistische Haltung zur Oktoberrevolution bekräftigte Rosa Luxemburg mit dem Bekenntnis, daß die Bolschewiki dennoch gezeigt haben, »daß sie alles können, was eine echte revolutionäre Partei in den Grenzen der historischen Möglichkeiten zu leisten imstande ist. Sie sollen nicht Wunder wirken wollen. Denn eine mustergültige und fehlerfreie proletarische Revolution in einem isolierten, vom Weltkrieg erschöpften, vom Imperialismus erdrosselten, vom internationalen Proletariat verratenen Lande wäre ein Wunder.«<sup>17</sup>

Auch wenn offen bleiben muß, ob angesichts der realen Konstellation der Klassenkräfte in der russischen Revolution von 1917 und danach ein demokratischer Sozialismus als Wegvariante möglich gewesen wäre, bleibt die Tatsache mangelnder Demokratietradition in Rußland, die eine ungebrochene Kontinuität von der Selbstherrschaft des Zaren zur Alleinherrschaft des Generalsekretärs bewirkte, ungebunden an verfassungsrechtliche Nor-

---

14 Ebenda. S. 362.

15 Ebenda. S. 364.

16 Siehe z. B. Ernstgert Kalbe/Joachim Kuhles: Methodologische Fragen der historischen Analyse des sozialistischen Revolutionszyklus. In: Manfred Kossok (Hrsg.): *Vergleichende Revolutionsgeschichte – Probleme der Theorie und Methode*. Berlin 1988. S. 115ff.

17 Rosa Luxemburg: *Zur russischen Revolution*. In: Rosa Luxemburg: *Gesammelte Werke*. Bd. 4: August 1914 bis Januar 1919. Berlin 1974. S. 365.

men und zivile Bürgerrechte, was schließlich zur Willkürherrschaft Stalins mutierte.

Die neuerdings vielbeschworene Variante eventueller demokratischer Strukturen auf der Basis einer institutionalisierten »Konstituierenden Versammlung«, die zwar von der Provisorischen Regierung angestrebt, aber erst unter der Sowjetmacht gewählt und von den Bolschewiki schon im Januar 1918 wieder aufgelöst wurde,<sup>18</sup> bleibt höchst zweifelhaft; *erstens*, weil die darin dominierenden Parteien schon als Träger der Provisorischen Regierung ihre Unfähigkeit zur realen Machtausübung und zur Lösung der akuten Probleme offenbart hatten; und *zweitens*, weil die bürgerlichen Kräfte Rußlands in ihrer Schwäche ebenfalls kaum über demokratische Traditionen und Strukturen verfügten.

Letzten Endes blieb Lenins Vorstellung und Hoffnung, daß ein für den Sozialismus notwendiges Zivilisations- und Kulturniveau auf revolutionärem Wege geschaffen werden könne, d. h. »Voraussetzungen für dieses bestimmte Niveau« auf der Grundlage der Sowjetordnung zu erringen, »und dann schon [...] vorwärts[zu]schreiten und die anderen Völker einzuholen«<sup>19</sup>, optimistische Illusion. Aber da schrieb man bereits Januar 1923, und das Ausbleiben der Weltrevolution, die Sowjetrußland neue Perspektiven eröffnet hätte, zeichnete sich bereits deutlich ab. An diesen Sachverhalt konnte Stalin auf der XIV. Parteikonferenz 1925 anknüpfen, auf der er zum »Aufbau des Sozialismus in einem Lande« aufrief, der alsbald mit Methoden einer administrativen Kommandowirtschaft und vielfach mit zwangsrekrutierten Arbeitskräften betrieben wurde, was keinen Platz für eine Wirtschaftspolitik der NÖP ließ.

Übrigens bleiben auch alle späteren Versuche, den Kapitalismus »einzuholen« und »zu überholen« zum Scheitern verurteilte optimistische Illusion. Das gilt für die Zielstellung des XVIII. Parteitages der KPdSU 1939, die Beschlüsse des XX., XXI. und XXII. Parteitages von 1956, 1959 und 1961 ebenso wie schließlich für den XXVII. Parteitag der KPdSU 1986, der die sozialökonomische Entwicklung der Sowjetunion »beschleunigen« wollte. Unbeantwortet bleibt die Frage, ob eine langfristige betriebene »Neue Ökonomische Politik«, die die verschiedenen Wirtschaftsformen, die von

---

18 Siehe Helga Watzin-Heerden: Gab es eine Alternative zum bolschewistischen Aufstand im Oktober 1917. In: Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Leipzig 1998. S. 12f. – Monika Runge: Die Oktoberrevolution und ihr Weg in die Sackgasse. In: Ebenda. S. 38f.

19 W. I. Lenin: Über unsere Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 33. S. 465.

Lenin benannten fünf »ukladi«, bei Dominanz des staatlichen und genossenschaftlichen Eigentums genutzt hätte, folglich Interessenpluralismus und Interessenvertretung nach sich ziehen mußte, eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung des Sozialismus gewährleisten konnte.

In der Praxis setzte sich jedoch rasch und wiederholt eine kriegskommunistische Wirtschaftspolitik durch, so 1918/1920, 1929/1933 und in den dreißiger Jahren generell, 1941/1945, während der Wiederherstellungsperiode und in den langen Jahren des Wettrüstens nach dem zweiten Weltkrieg. Die damit zweifellos verbundenen Erfolge der Umwandlung der Sowjetunion in eine industrielle Großmacht beruhten jedoch überwiegend auf einem extensiv erweiterten Reproduktionstyp, der spätestens mit dem weltweiten Übergang zur wissenschaftlich-technischen Revolution überlebt war.

Zunehmend wurde aus der Position der rückständigen Unterlegenheit eine Politik der mißtrauischen Herrschaftssicherung und eines repressiven Sicherheitsdenken abgeleitet, die schließlich zur Deformation und Perversión des sozialistischen Gesellschaftssystems trieb. Entgegen manchen Ratschlägen an die Bolschewiki, schon in der Frühphase der Revolution, die auch aus dem linken Umfeld des Spartakusbundes kamen, lieber den Untergang zu wählen als diskreditierende Sicherheitspolitik, bezeichnen seriöse Revolutionshistoriker als unrealistisch.

Der bekannte westdeutsche Historiker Dietrich Geyer schrieb in seiner »russischen Revolutionsgeschichte« schon 1968: »Aber die Selbstaufgabe, die hier empfohlen wurde, um die Ehre der Revolution reinzuhalten, war den Bolschewiki nicht abzuverlangen. Auch der Untergang hätte eine Flucht bedeutet, die Kapitulation vor den Problemen, die in Rußland nun von allen Seiten auf die Oktoberrevolutionäre zukamen.«<sup>20</sup>

Selbst nach Implosion des Realsozialismus verteidigte Eric Hobsbawm die Bolschewiki gegen den Vorwurf des Putschismus, zumal keine historischen Präzedenzfälle bekannt sind, daß eine lebendige revolutionäre Bewegung freiwillig ihre Fahnen eingerollt hätte. »Wenn eine Revolutionspartei die Macht nicht ergriffe, wenn der Augenblick und die Massen es fordern, was würde sie dann noch von einer nichtrevolutionären Partei unterscheiden? [...] Lenins Programm, in dem er die neue sowjetische Regierung [...] zur »sozialistischen Transformation der Russischen Republik« verpflichtete, war im wesentlichen das Wagnisunternehmen, die Russische Revolution in eine weltweite oder zumindest europäische Revolution zu

---

20 Dietrich Geyer: Die Russische Revolution. Stuttgart, Köln, Mainz, Berlin 1968. S. 128.

verwandeln [...] In der Zwischenzeit war Ausharren die wichtigste und im Grunde einzige Aufgabe der Bolschewiken.«<sup>21</sup>

Ganz auf dieser Linie liegt die Einschätzung Lenins, wonach im Falle einer siegreichen deutschen Revolution Rußland wieder ein im sozialistischen Sinne rückständiges Land wäre.<sup>22</sup> Zweifellos wäre das eine für die internationale Sozialismusedwicklung günstige Variante gewesen. Die erzwungene Rückzugsposition vom weltrevolutionären Ziel zum »Aufbau des Sozialismus in einem Lande«, zumal in den Bahnen der etatistisch-bürokratischen Kommandowirtschaft und einer zum bloßen persönlichen Machterhalt Stalins mutierten Herrschaftsstruktur, setzte dem nachholenden sozialistischen Modernisierungsversuch von vornherein enge Grenzen.

Die Geschichte erwies sich wiederum als ergebnisoffen, nicht als deterministisch vorherbestimmt.

## II

In diesem Zusammenhang stellen sich erneut geschichtstheoretische Fragen: was bedeutet »offene Geschichte«, was sind und wie wirken historische Gesetze?

Offensichtlich besteht unter geschichtstheoretischen Gesichtspunkten ein quasi antinomischer Zusammenhang zwischen Marxens Formations- theorie und gegenwärtigen Modernisierungstheorien, insofern beide im Fortschrittsdenken der Aufklärung wurzeln und eine an Maßstäben der Vernunft meßbare, fortschreitende Entwicklung der menschlichen Gesellschaft, d. h. Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung annehmen. Dabei setzen beide Geschichtskonzeptionen – freilich unterschiedliche – Zielhorizonte voraus, unterliegen damit der Gefahr deterministischer Geschichtsinterpretation, der Gefahr der Unterschätzung alternativer, insofern offener historischer Prozesse.

So wenig wissenschaftliche Gesellschaftsanalyse ohne Streben nach Gesetzeserkenntnis denkbar ist, so wenig entspricht die Unterstellung eines

---

21 Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1995. S. 88.

22 Siehe W. I. Lenin: Rede in der gemeinsamen Sitzung des Gesamtrussischen Zentralkomitees, des Moskauer Sowjets, der Betriebskomitees und der Gewerkschaften Moskaus, 29. Juli 1918. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 28. S. 9f. – W. I. Lenin: Rede auf dem I. Gesamtrussischen Kongreß der Landabteilungen, der Komitees der Dorfarnut und der Kommunen, 11. Dezember 1918. In: Ebenda. S. 352.

Gesetzesautomatismus, der das Handeln historischer Subjekte überflüssig machte, der differenzierten Wirklichkeit und den alternativen Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklung. Gerade das Schicksal des osteuropäischen Realsozialismus hat demonstriert, daß gesellschaftliche Gesetze nur in der Tendenz wirken können, gebunden an konkrete Entwicklungsbedingungen, von politischen und ökonomischen Kräfteverhältnissen etc. abhängig sind, was notwendig verschiedene Entwicklungswege und Lösungsvarianten einschließt. Insofern verläuft die Trennlinie (oder auch Schnittstelle) zwischen der Anerkennung historischer Gesetzmäßigkeiten und uneingeschränkter alternativer Offenheit der Geschichte strittig und unscharf. Das verbietet sowohl den inflationären Gebrauch des Gesetzesbegriffs, vielfach zur Rechtfertigung subjektivistischer politischer Entscheidungen degradiert, als auch die Annahme einer unbegrenzten Offenheit der Geschichte, die das Ringen um historischen Fortschritt gegenstandslos machte.

Materialistische Geschichtsbetrachtung wird folglich an der Suche nach und am Wirken von gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten festhalten müssen, jedoch befreit von deterministischer Vorherbestimmung wie von uneingeschränkter Offenheit der Geschichte. Der Zusammenhang von Allgemeinem, Besonderem und Einzelem in der Geschichte darf nicht – wie fälschlich häufig praktiziert – auf das Allgemeine reduziert, das Besondere und Einzelne nicht als bloße Erscheinungsformen des Allgemeinen interpretiert werden.

Gegensätzlich bleibt beiden im Fortschrittsdenken verwurzelten Geschichtskonzeptionen – Formations- und Modernisierungstheorie – die Sicht auf Prioritätskriterien für die Beurteilung historischer Entwicklungsprozesse, jedenfalls in den bisherigen Betrachtungen:

– Produktivkraft-, Innovations- und Effektivitätspotential in der Wirtschaft sowie verfassungsrechtlich und bürgerrechtlich gesicherte Demokratie in der Politik auf der Basis von Klassen-, Interessen- und Vertretungspluralismus als primäre Fortschrittskriterien (gegenüber sozialstruktureller und sozialpolitischer Zuordnung der Gesellschaft nach Macht- und Eigentumsverhältnissen) im Falle der Modernisierungstheorie, was auf die stillschweigende Akzeptanz eines Rahmengerüsts kapitalistischer Marktwirtschaft und bürgerlicher Zivilgesellschaft hinausläuft;

– oder Produktions- und Eigentumsverhältnisse sowie sozialökonomische Klassen- und Gesellschaftsstruktur samt abgeleiteter sozialbestimmter politischer Herrschaftsstrukturen, fußend auf einer klassenbedingten Interessendivergenz oder Interessenübereinstimmung der sozialen Kräfte als vorrangiges Fortschritts- bzw. Formationskriterium; dabei blieb im Falle

einer angestrebten kommunistischen Gesellschaftsformation die Rolle der Produktivkraftentwicklung pragmatisch (und entgegen Marxens Diktum) sträflich unterschätzt, wie der verzögerte und halbherzige Übergang von der extensiven zur intensiv erweiterten Reproduktion im Realsozialismus belegt.

Unstrittig bleibt zweifelsfrei, daß gesellschaftlicher Fortschritt stets an sozialökonomische Voraussetzungen, an politische Bedingungen und politische Kräftekonstellationen der agierenden historischen Subjekte, an die soziokulturelle Hegemonie und Integrationsfähigkeit organisierter Triebkräfte gebunden ist. Hegemonie ist soziokulturelle Integrationskraft, nicht postulierter und gewaltsam durchgesetzter Führungsanspruch. Insofern steigt Geschichte niemals in Siebenmeilenstiefel um, sondern macht gewöhnlich nur den nächsten von mehreren möglichen, zudem oftmals alternativen Schritten. Auch für Revolutionen, nach Marx »Lokomotiven der Geschichte«, sind nur herangereifte Aufgaben lösbar, weil, wiederum nach Marx, die Menschen ihre Geschichte nicht unter selbstgewählten, sondern unter vorgefundenen Umständen machen. Für den Versuch, der Geschichte durch die sozialistische Revolution »die Sporen zu geben«, wie Wolfgang Ruge formuliert,<sup>23</sup> verfügte Rußland über die denkbar ungünstigsten Bedingungen, zumal der die Revolutionslokomotive treibende Hegemon, die Arbeiterklasse, auf lange Sicht weitgehend substituiert werden mußte. Das gilt für die Jahre nach Revolution, Intervention und Bürgerkrieg durch die eingetretenen Verluste und sozialen Deklassierungen noch mehr als für die Jahre zuvor, wodurch sich die Rolle der Partei und ihrer Führer weiter verselbständigte.

Der untergegangene osteuropäische Realsozialismus, ein wegen des Widerspruchs zwischen Anspruch und Realität akzeptabler Begriff, der zur Selbstlegitimation einen alternativlosen Geschichtsdeterminismus wie eine dogmatisch simplifizierte Formationstheorie beschwor, scheiterte u. a. auch am Glauben an einen Gesetzesautomatismus, der Machtbehauptung als Allheilmittel ansah, Machterhalt über Gesellschaftsinnovation und schöpferische Initiative, über selbstbestimmte Masseninitiative stellte.

Daraus folgt indessen keine zwingende Negation von Marxens Formationsverständnis, das überaus vorsichtig und »in großen Umrissen [...] asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweisen als

---

23 Siehe Wolfgang Ruge: Das Wagnis des Roten Oktober. In: Michael Wegner/Erhard Hellschneider/Claus Remer (Hrsg.): Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Leipzig 1997. S. 201.



progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation«<sup>24</sup> unterschied und daraus eine »historische Mission des Proletariats« zur revolutionären Errichtung einer kommunistischen Formation ableitete. Letzteres ist angesichts neuer sozialstruktureller Entwicklungen im »modernen« Kapitalismus gewiß neu zu durchdenken.

Offensichtlich gibt es auch Mischformen gesellschaftlicher Strukturen, gerade auch in Ost- und Südosteuropa, die Lenin, auf Rußland bezogen, wiederholt »halbasiatisch« nannte. Der halbasiatische und halbfeudale Kapitalismus in Rußland hatte wohl mehr Gemeinsamkeiten mit einer vorkapitalistischen »asiatischen Produktionsweise« als mit dem »Imperialismus als höchstem Stadium des Kapitalismus«, von dem Lenin zugleich auch für Rußland sprach. Die in den siebziger Jahren geführte Diskussion über die »asiatische Produktionsweise« blieb leider ohne Konsequenzen für das aktuelle gesellschaftstheoretische Denken.

Ohne Einbindung in eine internationale Revolution, wenigstens in einigen fortgeschrittenen Ländern Europas, mußte der Versuch, die weitgehend vorkapitalistische russische Gesellschaft – mit Ausnahme der wenigen industriellen Zentren um Moskau, Petersburg, Ural und Donbass, Kiew und Odessa – in eine postkapitalistische zu transformieren, mit hoher Wahrscheinlichkeit scheitern.

Als der Realsozialismus nach 1945 über die Grenzen der UdSSR hinausgriff, auf dem Wege volksdemokratischer Revolutionen, erfaßte er wiederum vergleichsweise rückständige Länder Ost- und Südosteuropas, denen aus solchen strukturellen Gründen das sowjetische Modell leichter überzustülpen war.

Dennoch kann man die volksdemokratischen Revolutionen nicht undifferenziert betrachten, nicht als bloßen Revolutionsexport interpretieren, da sie aus dem antifaschistischen Widerstand hervorgehen und in Ländern mit einer starken Widerstandsbewegung durchaus autochthone Züge hervorbringen. Man sollte m. E. drei Ländergruppen unterscheiden, deren erste den Übergang zur Revolution auf einen starken Widerstand stützen kann (Jugoslawien, Bulgarien, die Tschechoslowakei, auch Griechenland), deren zweite durch politisch dualistische antifaschistische Kräfte charakterisiert wird (Polen, bedingt Tschechoslowakei), und deren dritte als ehemals faschistische Satellitenländer (Ungarn, Rumänien) erst im Zusammenhang

---

24 Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 13. S. 9.

mit der militärischen Befreiung durch die Sowjetarmee eigene Widerstandskräfte formieren kann.<sup>25</sup>

Verheerend wirkte sich die Disziplinierung der kommunistischen Parteien volksdemokratischer Länder durch das Kominformbüro in den Jahren 1947/1949 aus, die zum Abbruch »nationaler Wege« zum Sozialismus, zum »beschleunigten Aufbau des Sozialismus« und zum Überstülpen des sowjetischen Sozialismusmodells führte.

Durchaus vorhandene Konzepte eines demokratischen Übergangs zum Sozialismus wurden als revisionistisch verketzert und ihre Träger verfolgt. So vertrat z. B. Georg Lukács eine Konzeption, die Volksdemokratie als unmittelbare revolutionäre Demokratie bei Bewahrung des Erbes der bürgerlichen Demokratie, als langen Übergangsprozeß zum Sozialismus bei politisch-kultureller Hegemonie integrativer revolutionärer Kräfte und schließlich als Weg zum demokratischen Sozialismus mit Formen politischer, sozialer, unmittelbarer und Vertretungsdemokratie begriff. »Es geht um umfassende Verbindung von Sozialismus und Demokratie. Um einen realhumanistischen, nicht formalliberalistisch verwässerten Geist der Demokratie. Demokratie als wirkliche Herrschaftsform des arbeitenden Volkes bedarf der realen Elemente der unmittelbaren Demokratie, von denen die Pariser Kommune, die Macht der Sowjets, der antifaschistische Widerstand unendlich viele Momente beinhalten.«<sup>26</sup>

Im Rückblick auf eigene revolutions- und sozialismusgeschichtliche Arbeiten bestand der Hauptfehler des Verfassers vorliegender Studie darin, eine schematische Formationslehre und eine deterministische Anwendung des Begriffs historischer Gesetzmäßigkeiten angenommen zu haben, wodurch das sowjetische »Grundmodell« des Sozialismus in den Rang der Allgemeingültigkeit erhoben wurde. Das behinderte eine subtile empirische Analyse der Sozialismusedwicklung, die freilich auch nicht begünstigt wurde, weil das die apologetische Funktion der Geschichtswissenschaft für eine vorgeblich »wissenschaftliche« Politik in Frage stellen konnte.

---

25 Siehe Ernstgert Kalbe: Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa. Berlin 1974.

26 Georg Lukács: Über aristokratische und demokratische Weltanschauung. In: Sinn und Form. Berlin (1985)2. S. 382f.

## III

So stellt sich schließlich die Frage, worin die Spezifik »osteuropäischer Modernisierung« besteht.

Da vieles davon zeugt, daß Rußland in der Tradition einer »asiatischen Produktionsweise« mit weitgehendem Staatseigentum an der ökonomischen Basis und despotischen Herrschaftsstrukturen im politischen Überbau steht, die unter jeweiligen Anpassungszwängen schon an spätfeudale, erst recht an kapitalistische europäische Entwicklungen halbherzig »modernisiert« wurde, spricht manches dafür, eine spezifisch »russische Produktionsweise« anzunehmen.

In diesem Sinne interpretiert Rolf Henrich einen Wandel Rußlands von der »halbasiatischen Despotie« des Zarismus zur »industriellen Despotie« des Sowjetstaates.<sup>27</sup> Das Ausbleiben innerer Impulse für eine moderne kapitalistische Entwicklung in Rußland erklärt Henrich damit, daß es – anders als im europäischen Feudalismus – »keine weitestgehend sich selbst bestimmenden gesellschaftlichen Kräfte wie einen grundbesitzenden Adel, ein städtisches Bürgertum und mit privatem Boden wirtschaftende Bauern gab«, weshalb angesichts »der gleichsam »naturwüchsigen« Macht des in der Zarenbürokratie, der orthodoxen Staatskirche und in den zins- und dienstpflichtigen Dorfgemeinschaften verkörperten Traditionalismus keine über die bestehenden Verhältnisse hinausweisende Eigendynamik entfalten« konnte.<sup>28</sup> Um dieser »Entwicklungsfalle« zu entkommen, »mußte die russische Gesellschaft zuvörderst den despotischen Staat erneuern, damit dieser als ein zeitgemäßer »Motor« der industriellen Umgestaltung fungieren konnte.« So führte der Weg »der russischen Agrargesellschaft unweigerlich in das kaudinische Joch der staatssozialistischen Industrialisierung, wengleich unter gänzlich anderen Umständen als von den Klassikern des Marxismus vorausgesehen«.<sup>29</sup>

Dabei erwies sich im Prozeß der nachfolgenden Entwicklung, daß dergestalt staatssozialistische Modernisierung in erstaunlichem Maße altrussische Traditionen in Wirtschaft und Politik nicht nur bewahrte, sondern fortschreitend reproduzierte.

Angesichts derartiger historischer Gegebenheiten sind heutige »postsozialistische« Versuche, westliche Modernisierungskonzepte auf osteuropäi-

---

27 Siehe Rolf Henrich: Der vormundschaftliche Staat. Leipzig, Weimar 1990. S. 24ff.

28 Siehe ebenda. S. 49f.

29 Ebenda. S. 52.

sche Gesellschaften zu übertragen, d. h. ihnen kapitalistisch-marktwirtschaftliche und pluralistisch-demokratische Strukturen aufzupropfen, gleich ob auf vermeintlich revolutionärem, evolutionärem oder restaurativem Wege, wenig erfolversprechend, eher illusionär, da ein solches Verfahren erneut von den realen gesellschaftlichen Bedingungen abstrahiert und den andersartigen historischen Entwicklungsweg Ost-, aber auch Südosteuropas negiert.

Etwas anders, im Ganzen günstiger stellt sich die Frage für die ostmitteleuropäischen Länder Polen, Tschechien und Ungarn dar, die auf ein demgegenüber stärker ausgeprägtes kapitalistisches Erbe und auf bestimmte Demokratietraditionen zurückblicken können; allerdings geht es auch hier darum, ob diesen Ländern eine selbstbestimmte Entwicklung eingeräumt wird, oder ob sie in von den kapitalistischen Metropolen abhängige verlängerte Werkbänke und Absatzmärkte umfunktioniert werden.

Osteuropäische Modernisierungsprozesse sind generell, in vorsozialistischer, realsozialistischer wie postkommunistischer Zeit, durch einige gemeinsame Spezifika charakterisiert:

*Erstens* ist ihnen das Wirken traditionell bürokratisch-zentralistischer Herrschaftsstrukturen in der Politik sowie die Dominanz staatlichen Eigentums in der Wirtschaft, sowohl des gewerblich-industriellen als auch des landwirtschaftlichen Bodeneigentums, gemeinsam.

Schon im zaristischen Rußland war der Staat, d. h. der »Selbstherrscher«, der größte Grundeigentümer, der über umfangreiche Kronländer verfügte. Auch die pomeščie des Dienstadels, hervorgegangen aus dem Grundbesitz des von Iwan Grosny im 16. Jahrhundert vertriebenen Bojarenadels durch die Opričniki, war nur staatlich beschränkter Erbbesitz, der an administrative Pflichten und Dienstleistungen gebunden war. Ähnliche staatliche Vorbehaltsrechte galten auch für den gemeinsamen Bodenbesitz der Dorfgemeinschaften (obščina, mir), die dem Zaren zins- und dienstpflichtig waren.

Im Osmanischen Reich war der Sultan genereller Eigentümer allen Bodens, der seinen administrativen und militärischen Dienstadel, die Spahis, damit auf Lebenszeit belehnte. Derartige quasifeudale Grundherrschaften, auf denen der abhängige Bauer als Pächter, Zins- und Steuerzahler wirtschaftete, waren keine feudalen Gutswirtschaften, eher schon staatlich-fiskalische Apanagen.

Der russische Staat war um die Jahrhundertwende der größte Unternehmer und Kapitaleigner, dem zwei Drittel aller Kapitalanlagen, Fabriken und Werke, Verkehrsmittel und -wege, Bodenschätze, Bergwerke und Mi-

nen gehörten; die hohe Abhängigkeit vom Auslandskapital war vor allem Staatsabhängigkeit.

Eine solche gesellschaftliche Situation wird treffend als *bürokratisch-zentralistischer Etatismus* beschrieben. *Etatismus* meint hier die historisch überragende Subjektrolle des Staates in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft in weitgehend feudal-absolutistischen und hierarchischen Strukturen in bäuerlich-patriarchalisch geprägten Gesellschaften.

Der russische Philosoph Wadim Meshujew bringt diesen Sachverhalt auf den Punkt: »Die russische Geschichte ist vor allem die Geschichte der russischen Staatlichkeit. Der Staat war das wichtigste Subjekt des historischen Prozesses [...] Die Geschichte Rußlands ist eine Geschichte des immer weiter vorangetriebenen Verlustes jeder Autonomie. Insofern erinnert sie an asiatische Gesellschaften. Es gab hier keinen Feudalismus im westeuropäischen Sinne [...] Es entstand ein reiner Dienstadel, der für militärische Dienste gegenüber dem Staat mit Land und Bauern ausgestattet wurde. Dieser Dienstadel war eine Staatsklasse [...] Das Volk wurde aus der Geschichte ausgeschlossen. Der politische Überbau – hier ist der Begriff sehr angebracht – veränderte sich, aber das Volk blieb faktisch über die Jahrhunderte in fast gleichen Verhältnissen [...] Die Industrie entstand hier als Industrie für den Staat und durch ihn finanziert. Die Kultur und die Wissenschaft trugen staatlich-imperialen Charakter [...] In Rußland konnte alles nur als staatliche Institution existieren. Genauer noch: als Institution des Herrschers.«<sup>30</sup>

Wird in dieser Charakteristik nicht die Analogie zum sowjetischen Realsozialismus offenbar?

Der Sowjetstaat setzt diese Tradition in Gestalt einer zentralistischen Administration in der Politik und einer geplanten staatlichen Kommandowirtschaft fort. Der Realsozialismus bedient sich des Etatismus als Modernisierungsinstrument.

Nach Lenins Definition ist »Sozialismus [...] nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein«.<sup>31</sup> Bereits in »Staat und Revolution« begegnet bei Lenin diese etatistische Sicht

---

30 Wadim Meshujew: Rußlands Geschichte ist die Geschichte des Russischen Staates. In: Michael Brie/Ewald Böhlke: Rußland wieder im Dunkeln. Ein Jahrhundertstück wird besichtigt. Berlin 1992. S. 21ff.

31 W. I. Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. S. 369.

auf den Sozialismus, die sich im offensichtlichen Widerspruch zur Tradition der Pariser Kommune befindet: »*Alle* Bürger werden Angestellte und Arbeiter *eines* das gesamte Volk umfassenden Staats>syndikats« [...] Die gesamte Gesellschaft wird ein Büro und eine Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.«<sup>32</sup> Diese Aussage ist tatsächlich nicht weit von der Kritik des Sozialismus durch Max Weber entfernt, der »die Vereinigung von Fabrikssystem und universeller Bürokratisierung als Wesen des Sozialismus« bezeichnete.<sup>33</sup>

Nach wie vor wirkt in Rußland das feudale und halbasiatische Erbe des außerökonomischen Zwangs durch den Staat, im zaristischen Rußland ebenso wie in der realsozialistischen Sowjetunion, aber noch immer auch im postkommunistischen Rußland bzw. in den GUS-Staaten. Da gewachsene soziale Strukturen für eine kapitalistische Marktwirtschaft fehlen, können an ihre Stelle nur Staatskapitalismus oder mafiose Strukturen einer gewendeten Wirtschafts-nomenklatura treten, die sich die Verfügung über das Staatseigentum angeeignet hat.

Umgekehrt wirkten ökonomische Zwänge des Kapitalismus im zaristischen Rußland kaum, während der Sowjetordnung nicht, vorläufig auch im gegenwärtigen Postkommunismus nur sehr bedingt. Offenbar mischen sich in Rußland und anderen osteuropäischen Staaten noch immer Elemente verschiedener Formationen: Naturalwirtschaft, kleine Warenproduktion, genossenschaftliche Wirtschaft, Staatswirtschaft und – nicht zu vergessen – mafiose Schattenwirtschaft.

Meines Erachtens kann man verallgemeinernd davon sprechen, daß der Realsozialismus wie der Feudalismus durch Instrumente des außerökonomischen Zwangs gekennzeichnet sind, während der Kapitalismus durch Methoden des ökonomischen Zwangs charakterisiert wird.

Damit unmittelbar verbunden ist ein *zweites Spezifikum* ost- bzw. süd-osteuropäischer Gesellschaften, das vorstehend auch schon angesprochen wurde: die überragende Rolle des administrativen Herrschaftsapparates und seiner Träger, der bürokratischen Oberschicht, gleichviel ob es sich um den feudalen Dienstadel, die sowjetische Nomenklatura oder die postkommunistischen Administratoren handelt.

Michael Brie und Ewald Böhlke bezeichnen dieses Phänomen in ihrem Buch als »byzantinisch-tatarisch-halbasiatische Herrschaftsstrukturen«, die

---

32 W. I. Lenin: Staat und Revolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 25. S. 488 (Hervorhebung im Original).

33 Siehe Max Weber: Wirtschaft und Gesellschaft. 2. Halbbd. Tübingen 1976. S. 834.

nach oben auf hierarchischer Subordination einerseits, andererseits nach unten auf delegierter Machtvollkommenheit beruhen, gewissermaßen politische Lebensverhältnisse darstellen. »Spezifisch für russische Machtstrukturen ist ihr personengebundener, wenig versachlichter Charakter. Die starke Bindung von Ämtern an bestimmte Personen führt zu einer spezifischen Form von Beamtentum und Bürokratie, die im Gegensatz zu struktureller Abhängigkeit auf persönlicher Abhängigkeit beruht [...] Es ist ein System, das staatliche, politische und bürokratische Funktionen in Einzelpersonlichkeiten zusammenlaufen läßt und auf diese Weise viele ›Führer‹ schafft. Politische Lösungen unterliegen häufig nichtformalisierten und insofern willkürlichen Einzelfallentscheidungen. Das unterscheidet diese Art bürokratische Herrschaft von einem formalisierten, verrechtlichten und omnipräsenten System politischer Regelungen. Die getroffenen Entscheidungen werden nach dem hierarchischen Schema Befehl – Ausführung durchgesetzt [...]«<sup>34</sup>

Wie bereits angemerkt, war der russische wie der türkische Adel vor allem Dienstadel, nicht Grundadel, eine mit Ämtern und Apanagen belehnte Staatsklasse von Militärs und Beamten, ausgestattet mit einem hierarchisch abgestuften System von Vollmachten und Privilegien, rechenschaftspflichtig nur seinen näheren und ferneren vorgesetzten Lehensherren, deren Befehle gehorsam und häufig mit Mitteln der Gewalt gegenüber seinen jeweiligen Untertanen durchgesetzt wurden.

Das hierarchische System des russischen – wie übrigens auch des osmanischen – Dienstadels hat lange Traditionen, die bis zu Iwan Groznyj zurückreichen, von Peter I. und Katharina II. als System von Hofadel, Militäradel, Kollegienadel und Gouvernementsadel ausgebaut und schließlich von Nikolai II. vervollkommnet wurden. Peter I. führte 1722 eine 14stufige Rangliste mit sich entsprechenden militärischen und zivilen Rängen ein, mit Zuordnung von Rechten und Privilegien, mit Einordnung in Subordinationsverhältnisse und Weisungsbefugnisse. Bei Katharina II. wird die Bürokratie bereits in 22 Rangstufen gegliedert, wobei Beamte (wie Militärs) zunächst ab 5., später ab 10. Rangstufe geadelt wurden.

Dieser vielstufige Herrschaftsapparat und seine Herrschaftsmethoden haben sich zweifellos auf das zentralistische Nomenklatursystem der sowjetischen Partei- und Staatsbürokratie ausgewirkt und deren Denk- und

---

34 Michael Brie/Ewald Böhlke: Rußland wieder im Dunkeln. Ein Jahrhundertstück wird besichtigt. Berlin 1992. S. 67.

Verhaltensweisen beeinflusst. Eine bürokratische Staatsnomenklatur aber ist unvereinbar mit Zivilgesellschaft und Rechtsstaatlichkeit, mit Formen gesellschaftlicher Selbstverwaltung, mit Interessenartikulation und demokratischer Interessenvertretung.

Das autokratische Herrschaftssystem des Zarismus lastete bis zum Ende des 19. Jahrhunderts auf einer sozial wenig differenzierten Masse bäuerlich-patriarchalisch geprägter Dorfbevölkerung und kleinbürgerlich-handwerklicher Stadtbevölkerung, die in ihrer großen Mehrheit analphabetisch und politisch kaum organisiert war.

Nach der Volkszählung von 1897 waren bei einer Bevölkerung Rußlands von mehr als 116 Millionen rund 100 Millionen Bauern, 13 Millionen Angehörige halbproletarischer oder kleinbürgerlicher Schichten, 1,8 Millionen Adlige, 0,6 Millionen Geistliche und etwa gleichviel Angehörige einer Intelligenz. Nicht nur das Proletariat, auch die Bourgeoisie war nur schwach entwickelt; für 1897 werden ca. 800.000 Industriearbeiter und 580.000 Angehörige eines Bürgertums gezählt.

Michael Wegner nennt es einen »fatalen Irrtum«, aus der jetzt einsetzenden raschen Industrialisierung und den Reformen auf dem Lande auf das Vorhandensein einer bürgerlichen Klasse zu schließen. »In Wirklichkeit existierte weder ein modernes und politikfähiges Bürgertum, das sich an die Spitze der Modernisierungsprozesse hätte setzen können, noch eine zahlenmäßig dominierende Lohnarbeiterklasse, weder in der Stadt noch auf dem Lande.«<sup>35</sup>

Die wenig entwickelte Sozialstruktur des zaristischen Rußlands war mitverantwortlich für das Fehlen eines entsprechenden Interessen- und Vertretungspluralismus, d. h. für sozialökonomisch begründete Demokratiedefizite. Nach der Errichtung der Sowjetmacht verschlechterte sich die Sozialstruktur des Landes infolge der Bürgerkriegswirren und damit verbundener sozialer Deklassierungen noch weiter, ehe auf der Basis der Industrialisierungsprozesse eine sowjetische Sozialstruktur entstand, die die Gesellschaft jedoch eher nach Ständen (im Verhältnis zur staatsmonopolistischen Macht) als nach Klassen (in bezug auf die Produktionsverhältnisse) gliederte, jedoch wiederum ohne pluralistische Elemente in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Aus diesen Gegebenheiten resultiert wiederum ob-

---

35 Michael Wegner: Spannungen und Veränderungen: Rußlands beschwerlicher Weg in eine moderne Neuzeitgesellschaft. In: Michael Wegner/Erhard Hexelschneider/Claus Remer (Hrsg.): Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Leipzig 1997. S. 21.



ektiv die alles dominierende Rolle der neuen bürokratischen Oberschicht, der sowjetischen Nomenklatura.

Ein *drittes Spezifikum* ost- und südosteuropäischer Gesellschaften besteht, fußend auf den vorgenannten Faktoren, darin, daß gesellschaftliche Reformen stets von oben erfolgen, daß Modernisierungspolitik mit Mitteln des bürokratischen Etatismus betrieben wird und immer der Stabilisierung der jeweiligen Ordnung dient.

Peter I. betrieb Modernisierung bewußt als »Öffnung nach Europa«, wengleich nicht übersehen werden sollte, daß die »Europäisierungen« und »Modernisierungen« Rußlands, die »Petrinische Frühaufklärung« [...] ein äußerer Schein« waren; »grundlegende Änderungen im Wesen dieses russischen Staates sowie an seiner Produktions- und Lebensweise, an der Kultur des Volkes bewirkten sie nicht«, wie Wolfgang Geier schreibt.<sup>36</sup>

Während der Herrschaft Katharinas II. wurden durch zaristischen Reformerlaß wohl die »ukaznye Guts- und Possessionsmanufakturen« und 1785 dann durch die sogenannten Gnadenbriefe für Adel und Städte die Freisetzung der Stände vom Staat betrieben, jedoch wurde innenpolitisch zugleich die Leibeigenschaft »als die eigentliche, entscheidende sozialökonomische und sozialstrukturelle Grundlage der Selbstherrschaft wesentlich gefestigt«.<sup>37</sup>

Auch die von Alexander II. 1861 erklärte Abschaffung der Leibeigenschaft, neben Gerichts- und Selbstverwaltungsreformen (*zemstvo*) für das Dorf (1864) und die Stadt (1870) waren Reformen von oben zur Stabilisierung des zaristischen Herrschaftssystems, mitnichten der Beginn einer »heroischen Epoche«, wie neuerliche russische Geschichtsapologie glauben machen möchte.

Michael Wegner, der diese Reformen als Versuch der europäischen Modernisierung wertet, um Rußland durch eine Industrialisierung und Kommerzialisierung zu bürgerlich-kapitalistischen Strukturen zu führen, schlußfolgert: »Die sogenannte Bauernbefreiung brachte keine wirkliche Befreiung der Bauern von der finanziellen Abhängigkeit durch die Gutsherren und führte infolgedessen auch nicht – wie in Westeuropa – zur Freisetzung eines doppelt freien Lohnarbeiters (frei von Produktionsmitteln und freie Verfügung über seine Arbeitskraft), was eine unabdingbare Voraussetzung für die breite Etablierung von bürgerlich-kapitalistischer Ökonomik

---

36 Siehe Wolfgang Geier: Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis. Wiesbaden 1996. S. 85.

37 Ebenda. S. 93.

gewesen wäre.«<sup>38</sup> Statt dessen erhöhte sich der fiskalische Zins- und Steuerdruck auf die Bauern, die durch Loskauf wohl sozial differenziert, aber kaum freigesetzt wurden.

Schließlich führten auch die Agrar-, Finanz- und Wirtschaftsreformen von Stolypin und Witte, die um die Jahrhundertwende eine beschleunigte kapitalistische Entwicklung zu forcieren suchten, eher zur Festigung des zaristischen Staatskapitalismus (Schutzzölle, Bau der Transsib, Goldwährung), denn zu kapitalistischer Marktwirtschaft.

#### IV

In dieser Tradition *etatistischer Reformen von oben* stehen auch die realsozialistischen Umwälzungen von Lenin bis Stalin, von Chruschtschow bis Gorbatschow, die mit etatistisch-zentralistischem Instrumentarium von Planung und Kommandowirtschaft durchgesetzt werden, übrigens selbst im Rückgriff auf die Methoden russischer »Reformzaren« von Peter I. bis Alexander II., d. h. von rücksichtslosem Einsatz zwangsrekrutierter Arbeitsarmeen, Lagerhäftlingen und Armeeverbänden für staatliche Großprojekte bzw. die »Großbauten des Kommunismus«.

Ähnliches gilt schließlich auch für Jelzin unter postkommunistischen Bedingungen, der heutige »Transformationsprozesse« zu kapitalistischer Marktwirtschaft und demokratischem Pluralismus, die nun endlich gesellschaftliche Modernisierung bewirken sollen, mit Reformen von oben und etatistischen Mitteln betreibt, weil Basiselemente dafür noch immer weitgehend fehlen.

Mutatis mutandis gilt das auch für andere ost- und südosteuropäische Länder. Unterschiede zwischen ihnen bestehen vor allem in den Transformationsmethoden, wobei als scheinbares Paradoxon in den entwickelteren Ländern Ostmitteleuropas (Polen, Tschechien, Ungarn) mehr staatlicher Gradualismus angewandt wird als in den schwächer entwickelten Ländern Ost- und Südosteuropas (GUS-Staaten, Rumänien, Bulgarien), die einer mehr oder minder brutalen Schocktherapie ausgesetzt werden. In dem Maße, wie anfängliche Illusionen über eine erhoffte massive westliche

---

38 Michael Wegner: Spannungen und Veränderungen: Rußlands beschwerlicher Weg in eine moderne Neuzeitgesellschaft. In: Michael Wegner/Erhard Hexelschneider/Claus Remer (Hrsg.): Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Leipzig 1997. S. 19.

Wirtschaftshilfe verfliegen, scheint jedoch eine Tendenz zu Methoden des wirtschaftlichen Gradualismus wirksam zu werden.

Die Statistik der Wirtschaftsentwicklung Rußlands (1993–1997) weist folgende Zahlen aus:<sup>39</sup>

	Bruttoinlandsprodukt	Haushaltsdefizit (Mrd. US\$)	Auslandsschulden (Mrd. US\$)
1993	-8,7%	-7,7	112,8
1994	-12,7%	-27,7	121,6
1995	-4,1%	-10,6	120,5
1996	-4,9%	-18,4	125,0
1997	+0,4%	-24,2	131,0

Der bisherige Verlauf des Transformationsprozesses ist durch viele negative Resultate gekennzeichnet, die die Bevölkerung kaum als »Modernisierung« ansehen kann: wirtschaftlicher Abschwung und Deindustrialisierung, Arbeitslosigkeit und soziale Verwerfungen, Ausbreitung der Kriminalität und mafioser Strukturen.

Der Politologe Erhard Crome spricht auch für die gegenwärtigen Transformationsprozesse von »nachholender Modernisierung«, die durch vier postsozialistische Dilemmata behindert würde:

- ein *soziostrukturelles Dilemma* bei der Rekonstruktion von Staat, Macht und politischem System, weil ein neues politisches Institutionengefüge nicht soziostrukturell verankert ist;
- ein *wirtschaftspolitisches Dilemma*, weil ohne marktwirtschaftliche Voraussetzungen die scharf umkämpfte Privatisierung weiterhin in einem quasi leninistischen Sinne vom Primat der Politik abhängt;
- das *Dilemma des »gegenmodernen Erbes«*, worunter im Sozialismus gewachsene Erwartungen in die Pflichten des Staates auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet zu verstehen seien;
- das *Dilemma des internationalen Kontextes* der Transformation, die unter starkem Druck äußerer Faktoren und westlicher Ziele steht, aber die Anbindung der osteuropäischen Länder an die westeuropäische Integration schwierig, langsam und zudem selektiv verläuft.<sup>40</sup>

Auswege aus der Situation sind noch immer schwer auszumachen. Sicher brauchen die osteuropäischen Gesellschaften Zeit, eigene spezifische Wege aus der Krise zu finden, die m. E. eine bestimmte staatliche Wirt-

39 Siehe »Neues Deutschland«. Berlin vom 24. Juni 1998. S. 7.

40 Siehe Erhard Crome: Woher und wohin? Zur Analyse der osteuropäischen Transition. In: WeltTrends (Realer Post-Sozialismus). Berlin (1994)3. S. 29ff., besonders S. 40f.

schaftslenkung mit marktwirtschaftlichen Mechanismen verbinden müssen, also Anwendung gradualistischer Methoden anstatt Schocktherapie, die rasch privatkapitalistische Modelle des Westens überstülpen will. Überhaupt kann die eingeleitete Transformation ohne reale und massive Wirtschaftshilfe von den kapitalistischen Wirtschaftszentren, von EWU und IWF, schwerlich gelingen, erst recht, wenn sie auf dem Wege einer Ad-hoc-Privatisierung erfolgen sollte. Indessen verheißt die inzwischen erfolgte Umkehrung der ursprünglichen Vorzeichen wenig Gutes, nur neue Kosten: die NATO-Aufnahme osteuropäischer Länder vor ihrer Integration in die Europäische Union. Jedenfalls würde die Verwandlung Osteuropas in einen Rohstofflieferanten, Absatzmarkt und in eine verlängerte Werkbank der Europäischen Union die Spaltung Europas nur weiter östlich vertiefen.

Die Ergebnisse der osteuropäischen Transformationsprozesse erscheinen weitgehend offen. Möglich sind sowohl die Installation eines abhängigen, deformierten Kryptokapitalismus als auch die Restauration eines bürokratisch-zentralistischen Staatskapitalismus. Am günstigsten wäre eine allmähliche Wandlung zu marktwirtschaftlich-pluralistischen Gesellschaften in eigenen, traditionellen Formen und Strukturen; am schlimmsten wäre eine Rückkehr zu diktatorisch-bürokratischen Verhältnissen in den politischen Strukturen, verbunden mit einer weiterhin rückständigen Staatswirtschaft. Inwiefern spätere Generationen die gegenwärtigen Prozesse als »Modernisierung« bezeichnen werden, bleibt abzuwarten.

Der russische Historiker Roy Medwedew charakterisiert den gegenwärtigen Umbruch äußerst kritisch: »Viele sprechen heute von einer neuen bürgerlich-demokratischen oder kapitalistischen Revolution in Rußland. Die Veränderungen der letzten fünf Jahre haben unser Land noch nicht auf den normalen zivilgesellschaftlichen Entwicklungsweg zurückgebracht. Bei der Beseitigung der Mängel des totalitären Sozialismus bedienen sich die Reformer von heute derselben Zwangsmethoden, der Methoden von Zerstörung und Gewalt, wie die Bolschewiki 1918. Nur wird nicht von Kriegskommunismus sondern von Schocktherapie gesprochen.«<sup>41</sup>

---

41 Roy A. Medwedew: 80 Jahre Russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 47.



OLAF KIRCHNER

## **Rußland in der globalen Systemtransformation: Gibt es einen »Sonderweg«?**

Noch vor zehn Jahren lebten wir in einer scheinbar »einfachen«, dichotomen Welt. Sie war dominiert vom Gegensatz zweier widerstrebender Konzepte zur richtigen politisch-gesellschaftlichen Verfaßtheit menschlicher Gemeinschaft. Das kommunistische Konzept und mit ihm die »Linke«, obwohl sie sich – mindestens seit den dreißiger Jahren – zumeist kritisch bis ablehnend zu diesem Konzept verhalten hat, haben eine welthistorische Niederlage erlitten. Der dichotomische Gegensatz in der Welt ist heute aus der politischen Wirklichkeit – selbst dort, wo kommunistische oder postkommunistische Parteien die Regierungsverantwortung tragen – verschwunden und fürs erste in die Sphäre intellektueller Debatten verwiesen worden. Von vielen ist dies als endgültiger Sieg des liberal-demokratischen Wohlfahrtsstaates mit seinen marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien gedeutet worden. In der Euphorie, man würde nach dem Ende des kommunistischen Gesellschaftskonzepts in einer monokausalen Welt leben, proklamierte man gar das »Ende der Geschichte«.<sup>1</sup> Inzwischen hat sich diese Vorstellung als Utopie entpuppt. Innerhalb weniger Jahre ist es speziell in Europa zu Umbrüchen gekommen, deren Ergebnisse und Folgen noch eine ganze Weile nicht vollständig absehbar sein werden. Mehr noch, im Sog der sogenannten »Globalisierung« kommt uns nun vielleicht auch noch der vermeintliche Sieger, der »westliche« Wohlfahrtsstaat, zu dessen Teil die Ostdeutschen auf so wundersame Weise geworden sind, abhanden.

Weder bestätigen sich die Prognosen jener, die nach dem Ende des Kalten Krieges eine neue Unübersichtlichkeit und eine Renaissance der Nationalstaaten heraufdämmern sahen,<sup>2</sup> noch die Voraussagen jener, die mit

---

1 Siehe Francis Fukuyama: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? München 1992.

2 Siehe exemplarisch die Essaysammlung Peter Glotz: Die Linke nach dem Sieg des Westens. Stuttgart 1992. – Hans-Peter Martin/Harald Schumann: Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand. Reinbek bei Hamburg 1996. S. 40ff.

dem marktwirtschaftlich verfaßten demokratischen Rechtsstaat das Allheilmittel für beliebige gesellschaftliche Krisen in den Händen zu halten glaubten, in ihm die Grundkontur einer »neuen Weltordnung« sahen.<sup>3</sup> Erstere unterschätzten die enormen und mittlerweile irreversibel gewordenen Fortschritte bei der politischen Integration der Nationalstaaten und bei der Globalisierung der Nationalökonomien, die letzteren waren sich offenbar im Unklaren über die historischen Wurzeln des »westlichen« Gesellschaftsmodells selbst.

Beide Fehleinschätzungen beruhen darauf, daß man über die historischen Konsequenzen des Endes des Ost-West-Gegensatzes nachgedacht hat, bevor man dessen Ursachen verstand. Möglicherweise, und das ist meine These, sind es dieselben Prozesse und Entwicklungen, die den Realsozialismus zu Fall gebracht haben, die auch den »westlichen« Wohlfahrtsstaat in Frage stellen.<sup>4</sup>

Man könnte nun lange über die Folgen der Selbsthypnose debattieren, mit der man in Westeuropa die Chancen verschläft (und zum Teil schon verschlafen und verspielt hat), die sich 1989 aufgetan hatten. Im folgenden steht aber nicht Westeuropa im Mittelpunkt, sondern der neben den USA wichtigste Partner Westeuropas bei der Bewältigung der Transformationsprobleme, nämlich Rußland. Skizzenhaft soll untersucht werden, wie sich die Besonderheiten Rußlands zum Umbruch der globalen Beziehungen verhalten. Dazu soll einleitend einiges über den Kern des Umbruchs gesagt, danach eine Annäherung an das Verhältnis Westeuropa–Rußland versucht und schließlich einige ausgewählte Besonderheiten Rußlands im Kontext des Transformationsprozesses betrachtet werden.

---

3 Siehe z. B. Dieter Senghaas: Europa 2000. Ein Friedensplan. Frankfurt am Main 1990. – Michael Dauderstädt/Michael Domitra/Michael Ehrke: Solidarität mit Osteuropa: Kooperation statt Katastrophe. Vierteljahresberichte. Probleme der internationalen Zusammenarbeit. Sonderheft. Bonn (1992)Dezember.

4 Auf diesen Zusammenhang weisen u. a. hin Michael Schneider: Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Sozialismus. Köln 1992. – Robert Kurz: Der Letzte macht das Licht aus. Zur Krise von Demokratie und Marktwirtschaft. Berlin 1993. – Günter Reimann: Die Ohnmacht der Mächtigen. Das Kapital und die Weltkrise. Leipzig 1993. – Michael Zürn: Das Ende des Ost-West-Gegensatzes und die Globalisierung – eine Nachbetrachtung. In: *Comparativ*. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung (im weiteren *Comparativ*). Leipzig 5(1995)4. S. 146ff.

»GLOBALE SYSTEMTRANSFORMATION«  
STATT »SYSTEMWETTSTREIT«

Die Eingangsbehauptung, der Zusammenbruch des Realsozialismus und die Krise des »westlichen« Wohlfahrtsstaates wären zwei Seiten ein und derselben Medaille, hat Konsequenzen. Das »Ende des Kommunismus« hätte dann keinen Triumph für den »westlichen« Wohlfahrtsstaat angezeigt, sondern wäre Teil seines eigenen Ablebens, Ausdruck eines viel umfassenderen Schauspiels, das die gegenwärtige gesellschaftliche Verfaßtheit menschlicher Gemeinschaft generell in Frage stellt. Die erstrebte sogenannte »neue Weltordnung« erweise sich als eine Art Systemtransformation, der alle Staaten unterworfen sind.

Was ist mit »globaler Systemtransformation« gemeint? Zunächst soll Transformation ganz allgemein verstanden werden als historische Periode relativ instabiler Beziehungen zwischen sozialen Interessen und Interessenaggregationen, die durch eine Abfolge von Reformen und Brüchen in eine neue Qualität überführt (transformiert) werden.<sup>5</sup> Globale Systemtransformation würde dann eine Transformation des globalen Beziehungsgeflechts zwischen Staaten, Völkern, Wirtschaftsregionen, sozialen Gruppen, Wirtschaftsbereichen usw. usf. bedeuten. Dieser Gesamtprozeß ist durch widersprüchliche Entwicklungen gekennzeichnet. Die gesellschaftlichen Globalisierungsprozesse erzeugen zum einen soziale und politische Fragmentierungen und Zersplitterungen, zum anderen soziale und politische Integration und Verflechtung. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und das nachfolgende Ende des Kalten Krieges sind nur ein Teil dieses Widerspruches (und nicht dessen Ursache).

Weltweit sind soziale Kräfte auf den Plan getreten, die auf die Herausforderungen der deregulierten transnationalen Wirtschaftsräume entweder mit der politischen Integration oder aber mit der Auflösung existierender politischer Gemeinschaften oder zumindest mit einer Renaissance national-politischer Strömungen reagieren möchten. Nationalstaatlich oder zentralstaatlich organisierte soziale und politische Kräfte, die zwischen diesen beiden Polen agieren, sind scheinbar handlungsunfähig geworden. Diese

---

5 »Transformation« soll hier kein Synonym für die osteuropäischen »Reformen auf dem Weg in den Westen« – für Lateinamerika wird bekanntlich eher der Begriff »Transition« verwendet – sein, weil dies m. E. geographisch zu eng fassen und das Ergebnis der Reformen bereits vorab festschreiben würde. In Wahrheit weiß wohl derzeit keiner, womit die »Transformation« Osteuropas endet.



Handlungsunfähigkeit ist aber nur Ausdruck für die reduzierte Effizienz nationaler Politiken überhaupt und mithin für die Auflösung traditioneller politischer Räume.

Welche verschiedenen Ereignisse (Phänomene) können als Anzeiger der globalen Systemtransformation gelten?

Ein erster Aspekt umfaßt Ereignisse, die die Erschütterung der Nachkriegsordnung generell betreffen, vom Verlust der Position der Siegermächte in Zentraleuropa – manifestiert durch die Herstellung der vollen Souveränität Deutschlands – und dem Ende der Westeuropa und die nordatlantische Allianz verbindenden geopolitischen Konfrontation, die dadurch ausgelöste Suche nach einer neuen verbindenden Klammer, um die gegebenen militärpolitischen Strukturen aufrechterhalten zu können, über den Wegfall der Sonderrolle Skandinaviens, die Schwächung des Einflusses der »Supermächte« in der sogenannten Dritten Welt, den Zusammenbruch bzw. die Neuorientierung davon abhängiger Regime und politischer wie staatlicher und sozialer Gruppierungen bis zum Wegfall der Moskauer Zentralmacht als einer der Puffer zwischen westlicher und östlicher Hemisphäre und dem Beginn gewaltiger globaler Migrationsströme, die das Potential zu einer neuen Völkerwanderung haben.<sup>6</sup>

Abgeleitet von diesem ersten Aspekt umfaßt ein zweiter Ereignisse (Phänomene), die insonderheit die Transformation des früheren »sozialistischen Weltsystems« betreffen, von der Auflösung des Warschauer Vertrages (April 1991) und des RGW (Januar 1992) – d. h. dem Verlust der direkten politischen Kontrolle Moskaus über Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa (inklusive des Zusammenbruchs der DDR und der Wiedergeburt Deutschlands als europäischer Großmacht) – und der Auflösung der nuklearen Weltmacht UdSSR über die Infragestellung der territorialen Veränderungen, die Ergebnis zweier Weltkriege waren (Baltikum, Moldowa, Jugoslawien, Kurilen usw.) bis zum Aufbrechen einiger traditioneller Konflikte, die das ehemaligen Rußländische<sup>7</sup> Reich beherrschten, sowohl zwi-

---

6 Siehe Olaf Kirchner: Soziale Bewegungen und politische Parteien in der ehemaligen Sowjetunion 1985–1991. Chancen der Demokratie in Eurasien. Leipzig 1993. S. 11f.

7 Hier und im weiteren werden die heute in Rußland üblichen Wortpaare Russe/russisch und Rußland/Rußländer/rußländisch anstelle der im Deutschen (noch) gebräuchlichen Wortpaare Rußland/Russe/russisch verwendet. Siehe dazu Ronald Löttsch: Terminologisches zur Rußlandkunde aus der Sicht eines Sprachwissenschaftlers. In: Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Leipzig 1997. S. 345–351.

schen den einzelnen national-administrativen Gliederungen der ehemaligen Sowjetunion als auch innerhalb derselben.

Wenn das eine keineswegs vollständige Liste von Phänomenen der globalen Systemtransformation ist, so geht es bei ihnen doch im wesentlichen um folgende Probleme:

- die Auseinandersetzung um die gesellschaftlichen Konsequenzen der technologischen Revolutionen der letzten 20–30 Jahre;
- das Ende der sogenannten Supermächte, was für die USA das Aufschließen Japans und Westeuropas, das nuklearstrategische Patt mit der Sowjetunion/Rußland und die Krise des *american way of life*, und für Rußland die Entwertung der sozialistischen Industrialisierung durch die technologische Revolution, die Überforderung der materiellen und personellen Ressourcen durch die Staatsbürokratie und das Wettrüsten bedeutet;
- die Wirkung der Zerstörung der Biosphäre der Erde auf die Reproduktionsfähigkeit der Menschheit und ihrer Lebensgrundlagen;
- die Untergrabung der physischen Reproduktion ehemals traditioneller Gesellschaften durch eine sogenannte »nachholende Modernisierung«.<sup>8</sup>

Es ergibt sich nun die Frage: Ist der zeitliche Zusammenfall von einer *erstens* nur partiellen Lösung des Gesellschaftskonfliktes in den führenden Industriestaaten, der Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre zur sogenannten »konservativen Revolution« führte, und *zweitens* der Zusammenbruch des Realsozialismus durch das Scheitern eines zentralverwalteten Reformversuches ein Zufall? Wenn nein, haben beide Mißmanagements vielleicht eine gemeinsame Ursache?

Um die Problemstellung anschaulich zu machen, möchte ich eine von Horst Poldrack/Bernd Okun verwendete Metapher<sup>9</sup> etwas modifizieren. Danach treibt die »Titanic« auf einen gefährlichen Eisberg zu, während zwischen der Besatzung des Oberdecks und der des Unterdecks ein heftiger Wettkampf darum ausgebrochen ist, welches Team die Kessel besser beheizen und dem Schiff mehr Geschwindigkeit verleihen kann. Der Wettkampf wird mit äußerster Verbissenheit geführt: Man schottet sich voneinander ab, die Besatzungen bedrohen sich gegenseitig mit Bomben, die das gesamte Schiff in die Luft sprengen könnten. Trotz aller Abschot-

8 Siehe Michael Brie/Ewald Böhlke: Rußland wieder im Dunkeln. Ein Jahrhundertstück wird besichtigt. Berlin 1992. S. 15–17.

9 Siehe Horst Poldrack/Bernd Okun: Der ostdeutsche Transformationsprozeß, seine weltpolitischen Dimensionen und internen Widersprüche. Thesen. In: *Comparativ*. Leipzig 2(1992)3. S. 10f.

tion bleibt im Unterdeck jedoch nicht verborgen, daß die Mannschaft des Oberdecks die Kessel ungleich effizienter beheizt, bei geringerem Aufwand mehr Geschwindigkeit erzielt und trotz alledem noch erster Klasse reist. Ein kleiner Teil der Mannschaft im Unterdeck beginnt zu rebellieren, die mittleren Offiziere und die Teamspitze geben den Kampf auf und versuchen, sich vor der empörten Mannschaft aufs Oberdeck zu retten. Dabei machen sie die Schotten zum Oberdeck auf, wo sie auf die völlig überraschten Passagiere der ersten Klasse treffen. Der Wettkampf ist beendet; man beginnt, die Bomben über Bord zu werfen; das Oberdeck feiert euphorisch seinen Sieg auf dem Schiff; die Kapelle spielt den Triumphmarsch; immer mehr Leute aus dem Unterdeck drängen auf das Oberdeck nach; die Mannschaft des Oberdecks versucht verzweifelt, die Schotten zum Unterdeck wieder dichtzumachen. Währenddessen steuert die »Titanic« unter vollem Dampf weiter auf den Eisberg zu.

Es ist dieser Wettkampf, der propagandistisch als Systemwettbewerb ausgeschlachtet worden ist und der Ende der siebziger Jahre in eine internationale Wirtschaftsdepression mündete, die zum Bruch des globalen Beziehungsgeflechts führte. Dabei macht das Bild augenfällig, daß der Systemwettbewerb nur ein nebengeordnetes »Schlachtfeld« war. Das schnell diagnostizierte Ende des alten Ost-West-Gegensatzes ist denn auch nicht der Triumph der westlichen Wohlstandsgesellschaft, sondern Ausdruck eines viel umfassenderen krisenhaften Prozesses, der auch den demokratischen Wohlfahrtsstaat im Westen gefährdet. Osteuropa und speziell Rußland ist in dieser globalen Entwicklung zwar ein wichtiges, aber lange nicht das einzige Kettenglied.

Aber zwischen welchen Systemen wurde der Wettkampf überhaupt ausgetragen? Beiden ging es doch darum, mittels Kapitaleinsatz möglichst effektiv Reichtum und Konsum zu produzieren. Verkürzt gesagt geschah dies auf dem Oberdeck durch eine Marktwirtschaft, bei der die sozialen Folgen privater Gewinnmaximierung durch die Solidargemeinschaft der Versicherungszahler und durch staatliche Regulierung abgefedert wurden. Auf dem Unterdeck dagegen versuchte man, da die private Gewinnmaximierung ausgeschaltet wurde, allen gesellschaftlichen Reichtum den bürokratisierten Hierarchien einer Staatspartei und des ihr nachgeordneten staatlichen Verwaltungsapparates zufließen zu lassen, die wiederum – nachdem sie sich in einem ihnen angemessenen Maß bedient hatten – einen Teil dieses Reichtums als Wohltaten der Gesellschaft zurückgaben. Daß der deklarierte »Sozialismus« dabei zur »Verlängerung« des kapitalistischen

Prinzips«<sup>10</sup> unter der Herrschaft eines »staatsbürokratischen Kapitals«<sup>11</sup> mutierte, war nur folgerichtig.

Ausgangs der siebziger Jahre neigte sich der 1927/1929 begonnene wirtschaftliche Entwicklungszyklus, eine sogenannte »lange Welle«, seinem Ende zu.<sup>12</sup> Bereits Mitte der siebziger Jahre (nach der Aufhebung des Wechselkurssystems von Bretton/Woods und dem »Ölpreisschock«) brach der bis dahin in den führenden Industrieländern geltende supranationale Regulierungsmechanismus – d. h. die indirekte Kontrolle der Siegermacht USA über die Liquidität der Welt – zusammen, weil die Finanzmärkte einer staatlichen Kontrolle gänzlich entglitten. Die Befreiung des Geldes aus den staatlich verfügbaren Beschränkungen führte zu einer nachhaltig wirkenden internationalen Regulierungskrise, die sich im verstärkten Protektionismus,<sup>13</sup> der Zerrüttung des Devisenmarktes,<sup>14</sup> einer gigantisch steigenden Staatsverschuldung, ermöglicht durch die »Entkoppelung« der Finanzmärkte von

10 Robert Kurz: Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie. Frankfurt am Main 1991. S. 21.

11 Olaf Kirchner: Metodologičeskie principy analiza formacionnych perechodov (Po materialam »Kapitala« K. Marksa). Promotionsschrift. Moskau 1990 (Maschinendruck). S. 147.

12 »Lange Welle«: auch »Kondratieff-Zyklus« genannt, nach dem sowjetischen Konjunkturforscher Nikolaj Kondratjew, der diese Zyklen 1922 nachwies. Auch wenn dieses Konzept nach wie vor hypothetischen hat, erscheint es mir im Zusammenhang mit unserer Fragestellung am besten geeignet, da es den weltwirtschaftlichen Zusammenhang am prägnantesten zum Ausdruck bringt. Siehe z. B. Jörg Goldberg (Red.): Große Krisen des Kapitalismus – lange Wellen der Konjunktur? Beiträge zur aktuellen Krisenanalyse und Monopoltheorie. Frankfurt am Main 1985. – Zu den »langen Wellen« ökonomischer Entwicklung im Kapitalismus. In: IPW-Berichte. Berlin 14(1985)10. S. 1 bis 11. – Solomos Solomou: Phases of economic growth 1850–1973 – Kondratieff waves and Kuznets swings. Cambridge 1987. – Hans Joachim Gerster: Lange Wellen wirtschaftlicher Entwicklung. Frankfurt am Main 1988. – Ulrich Hedtke: Stalin oder Kondratieff. Endspiel oder Innovation. Berlin 1990. – Peter Ruben: Wirtschaftsentwicklung und Marxsche Formationslehre. In: Berliner Debatte Initial 8(1997)1/2. S. 105ff.

13 Krise des GATT-Systems, vorerst behoben durch die WTO-Gründung im Jahre 1995.

14 Bereits 1993 überstieg der Gesamtumsatz auf den internationalen Wertpapierbörsen den Umsatz im Aktienhandel um das fünffache (berechnet nach »Frankfurter Rundschau« vom 22. Januar 1994. – Handbuch zur Europäischen Währungsunion. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn 1997. S. 63). Inzwischen ist dieses Verhältnis durch die explosionsartige Entwicklung von derivativen (d. h. abgeleiteten) Wertpapieren weiter zuungunsten des Aktienumsatzes verändert worden (Siehe Zukunftskommission der Friedrich-Ebert-Stiftung: Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit: Drei Ziele – ein Weg. Bonn 1998. S. 72–75).

den Warenmärkten,<sup>15</sup> und ungleichgewichteten Außenhandelsbilanzen äußerte. Ende der siebziger Jahre kehrte man daher teilweise zu wirtschaftspolitischen Instrumenten zurück, die sich in der Nachkriegszeit während der vierziger und fünfziger Jahre bereits bewährt hatten (Reagonomics/Thatcherismus).

Die Krise der internationalen Wirtschaftsregulierung verhinderte in den realsozialistischen Ländern den Nachvollzug des Übergangs zu supranationalen Regulierungsmechanismen, was sich u. a. im Scheitern des RGW-Integrationsprogramms manifestierte.<sup>16</sup> Die dem staatsbürokratischen Kapital des »Realsozialismus« immanente Unfähigkeit, diesen Qualitätssprung zu bewältigen, führte Ende der siebziger/Anfang der achtziger Jahre zu einer tiefen Systemkrise, der die herrschende Nomenklatura-Schicht mit kontrollierten, d. h. zentralverwalteten Reformen zu begegnen suchte – beispielsweise mit der Perestroika in der UdSSR und der Reform der Öffnung in China –, um so Voraussetzungen für einen neuen Anlauf zu schaffen, supranationale Mechanismen zu installieren. Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre war die Reorganisation des staatsbürokratischen »realsozialistischen« Reichtums weitgehend beendet, und die zuvor errichteten Barrieren zum Schutz vor supranationalen Regulierungsmechanismen der Weltmarktkonkurrenten konnten beseitigt werden, vollständig in Europa durch die Beseitigung des »eisernen Vorhangs«, teilweise in China durch die neustrukturierte staatliche Protektion der Sonderwirtschaftszonen und das Prinzip »ein Land, zwei Systeme«.

In diesem Aufeinandertreffen verschiedener Arten, durch Kapitalakkumulation supranationalen gesellschaftlichen Reichtum zu erzeugen, hat die globale Systemtransformation ihren Ursprung. Die deklarierte Demokratisierung hatte dabei nur Vermittlungsfunktionen, um die jetzt legale private Gewinnmaximierung vor dem Zugriff der Staatsbürokratie zu schützen. Der Zusammenbruch des »Realsozialismus« war dabei entscheidender Katalysator. Das Ende der Sowjetunion 1991/1992 war nicht nur das Ende eines gesellschaftlichen Experiments in Eurasien, sondern leitete auch eine wichtige neue Etappe beim Umbruch der globalen Beziehungen ein.

---

15 Siehe Robert Kurz: *Der Letzte macht das Licht aus. Zur Krise von Demokratie und Marktwirtschaft.* Berlin 1993. S. 76ff.

16 Siehe P. Dmitrieva/R. Kostova-Sečkova/R. Sečkov/E. Dajnov: *Teorija i praktika novogo tipa me'dunarodnyh otnošenij.* In: *Mirovaja ekonomika i me'dunarodnye otnošenija.* Moskau 34(1990)9. S. 76f.

## RUSSLAND VERSUS WESTEUROPA: ZWEI »SONDERWEGE«

Jedes Land hat seine Besonderheiten, und dennoch sprechen wir nicht von Hunderten »Sonderwegen«. Warum also in bezug auf Rußland? Vielleicht besitzen Rußlands Besonderheiten eine andere Qualität, die es uns erlaubt, sie auf der Zivilisationsebene zu diskutieren?

Die Debatten über »Sonderwege« haben in bezug auf Rußland den realen Hintergrund, daß sich in einem runden halben Jahrtausend permanenter »Westeuropäisierungsversuche« (immerhin vier große Anläufe seit Peter dem Großen) in Rußland ein Entwicklungsweg etabliert hat, der von dem Westeuropas wesentlich verschieden ist. Das Anderssein Rußlands gegenüber Westeuropa wird in Westeuropa und z. T. auch in Rußland selbst vor allem jedoch als Rückständigkeit bzw. Zurückbleiben empfunden.

Am Beginn der neunziger Jahre, als sich Rußland auf neue Art und Weise in das internationale Beziehungsgeflecht einbrachte, bestimmten vor allem drei Standpunkte die Position des »Westens« gegenüber Rußland:<sup>17</sup>

*Erstens*, die Probleme Rußlands wären rasch lösbar, wenn nur alles gemacht würde wie im »Westen«.

*Zweitens*, ein demokratischer Ausgang aus der jetzigen Problemsituation in Rußland sei letztlich unausweichlich.

*Drittens*, das »Erfolgsprojekt« Westeuropa sei ungeachtet der Entwicklungen in Osteuropa (und der Welt) fortsetzbar.

Im Laufe der neunziger Jahre erwiesen sich diese Positionen als im höchsten Maße fragwürdig, und zwar nicht nur für Rußland, sondern – und dies aus Sicht der »westlichen« Strategen vor allem – gerade auch für den »Westen«.<sup>18</sup> Schon in Deutschland wurde offenbar, daß die unmodifizierte Übernahme »westlicher« Ordnungsprinzipien nicht funktioniert, wenn als Ergebnis eine marktorientierte demokratische »Wohlstandsgesellschaft« gedacht ist. Auch der demokratische Ausgang aus der jetzigen Problemsituation in Osteuropa entpuppt sich als nur eine – wenn auch wünschenswerte – der möglichen Entwicklungen. Hier wird ganz besonders deutlich, daß eigene ideologische Grundpostulate Politikern und Wissenschaftlern im »Westen« normativ Pate stehen für eine realitätsabgewandte Sicht. Mehr noch, wir können beobachten, daß in einer Art Bumerangeffekt diejenige

17 Siehe Erhard Crome: Vergleichende Osteuropaforschung. Einige methodische und theoretische Aspekte. In: Osteuropa in Tradition und Wandel. Leipzig 2(1995)2. S. 7f.

18 Manifestiert durch den Rücktritt von Jeffrey Sachs, Berater im rußländischen Finanzministerium, Anfang Januar 1994, kurz nach dem Rücktritt der Gajdar-Regierung.

Politik in Westeuropa, für die das »Erfolgsprojekt« Westeuropa der Export-schlager schlechthin ist, die Krise der gesellschaftlichen Strukturen Westeuropas nur noch beschleunigt.

Das besondere Problem und die besondere Herausforderung der jetzigen Modernisierung in Rußland bestehen darin, daß »auf einem im Vergleich zum Westen weit geringerem Wohlstandsniveau ein ökologisch wie sozial verträgliches Gesellschaftsmodell« entwickelt werden muß. »Die Frage, ob in den östlichen Umbruchgesellschaften« (denn das gilt nicht nur für Rußland) »zukunftsverträgliche Modernisierungsprozesse in Gang kommen, ist somit in erster Linie eine Frage, ob der Durchbruch zur eigenständigen und selbsttragenden Transformation gelingt.«<sup>19</sup> Das würde jedoch bedeuten, daß die gesellschaftlichen Voraussetzungen dafür kein »westlicher« Import sein können und auch nicht zwangsläufig zu einer Anlehnung der rußländischen Entwicklung an die Westeuropas führen müssen. Für Rußland diesen Durchbruch auf das europäisch-amerikanische Fenster einzuengen – etwas anderes wird ja kaum diskutiert –, wäre auch viel zu simpel, weil damit auf einen eindimensionalen Ausweg aus einer komplexen Krisensituation gesetzt würde.

Zudem relativiert sich die Rückständigkeit Rußlands gegenüber Westeuropa im Konzert der Weltregionen erheblich, zumal dann, wenn nicht ausschließlich die für Westeuropa prägenden Kriterien zugrunde gelegt werden. Bis zum 16. Jahrhundert waren Wohlstand und gesellschaftliche Entwicklung in Westeuropa und dem Rest der Welt etwa auf gleichem Niveau, gegenüber China z. B. war Westeuropa einfach hoffnungslos rückständig.<sup>20</sup> Faktisch blieb die Überlegenheit Chinas gegenüber Europa bis ins 17. Jahrhundert hinein bestehen: Spanien und Portugal wurden in allen Fällen besiegt, Holland von Taiwan vertrieben und England nicht in chinesische Häfen gelassen.

---

19 Horst Poldrack: Gefahrendynamik und materielle Verteilungskonflikte in der Risikozivilisation. Weltprobleme nach dem Ende des Kalten Krieges. In: *Comparativ*. Leipzig 2(1992)3. S. 66.

20 Siehe Arne Eggebrecht (Hrsg.): *China, eine Wiege der Weltkultur. 5000 Jahre Erfindungen und Entdeckungen*. Mainz am Rhein 1994. Die Rückständigkeit Westeuropas etwa gegenüber China wird besonders in den Bereichen Schiffbau, Energie (Windmühle), Metallverarbeitung (Hochofentechnologie), Kommunikation und Infrastruktur (Buchdruck, Metallschriften, Papier, Flachbogenbrücke, Kanalschleuse), Koordinierung von Großprojekten (Bau der chinesischen Mauer), Navigation (Kompaß, aber zur richtigen Wahl der Grabstätte), Medizin und beim Schießpulver (für Feuerwerke) augenfällig.

Ab dem 16. Jahrhundert jedoch »explodierte« Westeuropa, zunächst mit der Renaissance und der Reformation, dann mit der Aufklärung, und entwickelt sich bis heute in nahezu ungebremsten Eruptionen dank der Entfaltung der Privatinitiative und der Formierung eines spezifischen Persönlichkeitstyps. Dieses »Wunder«<sup>21</sup> des westlichen Europas hat in Osteuropa so nicht stattgefunden, wie in allen anderen Weltteilen auch nicht. Erst im 19. Jahrhundert greift es auf Nordamerika über, im 20. Jahrhundert auf den Fernen Osten.

Das ursprüngliche Problem ist also nicht das »Zurückbleiben« Osteuropas, sondern das »Vorpreschen« Westeuropas. Eine Erörterung der Eigenheiten und Perspektiven Osteuropas mit der Frage »Warum ist der Osten zurückgeblieben?« zu beginnen, um dann Rezepte für sein »Aufholen« zu entwickeln, ist also am falschen Ende angepackt. Die Frage müßte vielmehr lauten: »Warum ist der ›Westen‹ vorgeprescht?« In diesem Sinne befindet sich zunächst einmal Westeuropa auf einem »Sonderweg«. Der »Osten« ist nicht langsamer auf dem Weg des »Westens« – dem Weg der Technik, der Wissenschaft, gesellschaftlicher Rationalität usw. – gegangen, sondern einfach einen anderen Weg. In seiner gegenwärtigen Verfassung ist das »westliche« Wohlstandsmodell ohnehin weder exportwürdig noch exportfähig, denn die Erde würde ökologisch kollabieren, wenn der Ressourcenverbrauch der reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung auf weitere 20 oder gar 90 Prozent ausgedehnt würde. Unter diesen Umständen von »nachholender« Modernisierung zu sprechen, ist – um es wohlwollend auszudrücken – höchst fahrlässig. Da gibt es nichts mehr »einzuholen«, geschweige denn zu »überholen«. Ohne Modernisierung geht es andererseits aber auch nicht, denn wie soll der ökologische Kollaps ohne den massiven Einsatz wissenschaftlicher und technischer Mittel und Verfahren verhindert werden?

Der »Sonderweg« Rußlands definiert sich – im Gegensatz zum Selbstverständnis der »Westler« – nicht ausschließlich aus der Differenz zur Entwicklung in Westeuropa, sondern auch aus der Differenz zur Entwicklung in anderen Weltteilen, insbesondere in anderen Teilen der früheren Pax Mongolica. Die Rede ist genau genommen auch nicht vom »russischen Sonderweg«, sondern vom »Sonderweg« Rußlands, denn dieser »Sonderweg« ist wahrlich ein multikulturelles Produkt mit vielen »Dominanten«.

---

21 Siehe Paul Kennedy: Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500 bis 2000. Frankfurt am Main 1989. S. 68.



Ihren Ausgangspunkt hat die Trennung Rußlands von Westeuropa im Schisma der christlichen Kirche, wobei die damalige Rus auf seiten Ostroms stand. Die Expansion deutscher und skandinavischer Mächte im Baltikum, des französischen Adels und der italienischen Städte im Mittelmeerraum minimierte nicht nur die wirtschaftliche Bedeutung der Rus für das katholische Westeuropa, begleitet von immer wieder neuen Einfällen durch den Papst finanzierter Kreuzritterheere in die Grenzgebiete der Rus war sie auch eine direkte Bedrohung für die orthodoxe Kirche in Rußland. Schließlich zementierten die Eroberung und Plünderung Konstantinopels 1204 durch die Lateiner, vielfältige Unionen orthodoxer Kirchen auf dem Balkan mit Rom und die Abwendung der griechischen Kirche vom lateinischen Westen die bereits vorher theologisch zementierte Spaltung des Christentums auch politisch. Bereits 40 Jahre später war die Rus von Mongolen zerschlagen worden und nur die nördlichen Fürstentümer von einer mongolischen Okkupation weitestgehend verschont geblieben. Sie blieben aber Expansionsziel der Lateiner. Vor einer Eroberung durch die lateinischen Mächte wurde der Norden der früheren Rus nur bewahrt, weil 1240 die Schweden an der Mündung der Newa in die Ostsee und 1242 die deutschen Ordensritter auf dem Peipussee besiegt wurden. Das bedeutete jedoch, daß man Frieden mit der Goldenen Horde, dem am Kreuzpunkt des Wolgahandels mit dem von den Mongolen erneuerten Ost-West-Handel gegründeten westlichsten Teilreich der Pax Mongolica, halten mußte.

Entscheidend dabei war die geopolitische Lage der nördlichen Fürstentümer: im Nordwesten die Polen und Litauer, im Osten die Mongolen, im Süden das von Katholiken bzw. Osmanen eroberte Byzanz. Die erneute »Sammlung der russischen Länder« erfolgte durch die Moskauer Fürsten daher im Bündnis mit der Goldenen Horde. 1252 wurde Alexander Newski mit Hilfe der Mongolen Großfürst von Wladimir und damit Stammvater der Moskauer Linie der Rjurikiden. 1299 zog der Metropolit aus dem immer wieder verwüsteten Kiew nach Wladimir und verlegte schon 1325 seinen Sitz in das aufstrebende Moskau, dessen Oberschicht verwandtschaftliche Beziehungen zur Goldenen Horde aufgebaut hatte.

Das heutige Rußland entstand dann im 14.–15. Jahrhundert im Kampf der Moskauer Großfürsten erstens gegen die von den Mongolen nicht verwüsteten Städterepubliken der Rus (Nowgorod, Pskow u. a.), zweitens gegen konkurrierende Fürstentümer (Twer, Smolensk, Wladimir), gegen die auch die Mongolen zu Hilfe gerufen wurden, und drittens gegen die Tributpflichtigkeit gegenüber der Goldenen Horde. Der Bruch mit eigenen, westeuropäisch orientierten Traditionen aus der Kiewer Rus vollzog sich

seit dem Mongoleneinfall über mehrere Jahrhunderte hinweg und kommt vor allem in den bis in die Arbeitsethik hineinreichenden Besonderheiten russisch-orthodoxer Religiosität zum Ausdruck, auf die an anderer Stelle bereits eingegangen wurde.<sup>22</sup> Schließlich bestimmte die Niederlage der Raskolniki<sup>23</sup> im Kirchenstreit des 17. Jahrhunderts eine weitere Konfliktlinie mit Westeuropa, nach dem christlichen Schisma und der geopolitischen Entscheidung Newskis.

Die Außergewöhnlichkeit des eigenen, auch persönlichen Schicksals wurde in Rußland immer in den Termini der außergewöhnlichen Vorbestimmtheit interpretiert, irgendeiner Weltmission – sei es der Triumph der Orthodoxie, die Rettung Europas vor den Mongolen (Puschkin), vor der zerstörerischen Sklaverei des Geldes (Dostojewskij), den Leiden der Ausbeutung und Ungleichheit (Herzen, Tschernischewski, Bakunin, Lenin) oder zuletzt von faschistischer Knechtschaft.<sup>24</sup> Das rechtgläubige (»pravoslavnyj«) Volk, sein neuer Moses und dessen Apostel sollten die Welt, die der Sünde verfallen war und das Goldene Kalb anbetete, ins Gelobte Land führen. In der sowjetischen Ideologie erhielt Rußland die Aufgabe, die Menschheit vom kapitalistischen Joch, der Macht des Geldes und des Marktes zu befreien. Der Befreiungsakt wurde als internationalistische Pflicht und patriotische (nicht national-patriotische, sondern sowjetisch-patriotische) Tat verstanden. Das Individuum bekam den Auftrag, seine persönlichen Bedürfnisse und Ambitionen zurückzustellen und der Allgemeinheit zu dienen, um die große gemeinsame Mission (den Aufbau des Kommunismus in der Welt) zu vollenden.

---

22 Siehe Olaf Kirchner: Soziale Bewegungen und politische Parteien in der ehemaligen Sowjetunion 1985–1991. Chancen der Demokratie in Eurasien. Leipzig 1993. S. 43f. und 57f.

23 Die Raskolniki waren Verfechter einer der bäuerlichen Gemeinde angepaßten Kirchenordnung, die auf dem Gewohnheitsrecht der russischen Dorfgemeinde fußte und dem für Westeuropa so wichtigen Magdeburger Recht sehr nahe kam (siehe Viktor Krivorotov: Russkij put'. In: Znamja. Moskau (1990)8. S. 142). Die Niederlage der Raskolniki im Kampf gegen Kirchenhierarchie und Staat bedeutete zugleich den endgültigen Bruch Rußlands mit den eigenen Traditionen demokratischer Selbstverwaltung.

24 Diese Geisteshaltung hat Petr Tschaadajew auf den Punkt gebracht: »Man kann sagen, daß wir unter den Völkern in gewisser Weise eine Ausnahme bilden. Wir gehören zu der Kategorie, die kein wesentliches Element der menschlichen Gattung zu sein scheint und nur existiert, um dem Rest der Welt eine große Lektion zu erteilen.« (zit. nach Jurij Afanassjew: Rußland – Despotie oder Demokratie. Düsseldorf, Wien, New York, Moskau 1993. S. 68).

Auf dem langen Weg von der Ambition, ein »Drittes Rom« zu sein, bis zum Projekt der III. Internationale hat das russische Selbstbewußtsein faktisch nicht einmal die Idee der historischen Auserwähltheit Rußlands verraten. Die verschiedenen Staatsideologien (»Sammler der russischen Erde«, »Schutzmacht aller Slawen«, »sowjetischer Internationalismus«, »demokratische Wiedergeburt«) waren immer nur äußere Hüllen für diesen uralten »Bodensatz«. Selbst heute wird die außergewöhnliche Vorbestimmtheit des russischen Schicksals heraufbeschworen, wenn auch mit apokalyptischen Zügen.<sup>25</sup> Der »russische Weg« erscheint also in Rußland als ein ebensolcher Exportschlager wie in Westeuropa der »westeuropäische Weg«.

Ebenso wie Westeuropa für Rußland immer ein Spiegel gewesen ist, an dem man sich gemessen hat, war es auch umgekehrt. Gerade in der Konfrontation mit Rußland – insbesondere nach den Napoleonischen Kriegen und dem letzten Weltkrieg – hat Westeuropa jene Ordnungsprinzipien entwickelt, die heute Grundlage seiner rechtsstaatlichen, freiheitlichen und offenen Gesellschaft sind. Für Rußland ging es in der Konfrontation mit Westeuropa nicht darum, europäisch zu werden, sondern rußländisch zu bleiben, sich nach Westen zu öffnen, um sich ihm gegenüber als grundlegend andere Gesellschaft behaupten zu können.

## RUSSLÄNDISCHE BESONDERHEITEN – MERKMALE EINES »SONDERWEGES«?

Es gehört zu den allgemein anerkannten Tatsachen, daß in Rußland Motive für Werte- und Handlungsorientierungen einem anderen Paradigma unter-

---

25 So schrieb z. B. die Publizistin Xenja Mjalo: »Unser Volk nimmt in der Geschichte einen solchen Platz ein, daß es auch heute, auf seinem Tiefpunkt, dazu verdammt ist, bei der Wahrnehmung seiner Interessen in vielerlei Hinsicht auf das Geschehen in der Welt Einfluß zu nehmen. Selbst wenn es untergehen muß, wird dieser Untergang ein Echo hervorrufen und wird zu Verschiebungen führen, die sich weit über die Grenzen Rußlands fortsetzen werden.« (Ksenija Mjalo: Wer sind wir: Das Volk oder Tributpflichtige des Regimes? Die russische Frage in der Sprache der Politik. In: Klaus Segbers (Hrsg.): Rußlands Zukunft. Räume und Regionen. Baden-Baden 1994. S. 244). Noch prägnanter bringen Vertreter der national-patriotischen Bewegung diesen Missionsgedanken zum Ausdruck, weil sie ihn positiv besetzen. Siehe z. B. bei I. R. Šafarevič: Rusofobija (I). In: Naš sovremennik. Moskau (1989)6. – I. R. Šafarevič: Rusofobija (II). In: Ebenda (1989)11. Diese Streitschrift eines der wichtigsten Vertreter der patriotischen Intelligenzija Rußlands, von Haus aus Mathematiker, erschien bereits 1982 im »samizdat«.

liegen als in Westeuropa. Dieses andere Paradigma kann vielleicht erklären, warum jeder »Verwestlichungs«versuch in Rußland bisher gescheitert ist und den »besonderen Weg« Rußland nur noch bestärkt hat.<sup>26</sup> Dieses Paradigma ist historisch gewachsen und – aus einer anderen geschichtlichen Logik und anderen geschichtlichen Erfahrungen heraus – auch begründet. Ist das Anderssein ein allgemein nachvollziehbares Faktum, so besteht das Paradigma selbst doch im wesentlichen aus Mutmaßungen, bei denen man sich regelmäßig in den bekannten Ausspruch Tjutschews flüchtet, Rußland könne man nicht verstehen, an Rußland könne man nur glauben.

Geschichte und Mentalität in Rußland sind nicht voraussetzungslos, die Rußländer kein geschichtsloses Volk, das erst noch reifen muß, um im »Konzert der europäischen Völker« mitspielen zu können. Fünf Faktoren sind als Voraussetzungen für die rußländische Geschichte und zugleich als Ursachen für ihre Besonderheiten maßgebend: Territorium, natürliche Voraussetzungen, Bevölkerung, Binnenkolonialismus und Religionen. Diese Faktoren bestimmen in ihren Konsequenzen auch Rußlands Verhältnis zur globalen Systemtransformation.

### *Faktor 1 – das Territorium*

Unter all den Faktoren, die für die rußländische Gesellschaft Langzeitwirkung haben, ist zuerst die geopolitische Situation des eurasischen Raumes zu nennen. Alle wissenschaftlichen Untersuchungen bestätigen nur, daß es angemessen ist, die natürlichen und geographischen Faktoren Rußlands voranzustellen, will man über die Eigenheiten Rußlands sprechen.

Rußland ist der größte Flächenstaat der Erde, ein Land mit kontinentalen Ausmaßen, fast doppelt so groß wie die USA. Seine Ausdehnung von der Ostsee und dem Schwarzen Meer bis zur Grenze Japans und Alaskas, vom Franz-Joseph-Land bis zum Kaukasus, konstituiert bereits *eine erste Konfliktlinie rußländischer Geschichte*: »Gott ist hoch, und der Zar ist weit« – dieses russische Sprichwort erinnert daran, wie gering der Einfluß der scheinbar so übermächtigen zentralen Bürokratie auf die alltäglichen Lebensumstände tatsächlich war ... und ist. Es kann prinzipiell keine wie auch immer geartete Politik geben, die für Sankt Petersburg, die Kolyma

---

26 So die Hypothese von Marshall Goldman, der das Handlungsparadigma aus den Besonderheiten rußländischer Geschichte herleitet (siehe Marshall I. Goldman: *Lost Opportunity: Why economic reforms in Russia have not worked*. New York, London 1994).

und den Nordkaukasus gleichzeitig gelten könnte. In Tscheljabinsk oder Wladiwostok sind Entscheidungen aus Moskau – wer immer sie auch fällt – immer Größe aus der Ferne. Die wichtigsten Institutionen hier sind die Familienclane, die früher selbst in den großen Städten in Höfen zusammenlebten. Die Familienstruktur war und ist im wesentlichen patriarchalisch.<sup>27</sup>

Der historisch zentrale Teil Rußlands umfaßt vier Fünftel der osteuropäischen Tiefebene, die mit vielen kleinen Hochflächen und Wiesentälern reich gegliedert ist. Nach allen Richtungen verteilen sich von hier Bäche, Flüsse und Ströme, die in die Ebenen im Norden, Süden und Westen treten und dann in die Randmeere des Atlantiks münden. Diese Ebene bildet das natürliche Zentrum Osteuropas, aber sie hat keine natürlichen Grenzen. Die Übergänge zum Westen sind kaum merklich, außer an klimatischen Veränderungen (die Zahl der Frosttage nimmt ab, die der Regentage zu). Der 2.000 km lange Ural im Osten, der mit seinem steilen Ostabfall die geographische Ostgrenze Europas bildet, ist relativ leicht zu überqueren und läßt zum Kaspischen Meer hin eine mehrere hundert Kilometer breite flache Steppe frei, die im Osten bis nach Mittelsibirien und im Westen bis zu den Karpaten reicht. Diese Steppe war in früheren Zeiten eine Straße der Nomadenvölker und ist z. T. auch heute noch permanentes Migrationsgebiet. Östlich des Urals erstreckt sich dann das »Schlafende Land« (aus dem Tatarischen für Sibirien). Die Trennung der großen Naturregionen ergibt sich vor allem durch die großen Ströme, die im europäischen Teil meist in Nord-Süd-, jenseits des Urals in umgekehrter Süd-Nord-Richtung fließen.

Diese Naturbedingungen bestimmen eine *zweite grundlegende Konfliktlinie in der Geschichte Rußlands*: Im weiten Land lohnte es nicht sonderlich, Reichtum zu sammeln, denn die offenen Grenzen in den asiatischen Raum hinein wurden immer wieder von Nomadenvölkern überschritten. Körperlichen und geistigen Schutz vor dieser Weite gab es nur um den Preis absoluter Unterwerfung unter das Zentrum. Alle Formen des Wirtschaftens orientierten sich auf die Schatzbildung im Zentrum, in dem Staat und Kirche zusammengeschweißt wurden.

Diese beherrschende Rolle der (staatlichen) Zentralgewalt ist freilich selbst ein historisches Produkt, das in seinen Wurzeln auf die Spätphase

---

27 In den wohlhabenden Familien wurden die Frauen früher sogar abgeschlossen gehalten, mindestens aber mußte jede verheiratete Frau ein Kopftuch tragen. Beides sind sicher Relikte tatarisch-islamischer Traditionen, denn viele der handelstüchtigen und aus einer Stadtkultur kommenden Tataren waren im bäuerlichen Rußland zu Reichtum gelangt und als Zeichen ihrer Staatsloyalität zur Orthodoxie übergetreten.

der Tributherrschaft der Mongolen über die von ihnen nicht besetzten Teile der Rus zurückgeht. Gerade die Khane der Goldenen Horde zentralisierten die Tributeintreibung und übertrugen sie – getragen von engen verwandtschaftlichen Verflechtungen – den Moskauer Fürsten, womit die Schaffung eines Rußländischen Reiches unter Moskauer Hegemonie erst ermöglicht wurde. Von nun an konnte Moskau einerseits mit der militärischen Kraft der Mongolen drohen und setzte sie gegebenenfalls auch ein,<sup>28</sup> um den Tribut einzutreiben und sich an ihm partiell zu bereichern, andererseits erschien es als bloßer Vermittler der Tributforderungen und war selbst Opfer. Die von den Moskauer Fürsten gegenüber der Goldenen Horde verfochtene Politik mit ihren diplomatischen Intrigen, dem ständigen Taktieren gegen zahlreiche, übermächtig scheinende Gegner und der permanenten Mobilisierung aller produktiven Reserven des Landes unter einer zentralen Gewalt prägte das Politikverständnis des rußländischen Staates auf Jahrhunderte im voraus. Später wurden solche Angstgefühle unter der Bevölkerung auch bewußt erzeugt, wenn etwa üble Dinge geschahen, deren übermächtigen Verursachern man hilflos ausgeliefert war.<sup>29</sup> Der spätere politische Niedergang der mongolischen Khanate ging einher mit einer geistigen Eroberung Rußlands durch sie, denn die Einführung mongolischer Staatskunst (vor allem Verwaltungsmethoden aus dem Steuer-, Post- und Zollwesen, Volkszählungen u. a. m.) durch die Moskauer Fürsten erfolgte im wesentlichen erst nach der »Befreiung« von der mongolischen Oberherrschaft.<sup>30</sup> In einem gewissen Sinne kann man schon sagen, daß Ruß-

---

28 So gingen im 15. Jahrhundert einige tausend Tataren – christianisiert oder nicht – in die Dienste der Moskauer Fürsten über. Moskauer Heere eroberten und plünderten zusammen mit mongolischen Truppen z. B. 1478 Nowgorod und 1510 Pskow.

29 Siehe Vytautas Landsbergis: *Jahre der Entscheidung. Litauen auf dem Weg in die Freiheit. Eine politische Autobiographie.* Ostfildern vor Stuttgart 1997. S. 66. Ein überaus prägnantes Beispiel für die bewußte Umsetzung einer solchen Politik ist die »Kampagne gegen die Kriegsgefahr«, die im April/Mai 1927 begann und die Funktion hatte, den Background für die Ausschaltung der Linken Opposition in der Sowjetunion selbst abzugeben.

30 Zu diesen geistigen Eroberungen zu zählen sind auch die Verbreitung des Wodkas, der aus dem Baltikum kommend anfangs vor allem in den tatarischen Schankstuben außerhalb der Kremlmauern in Moskau und Kasan – sie besaßen das Brennereimonopol, bis die Zaren im 16. Jahrhundert den Wodka als zusätzliche Einnahmequelle entdeckten und zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor Rußlands machten – Verbreitung fand, und der russische Mat, entstanden aus der Verschmelzung tatarischer Dialekte mit Dialekten der slawischen Dorfgemeinden.

land als das spezifische Groß-Moskowien, das wir heute kennen, von den Mongolen geschaffen wurde.<sup>31</sup>

Der Widerspruch zwischen den beiden genannten Konfliktlinien – durch Ausdehnung bedingte Dezentralität auf der einen und durch fehlende Grenzen bedingte starke Zentralität auf der anderen Seite – schuf in der gesamten Geschichte Rußlands einen Spannungsbogen, der zum Lebensprinzip des immer gewaltiger werdenden Staates wurde. Henry Kissinger hat die Auswirkungen des genannten Widerspruchs für den »Westen« folgendermaßen formuliert: »Rußland stellt den Westen vor ein Paradox: Hat es eine starke Zentralgewalt, dann droht eine russische Vorherrschaft, ist es jedoch ohnmächtig, droht der Zerfall des Gleichgewichts.«<sup>32</sup>

Entscheidend für die Entwicklung des rußländischen Staates war und ist, daß der Impuls gesellschaftlicher Modernisierung nicht von der Entwicklung neuer Verhältnisse und sozialer Schichten aus dem Innern der Gesellschaft heraus ausging. Ein solcher Impuls ging vom Willen der jeweiligen Staatsführung aus, bestehendem äußeren Druck militärisch, wirtschaftlich und ideologisch gleichwertigen Widerstand zu bieten. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde dadurch lange vor der Sowjetmacht zu einer Funktion von militärischen und ideologischen Bedürfnisse der Zentralgewalt. Je nach diesen Bedürfnissen vollzog sich die Entwicklung entsprechend schneller oder langsamer. Diese diskontinuierlich-sprunghafte Entwicklung bedeutete nicht nur eine extreme Last auf den Schultern jener Generationen, deren Leben zufällig mit Perioden intensiverer Entwicklung zusammenfiel, sondern überstieg nicht selten auch das physische Durchhaltevermögen der Bevölkerung. Nikolaj Danilewski, einer der führenden Theoretiker des Panslawismus, nannte diesen Zustand »disziplinierten Enthusiasmus«.<sup>33</sup> Seine Folgen waren lange Stagnationsperioden und staatli-

31 So recht kategorisch bei Georgij Fedotov: *Russia and Freedom*. New York 1981.

32 Henry Kissinger: *Die sechs Säulen der Weltordnung*. New York, London 1994. S. 24. Man beachte die Ähnlichkeit der geopolitischen Situation Rußlands – bezogen auf die Welt – und Deutschlands – bezogen auf Europa. »Nur die Deutschen schießen, wenn sie sich zu einem (National-)Staat politisch zusammenschließen, automatisch und über Nacht zur stärksten Macht in ihrer Region empor. Latent oder real fällt ihnen dann früher oder später eine Vormachtstellung in Europa zu, die [...] zu weiterer Machtexpansion verführt. [...] Wenn sich die Deutschen politisch zusammenschlossen, dann, wenigstens in der Neuzeit, stets mit katastrophalen Folgen für sie selbst und Europa. [...] Mit der Einheit bereitete sich schon der künftige Zerfall vor, mit der Teilung die nächste Phase deutscher Einheit (und Macht).« (Imanuel Geiss: *Die deutsche Frage 1806–1990*. Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich 1992. S. 16f.).

33 Siehe Nikolaj Ja. Danilevskij: *Rossija i Evropa*. Moskau 1991. S. 459.

che »Prophylaxe« durch Repressivmaßnahmen gegen mögliche soziale Spannungen. Eines der wichtigsten Elemente dieser repressiv-prophylaktischen Tätigkeit des Staates waren im Hintergrund wirkende »dritte Kräfte«, die die Geschicke des Landes lenken konnten, erstmals eingesetzt von Iwan Grosny ab 1564.<sup>34</sup>

Die zyklisch wiederholten Interventionen des Staates in die Wirtschaftsentwicklung bewirkten, daß ein unabhängiges Bürgertum im Unterschied zur Beamtenschaft nicht entstehen konnte, industrielle Lohnarbeit sich spät entwickelte und noch lange enge Familienbande und steuerliche Bindungen zur dörflichen Herkunftsgemeinde behielt.<sup>35</sup> Diese Arbeiterschaft ertrug die Industriedisziplin nur solange, wie es zum Unterhalt der Dorfgemeinschaft unbedingt notwendig war. Waren für einen »von oben« initiierten Modernisierungsschub soziale Schichten mit neuen Eigenschaften notwendig, so mußten diese zunächst staatlicherseits konstituiert werden, wie z. B. die leibeigenen Fabrikarbeiter zur Zeit Peter I.,<sup>36</sup> oder die Pächter und die Kooperativen-Mitglieder zur Zeit der Perestroika. Auch die Deportation als eine Methode zur Arbeitskräftebeschaffung, der in Rußland eine große Zukunft beschieden war, wurde bereits unter Peter I. eingeführt.<sup>37</sup>

- 
- 34 1564 verließ Iwan Grosny plötzlich Moskau, sonderte einen Teil des Landes ab, entzog ihn der allgemeinen Verwaltung und schuf sich von dieser Basis aus eine besondere Truppe, die »opričnina« (Leibwache), mit der er seine Politik auch gegen den Willen des Adels und der Kirche durchsetzen konnte. Mit ihr ging er gegen den Hochadel vor, drangsalierte aber auch das »gemeine Volk«. Tausende wurden Opfer des Staatsterrors, Zehntausende Familien wurden umgesiedelt. Die Opritschnina löste später die wählbaren »dru iny« (Gefolge) ab und wurde auf den Zaren vereidigt, nicht mehr auf die Städte.
- 35 Selbst Ende der zwanziger Jahre, kurz vor der beschleunigten Kollektivierung, besaßen noch etwa 20% aller in Rußland industriell Beschäftigten Land in den Umverteilungsgemeinden (siehe Hans-Heinrich Nolte: Rußland/UdSSR: Geschichte – Politik – Wirtschaft. Hannover 1991. S. 116).
- 36 Unter Peter I. wurden mangels freier Arbeitskräfte ganze Dörfer, deren Bewohner Leibeigene des Staates waren, an Fabrikanten verkauft, ohne die innere Struktur der Dörfer zu verändern (1721 wurde ein entsprechender Ukas unterzeichnet). Dabei muß es sich um mindestens 20% der zinspflichtigen Bevölkerung, d. h. mehr als eine Million Seelen männlichen Geschlechts gehandelt haben (siehe Jurij Afanassjew: Rußland – Despotie oder Demokratie. Düsseldorf [u. a.] 1993. S. 138). Der Zar, später der Gutsherr, schloß mit den Fabrikunternehmern regelrechte »Kollektivverträge« – um diesen sowjetischen Terminus zu gebrauchen – über die Nutzung der bäuerlichen Arbeitskraft ab. Diese Dörfer überlebten durch ihre spätere Umwandlung in sogenannte Erbmanufakturen bis zur Oktoberrevolution 1917.
- 37 Die Rede ist von der Aushebung von Leibeigenen für gemeinnützige Arbeiten, z. B. für den Bau der neuen Hauptstadt Petersburg.



Nach dem Rückzug des Staates aus der aktiven Förderung der Wirtschaft und dem zwangsläufigen industriellen Niedergang kehrten die industriell Beschäftigten in ihre traditionellen dörflichen Sozialbindungen zurück, ohne einer wirklichen Pauperisierung zum Opfer zu fallen (wie in Westeuropa während der Einhegungen). »Das Dorf war die Rückversicherung, praktisch sogar die Sozialversicherung gegen den Moloch Industrie.«<sup>38</sup> Damit gab es eine soziale Basis für die jeweilige Konsolidierung traditioneller Strukturen und die nachfolgende »Wiedergeburt« des Landes. Bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts hinein war das Dorf vom unmittelbaren Zugriff des Staates verschont geblieben. In den Dörfern, die oft nur 10–12 Gehöfte umfaßten, fällt die Dorfversammlung (Schod) die wichtigen Entscheidungen. Bis über 15 solcher Dörfer wurden Mitte und Ende der zwanziger Jahre in Landsowjets zusammengefaßt, und bis in die dreißiger Jahre hinein trat erst hier »der Staat« auf. Die Mehrheit der Bevölkerung Rußlands lebte also bis weit in unser Jahrhundert hinein in einer quasi staatsfreien Gesellschaft, trotz des bisweilen extremen Etatismus der Zentralgewalt. Hier konstituierte sich um die »sobornost'« herum ein »geheimen Rußland«, in dem nicht nur Verfechter gesellschaftlicher Alternativen immer wieder Schutz vor dem Zugriff des Staates fanden, sondern in dem auch Traditionen der demokratischen Stadtkultur der alten Rus,<sup>39</sup> die dem Prinzip der »sobornost'« in vielem auch zuwiderliefen, überdauerten – transportiert u. a. von den »Raskolniki«, später den »Stranniki« (die Nachfolger einer priesterlosen Raskolniki-Richtung waren). Im »offiziellen Rußland«, das zunehmend einen anderen als den westeuropäischen Weg einschlug, wurden diese Traditionen mit dem Aufstieg Moskaus verschüttet. Gleichzeitig gehört dieser »doppelte Weg«, diese antagonistische Koexistenz zweier Zivilisationen (bildlich gesprochen der Linie Kiew/Nowgorod

---

38 Kai Ehlers: Sowjetunion: Mit Gewalt zur Demokratie. Hamburg 1991. S. 166.

39 Die Kiewer Rus war als gemeinsamer normannisch-slawischer Staat ein »Reich der Städte« mit über 400 juristisch autonomen Handelspunkten, die durch eine stadteneigene Bürgerwehr und die Warägerkrieger der Fürsten, der »dru- ina« (Gefolge), vor nomadisierenden Steppenvölkern geschützt wurden. Eine Bindung politischer Loyalität an die Verfügung über Grund und Boden gab es in diesem Staate nicht. Die fürstliche Macht wurde durch die Rechte der freien militärischen Gefolgschaft und der lokalen Selbstverwaltungen, den »veče« (Volksberatung), stark eingeschränkt. Im Herrschaftsbereich Nowgorods, in dem die normannische Tradition stärker war als im südlichen Kiew, bildeten sich im 13. und 14. Jahrhundert Republiken heraus, in denen die öffentliche Bürgerversammlung der Wjatsche oberste Staatsmacht war.

und der Linie Moskau<sup>40</sup>), zu den wesentlichen Momenten der eurasischen Identität Rußlands.

In dem Maße, wie nunmehr im Zuge der Globalisierung die Bedeutung territorialer Größe abnimmt, wird das rußländische Spannungsverhältnis zwischen Zentralität und Dezentralität zur Zerreißprobe für das Staatswesen, denn nunmehr können kleinere territoriale Einheiten auch tatsächlich, selbst unter den natürlichen Voraussetzungen Rußlands, selbständig in der Welt agieren, ohne auf eine Zentrale in Moskau angewiesen zu sein. Längst obsolet ist der stiere Blick, für den Moskau soviel ist wie ganz Rußland, der Rußland meint, und doch nur Moskau sieht. Das Comeback der russischen Provinz nach Jahrhunderten der Auspowerung durch Moskau ist keine Phantasie, sondern eine Tatsache. Bislang existiert das weite Land für uns meist nur als Hort der Katastrophe, als Chaos, das »Reformen« in Moskau bedroht. Aber dort, in der Provinz, entscheidet sich, was aus Rußland werden wird, wenn das Zentrum am Ende ist, und es scheint diesem Ende ja schon recht nahe.<sup>41</sup>

Der Schöpfungsakt einer neuen komplexen Wirklichkeit, der ja letztlich Inhalt einer Transformation ist, vollzieht sich jenseits der Systeme und ihrer -ismen, dort, wo das »Informelle« herrscht. So wie sich das Wertgesetz in einer kapitaldominierten Gesellschaft durchsetzt, indem die Akteure des Wirtschaftsprozesses ständig versuchen, selbiges außer Kraft zu setzen, so können Systeme (und ihre -ismen) nur bestehen, weil überall und zugleich »Systemwidriges« geschieht (und gedacht wird). Strukturen, die durch Reformen »von oben« gleichsam implantiert werden, beziehen sich notwendigerweise auf das System und gehen damit am eigentlichen Lebensfluß vorbei, ja bekämpfen teilweise das wirklich Neue, sanktionieren es bestenfalls im nachhinein durch ein anerkennendes Recht.

Es kann nicht anders sein, als daß alle Formen des Schöpfungsaktes einer neuen Gesellschaft in Rußland fast ununterscheidbar verbunden sind mit Verfallsformen. Es gibt keine Geburt des Unternehmergeistes aus dem Protestantismus, sondern aus dem Geist der Bürokratie und der Schattenwirtschaft, ja der Mafia. Die Zirkulationssphäre ist mit allen Insignien des Betruges und der Übervorteilung ausgestattet. Die Reinternationalisierung

---

40 Siehe Jurij Afanassjew: Rußland – Despotie oder Demokratie. Düsseldorf [u. a.] 1993. S. 132. Auch die westeuropäische Geschichte kennt ein solches »geheimes Europa«, vor allem unter den Häretikern, aber es ist während der Inquisition zugrunde gegangen.

41 Siehe Karl Schlögel: Rußland und der deutsche Attentismus. In: Kommune – Forum für Politik, Ökonomie und Kultur. Frankfurt am Main (1994)3. S. 10.

der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen ist ohne die aggressive Intelligenz und kriminelle Energie derer, die sie besitzen, nicht machbar. Wie sollte sonst auch die Abschottung westlicher Märkte aufgebrochen und die oftmals ja selbst durch kriminelle Energie zustande gekommene festgefügte Ordnung der globalen Märkte verändert werden? Den Zusammenbruch staatlicher Autoritäten zu überleben, hilft zweifelsohne das dem homo sovieticus in Jahrzehnten anerzogene Mißtrauen gegenüber formellen und sein Vertrauen zu informellen Zusammenhängen und Abhängigkeiten. Der Zusammenbruch der staatlichen Ordnung muß nicht Hungersnot bedeuten in einem Land, das sich seit jeher auf Subsistenz aus eigenen Mitteln verstanden hat, und in dem die städtische Bevölkerung die Beziehungen zum Land in einer elementaren Form aufrechterhalten oder reaktivieren kann.

### *Faktor 2 – die natürlichen Voraussetzungen*

Die Vegetationszonen Rußlands reichen vom arktischen Eis und der Tundra über den vorwiegend aus Nadelhölzern bestehenden, nach Süden hin aber in Mischwald übergehenden Waldgürtel bis zur Steppen- und Halbwüstenzone sowie mediterranem Klima im Süden. Je weiter nach Osten, desto kälter und trockener wird das Land. Mißt man die Wachstumsperiode im Norden nach der Zahl der Frosttage und im Süden nach der Dürre, dann bilden beide Linien einen Keil, der sich von West nach Ost verengt und schließlich am Ural endet. Dieser Mischwaldkeil bildet den Kernbereich der bäuerlichen Kultur in Osteuropa – nördlich, südlich und östlich davon war Landwirtschaft lange schwer möglich und ist auch heute noch riskant. Östlich des Urals fehlt dieser Mischwaldgürtel, und die Taiga drängt mit dem Dauerfrostboden weit nach Süden.

Die geologischen und klimatischen Voraussetzungen sowie die jahrhundertelange Arbeit der Bauern haben unterschiedliche Böden entstehen lassen. In der Nadelholz-Taiga ist die Humusschicht so dünn, daß man mit dem auskommen muß, was unter der Asche der gerodeten und abgebrannten Bäume liegt. In der Mischwald-Taiga wachsen vor allem Birken, und es gibt soviel Humus, daß Weiden entstehen, sobald der Wald gerodet ist. Im bereits erwähnten Mischwaldkeil gibt es natürlicherweise »grauen Waldboden« mit einer tiefen Humusschicht. Im Süden davon zieht sich von den Karpaten bis zum Ob ein zwischen hundert und tausend Kilometer breiter Streifen aus Lößböden mit Schwarzerde hin. Dieser fruchtbarste Boden Osteuropas liegt jedoch im Steppengürtel und ist natürlicherweise nur dort

risikolos nutzbar, wo regelmäßig Niederschlag fällt. Diese Bedingungen bestimmen eine *dritte grundlegende Konfliktlinie rußländischer Geschichte*: Eine bäuerliche Nutzung der fruchtbaren Schwarzerdeböden setzte die Verdrängung der Nomadenvölker, die militärische Beherrschung der Steppe und ihre organisierte Kultivierung voraus.<sup>42</sup>

Die geschilderten Naturbedingungen – die weite, aber reich gegliederte Ebene Osteuropas, der Boden und die Vegetation, die Wälder und Steppen, die Seen und Flüsse, das größtenteils kontinentale Klima, die langen Winter und kurzen Sommer – sind Konstanten, die ihre Wirkung auf Dauer entfalten, die Sitten, Gebräuche und die kollektive Psyche der rußländischen Gesellschaft geprägt haben und die sie auch weiter prägen. Augenscheinliche Konsequenzen der Naturbedingungen für Rußland sind eine gewisse Selbstgenügsamkeit, in großen Teilen Abgeschlossenheit und relativ geringe Kontakte zur »Außenwelt«.

Hier taucht jedoch ein »Aber« auf. Ja, das Land hat gewaltige Ausdehnungen, aber über Jahrhunderte hinweg war Rußland nur der Fortsatz Europas (der westlichen Halbinsel Asiens, betrachtet man Europa von Osten her) nach Osten hin und hörte spätestens am Ural auf. Auch Selbstgenügsamkeit gab es, aber als Ausdruck der Selbstversorgungswirtschaft in den Dörfern, für die schon der nächste städtische Markt eine fremde Welt war.<sup>43</sup> Ebenso relativiert sich die Abgeschlossenheit, denn eher hat Westeuropa Entwicklungen in Rußland nicht zur Kenntnis genommen als denn die Eliten Rußlands Entwicklungen in Westeuropa. Gegenüber Rußland war eher Westeuropa abgeschlossen.

---

42 Das geschah Mitte des 16. Jahrhunderts mit der Eroberung der Nachfolgestaaten der Goldenen Horde an der Wolga durch Moskau. Der Flußlauf der Wolga wurde damit zum Pfeiler Rußlands in der »Straße der Nomadenvölker«.

43 So wurde die z. T. noch aus der Kiewer Rus stammende Dorfgemeinde als »mir« (Welt) bezeichnet. Die Mongolen modifizierten die »mir« dahingehend, daß die vormals freien Bauern, die aus dem südlichen Steppengürtel geflohen waren, an die Scholle gebunden wurden und dadurch ein kollektives Steuersubjekt schufen. Vor der Schollenpflichtigkeit und dem zunehmenden administrativen Zugriff der Zentrale flohen viele Bauern in das Niemandsland zwischen slawischen Siedlungen und mongolisch kontrollierten Territorien. Als Grenzer – Kosaken – konnten sie dort als Gegenentwurf Gesellschaften aufbauen, die als »Demokratien aller waffentragenden Männer« Elemente einer archaischen Freiheit bewahrten. Im Zuge der »ulo' enie« (Gesetzbuch) von 1649 wurde die Mir dann von einer Haftungsgemeinde – der »obščina« (Gemeinde) – abgelöst, deren Aufgabe es war, Grund und Boden unter alle gleichmäßig aufzuteilen.

*Faktor 3 – die Bevölkerung*

Die Bevölkerungsdichte in Rußland beträgt ca. 8,7 Einwohner pro qkm, aber sie ist extrem ungleich verteilt, wenn man etwa den Hohen Norden und Sibirien mit den industriellen Ballungsgebieten vergleicht. Hinzu kommt, daß Rußland heute neben Indien der ethnisch und kulturell vielfältigste Staat der Welt ist, mit knapp 150 Millionen aber sechsmal weniger Einwohner hat.<sup>44</sup>

In den später von ihnen besiedelten Gebieten trafen Eroberer aus Rußland immer wieder auf Völker, deren kulturelle Traditionen oft älter und deren ethno-politische Eigenheiten stärker ausgeprägt waren als die der Rußländer selbst, was ein Wechselspiel von Eroberung und Assimilierung zur Folge hatte. Diese Eroberungen – speziell östlich des Urals – wurden nicht, wie die westeuropäischen Eroberungen in der Neuen Welt, vom Kreuzzugsgedanken begleitet, u. a. auch deshalb, weil man überall auf slawische Bauern, die vor der Schollenpflichtigkeit und dem zunehmenden administrativen Zugriff des Zentrums geflohen waren, und verschiedene Turkvölker stieß, die ethnisch mit den Eroberern verwandt waren.

Die geopolitische Spezifik des rußländischen Kolonialreiches bestand darin, ein zusammenhängendes multiethnisches Territorium zu sein.<sup>45</sup> Die Besonderheit des rußländischen Kolonialismus besteht nun darin, daß die Grenze zwischen Metropole und Kolonie weder geographisch noch administrativ, sondern nur sozial feststellbar ist. Der rußländische und später sowjetische Staat hat sich nie über das Recht definiert; er kannte keine Gewaltenteilung. Die Adelsfamilien hatten sich seit der Koexistenz mit den Mongolen daran gewöhnt, daß sie durch Heiratsbündnisse und Klientelverhältnisse besser geschützt sind als durch das Vertrauen in Gerichte. Entscheidend war ... und ist nicht das Recht, sondern der Inhaber der Macht.<sup>46</sup>

---

44 In Dagestan z. B., einer Kaukasusrepublik von der Größe Niedersachsens und knapp zwei Millionen Einwohnern, gibt es zwölf Hauptnationalitäten und Dutzende kleinere Ethnien mit insgesamt schätzungsweise 40 Sprachen.

45 Dieser Typ Kolonisierung war in der vormodernen Geschichte auch in West-, Süd- und Mitteleuropa recht weit verbreitet, so z. B. im Römischen und dem Ottonischen Imperium (letztlich ist auch der größere Teil des Territoriums im heutigen Ostdeutschland so von Deutschen kolonisiert worden). In der neuzeitlichen Entwicklung Europas außerhalb Rußlands ist Binnenkolonialismus nur in Nordeuropa, insbesondere zwischen Schweden und Finnland nachweisbar.

46 Siehe Ulrich Druwe: *Das Ende der Sowjetunion. Krise und Auflösung einer Weltmacht.* Weinheim, Basel 1991. S. 85.

Die verschiedenen Klientelverbände bildeten dann am Hof von Peter I. »Parteien«, die um Macht und Einfluß beim Herrscher rangen. An dieser Konstellation hat sich bis heute nichts wesentliches geändert, sowohl was das Rechtsbewußtsein betrifft, als auch was die »Parteien« am »Hof« des Zaren/Präsidenten angeht. Hier liegen die Wurzeln für die Absage an den Rechtsstaat in Rußland – und nicht etwa in der angeblichen Sehnsucht der Bevölkerungsmehrheit nach einem autoritären Knüppel, die es so in Rußland nie gegeben hat. Die Obrigkeitshörigkeit – nicht nur den Deutschen, sondern auch den meisten Rußländern eigen – war und ist wohl eher nur zur Schau gestellt, denn, bietet eine neue Obrigkeit die Chance, sich der alten zu entledigen, gegebenenfalls auch physisch, brach sich noch jedesmal der Haß Bahn. Mehr noch, man kann wohl behaupten, daß kein Volk der modernen Welt einen solchen Blutzoll im Kampf gegen den eigenen Staat hat bezahlen müssen, wie das rußländische; angefangen von den Städterevolten gegen Moskau im 14. und 15. Jahrhundert über die Kosaken- und Bauernkriege bis zu den Säuberungen der dreißiger Jahre und dem letzten Kaukasuskrieg.

#### *Faktor 4 – der Binnenkolonialismus*

Das gigantische, in sich aber stark differenzierte rußländische Kolonialreich bestärkte den Glauben, ein natürliches Imperium (etwa ein »Drittes Rom«) sein zu müssen und auch ohne den Rest der Welt auskommen zu können, wenn dieser Rest Rußland nicht will wie es ist. Nach diesem Glauben ist das Imperium ein einheitlicher ökonomischer Organismus, der wie eine geschlossene Welt funktioniert, weil er über alle notwendigen Ressourcen, den entsprechenden Wirtschaftskomplex und den Absatzmarkt selbst verfügt.<sup>47</sup> Dieses Verständnis von Großmacht bringt als Staatsideologie den »separatistischen« Isolationismus hervor, durch den sich der Westen immer beleidigt fühlte und vor dem auch heute wieder gewarnt wird.

Das Fehlen natürlicher Grenzen macht es in Rußland überaus schwierig, sozial homogene Gruppen zu bilden. Die bäuerliche Kultur der verschiedenen Gruppen späterer Rußländer war vorwiegend extensiv, d. h. es gab keinen regelmäßigen Wechsel der Bewirtschaftungsarten, sondern nur

---

47 Siehe Perspektivy demokratizacii (»Kruglyj stol« k problemam političeskoj reformy v SSSR. Vystupl. L. L. Tajvana). In: Rabočij klass i sovremennyj mir. Moskau 20(1990)2. S. 99.

quantitatives Wachstum der bebauten Flächen. Dieses Wachstum nahm seinen Anfang noch in der Kiewer Rus, als die Urbarmachung der Dnjepr-Böden durch die Rodung der Waldsteppenböden im Nordosten ergänzt wurde, und es endete erst in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts, als die landwirtschaftliche Nutzung in die Wüstenzonen Zentralasiens vordrang. Gleichzeitig war die Eroberung und der Erhalt dieser riesigen Territorien zu allen Zeiten eine kostspielige Angelegenheit. Seit Gründung des rußländischen Staates war die »Sammlung russischer Erde« sein Wachstumsprinzip gewesen, wirtschaftliche und politische Krisen wurden durch Eroberungen gelöst. Als dieses Wachstumsprinzip Anfang des 20. Jahrhunderts in Ostasien an seine natürlichen Grenzen stieß, wurde die Krise Groß-Moskowiens offenbar.<sup>48</sup> Noch kostspieliger als die Eroberungen selbst war freilich die Organisation dieser unendlichen Flächen, und sie allein erforderte bereits eine ständige Mobilisierung der produktiven Reserven des Landes.

Die Revolution von 1917 erwies sich als Mittel zur Wiederbelebung des altersschwachen Staates und seines Imperiums (Kaukasus und Mittelasien im Bürgerkrieg; das Baltikum, Bessarabien, Teile Polens und Finnlands im Zweiten Weltkrieg). Die Kolonialpolitik der sowjetischen Führung führte zu einer erneuten »Sammlung russischer Länder«. Unter dem Einfluß europäisch-amerikanischer Ideen (Marx, Taylor, Ford u. a.) wurde das Kolonialreich Rußlands fast vollständig restauriert. Restauriert wurde auch die zivilisatorische Mission in den »rückständigen« Gebieten: statt kolonialer Eroberungen das »Hineinwachsen in den Sozialismus unter Umgehung des Kapitalismus«. Was sich 1917 zunächst als etwas völlig Neues darstellte (das Urbild eines neuen Friedens aller Völker und der Klassenkampf als Sozialisierungsmodell für ein Land, in dem Clanstrukturen dominierten, usw.), entblößte sich schnell als etwas sehr Altes: Die »Partei neuen Typs« verwandelte sich in einen bürokratischen Apparat eines despotischen Staates, dem die administrativen und wirtschaftlichen Apparate wie Armeen unterstellt waren. Der Binnenkolonialismus wurde nicht nur nicht aufgegeben, sondern sogar noch verstärkt.

Die sowjetische Innenpolitik restaurierte jenen Mechanismus rußländischer Entwicklung, der durch die fortschreitende Kapitalisierung zu Beginn

---

48 Die Zentralisierung und Unifizierung Rußlands erreichte unter Peter dem Großen ihren Höhepunkt und begann, die durch eigene Ressourcen und Grenzen gesetzten Beschränkungen zu überschreiten. Den Beginn des Abstieges Groß-Moskowiens markiert die Gründung der neuen Hauptstadt Petersburg als Gegenpol zu Moskau.

des 20. Jahrhunderts auszusetzen drohte: Neue Verhältnisse und soziale Schichten, die Impuls für eine wirtschaftliche Belebung des Landes sein konnten, wurden beseitigt oder in die Emigration getrieben (städtisches Handwerk und privater Handel – die »Něpmany«, private Bauernwirtschaften –, »Kulaken«, Teile der Intelligenzija, vor allem aus den nationalen Minderheiten). Durch diese »Säuberung« errang der Staat wieder seine Rolle als Initiator wirtschaftlicher Innovation und konnte den besonderen Entwicklungsweg Rußlands (nunmehr als nichtkapitalistischer Weg verstanden) aufrechterhalten.

Um diese Rolle wieder erfüllen zu können, wurde der alte Mechanismus staatlichen Funktionierens neu geschaffen: Die Ersten Sekretäre der KPdSU in den Teilrepubliken nahmen die Stellung von tributpflichtigen Territorialfürsten ein, die 1. Sekretäre der Gebietskomitees bildeten die Schicht der neuen Höflinge, der Generalsekretär der KPdSU konzentrierte eine Machtfülle, wie sie nicht einmal die Zaren hatten.<sup>49</sup> Der geistlichen Parteimacht zur Seite stand ein Staatsapparat, der in der Personalunion von KPdSU und Staat kulminierte. Aus diesem Machtdreieck von zentralem Parteiapparat, örtlichem Partei- und Staatsapparat, Ministerien und behördlicher Verwaltung entstand der Kern jenes autoritären Systems, das die »Ein-Personen-Institution« Stalins<sup>50</sup> ablöste. Die Macht der Ministerien war die »Macht über Dinge«, d. h. die Macht über den gesamten Produktionsapparat, den Grund und Boden, die Ressourcen usw. Die Macht der Gebietskomitees war die »Macht über Menschen«, denn hier wurden die eigentlichen Kaderfragen entschieden. Die Macht des Zentrums schließlich war einmal die »Macht über Buchstaben« (die richtige ideologische Begründung der jeweils geltenden »Generallinie«) und zum zweiten die Macht des Schiedsrichters und Kontrolleurs, der Konflikte zwischen den ersten beiden Mächten und innerhalb derselben (z. B. zwischen einzelnen Gebietskomitees) regelte.<sup>51</sup>

---

49 Selbst Kleinigkeiten verdeutlichen diese höfische Stellung: Die Zaren duzten ihre Untertanen und wurden von ihnen ehrerbietig mit »Kaiserliche Majestät« tituliert, und auch Gorbatschow duzte seine Mitarbeiter, die ihn natürlich höflich siezten. Ein ähnliches Verhältnis der Anreden galt zwischen allen Vorgesetzten bzw. Untergebenen.

50 In Anlehnung an Horst Bahros Analyse der Rolle eines – allerdings frei gewählten – Präsidenten oder Semipräsidenten als Spitze der Exekutive (siehe Horst Bahro: Politik als Entscheidungsprozeß. Eine erfahrungswissenschaftliche Einführung. Köln 1992).

51 Das Modell des Mächtedreiecks siehe Perspektivy demokratizacii (»Kruglyj stol« k problemam političeskoj reformy v SSSR. Vystupl. K. G. Cholodkovskogo). In: Rabočij klass i sovremennj mir. Moskau 20(1990)2. S. 91f.



Die umfassendste und zugleich folgenschwerste Intervention des rußländischen Staates in die Wirtschaftsentwicklung war die Industrialisierungspolitik der dreißiger Jahre: Große Städte wurden gebaut, Wälder abgeholzt, Flüsse umgeleitet; Dörfer und ganze Landkreise zogen in die Städte und verwandelten sie in überfüllte Dörfer; auf den Bahnhöfen stauten sich die Menschen. In einem einzigen Jahrzehnt (von 1929 bis 1939) verließen 27 Millionen Menschen das Dorf, berücksichtigt man nur jene, die in der Stadt blieben und dort die Einwohnerzahl verdoppelten. Zwischen 1939 und 1959 siedelten noch mal 24 Millionen Menschen in die Städte um, auch infolge der Kriegswirren. Von 1959 bis 1964 zogen weitere 8,4 Millionen und 1964–1970 erneut 16 Millionen Menschen in die Stadt um.<sup>52</sup> Erst vor gut 30 Jahren überstieg die Zahl der Stadtbevölkerung erstmals die der Landbevölkerung, heute beträgt das Verhältnis bereits 75:25.

Der »Umzug« des Dorfes unterband den Rückzug der industriell Beschäftigten in ihre traditionellen Sozialbindungen. Zusammen mit den politischen Veränderungen jener Zeit machte das die sozial entwurzelnde Mobilität breiter Schichten, insbesondere der Landbevölkerung, zum dominierenden sozialen Merkmal und führte, im Zusammenhang mit der Kollektivierung, zum Verlust der traditionellen gesellschaftlichen Strukturen auf der gewaltigen eurasischen Landmasse. Die Kolchosen wurden – wie schon die Umverteilungsgemeinde zu Peters Zeiten – zur »Steuerdruckmaschine« des Staates, um die ehrgeizigen industriellen Pläne zu verwirklichen. Ganz in der Tradition der russischen Dorfgemeinden erbten die Kinder das Eigentum ihrer Eltern nicht kraft ihrer Herkunft und des Erbrechts, sondern kraft ihres Platzes in der Gesellschaft, allerdings nicht mehr der des Dorfes.

Mit dem Untergang der Sozialbeziehungen in der Dorfgemeinde (vor allem der Möglichkeit der Gemeinde, aus dem Gemeindeland einer Bauernfamilie Grund und Boden zur privaten Nutzung zuzuteilen) und der privat für den Markt produzierenden Bauernschaft wurden die Quellen für künftige staatliche Interventionen in die Wirtschaftsentwicklung beseitigt. Das System der Zwangsarbeit im GULag wurde zum Hauptfaktor weiteren wirtschaftlichen Aufschwungs: Wohnungen, Industriebetriebe, Straßen und Kanäle, die Erschließung riesiger Neulandgebiete und ihrer Bodenschätze, all das wurde nur zu oft von gefangenen Wissenschaftlern entworfen, von

---

52 Siehe · A. Zajončkovskaja: Migracija i urbanizacija v SSSR v posleoktjabr'skij period. In: Leonid L. Rybakovskij (Otv. Red.): Naselenie SSSR za 70 let. Moskau 1988. S. 38f. und 46f.

gefangenen Ingenieuren geplant und von Millionen gefangener »Bauarbeiter« errichtet.<sup>53</sup> Die Perestroika stand von Beginn an vor dem Problem, daß sich ihre staatliche Modernisierungspolitik auf keine vorhandenen wirtschaftlichen Strukturen stützen konnte. Mit der Abschaffung der Quellen für den »besonderen rußländischen« Entwicklungsweg in den dreißiger Jahren erschöpfte die Sowjetgesellschaft den Freiraum für weitere staatliche Interventionen.<sup>54</sup> Deshalb mußte eine neuerliche »Perestroika« im Kollaps enden.

Vor allem aber mußte sie scheitern, weil die wirtschaftliche Moral längst völlig untergraben war: Man sah den Direktor, der offiziell vielleicht das Doppelte eines Arbeiterlohnes bekam, aber ein Leben führte, das selbst davon offensichtlich nicht zu bezahlen war. Man sah die mit Goldschmuck behangene Verkäuferin hinter der Theke, die ihre Kunden beschimpfte und doch nur knapp ein Drittel eines Ingenieurgehalts bekam. Und da sollte man angesichts eigener Nöte nicht schwach werden? Je mehr man sich »seines« Volkseigentums bemächtigte, desto weniger von diesen Dingen gab es im Handel, also war man quasi gezwungen, noch mehr zu stehlen. Viele Dinge gab es prinzipiell nur unter der Hand zu kaufen.

Die sowjetische Gesellschaft, in der doch offiziell das Kollektiv über der Person stand, hat einen erstaunlich egoistischen Typ des Individualisten hervorgebracht. Man ließ von seinem Arbeitsplatz das mitgehen, was man gebrauchen konnte, fast jeder wurde zum sogenannten »Schlepper« (»protaščik«, von »taščit'«, wegtragen); die ganze Staatswirtschaft wurde zum Selbstbedienungsladen. Anfang der achtziger Jahre etwa gingen z. B. von der jährlichen Stahlproduktion ein Viertel als Späne bei der Bearbeitung verloren, ein Viertel wurde vom Rost zerfressen und ein Viertel gestohlen.<sup>55</sup> Damals hieß es, dieser Zustand bewiese die Überlegenheit des Sozialismus, denn kein Kapitalismus würde diese »Sauwirtschaft« auch nur ein Jahr unbeschadet überstehen. Der clevere Erfolgsmensch galt zunehmend als Beispiel zur Nachahmung.

53 Siehe Boris Chasanow: *Mythos Rußland*. Mainz 1986. S. 104f.

54 Zur historischen Tragweite der »Kollektivierung« siehe Hans-Heinrich Nolte: *Rußland/UdSSR: Geschichte – Politik – Wirtschaft*. Hannover 1991. S. 134f. und 174f. – Jurij Černičenko: *Zemlja i volja*. In: A. A. Protaščik (Hrsg.): *Čerez ternii*. Moskau 1990. S. 154–160. – Robert Conquest: *Die Ernte des Todes*. München 1988.

55 Diese Angaben macht Rafael P. Fjodorow: *Wohin geht Rußland? Eine Nation am Scheideweg*. Bonn 1993. S. 41 und 40. Diese Wirtschaftsmoral illustriert auch eine Anekdote aus den späten Sechzigern: »Mama, du arbeitest aber an einer schlechter Stelle, kannst außer Papier und Buntstiften nichts nach Hause bringen.« (ebenda. S. 40).

Die gewaltsame Einführung der Sowjetgesellschaft verstärkte die Wirkung vieler rußländischer Traditionen, denn wirkliche Anreize zur Akkumulation gesellschaftlichen oder persönlichen Reichtums konnten nicht geschaffen werden. »Sinnvolle« Arbeit beschränkte sich auf die Selbstversorgung der Familie und des Clans. In der Sphäre des gesellschaftlichen Reichtums galten Arbeitsmaximen wie: »Sie tun so, als würden sie bezahlen, und wir tun so, als würden wir arbeiten«, oder das geflügelte Wort »Initiative ist strafbar durch ihre Ausführung«. »Weil man den Menschen eine Als-ob-Welt aufzwang, lieferten diese auch Als-ob-Arbeit, bekamen dafür allerdings auch nur Als-ob-Geld.«<sup>56</sup> Nach getaner Als-ob-Arbeit wurde aber ein ganzes Volk zu Unternehmern.

Die außerordentliche Vielfalt der kulturell-ethnischen Milieus wurde durch den vereinheitlichenden Anspruch der sowjetischen Ideologie weitgehend ausgeblendet und durch entleerte Phrasen ersetzt. Das Wohlstandsgefälle zwischen den einzelnen Regionen konnte zwar vermindert, aber nicht aufgehoben werden und wurde machtpolitisch instrumentalisiert. Auch die Russifizierungspolitik der letzten Zaren wurde in der Sowjetunion spätestens mit Beginn des »großen Sprungs« 1928/1929 fortgesetzt.

Wenn von einer Kolonisierung Eurasiens gesprochen wird, darf jedoch nicht vergessen werden, daß Eroberung und europäische Urbanisierung dieses kontinentalen Großraumes – mit Ausnahme des Kaukasus und Zentralasiens – bis Mitte des 19. Jahrhunderts im wesentlichen durch staatlich-administrative Assimilierung vollzogen wurde und nicht, wie etwa bei der Eroberung Nord- und Lateinamerikas durch die Westeuropäer, durch mehrfachen Genozid. Staatlich-repressive Assimilierung setzte (mit Ausnahme des Kaukasus und Zentralasiens) erst Mitte des 19. Jahrhunderts ein, neben den beiden Ausnahmen vor allem in der Ukraine. Das hat weitreichende Konsequenzen, sowohl für das Selbstverständnis der Rußländer, als auch für ihr Verhältnis zu Westeuropa, denn Westeuropa – selbst in dieser Frage schwer belastet und dennoch den Minderheitenschutz ständig anmahnd – hat diese kulturelle Leistung der Rußländer nie sonderlich gewürdigt. Der kulturelle Assimilationsdruck, dem die Minderheiten in Westeuropa permanent ausgesetzt waren, war so in Rußland eben nicht durchführbar.

Dieser Erfahrungsschatz der Rußländer wird aber meines Erachtens in einer multipolaren Welt eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen, wenn

---

56 Ebenda. S. 39.

Rußland nicht vorher den Durchbruch zu einem integrativen Nationalstaat westeuropäischen Musters vollzieht, bei dem ethnische Konfrontationen innerhalb der Polis (des Staates) fehlen, folglich alle Menschen eines Staates an den politischen Entscheidungen beteiligt sind und deswegen auch dieselbe Sprache sprechen. Dieser Typ Nationalstaat, d. h. die Herrschaft der Titularnation, war in Westeuropa die Voraussetzung für Demokratie, nicht deren Folge. Diese Herrschaft ist oft genug durch repressive Zwangsassimilation gegen Regionen (besonders in Frankreich und Großbritannien) sowie gegen abweichende ethnisch-kulturelle Milieus (vor allem gegen Juden, Muslime und gegen Nichtseßhafte, Nichtstädtische wie z. B. Sinti und Roma) errungen worden und war begleitet von zahlreichen Tragödien wie Kinderarbeit, Massenauswanderung, Umsiedlung, Bürgerkriege und gar Weltkriege, die Westeuropa in seinem kollektiven Gedächtnis meist verdrängt hat. Was es bedeutet, wenn Staaten in Osteuropa die konstitutive Voraussetzung für eine Demokratie westlichen Zuschnitts schaffen, kann man auf dem Balkan beobachten. Auch in Rußland wäre ein solcher Weg ohne erhebliche Verwerfungen samt ihren weltweiten Konsequenzen nicht realisierbar.

Eine Demokratie westeuropäischen Zuschnitts wird eben kompliziert, wenn die Quantitäten der Bevölkerung bzw. des Territoriums in eine neue Qualität umschlagen. Dann nimmt die Vielfalt wirtschaftlicher, sozialer, politischer, kultureller und ethnischer Interessen exponential zu, vorausgesetzt, sie können sich in unabhängigen Sphären herausbilden. Das macht aber einfache Mehrheitsentscheidungen immer schwieriger, weil Minderheiten immer bedeutsamer werden. Die vielfältigen Interessen verlangen nach permanenten Vermittlungsformen, die entsprechend institutionalisiert werden und so das Gewicht der bürokratischen Eliten stärken.<sup>57</sup> In Rußland erschien Freiheit traditionell nicht als Herrschaft der Titularnation, sondern als Möglichkeit für alle ethnischen Minderheiten, an der Macht beteiligt zu werden und dadurch Privilegien zu genießen. Es handelt sich also um eine Vernetzung von Demokratie und Tributpflichtigkeit, denn das wichtigste Privileg der an der Herrschaft Beteiligten bestand und besteht in

---

57 Totalitarismus würde in diesem Zusammenhang bedeuten, daß es bestimmte Interessen gibt, die zu den bürokratisierten Vermittlungen nicht zugelassen werden und daß Verbindlichkeiten über gesellschaftliche Orientierungen postuliert und durchgesetzt werden, über die es angesichts der Komplexität der zur Entscheidung anstehenden Probleme keine verbindlichen Meinungen mehr geben kann (z. B. über die Gestaltung einer vorab definierten Zukunft).

der Tribut-, heute Steuerfreiheit. Allerdings hat Rußland auch immer daran gekrankt, nicht allen Eliten einer Muttersprache genügend Mitwirkungsmöglichkeiten zu geben – Grundprämisse für einen integrativen Nationalstaat. Eine Folge davon sind die ethnisch geprägten und traditionell starken Sezessionsbestrebungen.

Unter den heutigen Transformationsbedingungen können die bürokratisierten Institutionen nun nicht mehr flexibel genug auf die Dynamisierung der Interessenentwicklung und der daraus folgenden Dynamisierung der Interessenaggregation reagieren, permanente Vermittlung und permanenter Wandel der Interessen beißen sich in den Institutionen zunehmend. Bis Kompromisse gefunden sind, wurden sie von der Wirklichkeit längst eingeholt. Eine Dezentralisierung von Apparaten, Kompetenzen und Entscheidungen löst dabei nur einen Teil der Komplexität der Probleme auf.

### *Faktor 5 – die Religionen*

Ebenso wie Rußland ethnisch nicht einheitlich ist, ist es auch religiös nie monolithisch gewesen. Als in der Kiewer Rus das orthodoxe Christentum angenommen wurde, war das Chanat Bolgar im Wolga-Kama-Gebiet schon ein Jahrhundert lang muslimisch, das Chasaren-Kaganat zwischen Wolga und Don mosaïsch, und von Westen her erreichte das lateinische Christentum das Baltikum. Unter vielen kleineren Völkern dominieren bis heute Naturreligionen, vor allem Schamanismus und Animalismus. Selbst unter der Decke monotheistischer Religionen wie Christentum (z. B. bei den Russen) und Islam (z. B. bei den verschiedenen Untergruppen der Tataren) leben insbesondere schamanistische Traditionen fort.

Die sowohl Konstantinopel als auch Westeuropa damals fremde Toleranz der mongolischen Khane gegenüber anderen Religionen war schon in der Spätphase der Rus mit ausschlaggebend für das Bündnis mit den zumeist islamisierten Mongolen. Die orthodoxen Kirchen wurden nicht nur weitgehend verschont, sondern waren auch von Tributzahlungen befreit. Die Rolle orthodoxer Religiosität bei der späteren Herausbildung des russischen Nationalbewußtseins wurde vor allem durch jene Formen bestimmt, mit denen die Ostslawen in der orthodoxen Kirche ihre Identität unter den Bedingungen der mongolischen Oberherrschaft bewahren konnten. Sie wurde damit zum Fixpunkt russischer Identität und zum Hort ihrer staatlichen Neugeburt.

Eine Macht wird in Rußland nur anerkannt, wenn sie der Auserwähltheit des rechtgläubigen Volkes entspricht und den kollektiven Führungsanspruch repräsentiert, oder die Gesellschaft verfällt in Nihilismus und Anarchie. In der Annahme historisch übergreifender Ideen, die alle Lebenssphären der Gesellschaft durchdringen, äußert sich das Zusammengehörigkeitsgefühl der Russen. Ist aber die Macht, die diese Idee verkörpert, einmal akzeptiert, wird sie auch geheiligt.<sup>58</sup> Iwan Turgenjew läßt 1867 seinen Helden Potugin im Gespräch mit Litwinow sagen: »Die Regierung hat uns von der Leibeigenschaft befreit, Dank ihr dafür; aber die Sklavengewohnheiten sind viel zu tief in uns eingedrungen; die legen wir so bald nicht ab. Überall und in allem brauchen wir, daß ein Herr über uns steht [...] Wird uns ein Herr geboren – weg mit dem alten! Eben hatten wir Jakow, nun ist Sidor da; Maultschelle für Jakow, Kniefall vor Sidor!«<sup>59</sup>

## DIE AMBIVALENZ RUSSLÄNDISCHER RÜCKSTÄNDIGKEIT

Die Vielfalt von Landschaft und Klima, Sprache und Religion kennzeichnet Rußland als eine Region der Unterschiede und wandernden Grenzen. Dies gilt auch für die Grenze zwischen Europa und Asien: In der Antike lag sie am Don, während der Mongolenherrschaft konnte man darüber streiten, ob Rußland überhaupt zu Europa gehört, im 18. Jahrhundert bestimmten schließlich Geographen die künstliche Linie Uralgebirge–Uralfluß als Kontinentalgrenze. Innerhalb der früheren Sowjetunion bildeten die Grenzen zwischen lateinischer und griechischer, griechischer und arabischer Kultur kulturelle Scheidelinien. Aber auch sie rückten vor und zurück mit den Schicksalen der osteuropäischen Staatengebilde.

---

58 In Rußland, so heißt es im ersten »Philosophischen Brief« Tschaadajews, habe sich keine große Wahrheit erhoben, »einsam stehen wir da in der Welt, haben ihr nichts gegeben«. »Damit man uns überhaupt bemerkt, mußte sich unser Land von der Beringstraße bis zur Oder erstrecken.« »[Durch die Befreiung aus dem Joch der Tataren und Mongolen] sind wir in eine noch schlimmere Versklavung geraten, in eine Versklavung, die indessen eben durch unsere Befreiung geheiligt wird.« (zit. nach Jurij Afanassjew: Rußland – Despotie oder Demokratie. Düsseldorf [u. a.] 1993. S. 70).

59 Iwan Turgenjew: Der Rauch. Zit. nach Rafael P. Fjodorow: Wohin geht Rußland? Eine Nation am Scheideweg. Bonn 1993. S. 81. In der literarischen Übersetzung von Dieter Pommerenke etwas anders (siehe Iwan Turgenjew: Rauch. Neuland. Berlin und Weimar 1974. S. 37f.).

Die Größe und Inhomogenität Rußlands, die Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit ist die Chance, das Unterpand des Umbruchs in Rußland. Die Noch-Stabilität der Provinz hat die Destabilisierung Moskaus getragen, und die Transformation Moskaus konnte nur beginnen, weil es in der Provinz weitgehend so blieb wie es war und informelle soziale Netze aus komplizierten wirtschaftlichen Verhältnissen und gesellschaftliche Beziehungen die Lage beruhigten.<sup>60</sup> Schon heute existiert Moskau vornehmlich durch seine neugefügten Beziehungen zum »Westen«, weniger durch seine Einbindung in den rußländischen Zusammenhang. Die Beziehung zur Provinz reduziert sich immer mehr auf den Glauben westlicher Berater, von Moskau aus dort etwas zu bewirken. Das Geld aber bleibt zum großen Teil in Moskau und ernährt seine Bevölkerung. Aus der Selbsthilfe der Provinz in der Krise erwächst mehr Effekt als aus der »Hilfe zur Selbsthilfe«, die viel eher eine Hilfe zur Selbstbedienung jener ist, die wissen, wie man's macht. Illusionen über »große Brüder und Schwestern« oder den »starken Westen«, der das Land in Ordnung bringt, die in Moskau oder Sankt Petersburg aufkommen mögen, können in Rußland kaum bestehen. Rußland ist nicht die DDR und der homo sovieticus kein »Ossi«. In der Provinz erscheinen westliche Kooperation und Unterstützung als Programm für die Neureichen in Moskau, ohne spürbare Auswirkungen auf ihr eigenes Leben, wenn man von den mannigfachen Verschlechterungen absieht. Der Verlust an Illusionen über die Hilfe des Westens bekräftigt tief sitzende Vorurteile, aber er hat auch eine heilende Wirkung, denn natürlich ist es schlecht für die Menschen, daß sie keinen Zugang zum westlichen Markt, ja zum Teil nicht mal zu ihrem eigenen Binnenmarkt bekommen, aber es ist besser, daß sie wissen, woran sie sind. Sie können sich in dieser Lage einrichten und damit rechnen, womit man rechnen muß, wenn man allein gelassen wird – im Angesicht Jugoslawiens um so mehr. Man beginnt zu spüren, daß die Macht der Interessen der Macht von Visionen mindestens ebenbürtig ist, und das »verwestlicht« Rußland viel stärker als jedes Reformprogramm der Moskauer Regierung.

Rußlands Gleichnis ist die Sagengestalt Ilja Murometz: Jahrelang sitzt er in der elterlichen Hütte, ohne sich zu rühren. So stark ist er, daß er sich nicht bewegen kann. Doch dann steht er plötzlich auf, sattelt sein riesiges Pferd und reitet großen Taten entgegen. Rußlands Symbol ist die Weite, die Bewohner und Besucher gleichermaßen aufsaugt. Die flache Weite fast

---

60 Siehe Olaf Kirchner: Die Marktwirtschaft in Rußland entwickelt sich von unten. In: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik. Bonn (1993)56. S. 54.

ohne natürliche Hindernisse, die bis zum Ural reicht, nach dem eine neue Weite beginnt, befreit von der Zeit. Hunnen und Awaren haben in dieser Weite Zivilisationen zerstört, aber auch ihre Reiche zerfielen; mongolische Reiterhorden zerstörten die Rus, ihre Städte und ihre Kultur, aber im winzigen Moskauer Fürstentum erstand mit Rußland eine erneuerte Rus. Erst Polen und dann Franzosen entvölkerten und verwüsteten ganze Landstriche, aber sie blieben im Schlamm stecken und verirrteten sich in den Wäldern. In der Mitte des 20. Jahrhunderts, 150 Jahre später, trat die damals stärkste Armee der Welt an, um das Land gänzlich auszulöschen, aber sie ertrank im Schnee.<sup>61</sup> Und dazwischen gab es immer wieder Katastrophen, bei denen sich jedesmal genügend Argumente fanden, die überzeugend bewiesen, daß dieses Land nicht mehr weiterexistieren konnte. Rußland gibt es aber immer noch. Die Bürger dieses Landes haben im Vergleich mit dem »Westen« die Unhaltbarkeit des sowjetischen Selbstbildes erfahren. Nun erfahren sie die Unhaltbarkeit des westlichen Selbstbildes im Vergleich mit der rußländischen Realität.

Wir erleben, wie – zum wiederholten Male in diesem Jahrhundert – in Rußland die offensichtliche Etablierung einer unter der Masse der dortigen Bevölkerung recht unpopulären politischen und wirtschaftlichen Elite erfolgt, einer Elite, die, getrieben von scheinbaren und tatsächlichen wirtschaftlichen Zwängen, alles Leben scheinbar radikal reformiert, ohne etwas wesentlich zu verändern. Und wir fragen uns angesichts der Unklarheiten über die Entwicklungsperspektiven, wohin Rußlands und mit ihm unsere eigene Reise geht.

In Westeuropa und zum Teil auch in Rußland selbst<sup>62</sup> hat sich eine überwiegend negative Bestimmung der rußländischen Besonderheiten – was es alles in Rußland im Gegensatz zu Westeuropa nicht gab oder gibt – etabliert. In Rußland gab es keinen Streit zwischen weltlicher und kirchlicher Macht um die Vorherrschaft, denn man hielt an der antiken Tradition der Einheit von Religion, Staat und Gesellschaft fest. Es gab kein Rittertum, keine freien Städte, kein Zunftwesen und keine Kaufmannschaft, denn

---

61 Das Gleichnis mit Ilja Murometz stammt von Boris Chasanow: *Mythos Rußland*. Mainz 1986. S. 21. – Siehe auch ebenda. S. 18.

62 Siehe den Bericht über eine Tagung des Berliner Aspen-Instituts in »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 20. April 1994. S. N6 (insbesondere die dort geäußerten Positionen von Wadim Meshujew, Alexander Zipko, Andrannik Migranjan, Nikolaj Schmeljow und Alexander Wladislawlew, die sich in eine lange Tradition russischer Geistesgeschichte seit Tschaadajew stellen).



die Gesellschaft organisierte sich nicht »von unten«. Es gab keine eigenständige Renaissance, keine Reformation und keinen Boden für ein Gedeihen des Individualismus. Auch unabhängige Gerichte kannte man nicht. Soziale Differenzierung vollzog sich nicht entlang bestehender Eigentums-grenzen, sondern an den Linien Qualifikation, Clanzugehörigkeit und Identifikation mit dem Staat, der in regelmäßigen Abständen die bestehende Sozialstruktur völlig neu organisierte. Die Aufzählung ließe sich natürlich fortsetzen.

Solche staatlichen Interventionen in die gesellschaftlichen Verhältnisse sind Kern des »besonderen rußländischen Weges«: Um äußerem Druck gewachsen zu sein, interveniert der Staat in die Wirtschaft und die Sozialbeziehungen, konstituiert die dafür notwendigen sozialen Schichten und beseitigt sie wieder, wenn er sein Außenverhältnis korrigiert hat.

Die »nichtwestlichen« Eigenheiten Rußlands können nicht an den Erfordernissen westeuropäischer, sondern müssen immer nur an den Erfordernissen rußländischer Geschichte gemessen werden. Die Fixierung der Originalität rußländischer Entwicklung ist jedoch kein gelöstes Problem, sondern beschäftigt die Sozialwissenschaften in Rußland seit fast 200 Jahren, spätestens seit Radischtschew und Puschkina.

Gegen die sklavische Anpassung Rußlands an die Erfordernisse westeuropäischer Entwicklung opponierend, etablierten sich seit dem 19. Jahrhundert Panslawismus und Slawophilentum. Für sie war Rußland niemals Asien, sondern immer Europa, allerdings nicht das »germano-romanische« Europa, sondern der Keim einer zivilisatorischen Erneuerung Europas, die den rationalen Methoden und Werkzeugen Westeuropas eine Seele geben soll. Der Voltaire-Anhänger Alexander Herzen verglich im letzten Jahrhundert »Westler« und »Slawophile« mit dem byzantinischen Adler – dem Wappen Rußlands –, dessen Köpfe in zwei Richtungen blicken, in dessen Brust jedoch nur ein Herz schlägt. In Paraphrase zur gescheiterten Westeuropäisierung wird das bewährte Eigene Rußlands als »östlicher« oder gar »asiatischer« Weg verstanden. Es liegt in der Logik dieses Verständnisses, daß ein Wandel Rußlands dabei nur als »Europäisierung« verstanden werden kann.

Die außerordentliche Bedeutung dieses Problems – Europäisierung Ja oder Nein – für die rußländische Gesellschaft wird deutlich, wenn man bedenkt, daß die prinzipiellen politischen Denkrichtungen in Rußland (Westler, Slawophile, Putschewniker) unter wechselnden Etiketten seit ca. 200 Jahren um die Konsequenzen dieser Fragestellung ringen. Auch die derzei-

tigen Parteien und politischen Strömungen in Rußland sind nur »Aggregatzustände« dieser Reflexionen des einen »rußländischen Sonderweges«.

Die Metamorphosen des Marxismus in Rußland, zunächst in den Traditionen der »Westler« rezipiert, später mit monarchistischen und russisch-orthodoxen Elementen der Bodenständigkeit »ergänzt«, bezeugen, daß die Verehrer Europas und die Apologeten russischer Urwüchsigkeit mehr miteinander gemein haben, als es ihnen selbst scheint.<sup>63</sup>

Die sich in den 500 Jahren immer wiederkehrender Westeuropäisierungsversuche bestätigende Unlösbarkeit der eigentlichen sozialen und wirtschaftlichen Probleme Rußlands, ihr ständig erneutes Aufbrechen, legen die Vermutung nahe, daß die derzeitigen Reformen auch nicht einfach zu einem neuen Stadium des rußländischen Staates, sondern zu einem neuen Staatsgebilde führen werden, ähnlich dem Übergangsprozeß von der Rus zum Rußland. Jede politische Macht muß mit dem Erbe der gescheiterten Westeuropäisierung seit Peter I. umgehen. Die glühendsten »Westler« – wie seinerzeit die Bolschewiki oder 1991 die »Demokraten« – wurden noch jedesmal, nachdem sie an die Macht gekommen waren, zu fanatischen Verfechtern rußländischer Urwüchsigkeit.

Der neuerliche Kollaps Rußlands hat mindestens zwei Aspekte: die Krise des poststalinistischen Systems und das Scheitern des Versuches, auf diese Krise zu reagieren. Die Sowjetgesellschaft war das politisch-wirtschaftliche Instrument, mit dessen Hilfe Moskau – mutatis mutandis – zur Weltmacht aufgestiegen ist, aber sie verbrauchte die Reserven des einst mit natürlichem Reichtum reich gesegneten Landes völlig. Die Apokalypse der Sowjetgesellschaft macht offensichtlich, daß Moskau diese Rolle verspielt hat. Aber die sowjetische Gesellschaft hatte ihren Lebensgeist nicht in dem vergleichsweise winzigen Gehirn, sondern in dem mächtigen Rückenmark, und selbst kopflos bemerkt man nicht gleich, daß der Körper tot ist, denn

---

63 Zu diesen »Ergänzungen« gehören z. B. die Übernahme wesentlicher Elemente orthodoxer Religiosität in die sowjetische Ideologie, deren angeblich marxistischer Gehalt sich mehr und mehr in Zitaten erschöpfte, die Rehabilitation einiger Zaren wie etwa Kalitas oder Iwan Grosnys, die Übernahme der als weißgardistisch verpönten Rangabzeichen (noch Ende der dreißiger Jahre der Generalsrang, 1942 dann auch die Uniformen und Schulterstücke), das Verbot kostenloser und in der freien Ermessensentscheidung der Frau liegenden Schwangerschaftsunterbrechungen 1945 bzw. schon 1936, die Aufhebung des liberalen Scheidungsrechtes 1936 – für die Scheidung genügte vorher die mündliche Willenserklärung eines der Ehepartner – und die Einführung strenger und kostspieliger Regelungen, bei denen die Frau von Gesetz wegen bei Vermögensfragen – etwa dem Wohnrecht – benachteiligt wurde.

die Funktionen des riesigen Körpers dauern an.<sup>64</sup> Die Ursachen für den Totenkampf sind Langzeitfaktoren, die ihre Wurzeln auch in den hier untersuchten rußländischen Besonderheiten haben. Letztere sind es auch, die Rußlands Verhältnis zur globalen Systemtransformation bestimmen.

---

64 Dieses Bild bei Rafael P. Fjodorow: *Wohin geht Rußland? Eine Nation am Scheideweg.* Bonn 1993. S. 24.

SONJA STRIEGNITZ

## »Revolution verkehrt«. Über die Stellung der Narodniki-Parteien zum Agrarkurs der zaristischen Regierung nach 1906

Schon die stürmischen Ereignisse des Revolutionsjahres 1905 ließen in Kreisen der Selbstherrschaft die Einsicht reifen, daß Repressivmaßnahmen gegen die aufständischen Bauern allein nicht ausreichten, um diese zu »befrieden« und sich selbst unbeschadet aus der Affäre zu ziehen. Die Erfahrungen mit der I. Staatsduma (April bis Juli 1906) machten dann endgültig klar, daß es für die Gutsbesitzer keinen Frieden mit den Bauern geben würde. Nachdrücklicher denn je forderten die Bauern, nun in Gestalt ihrer Abgeordneten, der Trudowiki, Land und Freiheit und sprachen sich gar in ihrem großen Agrarentwurf, dem »Projekt der 104«, für die Nationalisierung des Bodens aus. Nolens volens mußten sich die Herrschenden von ihren romantischen Illusionen über das patriarchalische Wesen der Bauern trennen, die gleich einer unzerstörbaren Festung Zarismus und Adelsherrschaft schützen würden. Mit dem Erlaß vom 9. November 1906 vollzog die zaristische Regierung die Abkehr von ihrer traditionellen Politik der Erhaltung und Bewahrung historisch überkommener Verhältnisse auf dem Lande, insbesondere der Dorfgemeinde (Obščina) und des bäuerlichen Anteillandes. Sie leitete die Wende ein hin zur Zerstörung dieser einstigen Stützen der Selbstherrschaft und zur Einrichtung bäuerlicher Privatbetriebe. Ministerpräsident Petr Arkadjewitsch Stolypin, Spiritus rector der neuen Agrargesetzgebung,<sup>1</sup> akzentuierte in seinen Reden vor den Abgeordneten der II. Staatsduma (Februar bis Juni 1907) stets vordergründig deren ökonomische Aspekte sowie die daraus abgeleitete »Notwendigkeit«, den Ukas ohne die Duma, mit Hilfe des (Ausnahme)paragraphen 87 der Grundgesetze des Russischen Reiches auf den Weg gebracht zu haben.<sup>2</sup> Erst als sich

---

1 Siehe meinen Beitrag Pjotr Arkadjewitsch Stolypin. Überlegungen zu den Möglichkeiten und Grenzen eines Reformers. In: Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Leipzig 1997. S. 145ff.

2 Siehe Petr A. Stolypin: Nam nu- na Velikaja Rossija. Polnoe sobranie rečej v Gosudarstvennoj dume i Gosudarstvennom sovete. 1906–1911. Moskau 1991. S. 50ff., 73ff. und 86ff.

die Selbstherrschaft mit dem von Stolypin inszenierten Staatsstreich (3. Juni 1907) einigermaßen aus der Revolution herausgerettet hatte, wurde in der Öffentlichkeit deutlicher über die mit dem veränderten Agrarkurs verfolgten politischen Zielvorstellungen gesprochen. Am 5. Dezember 1908 erklärte der Premier vor der III. Staatsduma (November 1907 bis Juni 1912), es ginge darum, auf dem Lande einen »starken Privateigentümer« zu bekommen, der eine zuverlässige soziale Stütze bei der »Umgestaltung« Rußlands auf »stabilen monarchistischen Grundpfeilern« und zugleich eine »Barriere gegen die Entwicklung der revolutionären Bewegung« bilden müßte.<sup>3</sup> Schon wenige Tage nach dem Staatsstreich hatte es aber offensichtlich im Ministerrat eine grundsätzliche Verständigung über den innenpolitischen Kurs nach der Niederwerfung der Revolution gegeben. Im nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Journal des Ministerrats wurde festgehalten: »Eine starke, von der Eigentumsidee durchdrungene, reiche Bauernschaft dient überall (in der Welt) als beste Stütze für Ruhe und Ordnung. Sollte es der Regierung gelingen, ihre Landeinrichtungsmaßnahmen zu verwirklichen [...], würde den Träumereien von einem Staatsumsturz, einem sozialistischen Umsturz in Rußland ein für allemal ein Ende gesetzt [...] Aber ähnlich unabsehbar wären [...] die Folgen, wenn dieser Versuch der Regierung [...] mißlingen sollte. Ein derartiger Mißerfolg würde für lange Zeit all die Landeinrichtungsmaßnahmen [...] diskreditieren und vielleicht endgültig begraben [...] Ein Mißerfolg würde im Lager der Sozialisten und Revolutionäre allgemeinen Jubel auslösen und ihr Prestige in den Augen der Bauern fürchterlich erhöhen.«<sup>4</sup>

Uns soll im weiteren die Frage interessieren, wie die Partei der Sozialrevolutionäre (PSR), im Spektrum der nichtproletarischen sozialistischen Parteien in der Revolution ganz links einzuordnen, und die Volkssozialistische Partei (VSP), eher auf der rechten Seite dieses Spektrums, auf den neuen Agrarkurs der Selbstherrschaft reagierten und welche Wirkungen er auf ihre ideologisch-theoretischen Grundpositionen hatte, die beide Parteien aus den Traditionen der *Narodniki* des 19. Jahrhunderts herleiteten und in denen die Agrar- und Bauernfrage einen besonderen Platz einnahmen.

Die Agrarprogramme beider Parteien enthielten die Forderung nach Beseitigung des Großgrundbesitzes und Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden sowie die Übergabe des Bodens an die Bauern. Sie schlu-

---

3 Siehe ebenda. S. 179.

4 Zitiert nach Aron Ja. Avrech: P. A. Stolypin i sud'by reform v Rossii. In: *Kommunist*. Moskau (1991)1. S. 43.

gen freilich unterschiedliche Lösungswege dabei vor: Die Sozialrevolutionäre wollten, was utopisch anmuten mußte, den Boden »sozialisieren« und ihn in Eigentum des ganzen Volkes (vsenarodnoe dostojanie) umwandeln, d. h. sie wollten ihn aus den Zwängen kapitalistischer Verhältnisse herauslösen, in den anderen Bereichen der Gesellschaft diese Verhältnisse jedoch nicht antasten. Die Volkssozialisten, aufgeschlossener für die realen Vorgänge auf dem Lande, wollten den Boden nationalisieren, allerdings mit vielen »Wenn« und »Aber«. Beide Parteien verfolgten aufmerksam bourgeoise Tendenzen in der Bauernschaft, kritisierten sie partiell und mit beträchtlichen Nuancierungen; im Programm der PSR wurden die Kulaken allerdings schlicht und einfach vergessen. Gemeinsam war ihnen auch die Auffassung, jeder solle nur soviel Boden besitzen, wie er mit eigener Hände Arbeit, mit der Kraft der Familie oder mit Unterstützung der Obščina (bei den Volkssozialisten – Genossenschaft) bearbeiten konnte (Arbeitsprinzip, Arbeitsnorm).<sup>5</sup>

Mit dieser Spannweite von Grundsätzen waren die Agrarprogramme ein ziemlich treffendes Abbild dessen, was damals in der Bauernschaft Rußlands vor sich ging, welche Vorstellungen sie selbst über die Veränderung ihrer Lage mehr oder weniger deutlich artikulierte. Wohl deshalb konnten die Programme auch während der Revolution unter den Bauern beachtliche Wirkungen erzielen und die antizaristische, antigutsherrliche Stoßrichtung ihres Kampfes verstärken.

Die neue Agrargesetzgebung der Regierung rüttelte natürlich an solchen Grundpfeilern der Parteienprogrammatik. Nicht verwunderlich daher, daß sich Sozialrevolutionäre wie Volkssozialisten sofort engagiert in die Kritik an diesem Versuch, in beschleunigtem Tempo bürgerliche Agrarverhältnisse durchzusetzen, einschalteten und die Entlarvung dieser Politik sie unter verschiedenen Aspekten für lange Zeit, sogar über den physischen Tod ihres Hauptakteurs Stolypin hinaus beschäftigte. Bemerkenswert hingegen ist, zu welchen Wandlungen es dabei in den Auffassungen der Parteien kam.

Schon in ihren ersten Stellungnahmen zur Stolypin-Reform verwiesen die Narodniki-Parteien nachdrücklich darauf, daß die Masse der Bauern durch sie ruiniert würde. Führende Theoretiker erkannten und vermerkten,

---

5 Siehe Sonja Striegnitz: Die Narodniki-Parteien von der Jahrhundertwende bis zur bürgerlich-demokratischen Revolution von 1905/07 in Rußland. Zur Geschichte der revolutionären und liberalen Richtung im kleinbürgerlichen Demokratismus. Dissertation B (Maschinendruck). Humboldt-Universität zu Berlin 1986. S. 94ff.

daß mit dieser »Flurbereinigung« die Unantastbarkeit des feudalen Grundbesitzes garantiert werden sollte, sie zugleich aber eine kapitalistische Zielrichtung hatte. Aleksej Wasiljewitsch Peschechonow, führender Volkssozialist und Mitautor des Agrarprogramms der VSP, nannte die Reform unumwunden eine »Verordnung über den Raub«, mit der die Konterrevolution »das Messer direkt in die Tiefe des Volksorganismus hineingestoßen hat«. Zutreffend stellte er fest, indem die Regierung den Kampf um den Boden in die Obščina hineingetragen habe (der Bauer bekam laut Ukas das Recht, den von ihm in ihrem Rahmen genutzten Boden als Privateigentum zu übernehmen und aus der O. auszuschneiden), spekuliere sie darauf, die Bauern vom Kampf um das Gutsbesitzerland fernzuhalten. »Plündert die Obščina-Mitglieder, beraubt euch einander, nur laßt die Gutsbesitzer in Ruhe!«<sup>6</sup> Der Sozialrevolutionär Nikolaj Iwanowitsch Rakitnikow (N. I. Maksimow), neben Wiktor Michajlowitsch Tschernow der bedeutendste Agrarexperte der PSR und Mitverfasser ihres Programms, sah die Reform als einen »breit-angelegten Feldzug nicht nur gegen die Obščina, sondern auch gegen die Gewohnheiten der Bevölkerung, gemeinschaftlich zu leben«.<sup>7</sup> »Sie hoffen, die Bauernfrage zu lösen, ohne irgendwie die bestehende Gesellschaftsordnung anzutasten [...] Das ist der Weg der kapitalistischen Entwicklung bei sorgsamer Wahrung jener sozialen Privilegien, die von der Leibeigenschaft überkommen sind«, schrieb Rakitnikow.<sup>8</sup>

Die kritische Sicht auf die regierungsamtliche Agrarpolitik verbanden beide Parteien vielfach mit dem Beklagen des Umstands, daß Stolypin die Bauernschaft spaltete und somit den bestehenden Widersprüchen weitere hinzufügte. Gleichzeitig suchten sie in Theorie und – weniger – in Praxis nach Wegen, um die Folgen dieser Politik aufzuhalten bzw. abzuschwächen. Hierin äußerte sich augenfällig der philosophische Subjektivismus der Narodniki-Parteien, den sie bei ihren historischen Vorläufern entlehnt und ein wenig modernisiert hatten. Sie gingen davon aus, daß kapitalistische Entwicklungen auf dem Lande keine Verwurzelung hätten und daher durch subjektives Eingreifen wirkungslos gemacht werden könnten. Ohne diese

---

6 Aleksej Pešečonov: Chronika vnutrennej · izni. In: Russkoe bogatstvo (im weiteren RB). Sankt Petersburg (1906)12. – Aleksej Pešečonov: Obščina i zakon 9 nojabrja. In: Narodno-socialističeskoe obozrenie. Sbornik IX. Sankt Petersburg 1906. S. 88.

7 Nikolaj I. Maksimov: Zakon i obščina (po povodu zakona 9 nojabrja 1906 g.) In: Naša mysl'. Sbornik statej. Sankt Petersburg 1907. S. 42.

8 Zitiert nach Vladimir N. Ginev: Bor'ba za krest'janstvo i krizis russkogo neonarodničestva. 1902–1914 gg. Leningrad 1983. S. 274.

Überzeugung war namentlich das sozialrevolutionäre agrarprogrammatische Gebäude nicht vorstellbar. Dennoch trifft man in der Parteipublizistik mitunter Feststellungen, wonach die Regierung die Bedürfnisse berücksichtigen mußte, »die schon nicht mehr zu umgehen sind«. <sup>9</sup> Dies ist vor allem für die VSP festzustellen und zudem für eine Zeit, als erste Folgeerscheinungen der Reform sichtbar wurden. Im ganzen überwog jedoch bei Sozialrevolutionären wie Volkssozialisten lange Zeit die schwerpunktmäßige Auseinandersetzung mit den politischen Absichten der Reform, während sich ökonomische Erfordernisse landwirtschaftlicher Entwicklung weitgehend ihrem Blickfeld entzogen.

Um das »ungesetzliche Kind der Zwischendumaperiode« – den Ukas vom 9. November 1906 – zu Fall zu bringen, setzten Sozialrevolutionäre wie Volkssozialisten beträchtliche Hoffnungen auf die II. Staatsduma. Wie alle Parteien der revolutionären Demokratie beteiligten sie sich diesmal an den Wahlen und konnten 37 (PSR) bzw. 16 (VSP) Abgeordnetensitze erringen. Für die VSP war die Wahlbeteiligung faktisch die erste große politische Kampagne nach ihrer endgültigen organisatorischen Formierung im Spätherbst 1906. Da sie generell den »gesetzlichen Weg des Kampfes« favorisierte, sich als legale Partei aller Werktätigen anbot, war sie fest überzeugt, daß die II. Duma dem Agrargesetz ihre Zustimmung versagen würde. Sie beließ es daher dabei, die dringliche Forderung nach Rücknahme des Gesetzes schriftlich zu formulieren. Die Sozialrevolutionäre machten eben diese Forderung zur Hauptlosung, mit der sie in die Duma gingen. Überdies brachten sie einen eigenen Agrargesetzentwurf in die Debatten ein, der auf ihrem Agrarprogramm basierte und immerhin die Unterschriften von 104 Abgeordneten, vor allem Bauern, bekam. Als Sofortmaßnahmen, die die Bodenverhältnisse bis zur Annahme dieses Entwurfs regeln sollten, forderten sie: strikte Einstellung des Kaufs und Verkaufs von Boden, Einstellung der Tätigkeit der Bauern- und Adelsbodenbank, Einstellung der Tätigkeit der Landeinrichtungskommissionen. <sup>10</sup> Außerdem entfalteten die Sozialrevolutionäre eine umfangreiche publizistische Kampagne gegen die Regierungspolitik. Sie empfahlen den Bauern direkt und nachdrücklich, keinen Boden zu kaufen oder zu pachten, die administrativen Flurbereini-

---

9 Aleksej Pešechonov: Prodol' enie »revoljucii naoborot«. In: RB. Sankt Petersburg (1913)3. S. 350.

10 Siehe Gosudarstvennaja дума. Vtoroj sozyv. Stenografičeskie otčety. Bd. I. Sankt Petersburg 1907. S. 1082. – Bd. II. Sankt Petersburg 1907. S. 111ff. – Istorija političeskich partij Rossii. Moskau 1994. S. 171.



gungskommissionen zu boykottieren, nicht aus der Obščina auszutreten, sondern vielmehr deren innere Strukturen und Mechanismen zu vervollkommen, möglichst umfassend von der Umverteilung des Bodens Gebrauch zu machen, dort, wo es keine Obščina gab, die Genossenschaft zu popularisieren und schließlich Bauern, die den Regierungsmaßnahmen folgten, öffentlich als »Verräter« zu verurteilen, ja sogar gewaltsam gegen sie vorzugehen.<sup>11</sup> »Jeder, der freiwillig aus der Obščina austritt, ist mit einem Überläufer in das feindliche Lager gleichzusetzen«, hieß es in einer für die Bauern bestimmten Broschüre.<sup>12</sup>

Theoretiker der PSR, unter ihnen der Verfasser des eben zitierten »Bannfluches« Leonid Emmanuiljewitsch Schischko, begriffen allerdings sehr bald, daß die Erteilung taktischer Empfehlungen an die Bauern nur die eine Seite war, um so mehr, als man sich deren geringe Wirksamkeit eingestehen mußte.<sup>13</sup> Mehr und mehr reifte die Einsicht, daß Stolypins Agrarkurs nicht allein auf die Obščina zielte, sondern auf die theoretischen und programmatischen Grundlagen ihrer Vorstellungen von einer nichtkapitalistischen Evolution der Landwirtschaft insgesamt. »Wird Rußland den Entwicklungsweg bürgerlicher Eigentumsgrundlagen beschreiten oder wird es gleich jetzt einen entscheidenden Schritt zur Sozialisierung des Bodens machen?«<sup>14</sup> Diese bange Frage bewegte die Sozialrevolutionäre am allermeisten. Schon Anfang 1907 legte das Zentralorgan der Partei »Znamja truda« den Finger auf die verwundbarste Stelle des sozialrevolutionären Ideengebäudes, indem es schrieb: »Die Regierung hat den Hauptnerv der russischen Revolution richtig herausgefunden. Wenn ihr diese Politik gelingt, wenn sie die Masse der Bauernschaft auf den Weg individueller Bestrebungen zu lenken vermag, dann kann man jede Hoffnung auf die russische Revolution aufgeben.«<sup>15</sup> Hoffnung auf Revolution bedeutete im sozialrevolutionären Verständnis Hoffen auf die nichtkapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft über die »Sozialisierung« des Bodens.

---

11 Siehe Protokoly pervoj obščepartijnoj konferencii PSR. Avgust 1908. Paris 1908. S. 228.

12 Siehe Leonid Šiško: Čego chočet dobit'sja pravitel'stvo zakonom 9 nojabrja? O. O. 1909. S. 15.

13 Siehe Protokoly pervoj obščepartijnoj konferencii PSR. Avgust 1908. Paris 1908. S. 54 und 237.

14 Nikolaj I. Maksimov: Zakon i obščina (po povodu zakona 9 nojabrja 1906 g.) In: Naša mysl'. Sbornik statej. Sankt Petersburg 1907. S. 42.

15 Zit. nach Vladimir N. Ginev: Bor'ba za krest'janstvo i krizis ruskogo neonarodničestva. 1902–1914 gg. Leningrad 1983. S. 274.

Der Reformkurs der Regierung zwang also die Neonarodniki, ihr scheinbar unerschütterliches theoretisches Gerüst zu durchdenken, namentlich den von ihnen postulierten nichtkapitalistischen Entwicklungsweg der Landwirtschaft. Die PSR unterlag diesem Zwang in besonderer Weise, weil sie in viel stärkerem Maße als ihre liberalen »Freunde der Richtung« (so nannten PSR-Führer nicht selten die Volkssozialisten) von den »sozialistischen Instinkten« der Bauern ausging, ihre gemeindlichen Traditionen als Grundbedingung für eine solche Entwicklung betrachtete. Kurzzeitig hoffte die sozialrevolutionäre Parteiführung, diesem Zwang dadurch beizukommen, daß sie die These von der sozialistischen Mentalität der Bauern betont hervorkehrte, jetzt gleichsam die »innere« Voraussetzung für das Mißlingen der Reform daraus machte.

Das Durchdenken theoretischer Grundpositionen verlief im weiteren jedoch nicht problemlos, es wurde wesentlich von der Gesamtsituation überlagert, in der sich die PSR wie alle antizaristischen Parteien durch das Ende der Revolution gestellt sah. Die Zerschlagung von Parteiorganisationen, Verfolgung und Verhaftung ihrer Mitglieder, vor allem auch führender Parteiarbeiter, das gesamte innenpolitische Klima haben die Partei in eine tiefe Krise gestürzt, von der die Erschütterung ihrer Ideengrundlagen nur einen Teil darstellte, freilich den wichtigsten. Die Krisenlage fand in gewisser Weise in der Einschätzung des Staatsstreichs vom 3. Juni 1907 und der daraus abgeleiteten taktischen Linie ihre Widerspiegelung. Rußland, so hieß es bei den Sozialrevolutionären, sei in die Situation von vor der Revolution zurückgeworfen worden, wenn nicht gar schlimmer. Die Duma sei nur noch eine Dekoration, konstitutionelle Fiktion des alten selbstherrschenden Polizeistaates. Alles müsse von vorn begonnen werden, man müsse zu den alten Kampfformen zurückkehren. Der III. Parteirat der PSR (Frühjahr 1908) beschloß denn auch folgerichtig: In die III. Duma könne nur hineingehen, wer den Glauben an die Revolution verloren habe, ihr Boykott sei die eindrucksvollste Antwort auf den 3. Juni, Mittel zur Revolutionierung der Massen. Neuerlich orientierte die Parteiführung auf den Terror und gleichzeitig auf die »Kampfvorbereitung« der Massen.<sup>16</sup> Dem Zickzackweg im taktischen Verhalten der PSR während der Revolution wurden somit unter den neuen historischen Bedingungen ein weiteres »Zick« und »Zack« hinzugefügt.

An den Stimmungen der Massen ging man damit freilich gründlich vorbei. Erhebungen, die die Partei selbst durchführte, besagten nämlich, daß

---

16 Siehe Istorija političeskich partij Rossii. Moskau 1994. S. 169f.

sich die Bauern in nur 928 von 14.000 Wolosti gegen die Teilnahme an den Wahlen zur III. Duma aussprachen.<sup>17</sup> Trotz der verkündeten umfassenden »sozialistischen Propaganda« war also der Einfluß der PSR unter den Bauern nur noch dürftig. Dem Boykottbeschluß folgend, verzichtete die Partei nun auch auf die Möglichkeit, über die wenigen Trudowiki in der III. Staatsduma (es waren 14) die Verbindungen zu den Bauern zu vertiefen.

Im Verlauf der weiteren Entwicklung wurden in der PSR Stimmen laut, die eine realere Einschätzung der Situation artikulierten, aber auch eine nicht zu übersehende Rechtsentwicklung andeuteten. Namentlich jüngere Parteiarbeiter machten in dieser Hinsicht von sich reden. So meinte Nikolaj Dmitriewitsch Awksentjew, Mitherausgeber des Zentralorgans, Revolution sei eine barbarische Form des Fortschritts, ein verzweifelttes Mittel, zu dem man nur unter tragischsten Bedingungen greifen sollte.<sup>18</sup> Mit der größeren Realitätsnähe vollzog sich in der PSR eine nicht unwesentliche »Umbewertung einiger Werte«. Erstens äußerten sich die Sozialrevolutionäre bei Beibehaltung ihrer Fiktion von einer mehr oder weniger sozial gleichartigen Bauernschaft alsbald sehr viel zurückhaltender gegenüber den aus der Obščina ausscheidenden wohlhabenden, kulakischen Bauern. Hier besteht meines Erachtens ein tiefer Zusammenhang zu ihrer seit der zweiten Revolutionsphase größer gewordenen Bereitschaft, Abstriche am revolutionär-demokratischen Gehalt ihres Programms vorzunehmen. Dieser Vorgang wurde übrigens aufmerksam in der volkssozialistischen Publizistik vermerkt. Peschechonow ließ, gewissermaßen in Fortsetzung früherer Programmauseinandersetzungen mit den Sozialrevolutionären, keine Gelegenheit aus, mit diesen die Klinge zu kreuzen. Dabei ging es mitunter recht kurios zu, so wenn er z. B. dem sozialrevolutionären Agrarexperten Nikolaj Petrowitsch Oganowskij übermäßige Bereitwilligkeit, sich mit den neuen Bedingungen anzufreunden, sich ihnen anzupassen, ankreidete.<sup>19</sup> Zweitens bestimmten die Sozialrevolutionäre den Platz der Obščina in ihren theoretischen Überlegungen neu. Dieser Vorgang, der nach dem Ukas vom 9. November 1906 allmählich einsetzte, verlief widerspruchsvoll und führte zu erheblichen Divergenzen in der Partei, einschließlich ihrer Führung. Er dauerte auch nach dem Ende der Revolution an und bekam neue Nahrung durch das Gesetz vom 14. Juni 1910, die endliche Fassung des Stolypin-

---

17 Siehe ebenda.

18 Siehe ebenda. S. 170.

19 Siehe Aleksej Peščonov: Na očerednye temy. In: RB. Sankt Petersburg (1914)4. S. 361ff.

schen Agrarkurses, und das vom 29. Mai 1911, das den Landeinrichtungskommissionen weitgehende Vollmachten auch beim administrativen Vorgehen gegen die Obščina verlieh. Die Neubestimmung des Platzes der Obščina bildete einen signifikanten Bestandteil des in den Jahren bis zum Sturz der Selbstherrschaft weitgehend nach innen gerichteten Wirkens der Partei. Er verdeutlichte, in welchem Maße die Agrarreform die tiefe Ideologiekrise der Partei mit bedingte, wie die veränderten innenpolitischen Bedingungen und vor allem die sozialen Prozesse in der Bauernschaft die latente Anfälligkeit des sozialrevolutionären Ideengutes bloßlegten und zu der oben genannten Rechtsentwicklung beitrugen.

Bemerkenswerte Schritte im Sinne einer entschiedeneren Beachtung bürgerlicher Tendenzen in der Bauernschaft hatten die Sozialrevolutionäre in ihrem schon erwähnten Agrargesetzentwurf für die II. Duma getan. Sie ersetzten darin die ausgleichende Umverteilung des Bodens – einen Eckpunkt ihres Agrarprogramms – im Grunde durch eine Steuer für den größeren, die Arbeitsnorm überschreitenden Bodenanteil, verzichteten auf das Verbot von landwirtschaftlicher Lohnarbeit und legten eine Rangfolge für die Bodenzuteilung fest, bei der die landarmen und landlosen Bauern, bislang eine wichtige Orientierungsgröße, an die zweite Stelle rückten und von den »werk tätigen Bauern« (die schon eine stabile Kleinwirtschaft hatten) verdrängt wurden.<sup>20</sup> Die grundsätzlichen Korrekturen an den beiden oben genannten Fragen des sozialrevolutionären Agrarprogramms erfolgten allerdings erst auf der I. Gesamtrossischen Konferenz der PSR im August 1908 in London.

Die von den Konferenzteilnehmern verabschiedete Resolution »Über den Kampf gegen die Agrargesetzgebung« kopierte fast wörtlich Thesen, die das Zentralkomitee im Zuge der Konferenzvorbereitungen aus Umfragen unter den örtlichen Parteikomitees über die Wirkungen der neuen Agrarpolitik erarbeitet hatte. Die Thesen wiederum deckten sich weitgehend mit den schon genannten Empfehlungen an die Bauern. Die Aussagen der Parteiarbeiter von der Basis waren aber höchst widersprüchlich ausgefallen. Die einen sprachen voller Sorge von einem massenweisen Austritt der Bauern aus der Obščina, selbst in angestammten sozialrevolutionären Einflußgebieten wie dem Gouvernement Saratow. Andere berichteten hingegen von einem verlangsamten, ja stockenden Verlauf dieses Prozesses

---

20 Siehe Gosudarstvennaja дума. Vtoroj sozyv. Stenografičeskie očeťy. Bd. II. Sankt Petersburg 1907. S. 111ff.

und schrieben dies der Antistolypinpropaganda der PSR zu.<sup>21</sup> Die Parteiführung akzentuierte dennoch in den Thesen solche Aspekte, die für die Beibehaltung ihrer agrarprogrammatischen Grundlinie geeignet schienen, d. h. die »Sozialisierung« des Bodens nicht in Gefahr brachten. In der Argumentation dazu hieß es, die Bauern seien von der Reaktion im allgemeinen nur oberflächlich erfaßt, der »bewußte Teil des Dorfes, die Revolutionäre«, seien bemüht, sich der Regierungspolitik auf jede Weise zu widersetzen und die Bauern zu überzeugen, daß sie durch ihren Kampf ein »besseres Los erreichen können«. Gestützt auf diese »revolutionären Elemente des Dorfes, die durch Bande des gegenseitigen Vertrauens mit den Massen verbunden sind«, verfüge die Partei über alle Voraussetzungen, um »ihren ideologischen und organisatorischen Einfluß auf die Massen in die Breite und in die Tiefe zu entwickeln und letztlich dauerhaft zu machen«.<sup>22</sup> Diese von Zweckoptimismus getragenen Einschätzungen standen in einem eigenartigen Gegensatz zu dem Bericht des Zentralkomitees an die Konferenz (Berichterstatter war W. M. Tschernow), in dem die Lage der Partei und ihr wirklicher Einfluß unter den Massen weit realer gesehen wurden. Hier war die Rede von einer allgemeinen Organisationskrise, dem Zerfall von Organisationen, der Entfernung der PSR von den Massen, vom Im-Stich-Lassen der Bauern, ja vom »Bankrott auf breiter Linie« und von »erschreckenden Ausmaßen« der Emigration.<sup>23</sup>

Für die Weiterarbeit empfahl die Konferenz einerseits die »unablässige Kritik am Privateigentum an Boden, eine Kritik, der Kompromisse mit jedweden individualistischen Bestrebungen fremd sind«, den Boykott der Kulaken und die Fortsetzung des Kampfes gegen Bodenpacht und landwirtschaftliche Lohnarbeit. Andererseits aber wurde nachdrücklich auf die umfassende Propagierung des sozialrevolutionären Agrargesetzentwurfs aus der II. Duma orientiert, der eben jene bereits gekennzeichneten Anpassungstendenzen an die soziale Differenzierung in der Bauernschaft enthielt.<sup>24</sup> In dieser zweiseitigen Richtlinie reflektierten sich Unsicherheiten, von denen auch das ZK-Referat nicht frei war. So enthielt es beispielsweise eine dringende Mahnung zur Vorsicht bei der Anwendung von Gewalt gegen wirtschaftsstarke Bauern, die im Zuge der Agrarreform aus der

---

21 Siehe Protokoly pervoj obščepartijnoj konferencii PSR. Avgust 1908. Paris 1908. S. 23, 24, 40–43, 104f., 110 und 191ff.

22 Ebenda. S. 54.

23 Siehe ebenda. S. 56f.

24 Siehe ebenda. S. 229.

Obščina austraten, ihren Boden in Privatbesitz übernahmen und ihn durch Kauf, Pacht usw. mehrten.

Tschernow, der als Autor des sozialrevolutionären Programms und unzähliger Erläuterungen dazu, vor allem zum Agrarteil, in der Partei großes Ansehen genoß, setzte sich auch außerhalb seiner Funktion als Berichterstatter des ZK nachdrücklich für diese Linie ein. Er erreichte, daß die Delegierten einer besonderen Resolution über den Agrarterror zustimmten, in der es hieß: Wenn diese Kampfmethod (die sich ja bisher wesentlich gegen die Gutsbesitzer richtete und von der PSR weder offiziell gutgeheißen noch ausdrücklich abgelehnt worden war) gegen wohlhabende Bauern angewendet würde, drohe dem Dorf grausamster Bürgerkrieg, der »jeden systematischen Kampf sowohl für die Sozialisierung des Bodens als auch für die politische Befreiung an die zweite Stelle rücken würde«. <sup>25</sup> Der Furcht vor der Entfaltung des Kampfes innerhalb der Bauernschaft, die hier erstmals so deutlich ausgesprochen wurde, lag Unverständnis für die ökonomischen Ursachen dieses ganzen Vorgangs und seine historisch progressive Bedeutung zugrunde. Freilich wurde mit der eigenartigen Sorge um den Frieden im bäuerlichen Milieu nur notdürftig verdeckt, daß es in der Partei beträchtliche Kräfte gab, die sich mehr und mehr auf die wirtschaftsstarken, kulakischen Schichten auf dem Lande orientierten.

Obwohl sich die Sozialrevolutionäre im Grunde weiter über die Vorgänge im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Reform <sup>26</sup> hinwegzutäuschen suchten, gerieten sie wegen der Obščina in Bedrängnis, ja in Schrecken. In dieser Frage offenbarten sich die geistige Krise der Partei und die Schwierigkeit neuer Denkansätze besonders deutlich. Auf der I. Parteikonferenz versuchte die Führung, diejenigen, die die Folgen der Reform für die Obščina in den schwärzesten Farben schilderten, noch dadurch zu besänftigen, daß sie erklärte, es sei der PSR nie um diese Institution an sich gegangen, sondern vielmehr um alle mit ihr verbundenen und tief in der Bauernschaft wurzelnden psychologischen Faktoren, »um

---

25 Ebenda. S. 231.

26 Zahlen, die gewiß zu gering angesetzt sind, besagen, daß es zwischen 1907 und 1913 im europäischen Rußland zu 224 Zusammenstößen zwischen Bauern und Polizei im Zusammenhang mit der Durchsetzung des Ukases vom 9. November 1906 kam. In 10.250 Dörfern lehnten es die Bauern mehrheitlich ab, aus der Obščina auszutreten, in über 6.700 Fällen kam es zu Brandstiftungen an Bauernwirtschaften, die ausgetreten waren (siehe P. N. Peršin: *Agrarnaja revoljucija v Rossii. Kniga pervaja*. Moskva 1966. S. 282f.).

jenen ganzen Komplex von Ideen und Gefühlen, der unserer Propaganda in der Bauernschaft ein sicheres Fundament bietet«. <sup>27</sup> Das in der Genesis der sozialrevolutionären Agrarauffassungen gar nicht so neue Argument, die Obščina sei nur *ein* Faktor, der die Verbreitung sozialistischer Ideen unter den Bauern begünstige, bildete jetzt faktisch das »Startloch« für die endliche Korrektur. Sie mündete in die Feststellung, die Grundprinzipien der »Sozialisierung« des Bodens stünden in »keinerlei Zusammenhang zur Aufrechterhaltung des gemeindlichen Bodenbesitzes«. <sup>28</sup>

Mit dieser Auffassung, die für die Parteiführung repräsentativ war, konnte man getrost die bereits entstandenen bzw. sich herausbildenden bäuerlichen Privatwirtschaften, einerlei welcher sozialen Schicht oder Klasse sie zuzuordnen waren, genauso als »halbsozialistisch« kennzeichnen wie die Obščina. Diese Korrektur öffnete letztlich auch den Weg für eine theoretische Annäherung der PSR an die VSP, die sich frühzeitig als Interessenvertreterin der wohlhabenden Bauern verstanden hatte. <sup>29</sup> Zu einem organisatorischen Zusammenschluß, wie ihn die Volkssozialisten dann 1917 erstrebten, kam es allerdings nicht. Andererseits barg die Korrektur auch hinreichend Gründe für die künftige Spaltung der PSR, denn der Verzicht auf die Obščina und die ausgleichende Bodennutzung traf nach wie vor auf heftigste Kritik bei einem Teil führender Parteiarbeiter. <sup>30</sup> Selbst die »Znamja truda« mußte sich wegen ihres »Revisionismus« in der Obščina-Frage scharfe Vorwürfe gefallen lassen und sah sich 1911 veranlaßt, diese Institution in einer Artikelserie in der vertrauten sozialrevolutionären Sicht darzubieten.

Das Für und Wider in dieser zentralen Programmfrage wurde noch bis in die Vorkriegszeit ausgetragen, wobei es durchaus nicht ungewöhnlich war, wenn beispielsweise die Widersprüche im Umgang mit der Obščina gleichsam durch die Seele ein und desselben Autors gingen. Oganowskij,

27 Protokoly pervoj obščepartijnoj konferencii PSR. Avgust 1908. Paris 1908. S. 184.

28 Zit. nach Vladimir N. Ginev: Bor'ba za krest'janstvo i krizis ruskogo neonarodničestva. 1902–1914 gg. Leningrad 1983. S. 286. – Während sich Tschernow in den Debatten über die Obščina 1908 und danach zurückhielt, wiederholte er 1917, nun schon unter ganz anderen historischen Bedingungen, diesen Gedanken mehrfach (siehe seine Rede vom 24. Mai 1917).

29 Lenin apostrophierte die Volkssozialisten aus diesem Grunde als »bäuerliche Kadetten« (siehe W. I. Lenin: Über die Volkstümlerideologie. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 18. S. 519).

30 Ausführlich dazu siehe Vladimir N. Ginev: Bor'ba za krest'janstvo i krizis ruskogo neonarodničestva. 1902–1914 gg. Leningrad 1983. S. 285ff.

mindestens bis Kriegsbeginn der PSR näher stehend als der VSP, schrieb im »Russkoe bogatstvo« viel darüber, daß es dem Reformers Stolypin gelingen sei, Eigentümerinstinkte in den Bauern zu wecken, die jedoch keine ökonomische Grundlage hätten. Die Obščina sei »hinfällig« geworden, per Gesetz habe man sie in »einen lebenden Leichnam« verwandelt. Obwohl sie auch ohnehin viele innere Gebrechen gezeigt habe, sei sie dennoch reorganisierungsfähig, sofern die Bauern dies erkennen würden. Er führte interessantes Material aus dem Gouvernement Twer an, wo sich Obščina-Bauern erfolgreich für agrotechnische Neuerungen einsetzten. Zudem verwies er auf die Tatsache, daß in ganz Rußland noch immer rund acht Millionen Bauernwirtschaften in Obščinas existierten. Wenngleich die »Narodniki« keine Kraft hätten, die Wirkungen der Reform auf Gesetzeswege aufzuhalten, solle die PSR an ihrem Programm festhalten und für Veränderungen »von unten« kämpfen: Denn letztlich – so Oganowskij's Schlußfolgerung – werde nur das »Monopoleigentum« einer »demokratischen Macht« an Grund und Boden die landwirtschaftliche Produktion zum besseren verändern können.<sup>31</sup> Derselbe Oganowskij suchte, offenbar unter dem Eindruck der »Hinfalligkeit« der Obščina, nach anderen Formen kollektiven bäuerlichen Lebens und Arbeitens und fand sie in der Einrichtung von Kreditgenossenschaften, die vor allem landlosen Bauern billige Kredite für den Bodenerwerb bereitstellen könnten. Dafür mußte er sich vom Volkssozialisten Peschechonow anhören, Kreditgenossenschaften würden nicht die Agrarfrage in Rußland lösen, nur in der Einheit von »Land und Freiheit« sei dies zu erreichen!<sup>32</sup>

Die Debatten über die Obščina und die »Sozialisierung« des Bodens – sie führten übrigens zu keiner formalen Abänderung des sozialrevolutionären Agrarprogramms – berührten den Inhalt der Bauernagitation nicht. Diese bewegte sich weiterhin im Rahmen der schon erwähnten Empfehlungen. Doch es kamen einige neue Momente hinzu: Die ländlichen Parteiorganisationen wurden angehalten, für die Vervollkommnung der inneren Struktur der Obščina zu wirken, dafür zu sorgen, daß größere Gerechtigkeit in ihr walte, daß den Erfordernissen wirtschaftlichen Fortschritts durch eine sinnvolle Umverteilung des Bodens, die Verringerung der Gemengelage und anderes entsprochen und Abgaben erhoben würden u. a. m. Von einer eini-

---

31 Siehe Nikolaj Oganowskij: V zaščitu »doktrinerstva«. In: RB. Sankt Petersburg (1914)3. S. 313ff. (hier S. 317).

32 Siehe Aleksej Pešechonov: Na očerednye temy. In: RB. Sankt Petersburg (1914)4. S. 361.



germaßen wirksamen Bauernagitation konnte aber nach der Niederlage der Revolution und aufgrund der Parteikrise kaum mehr die Rede sein.<sup>33</sup>

Die VSP blieb in ihren Stellungnahmen zum Ukas vom 9. November 1906 ebenfalls nicht bei dessen Kennzeichnung als einer konterrevolutionären Maßnahme, mit der es der Regierung gelungen sei, »die individuellen Raubinstinkte zu entfachen«.<sup>34</sup> Ähnlich besorgt wie die PSR verfolgten die Volkssozialisten den Austritt von wohlhabenden und landlosen Bauern aus der Obščina, registrierten sie aufmerksam sowohl das Aufbegehren von Bauern gegen die Stolypinschen Flurbereinigungskommissionen als auch Fakten über sich häufende Auseinandersetzungen zwischen Kulaken und Bauernarmut.<sup>35</sup> »Das persönliche Eigentum (an Boden – S. St.) wird den Krieg aller gegen jeden und eines jeden gegen alle bedeuten«, schrieb mahnend Peschechonow. Das Ausscheiden aus der Obščina könne sogar »gefährlich« werden, denn ein solcher Bauer würde, wenn er zusätzlichen Boden erwerbe, die »ganze Gesellschaft (d. h. Obščina – S. St.) gegen sich aufbringen«.<sup>36</sup> In programmatischen Artikelserien unter der Überschrift »Revoljucija naoborot« (Revolution verkehrt) und »Pravo na zemlju« (Das Recht auf Boden) wandte sich Peschechonow 1908 im »Russkoe bogatstvo« entschieden gegen die Absicht der Regierung, mit der Zerstörung der Obščina »im Volksbewußtsein um jeden Preis das kollektive Recht auf Boden auszurotten«.<sup>37</sup> Alle Anstrengungen müßten unternommen werden, um dieses Recht zu wahren und zwar auf Dauer.

Mit der Verteidigung der alten Ordnung im Besitz des Anteillandes gegen die geplante und vielerorts mit administrativen Mitteln durchgedrückte neue Ordnung begann bei den Volkssozialisten gleichsam ein Rückfall in die traditionelle Verherrlichung der Obščina nach dem Vorbild ihrer historischen Vorläufer, der Narodniki. Es handelte sich also um eine der offiziellen Linien der PSR entgegengesetzte Tendenz. Dieses Paradoxon, die jetzige merk-

33 Siehe Protokoly pervoj obščepartijnoj konferencii PSR. Avgust 1908. Paris 1908. S. 56f.

34 Aleksej Peščonov: Na očerednye temy. Iz krest'janskich pisem. In: RB. Sankt Petersburg (1910)7. S. 3f.

35 Siehe K. P-v: Otgoloski zakona ob otmene obščiny v derevne. In: Narodno-socialističeskoe obozrenie. Sbornik X. Sankt Petersburg 1906. S. 63ff.

36 Aleksej Peščonov: Staryj i novyj porjadok vladenija nadel'noj zemlej. Sankt Petersburg 1909. S. 7 und 25.

37 Aleksej Peščonov: Pravo na zemlju. In: RB. Sankt Petersburg (1908)3. S. 108. – Die Fortsetzung der Artikelserie erschien in Nr. 4 des gleichen Jahrgangs, die Artikelserie »Revoljucija naoborot« in den Nummern 1 und 2 des Jahres 1908.

würdige Aufwertung der Obščina, der die Volkssozialisten in ihrem Agrarprogramm keinen besonderen Platz eingeräumt, ja die sie darin nicht einmal erwähnt hatten, bei Beibehaltung der kritischen Sicht auf ihren realen inneren Zustand, den sie als veränderungswürdig betrachteten, zeigte, wie der Reformkurs auch in dieser mit dem bäuerlichen Milieu ziemlich vertrauten Partei einiges ins Wanken brachte. Trotz einer im ganzen zutreffenderen Bewertung der Agrarpolitik nach 1906 fürchteten die Volkssozialisten, daß die Art und Weise der Stolypinschen »Flurbereinigung« sogar eigene, an den Sozialrevolutionären gemessen, unverfänglichere agrarprogrammatische Vorstellungen in Gefahr bringen könnte. Insofern war es durchaus verständlich, daß vor allem der führende volkssozialistische Agrartheoretiker, d. h. Peschechonow von den liberalen Neonarodniki, bislang ungegewohnte Töne anschlug. Er versuchte, die Bauern davon zu überzeugen, daß die alte Ordnung – der Anteillandbesitz im Rahmen der Obščina – zwar nicht ideal, aber doch besser war als die vom Premier jetzt angestrebte. Er empfahl den Bauern, die Obščina mit allen Mitteln zu erhalten, um sie später zu reorganisieren, natürlich im volkssozialistischen Sinne als Verband freier Landwirte. Die Mittel, die er dafür vorschlug, bewegten sich jedoch wie ehemals in streng »gesetzlichen« Bahnen: Ein Boykott der aus der Obščina austretenden wohlhabenden Bauern wurde nicht ins Auge gefaßt, nur die Kritik an ihnen. Hier blieb sich also der Volkssozialist treu, der 1905 vehement gegen die Inbesitznahme von Gutsland durch die Bauern Front gemacht und sich auf dem I. Parteitag der PSR u. a. wegen Meinungsverschiedenheiten darüber aus dieser Partei verabschiedet hatte. Die Entwicklungsmöglichkeiten für Kulaken schätzte Peschechonow jetzt hingegen anders ein als noch in den Revolutionsjahren. »Was die Kulaken betrifft«, schrieb er 1909, »so ist noch nicht klar, wer letzten Endes stärker sein wird: sie oder die Gesellschaft (die Obščina – S. St.), sofern letztere einmütig handeln sollte.«<sup>38</sup>

Die mit einer gewissen Idealisierung der Agrarordnung vor Stolypin einhergehenden Korrekturen am einstigen fast nihilistischen Verhältnis zur Obščina und die skeptischere Betrachtung der Kulaken schlugen sich im volkssozialistischen Agrarprogramm nicht nieder, beides blieb Gegenstand publizistischer Erörterungen. Hier wurden diese Fragen allerdings zu einem zentralen Thema, und sie blieben es ebenso wie generelle Einschätzungen der Stolypin-Reform bis in die Kriegsjahre hinein. Anlässlich der Ermordung

---

38 Aleksej Pešechonov: Staryj i novyj porjadok vladenija nadel'noj zemlej. Sankt Petersburg 1909. S. 29.

Stolypins schrieb Peschechonow im »Russkoe bogatstvo« vorsichtig, aber zutreffend, Stolypin sei tot, aber nicht seine Zeit. Noch sei unklar, welche Erinnerungen sie hinterlassen würde, jedenfalls keine guten.<sup>39</sup> Stolypin sei kein großer Politiker gewesen, weshalb sein Tod auch keine Zäsur bilde, ihm sei nicht der Sieg über die Revolution zugefallen, sondern deren Verfolgung, die er unermüdlich betrieben habe.<sup>40</sup> Und in Anspielung auf den Regierungsgrundsatz des Premiers »Erst Befriedung, dann Reformen« schrieb Peschechonow: »Jene Klasse und jene Ordnung, der Stolypin diente, haben sich stets durch Grausamkeit ausgezeichnet, besonders bei den »Befriedungen.«<sup>41</sup>

Peschechonow griff 1913 noch einmal seine scharfzüngige Artikelüberschrift »Revoljucija naoborot« aus dem Jahre 1908 auf und schrieb im »Russkoe bogatstvo« eine »Prodoł enie »revoljucii naoborot«« (Fortsetzung der »Revolution verkehrt«). Ganz offensichtlich berücksichtigte er dabei die nun schon sichtbaren Folgen der Agrarreform und erinnerte er sich an seine eigenen realeren Einschätzungen der russischen Agrarentwicklung aus früherer Zeit, wenn er feststellte, in der Agrarsphäre sei die Tätigkeit der russischen Regierung nicht Konterrevolution, Reaktion oder Restauration gewesen: »Es ist unvorstellbar, in dieser Sphäre rückwärts zu gehen [...] ebenso wie es unmöglich ist, auf dem 1861 gewählten Weg voranzuschreiten.« Die Regierung habe ganz einfach den Erfordernissen der Zeit entsprechen und an die Schaffung einer starken Bauernschaft gehen müssen, ohne die ein Fortschritt im Lande unmöglich gewesen wäre. Die Vision einer im ganzen starken Bauernschaft habe sie indes nicht erfüllt, sondern nur eine »besondere Klasse« herausgelöst auf Kosten der Verelendung der übrigen Bevölkerung des Dorfes.<sup>42</sup>

Als die Hauptverwaltung für Landeinrichtung und Landwirtschaft 1915 erstmals statistische Daten, Ergebnisse von zweijährigen und schon 1913 abgeschlossenen Untersuchungen in zwölf Landkreisen des europäischen Rußland veröffentlichte, die die russische Gesellschaft von den Riesenerfolgen der Agrarreform überzeugen sollten, war dies für Peschechonow ein »gefundenes Fressen«. Der einstige Zemstvostatistiker zog alle Register

---

39 Siehe Aleksej Pešechonov: Za uchodjaščej volnoj (po povodu smerti Stolypina). In: RB. Sankt Petersburg (1911)9. S. 166.

40 Siehe ebenda. S. 167.

41 Ebenda.

42 Siehe Aleksej Pešechonov: Prodoł enie »revoljucii naoborot«. In: RB. Sankt Petersburg (1913)9. S. 350f.

seines Könnens und unterbreitete dem unvoreingenommenen landwirtschaftsinteressierten Leser eine bestechende Analyse dieses Materials,<sup>43</sup> die die von den Urhebern erhofften Wirkungen erheblich gestört haben dürfte. Sehr wahrscheinlich handelt es sich dabei um die umfassendste kritische, nichtregierungsamtliche Auswertung statistischer Angaben über die vorrevolutionäre russische Landwirtschaft und noch dazu aus der Feder eines Neonarodnik.

Die Grundaussage Peschechonows: Mit den Folgen der Reform für die russische Landwirtschaft, wie sie aus den Erhebungen erhellen, sei fernerhin zu rechnen, der sich daraus ergebende Gesamteindruck sei jedoch höchst widerspruchsvoll. Peschechonow wies nach, daß dies in hohem Maße dem Gesamtkonzept der Untersuchung geschuldet war, die keineswegs als repräsentativ gelten konnte. Denn: Es wurden nur zwölf, nicht sehr typische, sondern eher »günstige« Landkreise (darunter z. B. litauische, wo sich ja private Landwirtschaft seit langem herausgebildet hatte) mit rund 22.400 Privatwirtschaften ausgewählt, also zusammen zwei nicht gerade große Gouvernements! Die Aussagen seien auch deshalb mit Vorsicht zu verwenden, da in keinem Falle eine Gegenüberstellung von Privat- und Obščina-Wirtschaft erfolgte. Gouvernements, in denen die Obščina noch immer zahlreich vorhanden sei, sowie solche, wo es eine besonders gravierende Gemengelage gäbe, wären überhaupt nicht berücksichtigt worden. Wichtige Parameter privatwirtschaftlicher bäuerlicher Betriebe wie Pacht und Lohnarbeit wurden gleichfalls ausgeklammert, so daß das Bild unvollständig sein mußte. Die Tatsache, daß in den untersuchten Landkreisen nur 32 Prozent der neu eingerichteten Landwirtschaftsbetriebe als Chutora im wirklichen Sinne, also Einzelhofwirtschaften mit allen Attributen des »Vollkommenen«, angesehen werden könnten, bezeichnet Peschechonow als »ziemlich weit entfernt von dem stets bei der Landeinrichtung angestrebten Ideal«. Der Volkssozialist unterzog alles Material, das die Daten hergaben, einer sorgfältigen Überprüfung, um zu einer abschließenden Aussage über das »Steckenpferd« Stolypins zu kommen und mußte feststellen: Trotz unzweifelhafter Fortschritte und trotz der »Chutoromanie (chutoromanija), die in der Landeinrichtungsbehörde herrschte«, gibt es in der Praxis »nur wenig Chutora«, die diesen Namen wirklich verdienten.<sup>44</sup> Hinsichtlich der ökonomischen Kennziffern stellte Peschechonow fest, daß

---

43 Siehe Aleksej Pešechonov: Zemleustroennye chozjajstva. In: RB. Sankt Petersburg (1915)12. S. 78ff.

44 Siehe ebenda. S. 92.

die größten Schritte bei der Ausstattung der Betriebe mit Inventar, beim Einsatz von Dünger, bei der Ausweitung des Futtergrasanbaus sowie beim Anbau von technischen Kulturen nachweisbar seien. Diese Entwicklung habe aber bereits in den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts eingesetzt.<sup>45</sup> Andererseits kam Peschechonow hier auch zu der Feststellung, daß sich auf dem Dorf der gegenläufige Prozeß einer »Landzerrüttung« (zemlerastrojstvo im Gegensatz zu zemleustrojstvo, Landeinrichtung) vollzog: Verschuldung, fehlendes Inventar und Zugvieh, wachsende Landarmut (auch infolge von Familienteilungen der neuen Betriebe!), Entbauerung böten ein »niederschmetterndes« Bild. In vier Jahren seien 30 Prozent der Wirtschaften völlig oder teilweise aus der landwirtschaftlichen Produktion ausgestiegen, wobei der »Liquidierung« von Wirtschaften »vorrangig landarme Bauern« unterlagen – 78 bis 79 Prozent.<sup>46</sup>

Bei der Verbreitung ihrer modifizierten Auffassungen und der Gesamteinschätzung des Agrarkurses der Regierung unter den Bauern zeigten die Volkssozialisten keine nennenswerten Aktivitäten, was ihrer bisherigen Wirksamkeit auf dem Dorf durchaus entsprach und nun auch Ausdruck ihres schon Ende 1907 eingetretenen organisatorischen Dilemmas war. Einzig Peschechonow unternahm es 1909, sich mit seiner Broschüre »Staryj i novyj porjadok vladenija nadel'noj zemlej« (Die alte und die neue Ordnung im Besitz des Anteillandes) direkt an einige hundert Bauern zu wenden.<sup>47</sup> Die legal in Petersburg veröffentlichte Schrift verschickte er, mit einem Fragebogen versehen, in etwa 700 Exemplaren an Bauern. Eine Rückantwort erhielt der Autor von fast fünfzig Adressaten, lediglich zwei davon unterstützten die Stolypin-Reform. Dieser für einen Volkssozialisten bis dato ungewöhnliche Schritt brachte Peschechonow eine anderthalbjährige Festungshaft ein!

In den theoretischen Debatten und praktischen Orientierungen der Narodniki-Parteien widerspiegelten sich das widerspruchsvolle Wesen der Stolypinschen Agrargesetzgebung und die immensen Schwierigkeiten bei ihrer Verwirklichung. Die durch die Reform stimulierten Entwicklungen innerhalb der Bauernschaft gehörten dazu und lenkten ihrerseits das Denken und – weniger – das Handeln der Parteien in die eine oder andere Richtung. Die objektiven Wirkungen der Reform, die zweifellos auf der Linie der

---

45 Siehe ebenda. S. 103.

46 Siehe ebenda. S. 107.

47 Siehe Aleksej Pešečonov: Iz krest'janskich pisem. In: RB. Sankt Petersburg (1910)6. – Siehe ebenda. Sankt Petersburg (1910)7.

kapitalistischen Evolution lagen, diese erleichterten und vorwärtstrieben, die Expropriation der Bauernschaft, den Zerfall der Obščina und die Herausbildung einer bäuerlichen Bourgeoisie beschleunigten und daher historisch fortschrittlich waren,<sup>48</sup> konnten die Parteien nicht beeinflussen, wengleich sie sich darum bemühten. Überschaute man das, was in dieser Hinsicht von ihnen ausging, so hält das in der historischen Literatur mitunter anzutreffende Argument, der Reformier wäre erfolgreicher gewesen, wenn man ihn von »links« und von »rechts« in Ruhe gelassen hätte,<sup>49</sup> kaum stand. In den Reden Stolypins vor der III. Duma sind Bezugnahmen auf eine »besondere« Beunruhigung und das Infragestellen seiner Absichten und Politik von links nur punktuell nachweisbar. Bemerkenswert hingegen die Gelassenheit, mit der der Premier auf die Resolution der I. Gesamtrussischen PSR-Konferenz von 1908 über die Wiederaufnahme des Terrors reagierte. Ähnliches war im Zusammenhang mit der Entlarvung des Doppelagenten E. F. Asef zu beobachten. Nach der von diesem an die zaristische Geheimpolizei übermittelten Information über den von der PSR geplanten Zarenmord befragt, erklärte Stolypin vor den Abgeordneten, das ZK der PSR habe ein solches Gerücht nur lanciert, um seine eigene Untätigkeit zu kaschieren.<sup>50</sup>

Das Handlungsvermögen beider Parteien nach dem 3. Juni 1907 bot wenig Fakten für eine Hypertrophierung der von ihnen ausgehenden Gefährdung des innenpolitischen Kurses der Selbstherrschaft. Sie hatten mit tiefgreifenden Krisenerscheinungen zu kämpfen, wobei die VSP, schon in den Revolutionsjahren eher eine literarische Gruppierung, nach dem Staatsstreich nur noch in der Hauptstadt aktiv war. Im Unterschied zur PSR beteiligte sie sich jedoch an den Wahlen zur III. Duma, allerdings an der

---

48 Siehe W. I. Lenin: Das Agrarprogramm der Sozialdemokratie in der ersten russischen Revolution von 1905 bis 1907. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 13. S. 240.

49 Siehe Svjatoslav Ju. Rybas/Larisa V. Tarakanova: Reformatör. · izn' i smert' Petra Stolypina. Moskau 1991. – Igor V. Ostrovskij: P. A. Stolypin i ego vremja. Nowosibirsk 1992. – Siehe auch die Erinnerungen der Stolypintochter Marija P. Bok: P. A. Stolypin. Vospominanija o moem otce. Moskau 1992.

50 Siehe Petr A. Stolypin: Nam nur na Velikaja Rossija. Polnoe sobranie rečej v Gosudarstvennoj dume i Gosudarstvennom sovete. 1906–1911. Moskau 1991. S. 197 und 203. – Die I. Gesamtrussische Konferenz der PSR vom August 1908 war einmütig zu der Schlußfolgerung gelangt, daß der »zentrale Terror« verstärkt werden müßte, d. h. die Beseitigung hoher zaristischer Beamter. Auf Vorschlag von W. M. Tschernow wurde auch die Notwendigkeit des Zarenmordes einkalkuliert. Alle Wiederbelebungsversuche des Terrors blieben jedoch aufgrund der Parteikrise sowie des Verrats von Asef erfolglos.

Seite der Konstitutionellen Demokraten, was ihr aber keinen einzigen Abgeordneten einbrachte. Die Auseinandersetzung beider Parteien mit dem Regierungskurs war aber dennoch, namentlich weil sie sich auf die so diffizile und sich weiter zuspitzende Agrarfrage konzentrierte, ein fester Bestandteil der geistigen und politischen Gesamtsituation Rußlands in der Periode nach der ersten russischen Revolution.

HORST SCHÜTZLER

## **Die Russische Revolution von 1917 in der Historiographie Rußlands<sup>1</sup>**

In einer beträchtlichen Anzahl von Veranstaltungen, Konferenzen und Publikationen wurde im Jahre 1997 anlässlich ihres 80. Jahrestages der Russischen Revolution 1917, zumeist der Oktoberrevolution, gedacht.

Nach dem Zusammenbruch des »Realsozialismus« und dem Zerfall der UdSSR war dieses erste »runde« Jubiläum vielfach Anlaß und Grund zu ihrer unterschiedlichen Bewertung mit entsprechenden aktuellen politischen Reflexionen, es sei denn, es wurde bewußt oder unbewußt »vergessen«.

Wenn früher bei solchen Jubiläen in den sozialistischen Ländern, der kommunistischen Bewegung und der entsprechenden Historiographie – ausgehend von Thesen und Aufrufen des ZK der KPdSU – die »Große Sozialistische Oktoberrevolution« und die Sowjetunion in ihren weltpolitischen Wirkungen im Blickpunkt standen, so war und ist die Möglichkeit und die Notwendigkeit gegeben, eben »die Revolution von 1917 in Rußland« in ihrer Gesamtheit in das Blickfeld zu nehmen, um gesellschaftliche Entwicklungsprozesse, Alternativen, Versäumnisse und Verfehlungen, Erwartungen und Enttäuschungen, Haltungen und Verhalten von Persönlichkeiten, Parteien und Massen in dieser Revolution als Erfahrungswert von Gesellschaftsgestaltung zu erfassen. Ein solches Herangehen ermöglicht Breite, Konsens und Gemeinsamkeit, ohne dabei den Diskurs, die Unterschiede und Meinungsverschiedenheiten zu übergehen. Mein Eindruck ist, daß viele Veranstaltungen und Diskussionen zu sehr (in alter Denk- und Herangehensweise?) auf die Oktoberrevolution und ihre Wirkungen fixiert wurden.

---

1 Im Januar 1998 unter Heranziehung weiterer Publikationen überarbeitete Fassung eines Vortrages in der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. (Sektion Osteuropa) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. in Leipzig am 25. September 1997. Der Vortrag gründete sich auf Horst Schützler: Die Revolution von 1917 im Paradigmenwechsel der Historiographie Rußlands. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 155 bis 173.



Es stellt sich die Frage, auf welcher Grundlage (des Materials, der Methodologie und Theorie) kann das Herangehen an die Russische Revolution und der Meinungsaustausch über sie erfolgen? Ist das in Jahrzehnten angehäufte riesige Material unbrauchbar, sind die bisherigen Auffassungen und Sichtweisen ad acta zu legen oder ist beides produktiv zu verarbeiten? Gibt es aussagekräftige neue Materialien, neue Auffassungen und andere Sichtweisen, die nicht nur zu berücksichtigen sind, sondern das Bild dieser Revolution grundlegend ändern?

In der Suche nach Antwort richtet sich der Blick nach Rußland, auf das Geburtsland dieser Revolution, und auf seine Historiographie, die dieses Ereignis immer zum bedeutenden Gegenstand ihrer Untersuchung und Interpretation machte.

Die Antwortsuche – hier gewissermaßen auf dem schwankenden Boden eines schwer zugänglichen, begrenzten Materials als Außenstehender versucht – führt zunächst in die Umbruchsituation der Historiographie hinein, die Teil des Zusammenbruchs der Sowjetordnung, des Zerfalls der UdSSR und der Transformationsprozesse im heutigen Rußland war und ist.

Mit dem Herrschaftswechsel, der im August 1991 seinen dramatischen Ausdruck fand, und dem Ende der UdSSR im Dezember des gleichen Jahres war das »Land der Oktoberrevolution« zugrunde gegangen. Die sowjetische Historiographie mit ihren zahlreichen Institutionen wurde zwar nicht zerschlagen bzw. ihre Vertreter nicht wegen »unzureichender fachlicher Reputation«, wegen »politischer Aktivität für eine Diktatur« und wegen »KGB-Verstrickung« »abgewickelt« (wie das analog in Ostdeutschland geschah). Doch hatte sich die Geschichtswissenschaft in der Brandung des Antikommunismus neu zu orten und inhaltlich zu profilieren. Es erfolgten ihr Umbruch und Paradigmenwechsel, ihre Metamorphose von der sowjetischen Historiographie zur Historiographie Rußlands, wobei ein beachtlicher Teil in die Geschichtswissenschaft anderer Länder, die aus der Sowjetunion hervorgingen, einging (was hier nicht weiter verfolgt werden kann). Dies geschah nicht von heute auf morgen. Juri Poljakow, Korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften, blickte in dieser Hinsicht Mitte des Jahres 1995 auf »fünf nicht einfache Jahre zurück«.<sup>2</sup>

Die sowjetische Historiographie – ich meine hier vor allem jenen Teil, der sich mit der Geschichte der Sowjetgesellschaft beschäftigte – sah sich

---

2 Siehe Ju. A. Poljakow: *Istoričeskaja nauka: pjat' neprostych let*. In: *Kentavr*. Moskau (1995)9/10. S. 79–88.

zunächst eingebunden in die Perestroika mit ihrem Anspruch, Stagnation und (Post-) Stalinismus überwinden und den Sozialismus erneuern zu wollen, wozu eine »sozialistische Marktwirtschaft«, eine »Zivilgesellschaft« und ein »Rechtsstaat« beitragen sollten. Dies richtete den Blick in die Vergangenheit auf die Neue Ökonomische Politik der zwanziger Jahre, auf Lenin und sein Vermächtnis und auf die Oktoberrevolution, wozu deren 70. Jahrestag 1987 willkommene Gelegenheit bot. Aus einer nicht durch Stalin und seine Verbrechen belasteten Vergangenheit sollten ideelle Kraft und Anregung für die Gestaltung der Gegenwart, für eine »Erneuerung des Sozialismus« gewonnen werden. Gorbatschows Rede zum 70. Jahrestag trug die bezeichnende Überschrift: »Der Oktober und die Umgestaltung: Die Revolution wird fortgesetzt.«<sup>3</sup>

Doch die Systemerneuerung fand nicht statt; vielmehr vollzog sich ein Systemwechsel. In diesen Umkehrprozeß war auch die Historiographie eingebunden. Im Zeichen von Glasnost und Meinungspluralismus und der sich schnell ausweitenden tiefen Gesellschaftskrise mit einem rasanten Verfall der gebräuchlichen doktrinären sozialistischen Ideologie wuchs die Kritik am Stalinismus in eine Gesamtverurteilung des erlebten »Realsozialismus« und seiner Geschichte bis hin zur Oktoberrevolution und Lenin hinüber, an der sich zunächst nicht so sehr die professionelle Geschichtsschreibung als vielmehr die historische Publizistik mit ihren Konjunktur-Geschichten in Massenaufgabe und Massenmedien beteiligte. Die Sowjetunion wurde im Meinungsbild weitgehend zur »totalitären Diktatur«.

In den Jahren bis 1988 hatte es in der sowjetischen Historiographie faktisch Einhelligkeit in den Ansichten und Urteilen zu den Grundfragen der Geschichte gegeben. 1988–1989 ging diese Einheitlichkeit verloren. Ein Pluralismus der Meinungen und Ansichten breitete sich aus. Wenn dieser im wesentlichen auf dem Boden des »Marxismus-Leninismus« verblieb und der Meinungsstreit sich zwischen Anhängern der gängigen »sozialistischen Idee« bewegte, so trat im weiteren der Pluralismus aus diesem Rahmen heraus, und 1990–1991 wandte er sich deutlich gegen den »Marxismus-Leninismus«. Seine Theorie und Methodologie der Geschichtsschreibung wurde angezweifelt, diffamiert, ignoriert, weitgehend verworfen und an den Rand gedrängt.

---

3 Michail Gorbatschow: Der Oktober und die Umgestaltung: Die Revolution wird fortgesetzt. In: Michail Gorbatschow: Ausgewählte Reden und Aufsätze. Bd. 5. Berlin 1990. S. 354ff.

»Die 1987 einsetzende Etappe der Zerrüttung und Zerstörung der marxistischen Geschichtskonzeption als Hauptgrundlage der Forschungsarbeit endete zum Jahre 1993. Seit 1993 begann eine neue Etappe – der Übergang zur positiven Arbeit auf der Grundlage des Pluralismus«<sup>4</sup>, urteilt Juri Poljakow.

Der Zeitpunkt dieses Paradigmenwechsels mag strittig sein. Doch bleibt zu konstatieren, daß in den Jahren zuvor und danach immer wieder in Veröffentlichungen, auf Konferenzen und bei Gesprächen am »Runden Tisch« von der »Krise der Historiographie« bzw. ihren »krisenhaften Erscheinungen« die Rede war, und über diese »Krise« heftig gestritten wurde.<sup>5</sup> Dabei war man sich einig, daß hinsichtlich der sich verschlechternden materiellen und finanziellen Bedingungen von einer Krise gesprochen werden kann. Hinsichtlich der inhaltlichen Aspekte dieser »Krise« wurden vielfach die Zerrüttung und Aufgabe der marxistischen Geschichtskonzeption als Grundlage der Forschungsarbeit, die oft willkürliche und ungelöste Anwendung bisher kaum gekannter und früher auch nicht gestatteter Konzeptionen, der gravierende Vertrauensverlust der Geschichtswissenschaft in weiten Kreisen der Bevölkerung und eine neue, konjunkturelle Politisierung und Ideologisierung der Geschichtswissenschaft diskutiert.

Jedoch kamen auch Meinungen zum Ausdruck, daß man die Aufgabe der dogmatisierten und »vulgären« marxistischen Geschichtskonzeption mit ihrer Formationslehre nicht als Verlust, sondern als Fortschritt und die Auf- und Annahme anderer geschichtswissenschaftlicher Konzeptionen und Methodologien als Bereicherung zu betrachten habe und so von einer »Krise« nicht gesprochen werden könne.<sup>6</sup>

Akademienmitglied I. D. Kowaltschenko stellte auf der Allgemeinen Versammlung der Abteilung Geschichte der Akademie der Wissenschaften am

---

4 Ju. A. Poljakov: Naše nepredskazuemoe prošloe. Polemičeskie zametki. Moskau 1995. S. 202.

5 Siehe zu den genannten Beiträgen von Ju. A. Poljakov/A. N. Sacharov: Novaja politizacija istorii ili naučnyj pljuralizm? In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1993)6. S. 87–94. – V. P. Danilov: Sovremennaja rossijskaja istoriografija: V čem vychod iz krizisa? In: Ebenda. S. 95–101. – V. V. Kornev: Krizis istoričeskoj nauki v Rossii. In: Kentavr. Moskau (1994)4. S. 87–93. – B. G. Mogil'nickij: Nekotorye itogi i perspektivy metodologičeskich issledovanij v otečestvennoj istoriografii. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1993)3. S. 9–20. – N. N. Bolchovitinov: V poiskach novoj sistemy koordinat v mirovoj istorii. In: Ebenda (1994)3. S. 89–95. – V. I. Buganov: Razmyšlenija o sovremennoj otečestvennoj istoričeskoj nauke. In: Ebenda (1996)1. S. 77–87.

6 Siehe Anatomija revoljucii, 1917 god v Rossii: massy, partii, vlast'. Sankt Petersburg 1994. S. 53 und 59.

28. März 1995 nüchtern und zutreffend im Rückblick auf die zurückliegenden Jahre fest: »Wenn man in zwei Worten die Ergebnisse nennen will, so kann man sagen: Wir überlebten!«<sup>7</sup> In der Suche nach dem Ausweg aus der Krise der Historiographie wurde ein »methodologischer Pluralismus« offeriert.<sup>8</sup>

Es sei dahingestellt, welche Absicht der einzelne Historiker in der aufgeheizten, antikommunistisch geladenen Atmosphäre mit der Befürwortung eines »methodologischen Pluralismus« verband. Deutlich ist, daß er den Rahmen und den Grundkonsens bot für eine notwendige und auch zunehmende Diskussion und Meinungsbildung zu Grundproblemen der Theorie und Methodologie der Geschichtswissenschaft. Diese bewegte sich zunächst in bipolaren Erörterungen über Formations- oder Zivilisationsgeschichte mit mehr oder weniger scharfer Ablehnung eines vulgären, dogmatischen marxistischen Geschichtsverständnisses und in Versuchen, sich Klarheit über Zivilisationsgeschichte zu verschaffen und Rußland in diese einzuordnen. Auch vom Miteinander und von der Synthese unterschiedlicher Geschichtskonzeptionen sowie von der Berechtigung einer jeden war die Rede.<sup>9</sup> Akademiemitglied Kowaltschenko, bekannt durch seine geschichtsmethodologischen Studien, vertrat Anfang 1995 den Standpunkt,

7 Obščee sobranie otdelenija istorii Rossijskoj Akademii Nauk (im weiteren RAN). In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1995)5. S. 4. – I. D. Kowaltschenko, der sich mit seinen Anstrengungen, den Erhalt der Geschichtswissenschaft unter den schwierigen Umbruchbedingungen zu sichern, große Achtung erwarb, starb 1996.

8 Siehe Obščee sobranie otdelenija istorii RAN. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1993)4. S. 217.

9 Siehe Aktual'nye teoretičeskije problemy sovremennoj istoričeskoj nauki. In: Voprosy istorii. Moskau (1992)8/9. S. 159–166. – Aktual'nye problemy teorii istorii. Materialy »Kruglogo stola« (12. januarja 1994 g.). In: Ebenda (1994)6. S. 45–103. – I. D. Koval'čenko: Teoretiko-metodologičeskije problemy istoričeskich issledovanij. Zametki i razmyšlenija o novych podchodach. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1995)1. S. 3–33. – N. I. Smolenskij: Vozmožna li obščeiistoričeskaja teorija? In: Ebenda (1996)1. S. 3–17. – Metodologičeskije poiski v sovremennoj istoričeskoj nauke. In: Ebenda (1996)3. S. 75–90. – A. A. Iskenderov: Istoričeskaja nauka na poroge XXI veka. In: Voprosy istorii. Moskau (1996)4. S. 3–31. – E. B. Černjak: Civilizacii i revoljucii. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1993)4. S. 57–73. – I. I. Ionov: Teorija civilizacij: Ėtapy stanovlenija i razvitija. In: Ebenda (1994)4/5. S. 33–49. – Zur Gesamtsicht, zur Wertung, zu Ideen und Konzeptionen siehe Vladimir Koslov: »Post-Kommunismus« und die Erfahrung der russischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Ideen und Konzeptionen (1992–1995). In: Ingrid Oswald/Ralf Possekel/Petra Stykow/Jan Wielgohs (Hrsg): Sozialwissenschaft in Rußland. Bd. 1. Berlin 1996. S. 219–246. – Die Diskussion wurde weitergeführt. Siehe Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1996)3, 4 und 6.

daß die Historiker nicht der Linie einer völligen Abwendung von einer Theorie des geschichtlichen Fortschritts und des Wechsels zu einer anderen folgen müßten, sondern eine Synthese suchen sollten. Er plädierte dafür, in der Forschungsarbeit all das in der Theorie und Methodologie der Gesellschaftserkenntnis zu berücksichtigen und auszunutzen, was es ermögliche, tiefer, d. h. adäquater, das Wesen der Erscheinungen und Prozesse der objektiven historischen Realität wiederzugeben. Gerade darin bestehe das Wesen des wissenschaftlichen Pluralismus, nicht aber in der Verabsolutierung des Rechts des Wissenschaftlers, den Gang der geschichtlichen Entwicklung entsprechend seinen subjektiven Vorstellungen zu deuten, wie es gegenwärtig nicht selten im Zusammenhang mit dem Suchen nach einem neuen Herangehen im Verständnis der Vergangenheit der Fall sei.

Kowaltschenko sprach sich für eine Zusammenführung des formati- ons- und zivilisationsgeschichtlichen Ansatzes aus und kam zu der Deutung, daß das industrielle Stadium in der Geschichte der menschlichen Zivilisation zwei Formationsstadien habe – das kapitalistische und das sozialistische, das die Oktoberrevolution einleitete. Ein sozialistisches Gesellschaftssystem habe sich nicht voll herausgebildet, sondern nur einige Seiten im Anfangsstadium seiner Entwicklung. Doch zeuge der Verlauf der geschichtlichen Entwicklung nach der Oktoberrevolution davon, daß auch diese unentwickelten und in vielem verfälschten Elemente sozialistischer Verhältnisse wesentlich und konstruktiv auf den allgemeinen Verlauf der weltgeschichtlichen Entwicklung wie auch auf die industriell entwickelten Länder mit herrschenden kapitalistischen Verhältnissen einwirkten.<sup>10</sup>

Zur methodologischen Diskussion trat die von Historikern und besonders von Publizisten oft geübte Praxis, ohne tiefere theoretische Vorklä- rungen, die Geschichte der Sowjetgesellschaft insgesamt oder in großen Teilen in ein Totalitarismusschema einzuordnen, wodurch Inhalt und Begrifflich- keit des Stalinismus überdeckt wurden und nun überholt erscheinen.<sup>11</sup>

---

10 Siehe I. D. Koval'čenko. Teoretiko-metodologičeskie problemy istoričeskich issledovanij. Zametki i razmyšlenija o novych podchodach. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1995)1. S. 25ff.

11 Siehe Ju. I. Igrickij: Koncepcija totalitarizma. Uroki mnogoletnich diskussij na Zapade. In: Istorija SSSR. Moskau (1990)6. S. 172–190. – Ju. I. Igrickij: Snova o totalitarizme. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1993)1. S. 3–17 (die Beiträge Igritzkis verweisen auf die Problematik der Anwendung des Totalitarismuskonzepts auf die Geschichte der Sowjetunion). – N. V. Zagladin: Totalitarizm i demokratija, konflikt veka. In: Kentavr. Moskau (1992)5/6. S. 3–15. – Ebenda (1992)9/10. S. 317. – A. N. Sacharov: Revolju- cionnyj totalitarizm v našej istorii. In: Kommunist. Moskau (1991)5. S. 60–71. –

Hans-Henning Schröder, Historiker am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche Forschungen und internationale Studien in Köln, zeigte Verständnis für die emanzipatorische Bedeutung der Beschäftigung mit dem Totalitarismus in Rußland, erwartet aber keinen großen Erkenntniszuwachs zur Geschichte der Sowjetunion mit der Anwendung des Totalitarismuskonzepts.<sup>12</sup> Dem ist zuzustimmen.

Inzwischen, so mein Eindruck, hat sich in der geschichtstheoretischen Debatte die Polarität abgebaut. Es besteht die Aussicht, daß sich die russische Geschichtsschreibung nicht in eine »rote« und »weiße« mit bürgerkriegsähnlichen Umgangsformen spaltet.<sup>13</sup> Ihr weiterer Weg liegt, wie der Historiker Danilow in der Krisendebatte 1993 feststellte, in der »Freiheit des wissenschaftlichen Denkens und des wissenschaftlichen Wortes, die in gleicher Weise den Vertretern aller weltanschaulichen und wissenschaftlichen Richtungen und Schulen garantiert sein muß«.<sup>14</sup>

Bei einer Betrachtung der Historiographie in ihrem Wandel ist noch auf einige Aspekte aufmerksam zu machen, die zu diesem Wandel gehörten bzw. ihn begleiteten und mit ermöglichten und die auch in der Revolutionshistoriographie nicht zu übersehen sind. So trat eine deutliche Hinwendung zum westlichen Ausland hervor. Seit 1987 begann sich das Verhältnis zur nichtmarxistischen Historiographie zu ändern. Es wandelte sich von feindlicher Polemik mit der weitgehenden Ablehnung der »gegnerischen« Auffassungen zu einem Dialog mit der Akzeptanz anderer Sichten, der Anerkennung der Leistungen und der Übernahme von Auffassungen und Konzeptionen von historischen Schulen und Historikern. Zunehmend kamen Historiker zur Forschungsarbeit, zu Konferenzen, Vorträgen und zur Lehrtätigkeit ins Land, und es wurden Publikationen von ihnen veröffentlicht. Auch finanzielle Mittel aus dem Ausland wurden für gemeinsame Projekte bereitgestellt. Zudem erhielten auch die russischen Historiker grö-

---

I. I. Rassoča: Tezisy o totalitarizme. In: *Političeskie issledovanija* (im weiteren Polis). Moskau (1995)2. S. 147–155. – Um wissenschaftliche Sicht und weltgeschichtliche Einordnung bemüht sich Ja. S. Drabkin/N. P. Komolova (Rukovoditeli avtorskogo kolektiva): *Totalitarizm v Evrope XX veka. Iz istorii ideologij, dvi: enij, re: imov i ich preodolenija*. Moskau 1996.

12 Siehe Hans-Henning Schröder: Der »Stalinismus« – ein totalitäres System? Zur Erklärungskraft eines politischen Begriffs. In: *Osteuropa*. Stuttgart (1996)2. S. 150–163.

13 Siehe V. P. Buldakov: *Istoriografičeskie metamorfozy »Krasnogo Oktjabr'ja«*. In: *Istoričeskie issledovanija v Rossii. Tendencii poslednych let*. Moskau 1996. S. 198.

14 V. P. Danilov: *Sovremennaja rossijskaja istoriografija: V čem vychod iz krizisa? In: Novaja i novejšaja istorija*. Moskau (1993)6. S. 101.

bere Möglichkeiten zum Auslandsaufenthalt.<sup>15</sup> Dabei dominierten Institutionen und Historiker der USA, insbesondere auch zur Geschichte der Russischen Revolution.

Mit all dem wurde die russische Historiographie in ihrer Umbruchzeit weltoffener, vergleichsfähiger, selbstkritischer und wandlungsbereiter, aber auch angesichts der weitreichenden Negation ihrer Leistungen in der russischen Öffentlichkeit und zurückgehender Leistungsmöglichkeiten »anfällig« für eine unkritische Übernahme westlichen Historiographie-Gutes (besonders des konservativen). Bei der Hinwendung zum »Fernen Ausland« gingen nach dem Zerfall der UdSSR die Verbindungen und die langjährige Zusammenarbeit mit Historikern des nun »Nahen Auslandes« und der ehemaligen »Bruderländer« fast verloren.

Mit der Zuwendung zum Ausland verband sich die »Entdeckung« der Emigration mit ihren Persönlichkeiten und Leistungen. Schon die verwendeten Begriffe – »zarube naja Rossija« (»Ausländisches Rußland«) bzw. »rossijskoe zarube 'e« (»Rußländisches Ausland«) – machten deutlich, daß die Emigration als Teil der vaterländischen Geschichte erfaßt und so in Forschungen und Darstellungen zur Geschichte einbezogen wurde.<sup>16</sup> Das ist Teil der nationalen Identitätssuche und birgt die Gefahr, dieses »Rußländische Ausland« als das »wahre Rußland« zu idealisieren.

Bestandteil des Umbruchs war die starke Beschäftigung mit herausragenden Akteuren der Geschichte mit Hilfe von Biographien, Autobiographien, Memoiren und Tagebüchern. Einerseits wurde so eine große Anzahl »Vergessener«, zu »Unpersonen« Gewordener, in die Geschichte zurückgebracht und diese dadurch lebendiger gemacht. Allerdings unterlag ein Teil wiederum neuem Vergessen, da er zur untergegangenen »bolschewistischen Diktatur« gehörte. Andererseits wurden »historische Figuren« einer neuen Sicht und Wertung unterzogen und den neuen Bedingungen entsprechend »aufgearbeitet«. In der Zusammenfassung beider Seiten reicht die Reihe von Nikolaus II. über Kerenski, Miljukow und Denikin, Lenin, Trotzki und Stalin, Kamenew, Sinowjew, Rykow und Bucharin, Tuchatschew-

---

15 All diese Aspekte sollen hier nicht mit Fakten belegt werden, diese sind aber in der genutzten Literatur evident.

16 Siehe Zadači izučenija istorii Rossijskogo zarube 'e (Zasedanie »Kruglogo stola« v Institute rossijskoj istorii RAN). In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1994)1. S. 217–218. – Rossijskaja emigracija: Včera, segodnja, zavtra (»Kruglyj stol«). In: Kentavr. Moskau (1994)5. S. 28–48.

ski, Shukow und Wlassow, Chruschtschow und Breshnew bis hin zu Sacharow und Gorbatschow.<sup>17</sup>

Die umfangreichste, problematischste und strittigste »Umarbeitung« mit Masseneinfluß angesichts hoher Auflagen und Medienverarbeitung hat Dmitri Wolkogonow mit seinem Triptychon »Vor di« (»Die Führer«) – Lenin, der Inspirator, Trotzki, der Aufwiegler, und Stalin, der Ausführende, vorgenommen. Es wurde sogleich ins Deutsche übersetzt.<sup>18</sup> Es charakterisiert die möglichen geistigen und moralischen »Wandlungen« im System- und Paradigmenwechsel, hier verbunden mit dem Übergang vom Direktor des mächtigen Instituts für Militärgeschichte und Ideologen der Sowjetarmee zum Generaldirektor der russischen Archive und militärischen Beraterpräsident Jelzins.

Ein deutlicher Zug in der Umbruchszeit war der Drang zu den Quellen, in die Archive, um angesichts mancher Interpretationsschwierigkeiten in einfacher Rekonstruktion die Fakten sprechen zu lassen, um »weiße Flecken« zu tilgen und neues Material für die gehaltvolle Deutung bekannter Ereignisse und Vorgänge, aber auch zur Illustration vorhandener und neuer Schemata zu gewinnen.

Für die Bewahrung des Archivgutes und seine Nutzung, die die Historiker nicht befriedigte, beschloß der Oberste Sowjet der Russischen Föderation am 7. Juli 1993 die »Grundlagen der Gesetzgebung der Russischen Föderation über den Archivfonds der Russischen Föderation und die Archive«.<sup>19</sup>

Wenden wir uns nun direkt der Revolution von 1917 und ihrer Historiographie zu.<sup>20</sup>

17 Es wird hier auf die Anführung entsprechender Titel verzichtet. Für die Zeit der Russischen Revolution verdeutlicht diese Linie die Auswahlbibliographie in Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 431 ff.

18 Siehe Dimitri Wolkogonow: Stalin, Triumph und Tragödie. Ein politisches Porträt. Düsseldorf 1989. – Dimitri Wolkogonow: Trotzki. Das Janusgesicht der Revolution. Düsseldorf 1992. – Dimitri Wolkogonow: Lenin. Utopie und Terror. Düsseldorf 1994. – Wolkogonow verstarb Anfang Dezember 1995.

19 Siehe die Interpretation des Dokuments durch den Stellvertretenden Leiter des Staatlichen Archivdienstes Rußlands W. P. Koslow. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1993)6. S. 12–15.

20 Der Verfasser greift auch auf historiographische Arbeiten zurück, deren Aussagen nur im Ansatz in dieser Übersicht für den deutschen Leser verarbeitet werden konnten. Siehe R. S. Ganelin: Die russische Revolution in der Geschichte des 20. Jahrhunderts. In: Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte 1994/1: Rußland im 20. Jahrhundert. Berlin 1994. S. 9–29. – V. P. Buldakov: Die Oktoberrevolution in der russischen und



Unlängst wurden Angaben veröffentlicht, die einen gewissen Einblick in Publikationsschwerpunkte dieser Jahre des Umbruchs geben. Danach erschienen in den drei Jahren 1992–1994 mehr als 4.100 Aufsätze, Beiträge und Bücher zur Geschichte Rußlands und der Sowjetunion im 20. Jahrhundert von etwa 2.000 Autoren. Gegliedert nach Schwerpunkten ergibt sich, daß an erster Stelle der historiographischen Produktion die Geschichte Rußlands vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis 1917 steht (355 Titel). Danach folgen 2. die Geschichte und Vorgeschichte des Großen Vaterländischen Krieges (258 Titel), 3. »Kriegskommunismus« und »Bürgerkrieg« (234 Titel), 4. die Periode Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre (199 Titel), 5. die »Neue Ökonomische Politik« (192 Titel) und an 6. Stelle die Revolution von 1917 (170 Titel). 1992, im Jahr ihres 75. Jubiläums, erschienen 82, 1993 noch 55 und 1994 waren es 33 Titel,<sup>21</sup> – eine abnehmende Tendenz. Ist man sich auch der Relativität solcher Zahlen für nur drei Jahre bewußt, so bleibt die Feststellung, daß offensichtlich die Revolution von 1917 nicht bzw. nicht mehr das große Thema der Geschichtsschreibung und eines noch lesenden historisch interessierten Publikums ist. Diese Feststellung dürfte auch die Zahl der Publikationen, die im Zusammenhang mit dem 80. Jahrestag 1997 erschienen, nicht aufheben. Die in Rußland Herrschenden greifen (wenn überhaupt) lieber auf die Zeit vor 1917 zurück, auf Zarentum und Reichsverfassung, auf autokratischen Staat und Ausbeuterfreiheiten als auf die »wirre« Revolutionszeit. Und die Masse der desillusionierten und deideologisierten Bevölkerung hat kaum Zugang zu dieser Thematik.

Und doch! Wie die erwähnten Literatur- und Forschungsberichte für einen längeren Zeitraum und die verfügbaren Veröffentlichungen belegen,

---

europäischen Geschichte. In: Ebenda. S. 51–74. – V. P. Buldakov: Istoriografičeskie metamorfozy »Krasnogo Oktjabrja«. In: Istoričeskie issledovanija v Rossii. Tendencii poslednych let. Moskau 1996. S. 179–205. – P. V. Volobuev/V. P. Buldakov: Oktjabr'skaja revolucija: novye podchody k izučeniju. In: Voprosy istorii. Moskau (1996)5/6. S. 28 bis 38. – P. V. Volobuev/V. P. Buldakov: Oktoberrevolution – neue Forschungszugänge. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 48–56. – Vladimir Koslov: »Post-Kommunismus« und die Erfahrung der russischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Ideen und Konzeptionen (1992–1995). In: Ingrid Oswald/Ralf Possekel/Petra Stykow/Jan Wielgohs (Hrsg.): Sozialwissenschaft in Rußland. Bd. 1. Berlin 1996. S. 219–246.

- 21 Siehe Vladimir Kozlov: »Post-Kommunismus« und die Erfahrung der russischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Ideen und Konzeptionen (1992–1995). In: Ingrid Oswald/Ralf Possekel/Petra Stykow/Jan Wielgohs (Hrsg.): Sozialwissenschaft in Rußland. Bd. 1. Berlin 1996. S. 219.

wurden – neben manch konjunkturellen Erzeugnissen – gründliche Forschungen betrieben und erschienen beachtliche Publikationen. Diese »Opportunisten und Wendehälsen« zuzuordnen<sup>22</sup>, ist voreilig und unzutreffend.

Was läßt sich entnehmen und feststellen?

Die sowjetische Historiographie hatte bei der Untersuchung und Darstellung der Revolution die »Große Sozialistische Oktoberrevolution« in das Zentrum gestellt und die ihr vorausgegangenen revolutionären Ereignisse einschließlich der Februarrevolution und ihrer Vorgeschichte weitgehend als »Prolog« dieser »Weltenwende« erfaßt. Dies wird deutlich, wenn man die dreibändige »Geschichte des Großen Oktobers« von Isaak I. Minz oder die letzte verallgemeinernde Darstellung »Die grundlegende Wende in der Geschichte der Menschheit. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution«, herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU im Jahre 1987, zur Hand nimmt.<sup>23</sup> Hier wurde die sozialistische Revolution als »unausweichliches Ergebnis der Entwicklung des Kapitalismus« postuliert. Die ökonomischen und sozialpolitischen Voraussetzungen, die Trieb- und Führungskräfte der sozialistischen Revolution wurden so interpretiert, daß die »Reife der objektiven und subjektiven Faktoren den siegreichen Ausgang der Oktoberrevolution bedingte«.<sup>24</sup> Und in bezug auf die Erfahrungswerte des Oktobers wurde darauf verwiesen, daß sich die Oktoberrevolution in einem der größten Länder der Erde vollzogen habe, das ein relativ hohes Niveau der monopolkapitalistischen Entwicklung erreicht hatte bei gleichzeitiger Vielgestaltigkeit der sozialökonomischen Struktur und Vorhandensein verschiedener Wirtschaftsformen – von hochentwickelten bis äußerst rückständigen –, bei einer Mischung der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung und komplizierten nationalen Beziehungen. »Das gab Rußland den Charakter eines eigentümlichen Modells der gesamten damaligen Welt mit ihren scharfen sozialen Kontrasten und Widersprüchen. Die Erfahrungen der Verwirklichung der Revolution in

---

22 Siehe Stefan Doernberg: Die Oktoberrevolution und ihre modernen Kritiker. In: Geschichts-Korrespondenz. Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Historischen Kommission der PDS. Mitteilungsblatt. Berlin 3(Oktob. 1997)4. S. 4.

23 I. I. Minc: Istorija Velikogo Oktjbrja. V trech tomach. Moskau 1967, 1968 und 1972 (2. Aufl. Moskau 1977). – Istoričeskij opyt trech rossijskich revoljucij. Kniga tret'ja: Korennoj povorot v istorii čelovečestva. Velikaja Oktjabr'skaja socialističeskaja revoljucija. Moskau 1987.

24 Istoričeskij opyt trech rossijskich revoljucij. Kniga tret'ja: Korennoj povorot v istorii čelovečestva. Velikaja Oktjabr'skaja socialističeskaja revoljucija. Moskau 1987. S. 7.

solch einem Land nahmen natürlich besondere Bedeutung an und in gewissem Sinne Universalität; sie konnten schöpferisch sowohl in sehr entwickelten als auch in zurückgebliebenen Ländern angewendet werden. Diese Universalität ergab sich zudem daraus, daß die sozialistische Revolution in Rußland nebenher im großem Umfange auch bürgerlich-demokratische Aufgaben lösen mußte. Diese Erfahrungen konnten viele spätere demokratische und nationale Befreiungsrevolutionen nutzen.«<sup>25</sup> Wahrlich ein hoher Erfahrungsanspruch, der hier erhoben wurde. Er geht auf Lenin und die Bolschewiki, in die Zeit der Revolution selbst zurück.<sup>26</sup> Doch sollte nicht übersehen werden, daß auch Führer der Menschewiki und Sozialrevolutionäre eine hohe Meinung vom Beispiel und von der Weltbedeutung der Russischen Revolution hatten.<sup>27</sup>

Es ist festzustellen: Von der »Großen Sozialistischen Oktoberrevolution« ist in bezug auf »groß« kaum mehr die Rede, und das Attribut »sozialistisch« ist sehr strittig geworden. Der Begriff »Oktoberrevolution« findet Verwendung, wird aber doch mehr durch die kurzgreifenden Bezeichnungen »Oktoberumsturz«, »Staatsstreich«, »bolschewistischer Umsturz«, »Putsch der Bolschewiki« und »bolschewistische Verschwörung« ersetzt. Dahinter stehen Konzeptionen und Auffassungen, die keineswegs neu und autochthon sind.

So verließen die Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre den II. Sowjetkongreß nach der Verhaftung der Provisorischen Regierung mit der Begründung, es handle sich um eine »militärische Verschwörung« der Bolschewiki, die die »Bedeutung des Sowjetkongresses untergräbt, das Land in den Bürgerkrieg stürzt« und die »Revolution mit dem Untergang« bedroht.<sup>28</sup> Trotzki konterte sofort: »Der Aufstand der Volksmassen [...] bedarf keiner Rechtfertigung. Das, was geschehen ist, ist ein Aufstand und keine Verschwörung. Wir haben die revolutionäre Energie der Petersburger

25 Ebenda. S. 8.

26 Siehe W. I. Lenin: Der »linke Radikalismus«, die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 31. S. 5ff. – W. I. Lenin: Zum vierten Jahrestag der Oktoberrevolution. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 33. S. 31ff.

27 Siehe Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 219ff und 256ff. – I. I. Bunakov (Fondaminskij): O vojne. Reč', proiznesennaja na s''ezde Vserossijskogo Soveta Krest'janskich Deputatov. Petrograd 1917.

28 Siehe die Resolution der Menschewiki und die Deklaration der Sozialrevolutionäre. In: William Henry Chamberlin: Die Russische Revolution 1917–1921. Bd. 1. Frankfurt am Main 1958. S. 435f.

Arbeiter und Soldaten gestählt. Wir haben den Willen der Massen offen für einen Aufstand geschmiedet, nicht für eine Verschwörung [...] Die Volksmassen sind unter unserer Fahne aufgetreten, und unser Aufstand hat gesiegt.«<sup>29</sup>

Doch dies hielt Zereteli, einen Führer der Menschewiki, nicht davor zurück, auf der Konstituierenden Versammlung am 5. Januar 1918 zu erklären, daß die Bolschewiki mit dem Sturz der Provisorischen Regierung »den Weg der Diktatur einer Minderheit beschritten haben«.<sup>30</sup> Diese politische Kontroverse wurde zu einer historiographischen, die bis in unsere Tage reicht und in der zumeist konträre Standpunkte verfochten werden. Sie wird von den Medien ausgeschlachtet und politisiert. Hier sei neben dem Blick in die russische Historiographie auch einer in die deutschsprachige erlaubt.

Sehr beachtenswert scheint mir heute noch das, was der Tübinger Osteuropahistoriker Dietrich Geyer vor dreißig Jahren schrieb und 1985 wiederholte: »Niemand wird leugnen, daß der Machtwechsel im Oktober das Ergebnis eines Aufstands war, das Resultat einer gewaltsamen Aktion zum Sturz der Provisorischen Regierung, gestützt auf bewaffnete Kräfte der Petrograder Garnison, der Baltischen Flotte und der Arbeiterschaft, organisiert und gelenkt von der bolschewistischen Partei [...] Es zeigte sich, daß der Grund des Erfolgs nicht in den militärischen Mitteln lag, die das Revolutionäre Militärkomitee zur Verfügung hatte. Der Machtwechsel in Petrograd war vielmehr Ergebnis eines Sieges, den die Bolschewiki zuvor auf *politischem* Feld errungen hatten [...] Der Gegner konnte entwaffnet werden, weil er politisch schon entwaffnet war. Umgekehrt ließ sich die Macht nicht behaupten, wenn sie sich politisch nicht sichern ließ. Die Kunst des Aufstands war das Produkt politischer Kunst, das Resultat einer Politik, deren plebiszitärer Grundzug schwerlich angefochten werden kann.«<sup>31</sup> Eine solche Auffassung ist in der heutigen russischen Historiographie kaum anzutreffen. Hingegen die von Richard Pipes, Professor für Russische Geschichte an der Harvard-Universität, USA, schon eher. Er kommt zu folgender Einschätzung: »Die Ereignisse, die zum Sturz der Provisorischen Regierung führten [...] wurden von einer gut organisierten Verschwörer-

---

29 Dokument 114. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 397.

30 Dokument 121. In: Ebenda. S. 414.

31 Dietrich Geyer: Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven. 4. Aufl. Göttingen 1985. S. 93 und 106.

gruppe geplant und inszeniert. Diese Verschwörer benötigten drei Jahre Bürgerkrieg und blinden Terror, um sich die Mehrheit der Bevölkerung zu unterwerfen. Der Oktober war ein klassischer Staatsstreich, die Usurpierung der Regierungsgewalt durch eine kleine Minderheit, die mit Rücksicht auf die demokratischen Gepflogenheiten der Zeit nach außen hin unter der Teilnahme der Massen erfolgte, ohne daß die Massen dabei mitgewirkt hatten. Der Umsturz führte in das revolutionäre Handeln Methoden ein, die mehr mit Kriegführung als mit Politik zu tun hatten.«<sup>32</sup>

Eine der jüngsten diesbezüglichen Wortmeldungen stammt von Helmut Altrichter, Professor für Osteuropäische Geschichte an der Universität Erlangen. In seinem lesenswerten Buch »Rußland 1917« schreibt er vom »bolschewistischen Oktoberaufstand« und betrachtet ihn als »Putsch«, der »nur der Auftakt für eine neue Revolution war, radikaler und tiefgreifender als die im Frühjahr.«<sup>33</sup>

Das Attribut »groß« wurde gebräuchlich mit dem Blick auf die Große Französische Revolution von 1789, der 1917 sehr stark war. Es wurde verbunden mit dem Versuch eines Epochen- und Formationswechsels hin zu einer ausbeutungsfreien Gesellschaftsordnung, den die Oktoberrevolution einleitete. Die tatsächliche Ausgestaltung dieses Versuchs und sein Scheitern haben auch dem Ausgangspunkt seine Größe genommen. Das scheint zumindest in der russischen Historiographie ziemlich klar zu sein; weniger bei einigen linken Intellektuellen in Rußland und Deutschland.<sup>34</sup>

Die Akteure haben die revolutionären Ereignisse von 1917 als »die Russische Revolution«, als einheitlichen revolutionären Prozeß erlebt, der seine qualitativen Umschwünge in der Februar- und Oktoberrevolution hatte. Leo Trotzki »Geschichte der russischen Revolution«, W. I. Lenins Reden und Schriften sowie Memoiren und Dokumente belegen dies überzeugend.<sup>35</sup>

32 Richard Pipes: Die Russische Revolution. Bd. 2: Die Macht der Bolschewiki. Berlin 1992. S. 89.

33 Helmut Altrichter: Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst. Paderborn, München, Wien, Zürich 1997. S. 225.

34 Siehe die Ausführungen im letzten Teil. – Revoljucii v Rossii: spornoe prošloe i neopredelennye perspektivy (Kruglyj stol k 80-ti letiju Velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj revoljucii). In: Al'ternativy. Moskau (1998)3, osen'. S. 2–41. – Lothar Berthold: Sie war und bleibt die Große Sozialistische Oktoberrevolution. In: Die Oktoberrevolution 1917 und ihr Platz in der Geschichte. Schriftenreihe der Marx-Engels-Stiftung. Bd. 29. Bonn 1997. S. 71–80.

35 Siehe Leo Trotzki: Geschichte der russischen Revolution. Bd. 1, 2/1 und 2/2. Frankfurt am Main 1973. – W. I. Lenin: Werke. Bd. 23–26. Berlin 1960–1970.

Über den Charakter dieser Umschwünge waren sich die Akteure nicht immer einig. Sie gaben der Revolution verschiedene Bezeichnungen: »russische Volksrevolution«, »große russische Revolution der Werktätigen«, »Sowjetrevolution«, »gesamtnationale Revolution« und andere. Häufig galt die überschwengliche Bezeichnung »Große Russische Revolution«. Mit dem bewaffneten Oktoberaufstand der Bolschewiki wurde von diesen der Begriff »Oktoberrevolution« verbunden, die gemäß den Zielen als »sozialistisch« apostrophiert wurde und ihnen auch bald als »große« erschien.<sup>36</sup>

Die heutige russische Historiographie blickt zumeist auf »die Revolution von 1917« als Einheit. Sie verwendet dabei gelegentlich auch das Begriffsbild »große russische Revolution«. Dies schließt die gesonderte Behandlung der Februar- und Oktoberrevolution nicht aus.

So hob Anfang Februar 1997 eine wissenschaftliche Konferenz in Moskau zum Thema: »Das Jahr 1917 im Schicksal Rußlands und der Welt. Die Februarrevolution. Von neuen Quellen zu neuen Sichten« die Februarrevolution aus dem Schatten der Oktoberrevolution heraus. Der Historiker Hasegawa aus den USA fragte nach dem internationalen Konsens der Forscher und kam zu der Feststellung, daß sich unter den Forschern hinsichtlich des Charakters der Februarrevolution ein Konsens herausgebildet habe. Mit Ausnahme von George Katkow, der die Ursachen des Februars in einer verschwörerischen Tätigkeit von Freimaurern, Liberalen und in deutschen Subsidien sähe (eine Übersetzung seines Buches über die Februarrevolution erschien 1997 in Moskau – H. Sch.), betrachte die Mehrheit der Wissenschaftler den Februar als eine echte Revolution, an der sich breite Schichten der Bevölkerung beteiligten und deren Gründe im zaristischen Regime lagen. Diese Übereinstimmung schließe jedoch unterschiedliches Herangehen an einzelne Aspekte der Februarrevolution nicht aus. Hasegawa zeigte dies an den Fragen der Einwirkung des Ersten Weltkrieges, des Umsturzes, der Bildung des Petrograder Sowjets und des Duma-Komitees sowie des Thronverzichts Nikolaus II. und des Großfürsten Michail und der Bildung der Provisorischen Regierung.<sup>37</sup> Gegenüber dem vorherrschenden Bild von der bürgerlich-demokratischen Februarrevolution meldete F.

---

36 Siehe die von Rednern in der Sitzung der Konstituierenden Versammlung am 5. Januar 1918 gebrauchten Bezeichnungen. In: Učreditel'noe sobranie. Rossiija 1918. Stenogramma i drugie dokumenty. Moskau 1991. S. 69, 76, 78, 94, 100, 104 und 140.

37 Siehe C. Chasegawa (SŠA): Fevral'skaja revoljucija: Konsensus issledovatelej? In: 1917 god v sud'bach Rossii i mira. Fevral'skaja revoljucija. Ot novych istočnikov k novomu osmysleniju. Moskau 1997. S. 95–108.

A. Gaida seine Auffassung mit dem Kernsatz an: »Die Februarrevolution war in ihrem Wesen weder bürgerlich-demokratisch, noch sozialistisch. In ihr dominierten der Form nach demokratische und sozialistische Kräfte, im Wesen aber anarchistische und ochlokratische.«<sup>38</sup> Er neige dazu, »Februar- und Oktoberrevolution nicht künstlich voneinander zu trennen, sondern werte sie als miteinander verbundene Perioden einer – der Großen Russischen Revolution. Nur über den Februar konnte Rußland zur Oktobertragödie gelangen.«<sup>39</sup>

Hinsichtlich des Charakters der Oktoberrevolution sind die Ausführungen von W. P. Dmitrenko, Stellvertretender Direktor des Instituts für russische Geschichte der Akademie, auf einer Konferenz im November 1992 zum 75. Jahrestag der Oktoberrevolution nachdenkenswert. Er plädierte für die Überwindung eines vulgarisierten formationsgeschichtlichen Herangehens und für die organische Einordnung der Ereignisse des Oktobers in den Kontext des Gesamtprozesses der Geschichte Rußlands und der Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. Das betreffe besonders den gesamten Komplex der Widersprüche in der Revolution, die ihren Inhalt und das Denken bestimmten. Es gab nicht nur die sozialistische Entwicklungstendenz, sondern auch andere, außerhalb dieses Rahmens liegende, wie Macht und Gesellschaft, Stadt und Dorf, Zentrum und Randgebiete u. a. Daraus entstanden Konflikte. All das erlaube, an der Richtigkeit der Feststellung zu zweifeln, daß es 1917 zwei wechselnde »Formationsrevolutionen« gab: die bürgerlich-demokratische und die sozialistische. Charakter und Inhalt des Prozesses zeugten eher von einem einheitlichen revolutionären Zyklus, ungewöhnlich kompliziert in seinen Komponenten, in seiner Dynamik und Selbstrealisierung. Vorhanden sei ein Phänomen, das keinen Namen tragen könne, der aus anderen Revolutionen kopiert wurde. Die allumfassende Bezeichnung dafür – »Große Russische Revolution«. So sahen es die Zeitgenossen.<sup>40</sup>

Bei der Oktoberrevolution standen Verteidiger ihres sozialistischen Charakters wohl mit dem Rücken an der Wand. Akademiemitglied P. W. Wolobujew, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates »Geschichte der Revolutionen in Rußland« bei der Akademie, setzte seine Auffassung vom

---

38 F. A. Gaida: *Fevral' 1917 goda: revoljucija, vlast', bur uazija*. In: *Voprosy istorii*. Moskau (1996)3. S. 42.

39 Ebenda. S. 43.

40 Siehe *Oktjabr'skaja revoljucija: o' idanija i resul'taty*. Naučnaja konferencija v Moskve. In: *Otečestvennaja istorija*. Moskau (1993)4. S. 212–213.



sozialistischen Charakter der Oktoberrevolution jenen entgegen, die von einer »jakobinischen«, »proletarisch-jakobinischen«, »Soldaten«- und »Bauern«-Revolution u. a. sprachen, bloß nicht von einer sozialistischen, und sich gegen deren Legitimität wenden.<sup>41</sup>

Seine und anderer Begründungen von der objektiven Notwendigkeit der sozialistischen Revolution und des damit gegebenen Auswegs aus der Krise wurden angesichts der Unreife Rußlands für einen solchen Weg nicht akzeptiert. Es wurde dageengehalten: Die Massen hatten kaum sozialistische Vorstellungen und Ziele; ihnen ging es um das physische Überleben; anti-bürgerliches Verhalten darf nicht mit prosozialistischem gleichgesetzt werden; die ersten Maßnahmen der Sowjetmacht hatten keinen sozialistischen Charakter; das, was die Bolschewiki proklamierten, entsprach nicht den Möglichkeiten und der Wirklichkeit; es ist nicht zweckmäßig, über das Wesen der Revolution nach jenen Bezeichnungen und Losungen zu urteilen, unter denen sie verlief; die Bolschewiki siegten nicht unter sozialistischen, sondern unter demokratischen Losungen, tatsächlich war sich das Volk nicht bewußt, daß es eine »sozialistische Wahl« getroffen habe.<sup>42</sup>

Jüngst hat der Dekan der Historischen Fakultät der Sankt Petersburger Universität I. Ja. Frojanow seine Auffassung sehr nationalpatriotisch dargelegt. Er griff eine schon 1989 in bezug auf die Oktoberrevolution geäußerte Fragestellung – eine Revolution für Rußland oder Rußland für die Revolution? – auf und suchte nach vertieften Antworten. Ausgehend von den jahrhundertealten Sehnsüchten, Hoffnungen und Erwartungen des russischen Volkes, besonders der Bauern, die nur in einem großen und starken antikapitalistischen Rußland zu verwirklichen seien, blickte er auf die Februar- und Oktoberrevolution. In Umkehrung der Begriffe stellte er fest, daß es notwendig sei, endlich zu begreifen, daß der Februar 1917 ein politischer Umsturz, aber keine Revolution, keine soziale Revolution war, denn die sozialökonomischen Resultate waren unbedeutend, der Februar gab dem russischen Volk nicht das Wesentliche – Frieden und Land. Eine »Revolution für Rußland« sei hingegen die wichtigste Errungenschaft des »Großen Oktobers« gewesen. Ihn könne man mit voller Berechtigung die »Zweite russische Arbeiter- und Bauernrevolution« nennen. Russisch deshalb, weil er entsprechend den mentalen Besonderheiten des russischen Volkes den

---

41 Siehe Anatomija revoljucii, 1917 god v Rossii: massy, partii, vlast'. Sankt Petersburg 1994. S. 37–38. – Wolobujew verstarb 1997.

42 Siehe dazu die Beiträge insgesamt in ebenda.



kapitalistischen Weg der Entwicklung des Landes verwarf; Arbeiter- und Bauernrevolution deshalb, weil in ihr im Vergleich mit der ersten demokratischen Agrarrevolution 1905–1907 die Rolle der Arbeiterklasse bedeutend wuchs, sie die führende Kraft in der revolutionären Bewegung war; Revolution deshalb, weil sie in der russischen Gesellschaft grundlegende Veränderungen brachte, das Privateigentum und die Ausbeuterklassen beseitigte; und sozialistisch deshalb, weil sie auf soziale Gerechtigkeit und Gleichheit zielte. Die bolschewistische Macht behauptete sich und stellte die staatliche Einheit wieder her. Darin liege ihr nicht zu bestreitendes Verdienst.<sup>43</sup>

Mit dem Charakter der Revolution/Revolutionen waren die Fragen nach der Reife Rußlands überhaupt für eine Revolution und wenn ja, für welche verbunden. Sie bestimmten, zusammen mit entsprechenden politischen Schlußfolgerungen, den heftigen Streit zwischen den verschiedenen sozialistischen Richtungen, besonders zwischen Menschewiki und Bolschewiki, aber auch in der bolschewistischen Partei selbst.

Der Historiographie waren diese Fragen in der Untersuchung der Wurzeln und Voraussetzungen der Revolution inhärent. In der sowjetischen Geschichtsschreibung hatte die Grundauffassung kulminiert, daß Rußland vor 1917 bei aller Rückständigkeit in großen Landesteilen in ein kapitalistisch-imperialistisches Stadium eingetreten sei, eine kleine, aber gut organisierte Arbeiterklasse habe, die in der armen Bauernschaft einen starken Verbündeten besitze, eine proletarische Kampfpartei als Führungskraft vorhanden wäre, so daß Voraussetzungen nicht nur für eine bürgerlich-demokratische, sondern auch sozialistische Revolution gegeben seien.

»Die Prädestination unseres Landes für die sozialistische Revolution«, so schrieb Anfang 1989 G. L. Sobolew, Leiter des damaligen Lehrstuhls für die Geschichte der Sowjetgesellschaft an der Leningrader Universität, wurde durch die »Anhebung des Niveaus der kapitalistischen Entwicklung Rußlands, die Erweiterung des Rahmens der Arbeiterklasse, die Verkündung der Hegemonie des Proletariats [...] und die Verdummung ihrer politischen Gegner bewiesen«.<sup>44</sup>

Eine sogenannte »Neue Richtung«, vorher unterdrückt, kam in der Perestroika zum Zuge und wurde weitergeführt. Sie, repräsentiert von P. W.

---

43 Siehe I. Ja. Frojanov: Oktjabr' semnadcatogo (gljadja iz nastojaščego). Sankt Peterburg 1997. S. 43, 49 und 117.

44 G. L. Sobolev: Poznanie prošlogo – plod sovmestnych usilij. In: Istorija SSSR. Moskau (1989)3. S. 181.

Wolobujew, ordnete Rußland in eine »zweite Welle« kapitalistischer Entwicklung in der Welt ein, ging von einer Formationsvielfalt (»mnogoukladnost'«) in Wirtschaft und Gesellschaft Rußlands aus und fand darin sehr widersprüchliche Bedingungen für die Revolution. So war das Thema »Revolution und Rückständigkeit: die Erfahrung Rußlands« Gegenstand einer Tagung des schon genannten Rates im Februar 1994. Wolobujew vertrat in seinem Vortrag die Auffassung, daß man Rußland als eine Art klassisches Modell für die Erforschung des Problems »Revolution und Rückständigkeit« betrachten könne. Das Wesen des Problems: Rückständigkeit – ist das ein positiver Faktor für das Land und die Revolution oder ein Fluch, ein Verhängnis? Er sah – in seiner Suche nach einer Antwort – Rußland am Vorabend der Revolution als einen »typologisch eigenständigen Staat mit einem besonderen gesellschaftlichen Bau«, dem Wesen nach als ein Land »zweier Zivilisationen: der europäisch-städtischen und der traditionell-dörflichen«. Der revolutionäre Ausbruch im Februar 1917 war für ihn die »gesetzmäßige Sühne für die Verlangsamung der sozialen und agrar-industriellen Modernisierung«. Die Bolschewiki nutzten die Rückständigkeit des Landes für ihren Sieg, doch diese bleibt »ein jahrhundertealtes Verhängnis, unabhängig davon, ob das Land einen kapitalistischen oder sozialistischen Weg geht.«<sup>45</sup>

Die Fragestellung »Rückständigkeit und Revolution« wurde durch die über die Revolution hinausreichende Modernisierungsproblematik erweitert. Hier spannte sich der Bogen der Diskussion von den Wegen der Modernisierung in Rußland, über die Möglichkeiten der Revolutionsverhinderung bis hin zur Oktoberrevolution als Ausgangspunkt nachholender Modernisierung sozialistischen Typs.

Große Bedeutung wurde dem Ersten Weltkrieg und der Armee für die Revolution beigemessen. Jetzt galt der Krieg nicht nur mehr als der »große Beschleuniger« der Revolution, sondern zusammen mit der Armee wurden unter den Bedingungen Rußlands beide als charakterbestimmende und ausschlaggebende Faktoren erfaßt, was nicht unwidersprochen – auch von amerikanischer Seite – blieb. Vor allem aber wurden Krieg und Armee unter der neuen Dimension massenpsychologischen Verhaltens des »Mannes mit dem Gewehr« betrachtet: des Friedenswunsches, des Patriotismus, des neuen Selbstgefühls und Selbstbewußtseins der bewaffneten Millionen Bau-

---

45 Nach der Wiedergabe in Godičnoe sobranie naučnogo soвета RAN »Istorija revolucij v Rossii«. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1994)6. S. 275.

ernsoldaten, des Zerfalls der Moral, der Verwilderung der Sitten, der Gewalt- und Tötungsbereitschaft.<sup>46</sup>

In der Februarrevolution konstituierten sich die Provisorische Regierung mit ihren Beauftragten (Kommissaren) und die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten als neue Machtorgane, die in einer Doppelherrschaft miteinander und gegeneinander agierten. Diese – in der Historiographie in Ost und West und von den Akteuren so gesehen – wurde unter Hinweis auf die großen Unterschiede zwischen Hauptstadt und Provinz in Frage gestellt. Dabei wurde auf die große Schwäche der Sowjets, aber die wirkliche Macht von »Komitees der gesellschaftlichen Sicherheit«, Bodenkomitees, Fabrikkomitees und »Kasernen« verwiesen.<sup>47</sup> Forschungen müssen solche Sachverhalte noch bestätigen.

Der Agrarfrage kam in der Revolution eminente Bedeutung zu. Dokumente und Untersuchungen belegten die fortschreitende »soziale Explosion« auf dem Lande, von der Anfang Oktober 1917 schon 31 Gouvernements erfaßt waren. Sie wurde als »Obschtschina-Revolution« (»obščina«, Dorfgemeinde – H. S.) gekennzeichnet, bei der es den landarmen Bauern in erster Linie darum ging, sich ihre Lebensbedingungen durch den Erwerb von Boden entsprechend den gleichmacherischen Prinzipien der Dorfgemeinde zu sichern und die wohlhabenden Bauern in diese einzubinden und zu schwächen. Wer dabei half, war ihnen weitgehend egal, bestimmte aber ihr entsprechendes Verhalten und machte sie den Bolschewiki geneigt, als diese auf dem II. Sowjetkongreß als eines der ersten Gesetze der Sowjetmacht das Dekret über den Grund und Boden zur Annahme brachten.<sup>48</sup>

46 Siehe Anatomija revolucii, 1917 god v Rossii: massy, partii, vlast'. Sankt Petersburg 1994. S. 63, 69f. und 434. – V. P. Buldakov: Istoki i posledstvija soldatskogo bunta: psihologija »čeloveka c ru em«. In: 1917 god v sud'bach Rossii i mira. Fevral'skaja revolucija. Ot novych istočnikov k novomu osmysleniju. Moskau 1997. S. 208–217.

47 Siehe den Beitrag von P. V. Volobuev/V. P. Buldakov: Oktoberrevolution – neue Forschungszugänge. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 48–56. – G. A. Gerasimenko: Obščestvennye ispolnitel'nye komitety v revolucii 1917 g. In: 1917 god v sud'bach Rossii i mira. Fevral'skaja revolucija. Ot novych istočnikov k novomu osmysleniju. Moskau 1997. S. 145–159.

48 Siehe Wadim Leonidowitsch Telizyn: Vom Februar zum Oktober. Die soziale Explosion im russischen Dorf. Wesen und Dynamik. Methodologische Aspekte. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 86–94. – Siehe auch Dokument 109. In: Ebenda. S. 381f.

Zur nationalen Befreiungsbewegung liegen aufschlußreiche neue Einsichten und Feststellungen vor allem von W. P. Buldakow vor.<sup>49</sup> Sie zeigen, daß es im Rahmen der Revolution für die Völker Rußlands (mit Ausnahme des polnischen und des finnischen) nicht um selbständige Nationalstaatlichkeit ging, sondern daß sie versuchten, Rußland mit nationaler Autonomie auf föderalistischen Grundlagen umzubauen. Erst die Machtübernahme durch die Bolschewiki ließ die örtlichen Nationalisten Schritte unternehmen, die auf die nationalstaatliche Abgrenzung von der »Anarchie« Rußlands zielten.

Es läßt sich die Feststellung treffen: Die Leninsche Forderung vom Recht der Nationen auf Selbstbestimmung bis zur staatlichen Lostrennung war keine praktizierte Kampflosung der Völker in diesem Revolutionsjahr.

Große Beachtung wurde im Rahmen einer auflebenden »Mentalitätsgeschichte« den Massen, Parteien und Persönlichkeiten in der Revolution geschenkt. Die Massen traten besonders in ihrem sozialpsychologischen, kaum kalkulierbaren Verhalten, dem die Parteien nicht gewachsen waren, in das Blickfeld. Dabei wurde, was sonst als revolutionärer Kampf erschien, nun oft als Verteidigungs- und Überlebenskampf mit grausamen Formen dargestellt und insbesondere auf die Elementargewalt der ca. 20 Millionen Menschen mit psycho-pathologischer Anfälligkeit (Soldaten, Flüchtlinge, Deportierte, Arbeitslose, Kriegsgefangene, Lumpenproletariat u. a. soziale Gruppen) verwiesen.<sup>50</sup> Als tiefer revolutionärer Umbruch im sozialpsychischen Massenverhalten wurde die Februarrevolution mit ihrem Sturz der gewohnten alten Ordnungsprinzipien angesehen. Von der früheren Fixierung auf die bolschewistische Partei und einige ihrer Führer erweiterte sich der Horizont auf die Parteien- und Persönlichkeitsvielfalt der Revolution.<sup>51</sup>

Die Beachtung der bolschewistischen Partei, die damals zum Selbstverständnis der »neuen russischen Demokratie« gehörte, ging dabei fast verloren. Von vielen erhielt sie den Stempel Partei der »Radikalen«, der »Maximalisten«, des »Extremismus«, die mit ihren populistischen Losun-

---

49 Siehe Wladimir Prochorowitsch Buldakow: Vom Februar zum Oktober. Sozialismus und Nationalismus. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 57–74.

50 Siehe V. P. Buldakow: Istoriofrafičeskie metamorfozy »Krasnogo Oktjabr'ja«. In: Istoričeskie issledowanija v Rossii. Tendencii poslednych let. Moskau 1996. S. 193–194.

51 Siehe Neproletarskie partii Rossii v trech revoljucjach. Moskau 1989. – Političeskaja istorija Rossii v partijach i licach. Moskau 1993.

gen die Massen gewann und für ihre Zwecke nutzte. Daß es in dieser Partei auch eine untersuchenswerte »gemäßigte« Strömung gab, verdeutlicht der Brief Kamenews und Sinowjews zur Frage des Aufstandes an das ZK der SDAPR(B) vom 11. Oktober 1917.<sup>52</sup> Doch Untersuchungen dazu sind rar.

In das Zentrum der Betrachtung rückten die Menschewiki, insbesondere durch ein russisch-amerikanisches Gemeinschaftsprojekt, die Herausgabe einer dreibändigen Dokumentensammlung »Die Menschewiki im Jahre 1917«.<sup>53</sup> Andere Veröffentlichungen flankierten die Bände. Offensichtlich hatten die Herausgeber, als sie die Arbeit begannen, die in der offiziellen sowjetischen Historiographie herrschenden Stereotypen von den Menschewiki als Verräter der Arbeiterklasse, als kleinbürgerliche Versöhnler, als Diener der Bourgeoisie und konterrevolutionäre Elemente im Auge. Diese Klischees waren zu entkräften. Dies vermerkten Rezensenten. Sie wiesen auf die Aktualität der Bände hin, die darin bestehe, daß heute Prozesse der Organisierung und Konsolidierung linkszentristischer sozialdemokratischer Parteien vor sich gehen. Für deren Führung, Aktivisten und Sympathisanten sei es lebenswichtig, Lehren aus der Vergangenheit ihrer Vorgänger zu ziehen.<sup>54</sup> Dies ist nicht einfach, wenn man den politischen Zusammenbruch der Menschewiki vor Augen hat. Stellten sie auf dem I. Sowjetkongreß im Juni 1917 31 Prozent der Delegierten, so waren es auf dem II. Sowjetkongreß im Oktober noch 9,7 Prozent. Und bei den allgemeinen Wahlen zur Konstituierenden Versammlung in der zweiten Novemberhälfte erhielten sie nur 2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen!

Massenbewegungen und Parteien sind auf Dauer ohne herausragende Persönlichkeiten nicht anziehungskräftig und aktionsfähig. Die Revolution hat viele Persönlichkeiten – oft im jungen und mittleren Lebensalter – geprägt und diese wiederum die Revolution. Oft wurden sie wegen ihres späteren Lebensweges aus ihrer Geschichte herausgenommen. Schon in den Jahren der Perestrojka vollzog sich die »Wiedergutmachung« und die

---

52 Siehe Dokument 104. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 369–373.

53 Siehe Men'sjeviki v 1917 godu. Bd. 1. Moskau 1994. 752 S. – Bd. 2. Moskau 1995. 831 S. – Bd. 3/1. Moskau 1996 (447 S.). – Bd. 3/2. Moskau 1997. 711 S.

54 Siehe A. I. Utkin/A. I. Stepanov: [Rezension zu Men'sjeviki v 1917 godu. V trech to-mach. Moskau 1994–1996]. In: Istoričeskij archiv. Moskau (1995)3. S. 219–222.

»Belebung« der Revolutionsgeschichte, die danach unter manch anderen Vorzeichen fortgesetzt wurde.<sup>55</sup>

Die damals »gemäßigten« Kommunisten Kamenew und Sinowjew traten ins Blickfeld, andere wie Bucharin, Rykow, Raskolnikow, Antonow-Owsejenko, Sokolnikow und weitere kamen hinzu. Nach anfänglichem Zögern erhielt Trotzki, der erst Anfang August 1917 auf dem VI. Parteitag in die bolschewistische Partei und deren ZK gekommen war, den ihm gebührenden Platz neben Lenin als Führer der Oktoberrevolution. Doch nicht lange blieb diese Aufmerksamkeit vorherrschend, denn bald unterlagen beide der Verurteilung für ihr Tun.

Die überragende, ausschlaggebende Rolle Lenins für den Verlauf der Revolution, die bolschewistische Machtübernahme und deren Behauptung blieb unbestritten ja, sie wurde sogar zugespitzt. Das war zumeist verbunden mit einem Wechsel in seiner Beurteilung vom Positiven zum Negativen. Manche unbekanntes bzw. retuschierten Verhaltensweisen und Anordnungen Lenins kamen zutage. Doch insgesamt gesehen, war diese Umwertung weniger neuem biographischen Material zuzuschreiben, als viel mehr politischen Gesamtwertungen der Oktoberrevolution als »Katastrophe«, die er verschuldet habe.

G. Joffe sah in seinem Buch »Das Jahr 1917: Lenin – Kerenski – Kornilow«, das in Moskau 1995 mit der bescheidenen Auflage von 3.000 Exemplaren erschien, die Rolle Lenins so: »Die Anwesenheit Lenins in Petrograd und sein Eintreffen im Smolny waren unzweifelhaft der entscheidende Faktor des Sieges des Oktobers. Er bewegte das ZK zum Aufstand, inspirierte es mit seiner Entschlossenheit, überzeugte es, die vorhandene Chance zu nutzen: Ohne Lenin wäre der Sieg des Aufstandes wie auch der Aufstand selbst nicht möglich gewesen.«<sup>56</sup>

Dimitri Wolkogonow äußerte sich über seinen in hoher Auflage erschienenen »Anti-Lenin«<sup>57</sup> hinaus in der auflagenstarken Zeitung »Moskovskij Komsomolec« vom 12. November 1994 über die Oktoberrevolution und Lenin und teilte dabei seine neueste »Entdeckung« mit. Auf die Sentenz des Reporters, daß der 7. November 1917 eine »nationale Katastrophe« für

---

55 Siehe Dejateli SSSR i revoljucionnogo dvi-enija Rossii: Ėnciklopedičeskij slovar' Granat. Moskau 1989. – Političeskije dejateli Rossii 1917. Biografičeskij slovar'. Moskau 1993 (enthält mehr als 300 Biographien politischer Persönlichkeiten). – Istoričeskie siluety. Sbornik. Moskau 1991.

56 G. Joffe: Semnadcatyj god: Lenin – Kerenskij – Kornilov. Moskau 1995. S. 167.

57 Ich meine Dimitri Wolkogonow: Lenin. Utopie und Terror. Düsseldorf 1994.

Rußland bedeutete, reagierte Wolkogonow: »Ich komme zu dem Schluß, daß der 25. Oktober (oder 7. November) das tragischste Datum in der Geschichte Rußlands ist. Nach gründlichem Nachdenken verstand ich: Wenn Kerenski die Kraft gehabt hätte zu widerstehen, wir wären ein gigantisches, aufblühendes, nicht zerfallendes Land. Ich denke, daß die ganze Welt durch die Oktoberrevolution gewann – außer Rußland [...] Und das Haupthindernis war gerade Lenin, war das phantastische, siebzig Jahre dauernde Experiment, das mit einem gewaltigen historischen Mißerfolg endete. Heute versuchen wir das zu tun, was unserem Land im Februar 1917 nicht gelang [...] Lenin war der größte Revolutionär des 20. Jahrhunderts [...] Er selbst war kein grausamer Mensch, aber er war ein Mensch einer grausamen Philosophie [...] Er lebte nur der Macht.« Der Reporter fragte, ob man einen solchen Umschwung der Geschichte wie die Oktoberrevolution hätte verhindern können. Wolkogonow erwiderte: »Ich sage Ihnen erstmals etwas, was ich bisher niemandem gesagt habe. Es gab einen Menschen, der die Oktoberrevolution hätte verhindern können. Das war Pawel Maljantowitsch – der letzte (seit September) Justizminister der Provisorischen Regierung. Als bekannt wurde, daß Lenin mit deutschem Geld nach Rußland zurückgekehrt war, verfügte Kerenski, ihn zu verhören und zu verhaften. Doch dieser Befehl wurde nicht ausgeführt. Wenn Maljantowitsch Lenin verhaftet hätte – die Revolution hätte sich nicht ereignet [...] Auf dem Weg der Schande und des Verrats kam Lenin an die Macht.«

Sehr stark kam unter den neuen Bedingungen die »weiße« russische Emigration, das »Ausländische Rußland«, als Teil der vaterländischen Geschichte, über die Revolution zu Wort. Dazu gehörten hervorragende Vertreter des politischen und kulturellen Lebens sowie gebildete Militärs und Historiker.

Wenn früher oft mit Stolz auf die glänzende intellektuelle Zusammensetzung der ersten Sowjetregierung verwiesen wurde, so wurde jetzt das große intellektuelle und fachliche Potential der Provisorischen Regierungen, denen insgesamt 38 Personen angehörten, nicht übersehen,<sup>58</sup> das sich allerdings nicht in tragfähige Regierungspolitik umsetzte. Durch Memoiren, Dokumente, Autobiographien, literarische und wissenschaftliche Arbeiten, Porträtskizzen sowie Biographien kehrten Kerenski, Miljukow, Nabokow, Schulgin, Denikin, Tschernow, Spiridonowa, Martow, Plechanow, Dan, Zereteli, Berdjajew, Gorki u. a. als denkende und handelnde »Menschen« in

---

58 Siehe V. S. Izmozik: Vremennoe pravitel'stvo. Ljudi i sud'by. In: Voprosy istorii. Moskau (1994)6. S. 163–169.

die Auseinandersetzungen des Revolutionsjahres zurück,<sup>59</sup> die auch Aufschlußreiches über ihre Zeitgenossen zu sagen hatten. Dies veränderte und revidierte das früher so einseitige Bild von den blassen, schwächlichen Gegnern der Bolschewiki und bereicherte mit den Sichten, Erfahrungen und Lebensgeschichten dieser Menschen die Szene der Revolution. Dazu gehörte auch das Schicksal Nikolaus II. und der Zarenfamilie,<sup>60</sup> das publizistisch ungeheuer vermarktet wurde.

Beachtliche Anziehungskraft übte Nikolai Berdjajew mit seinen Auffassungen über die Revolution, Lenin und den Bolschewismus/Kommunismus nicht nur auf die Philosophen und Soziologen, sondern auch auf Historiker aus.<sup>61</sup>

Angesichts der »Katastrophe« des Sozialismus und Rußlands wurde die Frage nach Alternativen in der Geschichte Rußlands und der Sowjetunion generell und speziell in der Revolution sehr aktuell.<sup>62</sup> Manche Historiker halten wenig von der Fragestellung: Was wäre, wenn ...; andere um so mehr, deutlich aber ist: Es wurde und wird gestritten – und dies schon in der Zeit der Perestroika. Und dies zu Recht, wenn auch nicht mit einem konsensfähigen Ergebnis, denn eine ernsthafte Antwortsuche auf alternative Fragestellungen bedarf der gründlichen Untersuchung gesellschaftlicher Zusammenhänge und Widersprüche, des Wirkens von Parteien und Persönlichkeiten, die Alternativen verkörperten, ihrer Trieb- und Gegenkräfte,

59 Siehe dazu die Auswahlbibliographie in Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 431–433.

60 Siehe Dnevnik imperatora Nikolaja II. Moskau 1991. – G. Z. Ioffe: Revoljucija i sud'ba Romanovyč. Moskau 1992. – B. V. Anan'ič/R. S. Ganelin: Nikolaj II. In: Voprosy istorii. Moskau (1993)2. S. 58–76. – T. A. Aleksandrova: Dom Romanovyč posle 1917 g. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1993)3. S. 139–157.

61 Siehe B. G. Mogil'nickij: N. A. Berdjaev o ruskoj revoljucii. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1995)6. S. 54–67. – N. A. Berdjaev: Istoki i smysl' russkogo kommunizma. Moskau 1990.

62 Siehe Rossija, 1917 god: Vybor istoričeskogo puti (»Krugly stol« istorikov Oktjabr'ja, 22.–23. oktjabr'ja 1988 g.). Moskau 1989. – G. N. Kočelkov: Rossija v 1917 godu: Vybor puti istoričeskogo razvitija (istoriografija problemy). In: Evropejskaja istoriografija XX veka. Jaroslavl 1992. – V. I. Miller: Revoljucii v Rossii 1917–1918 gg.: Problemy izučenii. Moskau 1995. – A. L. Šemjakin: 1917 god: Men'shevistskaja al'ternativa. In: Polis. Moskau (1993)1. S. 162–172. – Vserossijskoe učreditel'noe sobranie i demokratičeskaja al'ternativa – dva vzgljada na problemu: L. G. Protasov i V. I. Miller. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1993)5. S. 3–36 (siehe auch Anatomija revoljucii, 1917 god v Rossii: massy, partii, vlast'. Sankt Petersburg 1994. S. 134–148 und 159f.).



realer Kräfteverhältnisse und möglicher Entwicklungen und gehört zur Geschichtswissenschaft.

Die übergreifende Fragestellung bezog sich auf die Gesellschaftsalternative – bürgerlich-kapitalistische oder sozialistische Ordnung; andere gingen »Alternativangeboten der Geschichte« im Revolutionsverlauf nach. Der Blick richtete sich hier – vor allem unter dem Aspekt der Regierungsmacht – auf verschiedene Varianten: eine »bürgerlich-demokratische« (Kerenski), eine »Generalsdiktatur« (Kornilow), eine »menschewistische«, eine »homogen-sozialistische« (Martow und Tschernow), eine »autoritäre«, »bolschewistisch-linksradikale« (Lenin) und auf eine Kombination von Sowjets und Konstituante, an die insbesondere auch Kamenew und Sinowjew gedacht hatten.

Beachtung fand, was der amerikanische Historiker A. Rabinowitsch zu sagen hatte.<sup>63</sup> Solche »Alternativangebote« standen im Revolutionsverlauf zur Diskussion und harrten praktisch-politischer Entscheidungen durch Parteien und Persönlichkeiten, als der Zar abdankte und die Provisorische Regierung und der Petrograder Sowjet gebildet wurden, als Lenin seine als »Fieberwahn« georteten Aprilthesen offerierte, als Koalitionsregierungen gebildet wurden, als Massendemonstrationen Anfang Juli von den unwilligen Führern der Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Machtübernahme durch das Zentralerekutivkomitee der Sowjets forderten, als Ende August der Militärputsch des Generals Kornilow zu bekämpfen war und im Oktober mit dem II. Sowjetkongreß, dem »Abtreten der Mittelgruppe des Sozialismus« und dem Sturz der Provisorischen Regierung durch die erwartete »bolschewistische Sturmflut« grundlegende Veränderungen eintraten, denen »gemäßigte« Kräfte in der Führung der Bolschewiki mit einer Koalitionsregierung der Sowjetparteien bzw. einer Kombination von Konstituante und Sowjets den gefährlich engen bolschewistisch-diktatorischen Zuschnitt nehmen wollten.<sup>64</sup>

63 Siehe A. Rabinovič: Bol'seviki prichodjat k vlasti. Revoljucija 1917 goda v Petrograde. Moskau 1989. – A. Rabinovič: Popytki formirovanija mnogopartijnogo demokratičeskogo socialističeskogo pravitel'stva v 1917 godu v Rossii. In: Istorija SSSR. Moskau (1990)6. S. 191–206.

64 Siehe die entsprechenden Dokumente in Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 234–241, 263–265, 289–294, 329–335, 339–340, 358–361, 369–373, 392–398 und 402–404. – W. I. Lenin: Resolution des ZK der SDAPR(B) zur Frage der Opposition innerhalb des ZK, 2. (15.) November 1917. In: W. I. Lenin: Werke. Bd. 26. S. 271ff. – Leo Trotzki: Schriften. Oktoberrevolution 1917. Internationale Arbeiterliteratur. Dortmund 1978. S. 56ff.

Die Auflösung der Konstituierenden Versammlung Anfang Januar 1918, so urteilte der Historiker Protassow im jüngsten Buch über diese umstrittene Institution, vereitelte nicht nur »die letzte Chance zur Schaffung einer Regierungskoalition der sozialistischen Parteien« und provozierte faktisch nicht nur den Bürgerkrieg. Sie war darüber hinaus verbunden mit der Beseitigung der Bürgerrechte und -freiheiten, die sich auf dem politischen und wirtschaftlichen Pluralismus gründen. Die unausweichliche Folge war die Monopolisierung der Parteimacht, die ideologische Indoktrinierung der Gesellschaft, die totale Verstaatlichung des gesellschaftlichen Lebens und die unwiderrufliche Selbstisolierung von der übrigen Welt. »In der Geschichte der bolschewistischen Revolution stand die Auflösung der Konstituierenden Versammlung immer im ›Schatten‹ des Hauptereignisses – des Aufstandes vom 25. Oktober in Petrograd. Aber in den letzten Jahren verändert sich die historiographische Balance offensichtlich, und dies nicht zufällig. In der Geschichte des sowjetischen Totalitarismus ist die Auseinanderjagung der Konstituierenden Versammlung ein Ereignis – nicht weniger, sondern bedeutender als die bewaffnete Eroberung der Macht durch die Bolschewiki.«<sup>65</sup>

Alle Erörterungen und Überlegungen kamen und kommen nicht an der Frage vorbei: Warum aber siegten die Bolschewiki, setzte sich die »autoritäre« Alternative durch und behauptete sich? Die Antworten waren nicht immer ergiebig.

Diese Frage stellte sich auch für den Bürgerkrieg, der aus der Revolution herauswuchs und bei der Sicht auf diese Revolution und bei ihrer Wertung nicht auszuklammern ist.<sup>66</sup>

Für viele Akteure und Kenner der Revolution war nicht der fast unblutige Sieg der Bolschewiki im Oktober 1917 das Überraschende und Bedeutendste, sondern die Tatsache, daß sie die errungene Macht behaupteten und im Lande ausbauten.

Der Bürgerkrieg, über dessen Beginn sich die Historiker nicht so einig sind, dessen bedingungslose Härte und Grausamkeit von »weiß« und »rot«

---

65 L. G. Protasov: Vserossijskoe učreditel'noe sobranie. Istorija ro' denija i gibeli. Moskau 1997. S. 324.

66 Siehe Ju. A. Poljakov: Gra' danskaja vojna v Rossii: vzniknovenie i eskalacija. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1992)6. S. 32–41. – Ju. A. Poljakov: Gra' danskaja Vojna: posledstvija vnutrennie in vnešnie. In: Novaja i novejšaja istorija. Moskau (1992)4. S. 3–14. – A. L. Litvin: Krasnyj i belyj terror v Rossii 1917–1922. In: Otečestvennaja istorija. Moskau (1993)6. S. 46–62. – Gra' danskaja vojna v Rossii. Perekrestok mnenij. Moskau 1994.

kaum bestritten wurde und der bei manchen zum selbstmörderischen »Bruderkrieg« mutierte, war das entscheidende Glied bei dieser Machtbehauptung. Umstritten ist die Einschätzung des »Kriegskommunismus« und der militärischen Intervention, die aus nationalpatriotisch-kommunistischer Sicht oft überbewertet wird. Angesichts der Opfer und Verwüstungen gilt der Bürgerkrieg als tragische »wirre« Zeit, deren Lehren in den Umbrüchen und Auseinandersetzungen der Gegenwart angemahnt werden.

Auch die Problematik von Revolution und Weltrevolution und der internationalen Einflüsse und Auswirkungen der Russischen Revolution, der Februar- und Oktoberrevolution im speziellen, auf einzelne Länder und den weltgeschichtlichen Prozeß wird angesprochen, worauf hier nur hingewiesen werden kann.<sup>67</sup> Es fällt auf, daß sich die Historiographie offensichtlich mit dieser Thematik weitaus weniger befaßt hat als mit den inneren Entwicklungen. Das liegt nahe: Erst braucht man Standpunkte, Klarheiten und Verständigungen über die inneren Vorgänge, bevor man sich in die weite Welt wagt. Zudem mangelt es an ausgearbeiteten Methodologien zur Untersuchung des Mechanismus der Einwirkung der Revolution auf den weltgeschichtlichen Prozeß. Auch ist es in erster Linie die Aufgabe der Historiographie der jeweiligen Länder, die Einflüsse der Revolution auf das eigene zu untersuchen. Es scheint, daß das Interesse an entsprechenden Vorhaben derzeit gering ist.<sup>68</sup>

Nach diesem Über- und Einblick bleibt nach »Konzepten« der Revolutionsinterpretation zu fragen. Vier zeichnen sich ab:

1. Es wirkt gegenüber früherer Ausschließlichkeit eine bescheidene Revolutionsinterpretation vom marxistischen und formationsgeschichtlichen Ansatz weiter.
2. Es erfolgt eine Zuordnung zu globalen zivilisationsgeschichtlichen Entwicklungsprozessen und -konzeptionen.
3. Es wird eine Revolutionsinterpretation als Zuordnung zu einer weitgehend eigenständigen Entwicklung Rußlands und seiner Zivilisation gesucht. Hier dürfte das im Ansatz erkennbare »Modell« der »psychosozialen Inter-

---

67 Siehe A. Ju. Vatlin: *Komintern: pervye decjat' let*. Moskau 1993. – *Stranicy istorii Komintern: sobytie i ljudi*. In: *Otkryvaja novye stranicy ... Me dunarodnye voprosy: sobytie i ljudi*, Moskau 1989. S. 326–416.

68 Um so aner kennenswerter ist die Durchführung eines internationalen Seminars über die Auswirkungen der Russischen Revolution 1917 auf den Ostseeraum am 22./23. Januar 1998 in der Europäischen Akademie Mecklenburg-Vorpommern in Waren (Müritz) auf Initiative Greifswalder Historiker.

pretation« der Revolution im Rahmen einer neuen Auffassung vom Russischen Imperium und seiner Systemkrise seine Beziehung haben.<sup>69</sup>

4. Mit dem Totalitarismuskonzept wurde im Rahmen einer »Geschichte des sowjetischen Totalitarismus« auch auf die Russische Revolution, besonders die Oktoberrevolution und den Bürgerkrieg, zurückgegriffen.

Der Historiker Helmut Altrichter hat in der internationalen Historiographie zur Russischen Revolution 1917 drei Wege der Annäherung und Erklärung ausgemacht: das marxistische Deutungsmuster, den Erklärungsansatz der Modernisierungstheorien und das »Verstehenskonzept« eines politik-, sozial- und kulturgeschichtlichen Beschreibens. Er kommt zu der Feststellung: »So schwer es fällt, einen von ihnen als Königsweg zu akzeptieren: daß sie uns – einander ergänzend – helfen, das Geschehen von 1917 zu verstehen, verständlicher zu machen, ist offensichtlich.«<sup>70</sup>

Bei alledem ist deutlich: Eine umfassende Darstellung und Charakterisierung der Russischen Revolution und ihrer Wirkungen ist offen. Es wird in Rußland keine einheitliche, sogenannte Lehrmeinung mehr zu diesem Ereignis geben. Jeder, der sich mit dieser Revolution befaßt, wird selbst investieren müssen.

Blickt man über die Historiographie hinaus auf den 80. Jahrestag der Russischen Revolution 1917, besonders der Oktoberrevolution, in Rußland, so läßt sich aus den spärlich zur Verfügung stehenden Materialien entnehmen: Die Februarrevolution und nachfolgende Ereignisse fanden wenig Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und in Reaktionen politischer Kräfte.

Hingegen gedachten Hunderttausende auf Kundgebungen und anderen Veranstaltungen im Lande des »Großen Oktobers«, seiner Ideen und der Sowjetmacht und wandten sich gegen das »Jelzin-Regime«.<sup>71</sup>

Jelzin sah die Machtergreifung durch die Bolschewiki als »fatalen historischen Fehler«. Die Akteure hätten eine »utopische Idee über das menschliche Leben gestellt«, meinte er und ergänzte das durch die Aufforderung, Verständnis mit denjenigen zu haben, die diesen Fehler begingen.

---

69 Siehe P. W. Wolobujew/W. P. Buldakow: Oktoberrevolution – neue Forschungszugänge. In: Wladislaw Hedeler/Horst Schützler/Sonja Striegnitz (Hrsg.): Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse? Berlin 1997. S. 48–56. – Ausführlicher bei V. P. Buldakow: Istorioğrafičeskie metamorfozy »Krasnogo Oktjabr'ja«. In: Istoričeskie issledovanija v Rossii. Tendencii poslednych let. Moskau 1996. S. 179–205.

70 Helmut Altrichter: Rußland 1917. Ein Land auf der Suche nach sich selbst. Paderborn, München, Wien, Zürich 1997. S. 95.

71 Siehe »Neues Deutschland«. Berlin vom 8./9. November 1997. – »Berliner Zeitung« vom 8./9. November 1997.

Das entsprach seiner Festlegung, den Feiertag der Revolution als Tag der Versöhnung zu begehen.<sup>72</sup>

Die Duma verabschiedete auf Initiative der Kommunistischen Fraktion eine Grußbotschaft an das russische Volk, in der der Aufstand als Festtag für Rußland und alle arbeitenden Menschen in der ganzen Welt gesehen wurde. »Die Ideale der Revolution, für die die ältere Generation gekämpft hat und die auch heute im Herzen von Millionen Landsleuten leben, sind den Werktätigen in vielen Ländern teuer.«<sup>73</sup>

In den Medien wurde die publizistische Auseinandersetzung um den »Oktober« und seine Folgen geführt, wobei den Kommunisten allerdings nur ihre bescheidene Presse zur Verfügung stand. Einerseits dominierte die Sicht auf den Oktober als Katastrophe, Fehler und bolschewistischen Putsch mit nachfolgendem Terror und Totalitarismus und mit gelegentlicher Anpreisung der Werte einer Monarchie.<sup>74</sup> Andererseits legte der Zentrale Rat der Gesellschaft »Russische Wissenschaftler sozialistischer Orientierung« (RUSO) Thesen zur Oktoberrevolution und ihren Wirkungen vor<sup>75</sup> und wandte sich in einer »Antwort an die Fälscher der Oktoberrevolution«. Diese Thesen, die »Antwort« und Pressebeiträge von Autoren und Mitgliedern der Gesellschaft sowie von Gennadi Sjuganow, Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation,<sup>76</sup> und anderen Kommunisten lassen die Stoßrichtung von links erkennen: Die Oktoberrevolution wurde hier als die »Große Sozialistische Oktoberrevolution« gewertet, die das Land vor der nationalen Katastrophe rettete und den Weg öffnete zu einer »Zivilisation neuen Typs – ohne Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, ohne politische, soziale und nationale Ungleichheit, ohne Kriege, Terror und andere Erscheinungen der organisierten

72 Siehe ebenda.

73 »Berliner Zeitung« vom 7. November 1997. – »Neues Deutschland«. Berlin vom 1./2. November 1997.

74 Siehe »Novoe vremja«. Moskau vom 9. November 1997. S. 9–17. – »Pravda pjat'«. Moskau vom 1. November 1997 (Beitrag von Akademiemitglied Pawel Wolobujew zur Monarchie-Diskussion). – »Pravda Rossii«. Moskau vom 22.–29. Oktober 1997 (Beitrag von Jurij Petrakov).

75 K 80-letiju Velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj revolucii. Tezisy Central'nogo Soveta obščestva »Rossijskie učenyje socialističeskoj orientacii«. In: ...izm. Jekaterinburg (1997)4(15). S. 14–30 (siehe auch Kommunist. Moskau (1997)5. S. 3–31). – Otvet. In: Ebenda. S. 39–53 (Thesen und Antwort wurden mit Datum vom 12. Juli 1997 vorgelegt).

76 Seine Broschüre (siehe Gennadij Zjuganov: Oktjabr' i sovremennost'. Moskau 1997. – 208 S.) stand dem Verfasser nicht direkt zur Verfügung.

Gewalt –, zu einer Gesellschaft, die die lebensnotwendigen materiellen und geistigen Bedürfnisse der Bürger befriedigt, zu einer Gesellschaft des humanen Kollektivismus und der sozialen Gerechtigkeit.«<sup>77</sup>

Es wurde die Meinung des in München lebenden bekannten Sowjetdisidenten Alexander Sinowjew aufgenommen, der geschrieben hatte: »Ich halte unsere Revolution für eine große Revolution. Ich betrachte die Sowjetperiode als den Gipfel der russischen Geschichte [...] Das war die herausragendste Epoche in der Geschichte Rußlands und eines der größten Phänomene in der Geschichte der Menschheit.«<sup>78</sup>

Entgegen den Terroranschuldigungen wurde die Oktoberrevolution als fast »unblutige« und »großmütige« Revolution interpretiert.<sup>79</sup> Die Bündnisbereitschaft Lenins und der Bolschewiki wurde unterstrichen. Hervorgehoben wurde der demokratische Charakter der Sowjets als neue Machtorgane und mit dem Blick auf das heutige und künftige Rußland festgestellt, daß das Potential der Sowjets auch zum Ende des 20. Jahrhunderts nicht ausgeschöpft sei. Es werde in einem wiedergeborenen sozialistischen Rußland gebraucht.<sup>80</sup>

Bei der Sicht auf die Vergangenheit und auf ein zukünftiges sozialistisches Rußland wurde die gegenwärtige Periode nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus und dem Zerfall der UdSSR als »zeitweiliger Rückzug« angesehen. Dabei wurde und wird darüber nachgedacht: »Was und warum die ›Erben der Revolution‹ ohne Kampf aufgaben?« Der Historiker Iwan Ossadtschi kam zu dem Schluß, daß am Zusammenbruch des Sozialismus und der UdSSR der Sozialismus selbst keinerlei Schuld trage. Der »tragische Rückzug« sei Ergebnis des langen und erschöpfenden »Kalten Krieges«, den mit vereinten Kräften die imperialistische Reaktion und die geeinte Front der Antikommunisten aller Schattierungen führte. Ihnen gelang es, in der UdSSR und anderen Ländern, die den Sozialismus aufbau-

---

77 K 80-letiju Velikoj Oktjabr'skoj socialističeskoj revoljucii. Tezisy Central'nogo Soveta obščestva »Rossijskie učenyje socialističeskoj orientacii«. In: ...izm. Jekaterinburg (1997)4(15). S. 14.

78 Alexander Sinowjew: Meine Revolution. In: »junge Welt«. Berlin vom 7. November 1997. Beilage roter oktober. Die Beilage bringt auch die interessanten Sichten des Moskauer Soziologen Boris Kagarlitzki »Die unvollendete Revolution«. – Siehe auch den Beitrag von Iwan Ossadtschi in »Pravda Rossii«. Moskau vom 20. August 1997.

79 Siehe Pawel Golub in »Pravda Rossii«. Moskau vom 17.–24. September 1997. – Ebenda. Moskau vom 1.–7. Oktober 1997.

80 Siehe Akademiemitglied Juri Kukuschkin in ebenda. Moskau vom 22.–29. Oktober 1997.

ten, eine mächtige »fünfte Kolonne« zu nähren. Der Zusammenbruch und der Zerfall der Sowjetunion seien möglich geworden durch den in der Geschichte beispiellosen Verrat der Gorbatschow-Jakowlew-Gruppierung. Auf der neuen Spirale des Geschichtsprozesses ständen sich in der russischen Gesellschaft Kräfte des Sozialismus und Oktobers und die Kräfte des Antikommunismus, der »demokratischen«, sprich bürgerlichen Konterrevolution gegenüber. Es gäbe alle Veranlassung festzustellen, daß dieses Mal die Auseinandersetzung nicht in einen gesamtrussischen, brudermörderischen Bürgerkrieg führen müsse, sondern daß es gelingen werde, auf friedlichem Wege den heute Regierenden das Vertrauen zu entziehen. Die volksfeindliche Politik der heute in Rußland Regierenden agitiere gegen sie, agitiere für eine Sowjetmacht, für eine Macht des arbeitenden Volkes, für den Sozialismus.<sup>81</sup>

Auch Michail Gorbatschow meldete sich mit einer Broschüre im »Nachdenken über die Oktoberrevolution« 1997 zu Wort. Ausgehend von drei in vielen Varianten diskutierten Versionen – Oktoberrevolution: Fehler, Zufall oder Notwendigkeit der Geschichte –, wollte er mit voller Bestimmtheit feststellen: »[...] der Oktober war in der konkreten Situation, die sich in und um Rußland herausgebildet hatte, geschichtlich unausweichlich.« Er brachte die dringendsten Bedürfnisse des Volkes zum Ausdruck. Demokratische Alternativen als positive Entwicklung der Februarrevolution kamen im Ergebnis der Schwäche des Nach-Februar-Regimes nicht zum Zuge. Es blieb nur die Möglichkeit einer neuen, radikaleren Revolution. Aber es existierte die Variante einer reaktionären Militärdiktatur. Die Bolschewiki stellten diesen Plänen und der Hilflosigkeit der Provisorischen Regierung ihre Variante entgegen und siegten. Doch dies führte zur kolossalen Spaltung der Gesellschaft, zum Bürgerkrieg. Hätte das verhindert werden können? Ja, wenn ein Bündnis von Bolschewiki, Sozialrevolutionären und Menschewiki zustande gekommen und die ganze Macht unverzüglich den Sowjets übertragen worden wäre. Das Bündnis kam nicht zustande. Die Verantwortung tragen die Genannten. Lange Zeit galt die Marxsche Formel »Revolutionen sind die Lokomotiven der Geschichte«. Aber es ist Zeit darüber nachzudenken. Waren sie wirklich Lokomotiven der Aufwärtsentwicklung der Gesellschaft? Oder waren sie nicht extremer Ausweg aus einer Situation, in der die Regierenden unfähig waren, die herangereiften Probleme zu lösen und die Massen, die Unteren, nicht mehr in der Lage waren, weiter zu dulden? Gorbatschow ist der Auffassung: »[...] die opti-

---

81 Siehe »Pravda Rossii«. Moskau vom 20. August 1997.

male Form gesellschaftlicher Entwicklung, die den Interessen der Bürger entspricht, ist die evolutionäre Reformierung der Gesellschaft, wenn die Notwendigkeit zur Veränderung entsteht.« In seiner weiteren Betrachtung kommt er zu dem Schluß, daß in der Sowjetunion kein Sozialismus aufgebaut wurde, vielmehr triumphierte eine »grausame totalitäre Ordnung«. Dies sei aber kein Argument gegen die »sozialistische Idee«.<sup>82</sup>

Bei dieser Sicht kann sich Gorbatschow allen Angriffen eines Verrats des Sozialismus entziehen und sich sogar als Überwinder der »totalitären Ordnung« rühmen lassen.

Überschaut man das Herangehen an die Russische Revolution 1917, so wird aus den Erfahrungen des Jubiläumsjahres deutlich: Die Revolution in ihrer komplizierten und komplexen Gesamtheit ist wenig im Blick. Dieser richtet sich vielmehr auf die Oktoberrevolution. Die einen nabeln dabei die Oktoberrevolution als heres, leuchtendes Ereignis von allen Fehlentwicklungen im Realsozialismus ab. Die anderen leiten von ihr selbst diese Fehlentwicklungen her und kommen dabei oft zu einer Gesamtverurteilung von Revolution und Sozialismus. Wieder andere sehen die Oktoberrevolution in positiven und negativen Zusammenhängen der Gesamtentwicklung von Revolution und Sozialismus. Solch unterschiedliches Herangehen halte ich für nicht aufhebbar.

Jeder bzw. jede gesellschaftliche Schicht und Klasse nimmt Geschichte verschieden auf, interpretiert sie nach eigenen Wertvorstellungen und oft auch politischem Verhalten, nach Erfahrungen und historischen Kenntnissen, die oft unzureichend, ausgewählt, Stückwerk sind. Doch wichtig muß bei alledem sein, sich der Wirklichkeit anzunähern, Ereignisse, Personen, Parteien und Massen aus der Zeit heraus zu erfassen.

Mit dem Blick in diese Zeit und auf heute kann man wohl feststellen: Die Russische Revolution und die Oktoberrevolution werden sich als weltgeschichtliches Ereignis nicht wiederholen. Und dies ist – wenn man den Bürgerkrieg mit einbezieht – angesichts der Gewalt, der Schrecken, Opfer und Toten auch nicht erstrebenswert. Die »Idee einer Wiederholung und verbesserten Neuaufgabe dieser Revolution«, von der manche reden,<sup>83</sup> wird kaum Mehrheiten finden. Die Menschheit muß heute andere Wege in der qualitativen Veränderung der Gesellschaft gehen.

---

82 Siehe M. S. Gorbačev: Razmyšlenija ob oktjabr'skoj revoljucii. Moskau 1997. S. 6–24.

83 Siehe Georg Polikeit: Strategien im Kampf gegen die Oktoberrevolution und ihre Auswirkungen. In: GeschichtsKorrespondenz. Berlin 3(Okttober 1997)4. S. 12.



Es ist ja zulässig, Meinungen und Auffassungen anderer zur Russischen Revolution und Oktoberrevolution in Anspruch zu nehmen. Ich tue dies, indem ich abschließend zwei Historiker zum Weiterdenken zu Wort kommen lasse. Alexander Kan, der Anfang der sechziger Jahre die Sowjetunion verließ und heute als Professor am Historischen Institut der Universität Uppsala, Schweden, wirkt, äußerte: »Es wäre einfach komisch, die Russische Revolution, diese radikalste Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus, die erste ihrer Art in der Geschichte, für eine barbarische Abart der bürgerlichen Umwälzung auszugeben. Nein, die Oktoberrevolution, allen ihren späteren Verzerrungen und endgültigem Mißlingen zum Trotz, war und wird immer einen riesigen, im weiten Sinne linksradikalen, ihrer Zielsetzung nach sozialistischen, ihren politischen Trägern nach kommunistischen, ihrer sozialen Verankerung nach proletarischen Seitensprung der Geschichte darstellen. Diese Revolution war und bleibt die erste und letzte ihrer Art [...] Spricht das gegen die Bedeutung des russischen Oktobers? Keineswegs. Gerade seine Einmaligkeit zeugt von seiner welthistorischen Bedeutung.«<sup>84</sup>

Und der unvergessene Manfred Kossok schrieb im November 1992 zum 75. Jahrestag der Oktoberrevolution: »Der radikalste Versuch, den ›Verdammten dieser Erde‹ den Weg zur Selbstbestimmung und sozialer Gerechtigkeit zu bahnen, war die russische Oktoberrevolution 1917 [...] Die Revolution blieb ein ›peripheres‹ Ereignis, es gelang ihr nicht, in das ›Zentrum‹, in den Kreis der fortgeschrittensten Länder vorzudringen. Damit mutierte die Pionierrevolution zur ›Nachhole‹-Revolution, die zwar den quantitativen Rückstand aufholte, aber den Kapitalismus nicht qualitativ-technologisch überholen konnte. Ebenso wenig gelang die Schaffung einer sozialistischen Zivilgesellschaft, die fähig gewesen wäre, die Einheit von individueller Freiheit [...] und sozialer Gleichheit als neuen Typ der Demokratie zu realisieren [...] Angesichts der allgemeinen Zivilisationskrise ist die Frage nach den Alternativen nicht beantwortet [...] Wer den Mut hat, die Konsequenzen zu bedenken, weiß, daß damit weder die Ideen von 1789 noch die von 1917 aus der Geschichte verabschiedet sind.«<sup>85</sup>

---

84 Alexander Kan: Die Russische Oktoberrevolution – Anfang und/oder Ende? In: Theodor Bergmann/Wladislaw Hedeler/Mario Keßler/Gert Schäfer (Hrsg.): Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen. Hamburg 1997. S. 255f.

85 »Neues Deutschland«. Berlin vom 7./8. November 1992.

OLAF KIRCHNER

## **Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropa**

Die Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V. und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. setzten 1997/1998 ihre gemeinsame Kolloquienreihe zu Osteuropathemen fort.

Im Januar 1997 fand das *40. Kolloquium* mit dem Vortrag von Claus Remer (Jena) zur »Herausbildung und Entwicklung der ukrainischen Nationalbewegung im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert« statt. Um die schwierigen historischen Voraussetzungen für die ukrainische Nationalbewegung Ende des 19. Jahrhunderts (kein einheitlicher Sprach-, Siedlungs- und Kulturraum, konfessionelle Spaltung) zu charakterisieren, gab Remer einen Abriß der Herausbildung des ukrainischen Nationalbewußtseins seit dem Untergang der Kiewer Rus. So entwickelte sich in Halitsch-Wolhynien eine eigenständige, vom Nowgoroder Konzentrationsraum unterschiedene Kirchen- und Volkssprache, eigene Sitten und Gebräuche, die von den Litauern – sie hatten große Teile des Siedlungsgebietes okkupiert – weitgehend toleriert wurden, im Gegensatz zu den Polen später. Seit dem Ausgang des 14. Jahrhunderts (Union Litauens mit Polen) erfolgte dann ein Emanzipationsprozeß, der mit dem Kosakenaufstand 1648/1649 kulminierte. Während dieser Ethnogenese der Ukrainer entwickelte sich eine »Demokratie der Waffenträger«, die gewisse Autonomierechte gegenüber Polen und Rußland erlangen konnte. Die Periode ab Mitte des 17. Jahrhunderts und bis zur dritten Teilung Polens bezeichnete Remer als Stagnationsphase, die ihre entscheidende Wende unter Katharina II. erfuhr (Niederschlagung des Heidemaken-Aufstandes, Ende aller Autonomieelemente, Assimilierung ins Rußländische Reich). Ergebnis dessen war eine weitgehende Russifizierung der Bevölkerung in der Ostukraine – mit Zentrum in Charkiv, Kiew wird erst im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts Zentrum der Ostukraine – und die Reduktion des Ukrainischen auf eine Bauernsprache: Von einer Nationalbewegung könne kaum noch gesprochen werden. Eine gegenläufige Entwicklung vollzog sich in der Westukraine, wo die ukrainische Nationalbewegung nachgerade gefördert wird und Lemberg (Lviv), vor allem durch das Wirken Ivan Frankos, zum Zentrum aufsteigt.

In Reaktion auf den ersten polnischen Aufstand 1830 wurden die Reste von Eigenständigkeit (unierte Kirche, Stadtrecht usw.) in der rußländischen Ukraine liquidiert, nach dem zweiten polnischen Aufstand von 1863 wurde das Ukrainische im Rußländischen Reich völlig verboten und gleichzeitig versucht, die Ukrainer gegen Polen auszuspielen (die Bauern der rechtsufrigen Ukraine erhielten den Boden enteigneter Polen, die der linksufrigen rußländischen Ukraine dagegen, die mehrheitlich Staatsbauern und nicht leibeigen waren, sollten den Boden abkaufen). In den siebziger Jahren folgte dann eine kurze Liberalisierung, die von der »stara hromada« geprägt wurde. Die im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts erfolgte Wiederentdeckung der eigenen Geschichte begann nun, Früchte zu tragen. In den achtziger Jahren, als die Ukraine mit Hilfe ausländischen Kapitals – vor allem deutschen und französischen – punktuell industrialisiert wurde, wird die Intelligenzija zunehmend zum Träger ukrainischen Nationalbewußtseins. Während der Revolution von 1905 erhoben jedoch nur Einzelstimmen die Forderung nach Eigenständigkeit der Ukraine. Diese Forderung wird erst ab 1914 und dann 1917/1918 politisches Programm der Nationalbewegung. Mit der »Deklaration der Rechte der Völker Rußlands« durch die Bolschewiki und der Aufteilung Österreich-Ungarns ergab sich die Chance, dieses Programm umzusetzen, aber eine unabhängige Ukraine – die Westukrainische Volksrepublik unter Hruschewski und die Ukrainische Volksrepublik unter Winnitschenko, die sich im Januar 1919 vereinigten – konnte in der Auseinandersetzung zwischen Sowjetrußland und Polen nur kurzzeitig bestehen. Der östliche Teil wurde Opfer der militärischen Intervention der Roten Armee, der westliche Teil fiel an Polen.

Auf dem *41. Kolloquium*, das im Februar von Ernst Laboor (Berlin) bestritten wurde, standen die »Politischen Parteien im heutigen Rußland und ihr Wandel«<sup>1</sup> im Mittelpunkt. Laboor ging davon aus, daß die zerfallende KPdSU faktisch die »Mutter« der meisten während der Perestroika entstandenen Parteien und Bewegungen war und unterschied dann für den Übergangsprozeß von der gescheiterten Perestroika zu einem marktwirtschaftlichen Rußland sechs Etappen der Formierung einer neuen Parteienlandschaft:

– *erstens* bis 1987 die Entstehung informeller Parteien und Bewegungen von Dissidenten;

---

1 Zu diesem Thema siehe auch die Publikation des Referenten. Ernst Laboor: *Wieviel Parteien braucht Rußland?* Berlin 1996. 247 S.

- *zweitens* bis Frühjahr 1990 die Zeit der Klubs, einer Demokratiebewegung des Unmuts über die Perestroika, zu deren wichtigsten organisatorischen Ergebnissen die Bildung des Wahlblocks »Demokratisches Rußland« gehört;
- *drittens* bis Spätherbst 1991 (dem Verfall der KPdSU) die Periode, in der sich 1990 die Demokratische Partei Rußlands, die Republikanische Partei, die Bewegung »Demokratisches Rußland« (mit Jelzin als Repräsentant) und 1991 die Volkspartei Freies Rußland Ruzkois formierten;
- *viertens* bis zu den Wahlen Ende 1993 die im Zusammenhang mit dem Verbot der KPdSU stehende weitgehende Veränderung der Parteienlandschaft: Während die Bewegung »Demokratisches Rußland« ihre Rolle als einigendes Sammelbecken gegen die KPdSU verliert, formieren sich im linken Spektrum mehrere Parteien, darunter die Sozialistische Partei der Werktätigen (Medwedjew), die Bewegung »Werktätiges Rußland«, die Rußländische Partei der Kommunisten, die Partei der Arbeit und – als stärkste Kraft – die Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation (Sjuganow);
- *fünftens* bis Frühjahr 1995 weitere Verschiebungen im Parteienspektrum entlang der Konfliktlinien Erhalt oder Zerfall der Union bzw. der GUS, Schocktherapie oder Gradualismus beim Übergang zur Marktwirtschaft, in deren Ergebnis der Wahlblock »Rußlands Wahl« (Gajdar), die Partei der Rußländischen Einheit und Eintracht (Schachraj), die Demokratische Partei (Trawkin), Jabloko (Jawlinski), die Nationalliberalen (Shirinowski) und die Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation zu den bestimmenden Kräften werden, Versuche zur Bildung einer sozialdemokratischen Partei jedoch ohne dauerhaftes Resultat blieben;
- *sechstens* bis Ende 1996 mit den Wahlen zur zweiten Duma, zur Präsidentschaft und zu den Gouverneuren als Gravitationsfelder, aus denen sich eine relative Stabilisierung des politischen Systems ergab.

Dennoch bleibt die Parteienlandschaft Rußlands weiter in Bewegung, zumal der Prozeß der Herausbildung neuer sozialer Strukturen keineswegs abgeschlossen ist.

Das 42. *Kolloquium* befaßte sich im März mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Revolution von 1917 in Rußland. Zu der Problematik »Sowjetische Wirtschaft – Aufbruch in eine neue Gesellschaft?« stellte Olaf Kirchner (Leipzig) ein reichhaltiges statistisches Material zur Diskussion, das allerdings näheren Aufschluß nur zur Vorgeschichte der sowjetischen Wirtschaft gab. Ausgehend von Überlegungen zum Verhältnis von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft unterbreitete er eine differenzierte

Analyse der rußländischen Sozial- und Wirtschaftsstruktur im Vergleich von 1897 zu 1917, um die komplizierten Rahmenbedingungen für eine sozialistische Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung zu verdeutlichen. Detailliert stellte er dann Inhalt und Folgen der kriegskommunistischen Wirtschaftspolitik dar, wobei er insbesondere auf die Wirkungen des Getreidemonopols, die Bildung von Zwangssyndikaten, die Rolle der Arbeiterkontrolle, das Anwachsen der Bürokratie als sozialer Gruppe und die Zerrüttung der Industrie einging sowie die negative Entwicklung der Sozialstruktur (z. B. Deformation der Arbeiterklasse) nachwies. Während die Neue Ökonomische Politik nur cursorisch behandelt wurde, konnten die nachfolgenden Etappen sowjetischer Wirtschaftsentwicklung und ihre inhaltlichen Konsequenzen aus Zeitgründen nicht mehr erörtert werden. Im Interesse der Beantwortung der einleitenden Fragestellung, z. B. zu Chancen und Grenzen sozialistischer Wirtschaftsgestaltung, sollte die Problematik in einer weiteren Veranstaltung nochmals aufgegriffen werden.

Auf dem 43. *Kolloquium* im April stellte sich Ernstgert Kalbe (Leipzig) anläßlich der 80. Wiederkehr des Jahrestages der russischen Revolutionen von 1917 dem Thema »Sozialistischer Revolutionszyklus: Anspruch und Realität. Zu Chancen und Grenzen realsozialistischer Modernisierung«. Der Referent war bestrebt, mit diesem Thema auch die eigene wissenschaftliche Biographie als Revolutionshistoriker zu hinterfragen, inwieweit frühere Arbeiten heute noch Bestand haben bzw. inwiefern ihnen fehlerhafte konzeptionelle Prämissen zugrunde liegen und daraus folgende Fehleinschätzungen beinhalten. Das betrifft z. B. die Sicht auf den sozialistischen Revolutionszyklus als weltrevolutionären Prozeß der zeitlichen Abfolge verschiedener regionaler Revolutionstypen. Nach dergestalt kritischer Durchsicht der eigenen Bibliographie behandelte Kalbe Chancen und Grenzen sozialistischer Modernisierung, die weitgehend von der internationalen Ausweitung sozialistischer Revolutionen abhing. Bezüglich des Modernisierungsbegriffs meinte er, daß dieser häufig als Synonym für industrielle Revolution und Industriegesellschaft, humanistische Aufklärung und bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft gebraucht werde, also a priori keine Aussage über soziale und ökonomische Gesellschaftsstrukturen oder künftige Gesellschaftsmodelle beinhalte, es sei denn, die immanente Aufforderung zum Nachholen westlicher Gesellschaftsmodelle durch demgegenüber zivilisatorisch rückständige Gesellschaften, etwa Osteuropas. Den Begriff »sozialistische Modernisierung« als Arbeitshilfe akzeptiert, impliziere das quasi die Lösung ursprünglicher Aufgaben der bürgerlich-kapitalistischen Umwälzung unter anderen Herrschafts- und Eigentumsverhältnissen. Tat-

sächlich aber waren viele der als sozialistisch bezeichneten Umwälzungen – Industrialisierung, Kulturrevolution usw. – eben keine genuin sozialistischen Zielstellungen, sondern historische Nachholprozesse mit etatistischem Instrumentarium.

Die Oktoberrevolution bezeichnete der Referent als objektive Resultante der konkreten historischen Situation und des innerrußländischen Kräfteverhältnisses, der mit nachträglicher Verketzerung nicht beizukommen ist. Ihre Chancen erstickten in ihrer langen Isolierung, ihrer sozialökonomischen Rückständigkeit und ihrem ererbten politischen Demokratiedefizit, was die versuchte – in Rußland traditionelle – »Modernisierung von oben« schließlich in ein etatistisch-terroristisches Herrschaftssystem transformierte, das sozialistische Ansprüche bis zur Unkenntlichkeit deformierte. Die volksdemokratischen Revolutionen in Osteuropa charakterisierte der Referent als ursprünglich autochthone Revolutionen mit eigenen Wegevorgängen, die sich in den meisten Ländern auf eine eigene sozialpolitische Basis und natürlich auf das veränderte internationale Kräfteverhältnis stützen konnten, wobei das tragfähige volksdemokratische Modell im Zusammenhang mit dem Übergang zum Kalten Krieg durch das fortschreitende Überstülpen des Sowjetmodells abgebrochen, sein sozialistisches Innovationspotential vernichtet und ein undemokratisches politisches System installiert wurde – mit gleichen Konsequenzen wie in der Sowjetunion.

Abschließend äußerte sich Kalbe zu den Ursachen des Scheiterns des Realsozialismus wie auch sozialistischer Erneuerungsversuche, was eine gesonderte Betrachtung verlange. Die anschließende lebhafteste, auch konträre Debatte verdeutlichte Schwierigkeiten wie Aktualität der Thematik.

Das 44. *Kolloquium* im Mai leitete Holger Politt (Leipzig) mit einem Vortrag zu »Polnischen Freiheitsauffassungen in historischer Retrospektive« ein. Der Referent bettete dieses für Polen »existenzielle Geistesproblem« in die historischen Abläufe nach der französischen Revolution von 1789 ein und machte auf den paradigmatischen Bruch in der Freiheitsauffassung zu Beginn des 19. Jahrhunderts aufmerksam: Galt früher Freiheit als Teilhabe an Souveränität, so hat der moderne (westeuropäisch geprägte) Freiheitsbegriff vordringlich die persönlichen Freiheiten im Sinne vopolitischer Rechte im Auge, d. h. die Dominanz der Privatperson gegenüber dem Bürger. Die polnische Adelsdemokratie sei eine der letzten Demokratien alten Zuschnitts gewesen, die in die Moderne hineinreichte. In ihr war der Bevölkerungskreis, der an Souveränität teilhaben durfte – d. h. der Adel – wesentlich; das Individuum, auch das adlige, dagegen war fast völlig rechtlos (bis auf die Vertrags- und Eigentumsfreiheit). Der nach 1788

einsetzende Übergang zur modernen verfaßten Freiheitsauffassung wurde durch die polnischen Teilungen 1793 und 1795 abgebrochen. Während der nun einsetzenden polnischen Romantik erlebte der vormoderne Freiheitsbegriff seine Wiederauferstehung, vor allem durch die sogenannten »Dichterpropheten«. Hauptgegner dieser Geistesentwicklung war insbesondere die deutsche rationalistische Philosophie. Das Scheitern des Adelsaufstandes von 1830 bewirkte den Abbruch der Romantik und führte zur Dominanz des Warschauer Positivismus, der einen westlich geprägten Freiheitsbegriff für Polen entwickelte.

An der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert erweist sich jedoch diese positivistische Strömung als Illusion, und über Polen brechen zwei geistige Wellen herein, die von Nietzsche ausgehende Neoromantik, die eine Wiederentdeckung bzw. Entdeckung der Romantiker des 19. Jahrhunderts mit sich bringt, und der Sozialismus in seiner marxistischen (Luxemburg) und nationalistischen (Pilsudski) Variante. Die Verfassung von 1923 war dann modern im Sinne des Freiheitsbegriffs, jedoch vormodern im sozialen Sinne, und so konnten sich in den Folgejahren die Anhänger der vormodernen Souveränitätsfreiheit (Pilsudski 1926) durchsetzen. In der Verfassung der dreißiger Jahre wurden dann die persönlichen Freiheiten wieder zurückgedrängt. Diese zwei Stränge von Freiheitsauffassung stehen sich heute in Gestalt der Linken – für den verfaßten Freiheitsbegriff – bzw. der national-katholischen Kreise – für den an Souveränität gebundenen Freiheitsbegriff – gegenüber.

Mit dem 45. *Kolloquium* im Juni 1997, das von Christoph Kaiser (Berlin) zu dem Thema »Politische Konstellationen im rumänischen Umbruch« gestaltet wurde, setzten beide Vereine ihre komparatistische Reihe zu Aspekten der Systemtransformation in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa fort. Der Referent vom Zentrum für Information und Dokumentation für Ost- und Südosteuropa (ZIDOS) rückte in seinem Vortrag die Entwicklung vom Umbruch 1989 – Sturz der Ceausescu-Diktatur – zum Umbruch 1996 – erster demokratischer Machtwechsel in Rumänien seit ca. 60 Jahren – in den Mittelpunkt. Bekanntlich wurde 1990 die aus dem Revolutionsrat von 1989 hervorgegangene Front der Nationalen Rettung von Ion Iliescu stärkste Partei im reorganisierten Parlament und Iliescu als Präsident Rumäniens bestätigt. Nach der Zerschlagung der Studentendemonstrationen im Sommer 1990 kam jedoch die Sympathiewelle für die Regierung zum Erliegen. Die damalige Regierung unter Petre Roman setzte anfangs auf eine recht aktive Reformpolitik (so wurde u. a. der nichtstaatliche kollektivierte Grund und Boden unter Einzeleigentümer aufgeteilt). Nach Protesten der Bergar-



beiter gegen die Inflation mußte Roman zurücktreten und einer weniger reformwilligen Regierung Platz machen. Nach den Parlamentswahlen von 1992 war die Iliescu-Partei dann erstmals auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen und bildete 1993 zusammen mit linken und rechten extremen Parteien eine Koalitionsregierung.

Die politischen und Wirtschaftsreformen gerieten jedoch zunehmend in eine Sackgasse, da die wirtschaftliche Öffnung des Landes, gegen die Bergarbeiter bereits 1990 gewaltsam opponiert hatten, angesichts der damit verbundenen gesellschaftlichen Spannungen nicht zu gelingen schien. So konnten sich die Nomenklatura und ehemalige Securitisten »aus tief empfunderer Vaterlandsliebe« bereichern. Die alten Ideologiewächter konnten sich auf diese Weise die neuen Machtinstrumente in der Wirtschaft »für einen Pappenstiel« aneignen (»Expertenprivatisierung«), da ja an ausländische Kapitalgeber nicht verkauft werden durfte. Unter dem Druck des Auslands und innenpolitischer Spannungen mußte die inzwischen in Partei der Sozialen Demokratie umbenannte Front der nationalen Rettung 1995 die Zusammenarbeit mit den extremen Parteien aufkündigen, wodurch die Regierung ihre parlamentarische Mehrheit verlor. Der Wahlkampf von 1996 sah dann auch zunächst so aus, als ob er mit einer Kohabitation (Iliescu als Präsident, die ehemalige Opposition als Regierung) enden würde. Konsens aller Parteien war das Bestreben, NATO-Mitglied zu werden, sowie antimagyarische und Anti-Roma-Lösungen. Die eigentliche Trennlinie zwischen Iliescu und der Opposition waren aber nicht unterschiedliche Wirtschaftsprogramme, die kaum Inhalt des Wahlkampfes waren, sondern das Verhältnis zur Wiedererrichtung einer konstitutionellen Monarchie. Letztendlich kam es jedoch nicht zur Kohabitation, sondern die Rumänen entschieden sich für einen kompletten Machtwechsel. Zudem sind nun erstmals in der rumänischen Geschichte auch Ungarn in der Regierungsverantwortung, wodurch mit einer teilweisen Rücknahme des Zentralismus und einer Schwächung des immer noch vorherrschenden dumpfen Ethnozentrismus zu rechnen sei.

Auf dem nach der Sommerpause im September durchgeführten 46. *Kolloquium* analysierte Horst Schützler (Berlin) die postsowjetische Historiographie zur Oktoberrevolution von 1917.<sup>2</sup> Einleitend ging er auf den Paradigmenwechsel in der sowjetischen Historiographie 1988/1989 ein. In dieser Zeit verstanden sich die Historiker vornehmlich als einen integralen Bestandteil der Perestroika, machten Geschichte zum Thema der Straße

---

2 Siehe dazu auch den Beitrag des Referenten in diesem Band.



und brachen die frühere Einheitlichkeit der Position zur Oktoberrevolution auf. Früher nicht gestattete Wissenschaftskonzeptionen erlebten eine Hochkonjunktur, während gleichzeitig der früher alles beherrschende marxistische Wissenschaftsbetrieb angesichts der augenfälligen Gesellschaftskrise in der Sowjetunion zunehmend zerrüttet wurde und einen dramatischen Vertrauensverlust erfuhr. Neben den traditionellen formationstheoretischen Ansätzen wurden insbesondere zivilisationsgeschichtliche und totalitarismustheoretische Konzepte entwickelt. All das vollzog sich vor dem Hintergrund eines neuen Verhältnisses zur »nichtmarxistischen« (westlichen) Wissenschaft, der sogenannten »Archivrevolution« und der Aufnahme der Emigration als Teil der vaterländischen Geschichte. Von der aktuellen Politik konnten sich die meisten Historiker jedoch nicht lösen, und so erfolgte unter veränderten Vorzeichen eine neue konjunkturelle Politisierung der Geschichtswissenschaft. Mit 170 Titeln belegte das Thema »Oktoberrevolution« 1992–1994 unter den historischen Publikationsschwerpunkten in Rußland nur noch einen sechsten Platz. Themen von vor 1917 sind deutlich stärker präsent.

Im weiteren ging der Referent auf die Hauptthemen der Historiographie Rußlands zur Oktoberrevolution ein. Ins Blickfeld der Forscher ist heute vor allem die Gesamtheit der revolutionären Ereignisse von 1917 gerückt. Die früher allgegenwärtige Bezeichnung »Große Sozialistische Oktoberrevolution« ist heute fast vollständig verschwunden: »Groß« wurde zunächst klein geschrieben und dann gänzlich weggelassen, »Sozialistisch« wurde bereits in der Diskussion 1988/1989 in Zweifel gezogen, und statt »...revolution« wurde zunehmend Umsturz, Putsch oder Verschwörung gesagt. Heute wird eher von »Großer Russischer Revolution« als einem Gesamtprozeß innerhalb einer zweiten Welle bürgerlicher Revolutionen gesprochen. Hauptschwerpunkte der Diskussion sind dabei:

- die Beziehung von Revolution und Rückständigkeit (inkl. Modernisierungswege nach 1917);
- die Analyse von Krieg und Armee als massenpsychologische Komponenten der Revolution;
- die Beziehung von Dorfgemeinde und Revolution;
- die Rolle der nationalen Befreiungsbewegungen in Rußland (vor allem im polnischen Teil Rußlands);
- sozialpsychologische Aspekte des Verhaltens der Massen und die Beziehung von Parteien und Persönlichkeiten zueinander und im Verhältnis zu den Massen, wobei im Zentrum der Aufmerksamkeit nicht mehr die Bolschewiki stehen, sondern die Menschewiki;

– politische Alternativen sowohl nach der Revolution, als auch – und dies vor allem – innerhalb der Revolution (Kerenski, Kornilow, Martow, Lenin, Kamenew/Sinowjew), wobei statt von Doppelherrschaft heute vornehmlich von Dreierherrschaft (Regierung/Sowjets/Sicherheits-, Boden-, Fabrik- und Kasernenkomitees) gesprochen wird.

Wirkungsaspekte der Revolution bleiben eher unterbelichtet. Auch eine umfassende Beurteilung der Revolution steht noch aus.

Das 47. *Kolloquium* im Oktober 1997 diskutierte den politologisch orientierten Vortrag von Othmar Nikola Haberl (Essen) über Ansätze für ein »südslawisches Fazit« nach Abschluß des Dayton-Abkommens zu Bosnien-Herzegowina. Alle Teilnehmer waren sich einig, daß es sich beim Dayton-Abkommen nur um einen brüchigen Waffenstillstand handelt und noch nicht um einen Friedensvertrag. Ein endgültiges Fazit könne man daher noch nicht ziehen, aber man kann Ansätze für ein solches Fazit zur Diskussion stellen. In diesem Bemühen stellte der Referent den »Balkankrieg« – diesen Begriff unterzog Haberl einleitend einer Kritik – in den gesamteuropäischen Zusammenhang.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation in Europa verlor das frühere Konzept der Blockfreiheit seine Existenzberechtigung. Das dadurch entstehende Machtvakuum füllten die europäischen Blockfreien ganz verschieden aus. Während Schweden, Finnland und Österreich den Weg in die Europäische Union fanden und sich die Schweiz dem Europäischen Wirtschaftsraum anschloß, gab auch Jugoslawien seine Blockfreiheit auf, allerdings durch seine konfliktreiche Selbstaflösung. Dabei konnten sich die Protagonisten dieses Prozesses, die (jugoslawisch)-serbische und die kroatisch-slowenische Seite, bei ihrem Bestreben um die Zurückdrängung bzw. Verstärkung konföderativer Elemente jeweils auf die Bundesverfassung berufen. Haberl stellte dann den konkreten Auflösungsprozeß Jugoslawiens in den Kontext der im Spätsommer 1991 gefällten westeuropäischen Entscheidung, die Auflösung der UdSSR (und in der Folge auch Jugoslawiens) nach den Moskauer Augustereignissen nicht mehr zu behindern. Die folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen im ehemaligen Jugoslawien, eingeleitet durch die Sezession der Krajina und – vorläufig – durch das Dayton-Abkommen beendet, warfen die gesamte Region in wirtschaftlicher, politischer, sozialer und kultureller Hinsicht um Jahrzehnte zurück. Die mehrmaligen ethnischen Säuberungen im Kriegsgebiet beendeten den Traum von einer Wiederherstellung Jugoslawiens endgültig.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand danach eine kritische Würdigung des Dayton-Abkommens von 1995, das überdeutlich die Spuren des dama-

ligen amerikanischen Präsidentschaftswahlkampfes trägt. Zum einen stabilisierte das Abkommen mit der teilweisen Bestätigung der Kriegsergebnisse die autoritären Regime in den neuen Balkanrepubliken. Zum anderen bedeutete es auch keinen Wandel der politischen Eliten und sieht keine bosnisch-herzegowinische Variante einer »Entnazifizierung« vor. Gleichzeitig gab das Dayton-Abkommen den Startschuß zu einer neuen Aufrüstungswelle zwecks Herstellung des »militärischen Gleichgewichts« zwischen allen drei Seiten und schuf damit die Voraussetzungen für eine spätere Fortsetzung des Krieges. Denn die vor Dayton ein militärisches Übergewicht erlangt habende kroatisch-muslimische Seite war der politische Verlierer von Dayton und könnte die erste Gelegenheit dazu nutzen, die nicht beendete militärische Offensive von 1995 neu aufzunehmen. Als Alternative käme nach Auffassung des Referenten nur eine langanhaltende ausländische Militärpräsenz mit offensiverem Mandat in Frage, die derzeit aber offensichtlich unrealistisch ist. Ähnlich widersprüchlich stellt sich auch das abschließend diskutierte Problem der Rückkehr von Flüchtlingen dar.

Die 48. *Veranstaltung* im November 1997 beschäftigte sich mit Aspekten des außenpolitischen Paradigmenwechsels in Osteuropa. Zur Osterweiterung der Europäischen Union referierte Prof. Dr. Jörg Roesler, Berlin, zur NATO-Osterweiterung sprach Prof. Dr. Sarkis Latchinian. Während Roesler den jeweiligen Interessen und Motiven der Europäischen Gemeinschaften wie der Antragsteller Ostmitteleuropas nachging, verdeutlichte der Beitrag Latchinians die mit der NATO-Osterweiterung vorgenommene Verschiebung der militärischen Ostgrenzen der Allianz. Sie rufe russisches Mißtrauen hervor, schaffe damit neue Gefahrenquellen und verursache zudem hohe Kosten, während der Zugewinn an Sicherheit fraglich bleibe. Beide Referenten hoben hervor, daß die teilweise euphorischen Erwartungen der Antragsteller mitunter illusionär wirken, zumal ein selektives Aufnahmeverfahren gegenüber den osteuropäischen Ländern praktiziert wird. Die Umkehrung der Reihenfolge – ursprünglich erst EU-, dann NATO-Beitritt, nunmehr erst NATO-, dann EU-Beitritt – macht die Priorität von Interessen deutlich, die Antragsteller wie westliche Allianzen verfolgen. Die positiven Wirkungen des Beitritts zur EU für den Übergang zur kapitalistischen Marktwirtschaft, so wurde in der Diskussion deutlich, werden wohl auf sich warten lassen.

Das 49. *Kolloquium* im Dezember 1997 mit Walter Poeggel zum Thema »Die deutsch-tschechische Erklärung vor dem Hintergrund der EU-Erweiterung« setzte die außenpolitische Thematik des Vormonats am Länderbeispiel fort. Der Referent erläuterte politische und juristische

Aspekte der Erklärung, die der Aufarbeitung der Geschichte (Münchner Abkommen, faschistische Okkupation, Vertreibung der Sudetendeutschen) und Versöhnung der Völker dienen soll, um Freiraum für eine gedeihliche Kooperation im EU-Rahmen zu schaffen. Die derzeitige Debatte um tschechische Wiedergutmachungsansprüche für Opfer des Faschismus einerseits und deutsche Eigentumsansprüche von Vertriebenen andererseits macht auch hier die Bandbreite unterschiedlicher Interessen für einen EU-Beitritt deutlich.

Das 50. *Kolloquium* bestritt am 28. Januar 1998 Roland Opitz zum Thema »Zu Puschkins Geschichtsauffassung«. Der Referent entwarf ein breites Diorama des literarischen Schaffens Puschkins, das in einer Zeit entstand, deren Geist gleichzeitig von den französischen Revolutionen von 1789 und 1830, den Napoleonischen Kriegen und der Heiligen Allianz von 1815, dem russischen Dekabristenaufstand 1825 und der unheiligen Pax Rossica sowie der Gendarmenrolle der Zaren Alexander I. und Nikolaus I. in Europa geprägt war. Opitz, der anhand ausgewählter Werke des Dichters, u. a. »Boris Godunow«, der »Stanzen« über Peter I., des Versromans »Eugen Onegin«, vor allem aber des Romans »Die Hauptmannstochter«, soziale Grundkonflikte jener Zeit verdeutlichte, legte besonderen Wert auf die von Puschkin sichtbar gemachte Unlösbarkeit solcher Konflikte, die sich in den psychologischen Haltungen seiner literarischen Helden reflektiert. Das steht einer früher vielfach vereinfachten, vermeintlich realistischen und fortschrittsoptimistischen Sicht auf die Geschichtsauffassung des Dichters entgegen.

Das 51. *Kolloquium* bestritt im Februar 1998 Wolfgang Geier mit dem Thema »Fremdherrschaften in Osteuropa«, wozu er sich u. a. auch in seinen Büchern »Zeitbrüche im Osten« (1995) sowie »Rußland und Europa« (1996) bereits geäußert hatte. In den Mittelpunkt rückte Geier die vielfältigen Wirkungen der Osmanenherrschaft, die in Südosteuropa zwischen 200 und 500 Jahre währte, sowie die Tatarenherrschaft in Rußland. Letztere fand quasi ihre Fortsetzung in den zweihundert- bzw. hundertjährigen russischen Fremdherrschaften in Osteuropa, der Kaukasusregion und (Mittel-) Asien bzw. den ein halbes Jahrhundert währenden sowjetischen Vorherrschaften in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa. Geier arbeitete heraus, daß damit Wirkungen auf kollektive Mentalitäten und die politischen Kulturen – auch auf Wirtschaft und Kultur der betroffenen Völker überhaupt – verbunden sind, die in die Gegenwart und Zukunft hineinwirken. Zu den progressiven und regressiven Aspekten russischer bzw. osmanischer Fremdherrschaft wurde anschließend kontrovers diskutiert.

Auf dem 52. *Kolloquium* im März 1998 gab Irene Runge vom Jüdischen Kulturverein Berlin einleitend einen Überblick zu Problemen jüdischer Einwanderer aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland. In den Mittelpunkt rückte sie dabei zunächst die unterschiedlichen Definitionen des Judentums – einmal innerhalb der jüdischen Bevölkerungsgruppe, dann aus Sicht der früheren sowjetischen Nationalitätenpolitik, schließlich aus Sicht der deutschen Einwanderungspolitik – und die sich daraus ergebenden verschiedenartigen quantitativen und qualitativen Bewertungen des Emigrationspotentials. So seien seit 1991 ca. 76.000 Juden aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland eingewandert, und jährlich kämen etwa 20.000 neue hinzu. Im weiteren Verlauf ging die Referentin dann auf spezifische Integrationsprobleme der jüdischen Einwanderer ein, die sich zum ersten aus den Aufnahmebedingungen der deutschen jüdischen Gemeinden (Zwangsmitgliedschaft, will man Leistungen der Gemeinden in Anspruch nehmen; starke religiöse Ausrichtung der Gemeinden, währenddessen die meisten Einwanderer säkulare Juden sind) und den Strukturveränderungen innerhalb der Gemeinden (vielerorts sind die russisch-sprechenden Juden inzwischen in der übergroßen Mehrzahl – in Berlin z. B. ca. 70% von insgesamt 11.000; auch in Leipzig stieg die Zahl der Gemeindeglieder von 36 im Jahre 1990 auf derzeit ca. 200 –, haben aber keine adäquaten Einflußmöglichkeiten auf das Gemeindeleben) und zum zweiten aus den generellen Einwanderungsproblemen der derzeitigen deutschen Gesellschaft (vor allem bei der Wohnortzuweisung und der Integration in den Arbeitsmarkt) ergeben. Aus diesem Grunde sei die Arbeit von außergemeindlichen Vereinsstrukturen so ungeheuer wichtig. Anschließend schilderte Igor Schalijew (Berlin) seine persönlichen Erfahrungen bei der Integration in die deutsche Gesellschaft.

Im Mittelpunkt des 53. *Kolloquiums* im April 1998, das von Michael Wegner (Jena) gestaltet wurde, stand das Problem der »asiatischen Erblast« bei den verschiedenen Modernisierungsversuchen Rußlands. Der Referent machte diese »Erblast« in einer Kombination von halbasiatischer Produktionsweise und der Herrschaft eines bürokratisch-despotischen Beamtenapparates aus, die er als Gesellschaftsformation eigenen Typs bezeichnete. Unter diesen Bedingungen konnten diverse Versuche einer »Verwestlichung« Rußlands, für die nötige Impulse aus dem Inneren der Gesellschaft regelmäßig fehlten, die russische »starina« (die »sobornost'«) nie wirklich beeinträchtigen. Erst die Stolypin-Reform ging die »asiatische Erblast« an ihrer Wurzel an, und Rußland konnte sich zwischen 1906 und 1914 so weit wie niemals zuvor – und danach – der modernen Gesellschaft annä-

hern. Das bolschewistische Konzept ab 1917 berücksichtigte die »asiatische Erblast« Rußlands wiederum nur ungenügend – u. a. auch deshalb, weil die Revolution in Rußland nur als Initialzündung für die gesamteuropäische Revolution gedacht war – und so kam es ab 1929 zu einer »zweiten Revolution« samt ihrer »asiatischen« Industrialisierung und »asiatischen« Kollektivierung.

Im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion standen der sozialpsychologische Hintergrund für die Russische Revolution von 1917, über den sich die »asiatische Erblast« vornehmlich vermittelte und der insbesondere auch Thema der Polemik zwischen Lenin und Gorki 1917/1918 war, sowie die Anwendung des Modernisierungsbegriffes auf die Reformversuche in Rußland seit Peter I. und die Rolle der »asiatischen Erblast« in den heutigen Wandlungsprozessen.

Auf dem 54. *Kolloquium* im Mai 1998 wandte sich Wolfgang Geier der aktuellen Situation der Ostkirchen zu und wählte als Beispiele zunächst die bulgarisch-orthodoxe, die ukrainisch-orthodoxe und die russisch-orthodoxe Kirche aus. Die heutige Bedeutung der bulgarisch-orthodoxen Kirche als der ältesten südslawischen Reichs- und Volkskirche ergibt sich aus ihrer früheren Rolle als Quelle protonationaler Identitätsbildung der Bulgaren. Die derzeitige Situation innerhalb der bulgarischen Orthodoxie ist jedoch durch quasischismatische Zustände geprägt, die auf den Einfluß verschiedener Sektierer, aber auch auf Fremdeinflüsse zurückzuführen sind. Ob die ukrainisch-orthodoxe Kirche eine Quelle nationaler Identität sein kann, ist hingegen noch völlig offen, aber die derzeitige Problemlage der ukrainischen Orthodoxie steht in genau diesem Zusammenhang, denn der aktuelle Konflikt mit der russisch-orthodoxen Kirche um das gemeinsame Erbe der Rus ist vor allem Spiegel des Konfliktes um die Staatsidentität der unabhängigen Ukraine. Die Gemeinsamkeit der ukrainischen Orthodoxie manifestiert sich jedoch fast ausschließlich in der Frontstellung gegen das Moskauer Patriarchat. Innerhalb der ukrainisch-orthodoxen Kirche herrschen hingegen offenen schismatische Zustände zwischen 3 bis 5 miteinander konkurrierenden Gruppierungen. Als die gefestigteste Ostkirche in diesem Dreiervergleich erscheint heute die russisch-orthodoxe Kirche, die – traditionell Reichs- und Staatskirche – auch heute wieder vom Staat garantierte Privilegien gegenüber anderen Glaubensgemeinschaften, ja selbst gegenüber dem Staat (z. B. mit ihrer Teilnahme an der staatlichen Alkohol- und Tabaksteuer) genießt. Weitere Kontinuitätslinien der russisch-orthodoxen Kirche ergeben sich aus ihrem immer noch aktuellen Anspruch, Zentrum des »Dritten Roms« zu sein, und aus ihrem Bestreben, eine Fürsorgepflicht für die eth-

nischen Russen im sogenannten »nahen Ausland« wahrnehmen zu wollen. Innerhalb der russischen Orthodoxie gibt es derzeit keine quasischismatischen Zustände, wohl aber Konflikte zwischen »Konservativen« und »Reformern« z. B. in der Frage einer Kirchenöffnung.

Im Zentrum der anschließenden Diskussion standen die Ursachen für die schismatischen Tendenzen in den verschiedenen Ostkirchen. Dabei wurde herausgearbeitet, daß die Aufarbeitung der Vergangenheit als Grund nur vorgeschoben ist und es im Kern um Machtpositionen innerhalb der Kirche geht, um politische Instrumentalisierungen in Vergangenheit und Gegenwart und um ökumenische Tendenzen innerhalb der Orthodoxie. Des weiteren griff Sarkis Latchinian die aktuellen Probleme der armenisch-orthodoxen Kirche auf und unterstrich, daß sie für die nationale Identität der Armenier eine ähnliche Rolle spiele wie die bulgarisch-orthodoxe Kirche für die Bulgaren.

Im Rahmen des 55. *Kolloquiums* im Juni 1998 wurde das Thema der Modernisierungsproblematik in Osteuropa mit einem Referat von Ernstgert Kalbe fortgesetzt.<sup>3</sup> Eingangs setzte er sich mit dem Modernisierungsbegriff als solchem auseinander, vor allem in seinem Verhältnis zum Revolutions- und Formationsbegriff. Im weiteren Verlauf ging er dann auf das in bezug auf Osteuropa zumeist verwendete Attribut »nachholend« ein und machte deutlich, daß es sich bei der »nachholenden Modernisierung« in Osteuropa um die nachholende Lösung bürgerlicher Inhalte mit anderen – sozialistischen – Formbestimmungen handelte, wobei ein zivilgesellschaftlicher Modernisierungstyp nicht chancenlos war, letztendlich aber an den fehlenden Voraussetzungen, speziell in Rußland mit seinem »bürokratisch-zentralistischen« Etatismus, scheiterte. Hier machte er die theoretische Hauptschwäche des Modernisierungskonzeptes aus, da es von der historischen Vielfalt der Entwicklungswege abstrahiere. Wenn man »Modernisierung« als Arbeitsbegriff akzeptiere – und nur als solcher schien er dem Referenten verwendbar –, dann würde der realsozialistische Etatismus als Modernisierungsweg erscheinen. Im weiteren Verlauf des Kolloquiums stand dann der Anteil (die Schuld) der deutschen Arbeiterbewegung am Scheitern der Russischen Revolution im Mittelpunkt der Diskussion.

---

3 Siehe dazu auch den Beitrag des Referenten in diesem Band.



## Zu den Autoren dieses Heftes

*Prof. Dr. sc. phil. Ernstgert Kalbe* (geb. 1931); Studium der Geschichte und Bulgaristik in Leipzig, spezialisierte sich auf ost- und südosteuropäische Geschichte und absolvierte längere Studienaufenthalte in Leningrad, Kiew, Sofia und Zagreb. Promotion 1960 zur internationalen Protestbewegung gegen den Reichstagsbrandprozeß 1933, Habilitation 1971 über Widerstand und Revolution 1941–1944/1945 in Südosteuropa. 1961 zum beauftragten Dozenten für Geschichte Südosteuropas, 1969 zum Hochschuldozenten und 1972 zum ordentlichen Professor für Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung berufen, leitete er seit 1974 bis zur Abwicklung 1990 den Wissenschaftsbereich Geschichte der UdSSR und der sozialistischen Länder Europas an der Karl-Marx-Universität Leipzig. 1992 initiierte er die Gründung einer Sektion Osteuropaforschung bei der Leipziger Gesellschaft für Kulturosoziologie e. V., die seit 1994 vom Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig mitgetragen wird. Kalbe legte zahlreiche monographische Veröffentlichungen vor, darunter: »Bulgariens Volk im Widerstand 1941–1944. Eine Dokumentation über den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus« (Berlin 1962), »Freiheit für Dimitroff. Der internationale Kampf gegen die provokatorische Reichstagsbrandstiftung und den Leipziger Prozeß« (Berlin 1963), »Antifaschistischer Widerstand und volksdemokratische Revolution in Südosteuropa« (Berlin 1974), »Geschichte der sozialistischen Gemeinschaft« (Berlin 1981), »Methodologische Fragen der historischen Analyse des sozialistischen Revolutionszyklus« (Berlin 1988), »Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt« (Leipzig 1993). Kalbe ist Mitherausgeber von »Kulturosoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente« (Leipzig 1995ff.) sowie von »Osteuropa in Tradition und Wandel« (Leipzig 1994ff.)

*Dr. phil. Olaf Kirchner* (geb. 1963); studierte von 1982 bis 1987 an der Lomonossow-Universität Moskau politische Wissenschaften. Sein Spezialgebiet war die Geschichte der Politiktheorie. Ende 1990 promovierte er in Moskau zu geschichtsphilosophischen Fragen der wirtschaftlichen Entwicklung der ehemaligen Sowjetunion. Er veröffentlichte Arbeiten zu den Parteiensystemen in den GUS-Staaten (u. a. die Monographie Soziale Bewegungen und politische Parteien in der ehemaligen Sowjetunion 1985–1990. Leipzig 1993), zur osteuropäischen und sowjetischen Geschichte sowie zur Verflechtung wirtschaftlicher und politischer Transformation in Rußland. Seit 1996 ist Kirchner selbständiger Unternehmer.

*Dr. sc. phil. PD Sonja Striegnitz* (geb. 1936); studierte von 1956 bis 1961 Geschichte und Slawistik an der Humboldt-Universität zu Berlin; 1961–1963 Studienaufenthalt an der Staatlichen Universität Leningrad. Ab 1963 und bis 1996 war sie an der Humboldt-Universität zu Berlin in Lehre und Forschung zur Geschichte Rußlands/der Sowjetunion tätig (1970 Promotion, 1986 Habilitation), seit 1989 als a. o. Dozentin und seit 1994 als Privatdozentin für Osteuropäische Geschichte. Ihre wissenschaftliche Arbeit u. a. zu Problemen des Bürgerkrieges, zur Geschichte der Partei der Sozialrevolutionäre Rußlands und über die Wolgadeutschen ist in vielen Veröffentlichungen dokumentiert, darunter »Deutsche Internationalisten in Sowjetrußland 1917–1918. Proletarische Solidarität im Kampf um die Sowjetmacht«



(Berlin 1979) und »Wolgadeutsche. Geschichte und Gegenwart« (Berlin 1992, zusammen mit Michael Schippan). Striegnitz ist Mitherausgeberin zahlreicher Dokumentenveröffentlichungen, u. a. der ersten Dekrete der Sowjetmacht, Dokumente zur Angliederung der baltischen Staaten an die UdSSR 1939/1940, über deutsche Kriegsgefangene in Sowjetrußland 1917–1920 und zur Russischen Revolution 1917.

*Prof. Dr. sc. Horst Schützler* (geb. 1935); studierte von 1954 bis 1958 Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 1956 spezialisierte er sich auf das Fachgebiet Geschichte der UdSSR. Von 1958 bis Ende 1992 war er an der Fachrichtung bzw. Sektion Geschichte bzw. am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität in Lehre, Forschung und Wissenschaftsorganisation als Oberassistent, ab 1971 als Dozent (1963 Promotion A, 1978 Promotion B) und ab 1981 als ordentlicher Professor sowie 1979–1990 als Leiter des Bereichs Geschichte der UdSSR und des sozialistischen Weltsystems tätig und forschte insbesondere zur Geschichte Rußlands, der Sowjetunion, Osteuropas und der deutsch-russischen/sowjetischen Beziehungen. Darüber hinaus arbeitete er in verschiedenen wissenschaftlichen Gremien sowie ehrenamtlich in gesellschaftlichen Funktionen, so von 1980 bis 1990 als Vorsitzender der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft der Humboldt-Universität. Schützler ist Autor, Mitautor bzw. Mitherausgeber zahlreicher Publikationen, u. a. »Deutsch-sowjetische Freundschaft. Ein historischer Abriß von 1917 bis zur Gegenwart« (Berlin 1975), »Geschichte der UdSSR. Von den Anfängen bis zur Gegenwart« (Berlin 1976), »Kurze Geschichte der Sowjetunion 1917–1983« (Berlin 1985, zusammen mit Günter Rosenfeld), »Die ersten Dekrete der Sowjetmacht. Eine Auswahl von Erlassen und Beschlüssen: 25. Oktober 1917 bis 10. Juli 1918« (Berlin 1987, zusammen mit Sonja Striegnitz), »Schauplatz Baltikum. Szenarium einer Okkupation und Angliederung. Dokumente 1939/1940« (Berlin 1991, zusammen mit Michael Rosenbusch und Sonja Striegnitz), »Aufstieg und Zerfall einer Weltmacht. Die Sowjetunion von 1917 bis 1991« (Bamberg 1994, zusammen mit Martin Hoffmann und Florian Osburg), »Die Russische Revolution 1917. Wegweiser oder Sackgasse?« (Berlin 1997, zusammen mit Wladislaw Hedeler und Sonja Striegnitz).

## **Für das Jahr 1999 plant der »Leipziger Gesprächskreis Osteuropa« folgende Kolloquia:**

- 28.01.1999 Dipl. oec. Andrea Thies (Berlin):  
Litauen zwischen Gestern und Heute
- 25.02.1999 Dr. Holger Politt (Leipzig): Die ungeliebte Volksrepublik.  
Zur Auseinandersetzung unter polnischen Intellektuellen
- 25.03.1999 Prof. Dr. Erhard Hexelschneider (Leipzig):  
Bakunin in Sachsen
- 22.04.1999 Prof. Dr. Eugen Faude (Berlin): Russische Wirtschaftstrans-  
formation zwischen Krise, Markt, Mafia und Staat
- 27.05.1999 Prof. Dr. Peter Hoffmann (Berlin): Radischtschew zwischen  
Pflicht und Weltanschauung  
Dipl. phil. Mathias Becker (Leipzig): Der russische Philosoph  
W. S. Solowjew zwischen Slawophilen und Westlern
- 24.06.1999 Prof. Dr. Willi Beitz (Leipzig): Wenn sich die Archive öffnen.  
Neue Einblicke in Literaturpolitik und Biographien russischer  
Schriftsteller der Stalinzeit
- 23.09.1999 Doz. Dr. Wolfgang Geier (Leipzig): Zur Situation einiger Ost-  
kirchen (II). Die serbische, mazedonische und rumänische  
orthodoxe Kirche
- 28.10.1999 Doz. Dr. Sonja Striegnitz/Prof. Dr. Horst Schützler (Berlin):  
Zur gegenwärtigen russischen Historiographie über Probleme  
der Geschichte Rußlands und der Sowjetunion
- 25.11.1999 Prof. Dr. Ernstgert Kalbe (Leipzig): Mazedonien gestern und  
heute zwischen seinen vier Nachbarn
- 16.12.1999 Doz. Dr. Erhard Crome (Potsdam): Ungarns Stellung und  
Rolle in den Wendejahren



# **Weitere Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. zu Osteuropa-Themen**

## **Osteuropa in Tradition und Wandel**

*Heft 1:* Sichten auf Umbrüche im Osten. Leipzig 1994. 80 S. – *Heft 2:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (I). Leipzig 1995. 88 S. – *Heft 3:* Zwischen sozialer Transformation und nationaler Identifikation (II). Leipzig 1996. 128 S. – *Heft 4:* Außenpolitische Wandlungen in Osteuropa. Leipzig 1997. 132 S.

## **Texte zur politischen Bildung**

*Heft 2:* Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung von Ulrich Heinemann. Leipzig 1992. 51 S. – *Heft 6:* Walter Poeggel: Deutsch-polnische Nachbarschaft. Leipzig 1993. 74 S. – *Heft 7:* Ernstgert Kalbe: Aktuelles und Historisches zum jugoslawischen Konflikt. Leipzig 1993. 50 S. – *Heft 11:* Beiträge zur Geschichte des Warschauer Ghettos. Leipzig 1994. 67 S. – *Heft 17:* Walter Poeggel: Der deutsch-tschechoslowakische Nachbarschaftsvertrag als Ausgangspunkt einer neuen Ära in den gegenseitigen Beziehungen. Leipzig 1994. 59 S. – *Heft 20:* Walter Poeggel: Der Völkerbund als zwischenstaatliche Organisation für den Weltfrieden und die Haltung Deutschlands. Zum 75. Jahrestag der Gründung des Völkerbundes. Leipzig 1995. 66 S. – *Heft 21:* Sarkis Latchinian: »Maastricht – eine Fehlkonstruktion für Europa«. Studie zur geplanten europäischen Währungsunion. Leipzig 1996. 79 S. – *Heft 25:* Polen und Deutsche – eine schwierige Nachbarschaft? Leipzig 1997. 80 S. – *Heft 26:* Erhard John: Im Heute ist das Gestern lebendig (Zu historisch bedingten kulturell-geistigen Elementen nationaler Konfliktpotentiale in Ost- und Südosteuropa). Leipzig 1998. 84 S.

## **Texte zur Philosophie**

*Heft 3:* Volker Caysa/Udo Tietz: Das Ethos der Ästhetik. Vom romantischen Antikapitalismus zum Marxismus. Der junge Lukács. Leipzig 1997. 80 S.

## **Texte zur Literatur**

*Heft 4:* »Die Stimme erheben ...« Die russische Literatur in den sechziger Jahren unseres Jahrhunderts. Leipzig 1997. 128 S.

## **Diskurs**

### **Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus**

*Heft 1: Fanal und Traum. Beiträge zu Geschichte und Wirkung der russischen Revolution von 1917.* Leipzig 1997. 52 S.

## **Monographien**

Rußland und Europa. Historische und kulturelle Aspekte eines Jahrhundertproblems. Hrsg. von Michael Wegner, Claus Remer sowie Erhard Hexelschneider. Leipzig 1995. 325 S.

Menschen ohne Hoffnung. Materialien des Symposiums vom 18. und 19. Juni 1993 in Berlin. Veranstalter: Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e. V. Berlin, Rosa-Luxemburg-Verein e. V. Leipzig, Zeitgenössische Osteuropaforschung e. V. Hrsg. von Birgit Schliewenz und Cornelia Domschke. Leipzig 1996. 192 S.

Rußland im Umbruch. Modernisierungsversuche in der neueren und neuesten russischen Geschichte. Hrsg. von Michael Wegner, Erhard Hexelschneider und Claus Remer. Leipzig 1997. 364 S.

Ryszard Nazarewicz: Die Vernichtung der KP Polens im Lichte der Akten des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Leipzig 1998. 53 S.

Die Russische Revolution 1917 und die Linke auf dem Weg in das 21. Jahrhundert. Kolloquium aus Anlaß des 80. Jahrestages der Russischen Revolution am 8. November 1997. Hrsg. von Willi Beitz, Ernstgert Kalbe, Klaus Kinner und Roland Opitz. Leipzig 1998. 152 S.

# Weitere Veröffentlichungen der Gesellschaft für Kultursoziologie e. V. zu Osteuropa-Themen

## »Kultursoziologie. Ambitionen. Aspekte. Analysen«

*1. Jahrgang: Heft 4. Leipzig 1992. 104 S.* [Enthält u. a. Ernstgert Kalbe: Osteuropa in Tradition und Wandel. S. 74–79. – Polina Giaourowa: Sommerkolloquia zur Konfliktspezifik in Osteuropa. S. 89–93.] – *2. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1993. 160 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Vergleichende Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. S. 4–22. – Anton Sterbling: Die Vorzüge modernisierungstheoretischer Analysezugänge in der Untersuchung des Strukturwandels ost- und südosteuropäischer Gesellschaften. S. 23–33. – Ernstgert Kalbe: Südosteuropa als kulturhistorische Region. S. 34–52. – Lutz-Dieter Behrendt: Osteuropa als kulturhistorische Region. S. 53–64. – Karin Mattusch: Demokratisierung im Baltikum? S. 65–77. – Roland Girtler: Die Landler in Siebenbürgen und ihre Abwanderung. S. 78–87. – Peter Alheit: Strukturprobleme »kultureller Wiedervereinigung«. S. 88–109. – Bálint Balla: Postkommunismus. S. 110–126. – Karlheinz Mack: Ost- und Südosteuropaforschung in Österreich. S. 126–133. – Ewa Bojkenko-Izdebska/Erhard Cziomer: Tradition und Stand der Soziologie und Politologie in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg. S. 133–143. – Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa: Gründung einer wissenschaftlichen Fachsektion. S. 143–146.] – *Heft 3. Leipzig 1993. 128 S.* [Enthält u. a. Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 126 bis 127.] – *Heft 4. Leipzig 1993. 112 S.* [Enthält u. a. Alenka Barber-Kersovan: Was ist »slowenisch« an der slowenischen Rockmusik? S. 61–66. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 105–111.] – *3. Jahrgang: Heft 1. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Soziologische Ansätze zur vergleichenden Sozial- und Kulturgeschichte Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas. Disziplinäre und methodologische Aspekte. S. 5–19. – Ernstgert Kalbe: Methodologische Überlegungen zur Untersuchung von Nationwerdung in Südosteuropa. S. 20–42. – Karlheinz Mack: Nationalismus – Nationalitäten – Minderheiten. Strukturelle Ursachen und Wirkungen für die politischen Prozesse in den Reformstaaten. S. 43–59. – Lutz-Dieter Behrendt: Das Problem der Rußlanddeutschen in sowjetischer und postsowjetischer Zeit. S. 60–75. – Hans-Rainer Baum/Polina Giaourowa: Leipziger Gesprächskreis Osteuropa. S. 76–79.] – *Heft 2. Leipzig 1994. 79 S.* [Enthält u. a. Brigitte Lindert: Zur Situation von Frauen in Sankt Petersburg unter den Bedingungen der Marktwirtschaft. S. 53–62.] – *Heft 5. Leipzig 1994. 76 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Zwischen Leidensweg, Wirren und Aufruhr. Notizen zur geistigen Situation im heutigen Rußland. S. 38–59. – Britta Böhme: Sozialwissenschaften im neuen Osteuropa. Institutionen und Forschungsprojekte 1992/1993. S. 67–73.] – *Heft 6. Leipzig 1994. 72 S.* [Enthält u. a. Michail Videnov: Über einige aktuelle Fragen der Sprachsituation im heutigen Bulgarien. S. 5–19. – Olaf Kirchner: Die Neugruppierung der politischen Kräfte in Rußland. S. 21–39. – Ernstgert Kalbe: Leipzigs Rolle in den deutsch-bulgarischen Beziehungen. S. 40–66. – Lutz-Dieter Behrendt: Kolloquia der Fachsektion Osteuropaforschung. S. 67–70.]

»Kulturosoziologie«. Sonderband 1994: Zu einer Soziologie des Postkommunismus. Kritik, Theorie, Methodologie. Hrsg. von Bálint Balla und Wolfgang Geier. Münster und Hamburg 1994. 190 S.

**»Kulturosoziologie. Aspekte. Analysen. Argumente«.**  
**Wissenschaftliche Halbjahreshefte.**  
**Hrsg. von Wolfgang Geier und Ernstgert Kalbe**

*4. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1995. 217 S.* [Enthält u. a. Wolfgang Geier: Indikatoren zur Analyse der Umbrüche im Osten Europas. S. 5–28. – Britta Böhme: Studien zur Sozial- und Kulturgeschichte der Ukraine. Konzeption eines Forschungsprojekts. S. 61–112.] – *Heft 2. Berlin 1995. 219 S.* [Enthält u. a. Roland Girtler: Ein Begräbnis in Siebenbürgen – Wandel der Rituale. S. 64–75. – Polina Giaourowa: Die Intelligenzija – »Krisenmanager« in Umbruchzeiten? Eine Untersuchung zur Rolle der bulgarischen Intelligenzija seit 1989. S. 129 bis 144. – Anke Heynoldt: Die deutsche »Polenbegeisterung« 1830–1832. S. 145–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Arbeitskreises Osteuropa. S. 198–203.] – *5. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1996. 228 S.* [Enthält u. a. Willi Beitz: Über den Umgang russischer Schriftsteller mit Machtverhältnissen als Ausdruck generationsspezifischer kultureller Prägungen – von Michail Bulgakow bis Wladimir Makanin. S. 7–33. – Walter Hildebrandt: Identität durch Konfiguration. Wege zwischen Anarchismus und Diktatur. S. 34–78. – Annegret Haase: Zur Fluchtsituation in den ehemals sozialistischen Ländern Südosteuropas. S. 132–173. – Olaf Kirchner: Kolloquia des Leipziger Gesprächskreises Osteuropaforschung. S. 211–221.] – *Heft 2. Berlin 1996. 187 S.* [Enthält u. a. Thilo Kunze: Wegmarken und Wegzeichen der russischen Aufklärung. S. 63–112.] – *6. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1997. 206 S.* [Enthält u. a. Karl-Heinz Gräfe: Das Ostjudentum. Historische und aktuelle Aspekte. S. 73–98. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa – ein Jahrtausendthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (I). S. 155–178.] – *Heft 2. Berlin 1997. 225 S.* [Enthält u. a. Erhard Hexelschneider: Leipzigs Beziehungen zur russischen Kultur und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. S. 118–147. – Ernstgert Kalbe: Osteuropa – ein Jahrtausendthema. Zu Veröffentlichungen in den neuen Bundesländern (II). S. 148–177.] – *7. Jahrgang: Heft 1. Berlin 1998. 216 S.* [Enthält u. a. Anke Heynoldt: Die Bedeutung des Sarmatismus für das Nationalbewußtsein und die Kultur des polnischen Adels zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert. S. 6–57. – Ernstgert Kalbe: Nationsverständnis und Nationwerdung in Bulgarien. S. 58–98. – Lutz-Dieter Behrendt: Die Zöglinge des Instituts der Roten Professur (1921–1938). Soziologisches Porträt einer einflußreichen Abteilung der sowjetischen Partei-Intelligenz. S. 99–119. – Christian Gracza: Die Kommunalka. Ein sowjetischer Soziotyp. S. 120–130. – Andrzej Sakson: Regionale Identität heutiger Bewohner des ehemaligen Ostpreußen. Versuch eines soziologischen Vergleichs. S. 131–149. – Holger Politt: Ein mißratener Sprung? Andrzej Walickis Buch über Freiheit und Marxismus. S. 150–159. – Hilmar Walter: Ein aufschlußreiches Kapitel zum Thema »Kulturnation«. Bemerkungen zu einer deutschsprachigen »Geschichte der bulgarischen Schriftsprache«. S. 160–176.]

Wolfgang Geier: Zeitbrüche im Osten. Ansätze vergleichender sozial- und kulturwissenschaftlicher Forschungen. Wiesbaden 1995. VII, 271 S.

Wolfgang Geier: Rußland und Europa. Skizzen zu einem schwierigen Verhältnis. Wiesbaden 1996. IX, 208 S.



